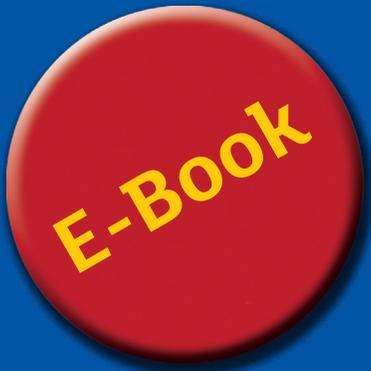


Pelinka (Hg.)

Brigitte Bailer (Hg.)

Israel – Geschichte und Gegenwart



nap new academic press

Brigitte Bailer (Hg.)

Israel – Geschichte und Gegenwart

Studien zur politischen Wirklichkeit

Herausgegeben von Anton Pelinka

Band 24

Brigitte Bailer (Hg.)

Israel – Geschichte und Gegenwart

BRAUMÜLLER



Gefördert vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung
in Wien und von der Kulturabteilung der Stadt Wien,
Wissenschafts- und Forschungsförderung.

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Printed in Austria

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung
sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgend-
einer Form (durch Photokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter
Verwendung elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt
oder verbreitet werden.

© 2009 by Wilhelm Braumüller
Universitäts-Verlagsbuchhandlung Ges.m.b.H.
A-1090 Wien
<http://www.braumuellner.at>

ISSN 1814-5604
ISBN 978-3-7003-1695-4 – E-Book © 2017 ISBN 978-3-7003-2024-1

Basisdesign für Cover: Lukas Drechsel-Burkhard
Satz: Christian Ginner
Druck: Druck: Ferdinand Berger & Söhne Ges.m.b.H., A-3580 Horn

Inhalt

Vorworte und Danksagung	VII
Richard Schmitz	VII
Ruth Contreras	VIII
Brigitte Bailer	IX
Anton Pelinka	X
<i>Eleonore Lappin-Eppel</i>	
Von Moses Hess bis Theodor Herzl – die Anfänge des Zionismus	1
<i>Barry Rubin</i>	
Themes in the History of Israel	17
<i>Raimund Fastenbauer</i>	
Die geistige Krise des Zionismus	29
<i>Doron Rabinovici</i>	
Die Bedeutung der Shoah im israelischen Kontext	45
Einige Stichwörter zu einem kurzen Vortrag	45
<i>Brigitte Bailer</i>	
Österreich–Israel nach 1945: die Entschädigungsverhandlungen mit dem Committee for Jewish Claims on Austria	53
<i>Ralf Balke</i>	
Der vergessene Exodus – die Vertreibung der Juden aus der arabischen Welt	65
<i>Wolfgang Benz</i>	
Israelkritik, Antizionismus und Antisemitismus	77
<i>Peter Landesmann</i>	
Die Geschichte der Hebräischen Universität Jerusalem	91
<i>Gerald M. Steinberg</i>	
Postcolonial Ideology and the Arab-Israeli Conflict	103
<i>Susanne Shaked</i>	
Hadassah Medical Organization (HMO): Die Hadassah-Spitäler in Jerusalem, eine Insel des Friedens .	121
<i>Rudolf Orthofer</i>	
Wassernutzung im Jordantal	133
<i>Avraham Faust</i>	
Archaeology and Politics in Israel: A Different Perspective	149
Autoren und Autorinnen	167

Vorwort

Das vorliegende Buch bringt in hervorragender Weise eine Übersicht über Geschichte und Probleme des Staates Israel.

Wissenschaftlich wird die Vielfalt der Probleme in einer Gründlichkeit aufgearbeitet, die man in der täglichen von Vorurteilen geprägten öffentlichen Diskussion vergeblich sucht. Das Buch ist daher für das Verständnis des Staates Israel und sein Ringen um Frieden unerlässlich. Jeder, der den Dingen auf den Grund gehen möchte, findet genug Aussagen, die zu einem besseren Einblick in die gegenwärtige Situation führen. Hervorgegangen aus einer Ringvorlesung an der Universität Wien spannt das Buch den Bogen von den Anfängen des Zionismus über die Bedeutung der Shoah und der Entschädigungsbemühungen bis zu den aktuellen Problemen rund um Gesundheit und Wassermangel. Den Initiatoren dieser Vorlesungsreihe und allen Autoren und Autorinnen sei gedankt. Unsere Arbeit für Israel und seine Friedenssehnsucht wird dadurch entscheidend erleichtert.

*Dr. Richard Schmitz,
2. Präsident der österreichisch-israelischen Gesellschaft*

Vorwort und Danksagung

Im Wintersemester 2008/2009 fand am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien unter der Leitung von Univ.-Doz.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Brigitte Bailer eine Ringvorlesung mit dem Titel „60 Jahre Israel – Aspekte aus Geschichte und Gegenwart“ statt.

Diese Lehrveranstaltung wurde von der österreichischen Sektion von „Scholars for Peace in the Middle East“ (SPME) initiiert und organisiert, einer nunmehr bereits 9 Jahre aktiven internationalen Wissenschaftervereinigung.

Wie der Name sagt, treten Scholars for Peace in the Middle East für Frieden in der Region ein, der das Existenzrecht Israels als souveräner jüdischer Staat innerhalb von sicheren Grenzen anerkennt und auch den Nachbarstaaten die legitimen friedlichen Ziele zusichert. Die Aufgabe von SPME ist es, durch Forschung und Lehre ihrer Mitglieder, aber auch durch kritische Beobachtung der internationalen Forschung und Lehre zur Entwicklung der Nahost-Region zu diesem Ziel beizutragen.

Aus diesem Grundsatz planten wir die universitäre Veranstaltung, deren Ziel es war, durch Informationen zu verschiedenen Aspekten der Geschichte und aktuellen Situation Israels dazu beizutragen, dass durch Wissen und sachliche Auseinandersetzung mit dem Konflikt unter anderem auch die Medienberichterstattung im Sinne einer friedlichen Lösung kritisch hinterfragt werden kann. Namhafte Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen und Vortragende aus Österreich, Deutschland und Israel konnten für dieses Projekt gewonnen werden. Sie erklärten sich auch bereit, ihren Vortrag für die Veröffentlichung in dem vorliegenden Buch zur Verfügung zu stellen. Wir danken an dieser Stelle dem Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur sowie dem Kulturstadtrat der Stadt Wien für die Subvention der Ringvorlesung.

Die Idee, diese Vorträge in einem Buch festzuhalten, stammt von Professor Rudolf Gelbard, einem Überlebenden der Shoah, der – wie er selbst immer wieder betont – „im Konzentrationslager Theresienstadt als Jugendlicher zum Zionisten wurde“. Wir sind ihm für diese Idee sehr dankbar.

Möge dieses Buch Anregung dazu bieten, Israel unvoreingenommen näher kennen zu lernen und Informationen zum Nahostkonflikt kritisch zu hinterfragen: Dazu dienen auch die umfangreichen Literaturhinweise am Ende der meisten Beiträge.

*Ruth Contreras, Vorsitzende von Scholars for Peace in the Middle East, Austria
Mitglied des Board of Directors von Scholars for Peace in the Middle East
www.spme.net*

Vorwort der Herausgeberin

Kaum ein Staat polarisiert in solchem Ausmaß wie Israel. Mediale Berichterstattung ist allzu oft von starren Freund-Feind-Schemata, kaum verhohlenen Antisemitismus und überhöhten moralischen Ansprüchen, die aber einseitig an die Politik des Staates Israel angelegt werden, gekennzeichnet. Diesem Trend sollte die im Wintersemester 2008/09 an der Universität Wien abgehaltene Ringvorlesung entgegenhalten. Vortragende unterschiedlicher Herkunft und Positionierungen informierten über verschiedene Aspekte der israelischen Geschichte, Politik und Gesellschaft und vermittelten so den – erfreulich zahlreichen – Studierenden ein differenziertes Bild der komplexen Wirklichkeit Israels.

Nur eine solche Sichtweise befähigt, Einseitigkeit und Vorurteile zu durchschauen, Berichterstattung zu hinterfragen. Daher habe ich mich gerne bereit erklärt, eine solche Ringvorlesung für SPME Austria zu übernehmen. Ich möchte an dieser Stelle Dr.ⁱⁿ Ruth Contreras für die Kooperation ausdrücklich danken. Ihr Engagement und ihre Arbeit haben diese Vorlesung erst möglich gemacht. Zu danken habe ich auch allen Vortragenden für ihre Beteiligung an der Ringvorlesung ebenso wie noch mehr für die Bereitschaft, dazu auch die Manuskripte für den vorliegenden Band zu liefern. Einige der vorliegenden Texte verdeutlichen noch das in der Vorlesung gesprochene Wort, andere wieder wurden von den AutorInnen zu wissenschaftlichen Aufsätzen umgearbeitet. Aus Sicht der Herausgeberin und des Lektorats sollten Stil und Sichtweise der VerfasserInnen beibehalten bleiben. Besonderer Dank gilt Dr. Richard Schmitz für seine Unterstützung der Publikation und die Herstellung des Kontakts zum Braumüller-Verlag. Dem Verlag habe ich für die Bereitschaft zu danken, diesen Band in sein Programm aufzunehmen. Mein Dank gilt auch dem Herausgeber der Reihe und bewährten Kooperationspartner in vielerlei Zusammenhängen, Univ.-Prof. Dr. Anton Pelinka.

Ich wünsche mir, dass die vorliegende Publikation ein Mosaiksteinchen auf dem Weg zu einer fairen Sichtweise Israels ist und mithilft, antisemitische und anti-israelische Stereotype durch intellektuelle Perzeption einer vielschichtigen Realität zu ersetzen.

Univ.-Doz.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Brigitte Bailer

Anmerkungen zum Buch

Wo, wenn nicht in Österreich, sollte der Vorgeschichte und der Geschichte Israels in Form eines wissenschaftlichen Diskurses gedacht werden? Österreich und Israel sind in komplexer Form miteinander verbunden – und das drücken die Beiträge zu diesem Buch aus. Theodor Herzl und damit ein entscheidender Beitrag zur Entstehung des Zionismus sind ein Produkt (alt-)österreichischer Geschichte und Gesellschaft. Der Antisemitismus, ohne den eine postreligiöse, eine nationale jüdische Identität wohl nicht vorstellbar gewesen wäre, hat eine Fülle spezifisch österreichischer Aspekte. Der Nationalsozialismus und der Holocaust, entscheidende Voraussetzungen für die Entstehung des Staates Israel, waren wesentlich auch von Österreichern in Österreich vorbereitet und umgesetzt.

Es zählt daher auch zur intellektuellen Verantwortung Österreichs – nicht allein und vielleicht auch nicht primär der Regierung, sondern vor allem der Zivilgesellschaft und damit auch der Universitäten –, sich mit der Entstehung und der Entwicklung Israels auseinanderzusetzen: den österreichischen Wurzeln des Zionismus ebenso nachzugehen wie der Frage, wie Österreich von der Explosivität des arabisch-israelischen Konfliktes betroffen ist; die spezifisch österreichische Verpflichtung gegenüber Israel und den aus Österreich vertriebenen Jüdinnen und Juden nachzuzeichnen und die Möglichkeit zur Kooperation mit Einrichtungen der israelischen Gesellschaft und des israelischen Staates zu beschreiben.

Die Entwicklung der staatlichen, der diplomatischen Beziehungen zwischen Israel und Österreich war und ist durch eine besondere Sensibilität gekennzeichnet. Die „Ära Kreisky“ hatte ihre Merkmale – ein österreichischer Regierungschef jüdischer Herkunft, der diese seine persönlichen Wurzeln bewusst einsetzte, um Jasser Arafat und der PLO die Tore zur internationalen Anerkennung aufzustoßen; die Jahre der Präsidentschaft Kurt Waldheims, in der Israel die diplomatischen Beziehungen demonstrativ zurückstufte; und schließlich die Zeit nach der Regierungsbildung 2000, auf die Israel mit besonderer Heftigkeit reagierte.

Diese Beziehungen können nicht Routine werden – jedenfalls noch nicht. Zu viel an historischem Ballast steht nach wie vor im Raum. Die Beziehungen zwischen Österreich und Israel werden wohl nie so sein wie die Beziehungen zwischen Österreich und Peru – oder die zwischen Israel und Neuseeland. Umso wichtiger ist daher auch, was sich jenseits der Diplomatie und ihrer Sprache, was sich jenseits der Beziehungen zwischen Regierungen entwickelt und noch weiterentwickeln kann.

Dafür gibt es eine Reihe von Ansätzen, die auch in diesem Buch untersucht werden. Für diese Beziehungen auf nicht-staatlicher Ebene sind die Faktoren, die einer Routinisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen eher im Wege stehen, von Vorteil: Die österreichischen Wurzeln eines nicht

unerheblichen Teils der israelischen Gesellschaft; und das Verantwortungsempfinden eines ebenfalls signifikanten Teiles der österreichischen Gesellschaft. Die Kooperation zwischen Universitäten und die aktive Unterstützung des Wissenschaftsbetriebes in Israel zählen ebenso dazu wie kulturelle Projekte, die auf den Abbau von Feindbildern im israelisch-palästinensischen Beziehungsgeflecht zielen.

Hier liegen auch die Potenziale für die Zukunft: unbeschadet vom Auf und Ab zwischenstaatlicher Beziehungen ein Netzwerk zu verdichten, in dem die Vielfalt Israels ebenso eingebunden ist wie die Vielfalt Österreichs; ein Netzwerk, das von einem gemeinsamen Interesse getragen ist – die Geschichte mit all ihren Schrecknissen auch als Chance zu begreifen.

Budapest und Wien, September 2009

Anton Pelinka

Eleonore Lappin-Eppel

Von Moses Hess bis Theodor Herzl – die Anfänge des Zionismus

Ein Blick in die hebräische Bibel oder in ein jüdisches Gebetbuch zeigt, dass für die Juden Volk und Religion eine untrennbare Einheit darstellen. Das jüdische Volk ist Träger der jüdischen Religion, die mit Hilfe des jüdischen Gesetzes sein gesamtes Leben regelt. Festgeschrieben ist das Gesetz in der Thora, welche Gott nach orthodoxem Glauben den Juden am Berg Sinai offenbarte, und im Talmud. Gleichzeitig verhiess Gott den Israeliten das Land Israel (*Erez Israel*) als Heimat. Daraus ergibt sich die Verbindung von Glaube, Volk und Land. Die Sehnsucht nach der Rückkehr ins „gelobte Land“ begleitete die Juden durch die Jahrtausende ihrer Diasporaexistenz, sie ist festgehalten in den Psalmen und in den täglichen Gebeten.

FORTSCHRITTE IM 19. JAHRHUNDERT

Arthur Hertzberg weist auf den scheinbaren Widerspruch hin, dass die Juden, wie oben gezeigt, die besten Voraussetzungen für eine Nationalbewegung besaßen und der Zionismus dennoch als eine der letzten europäischen Nationalbewegungen entstand.¹ Auch dies hatte nicht zuletzt religiöse Gründe. Denn die Rückkehr ins Heilige Land wurde und wird von einem Teil der Juden als eschatologisches Ereignis gesehen, das mit ihrer endzeitlichen Erlösung verbunden ist. Obwohl die Juden aufgerufen sind, durch Treue zum jüdischen Gesetz und ein gottgefälliges Leben das Kommen des Messias zu ermöglichen, gilt es doch als gefährliche Sünde, diese Entwicklung beschleunigen und damit Gottes Entscheidung beeinflussen zu wollen. Auch waren die Erfahrungen, welche die Juden mit Wellen messianischer Erregung gemacht haben, negativ.² Daher galt „Zion“ lange Zeit zwar als Bezeichnung für Jerusalem, doch war dies eher ein transzendenter Ort in der kommenden, der erlösten, als in unserer Welt. Dennoch begaben

¹ Zionismus, in: *Encyclopaedia Judaica*, 2. Aufl., Bd. 21, S. 540.

² Vgl. z.B.: Gershom Scholem, *Sabbatai Sevi. The Mystical Messiah* (Bollingen Series XCIII), Princeton, New Jersey, 1973; *Die Memoiren der Glückel von Hameln*, geboren in Hamburg 1645, gestorben in Metz 19. September 1724. Autorisierte Übertragung nach der Ausg. des David Kaufmann von Bertha Pappenheim, Wien 1910.

sich immer wieder fromme Juden, vor allem Kabbalisten und Mystiker, ins reale Heilige Land, um dort zu beten, die heiligen Schriften zu studieren und zu sterben – ein Unterfangen, das durchaus als gottgefällig galt, weshalb die Diasporagemeinden sie mit Spenden unterstützten. Anfang des 19. Jahrhunderts lebten höchstens zehntausend Juden in *Erez Israel*, vor allem in Hebron, Tiberias, Jerusalem und vor allem Safed, wo sie mit vier-tausend BewohnerInnen sogar die Bevölkerungsmehrheit bildeten. Aufgrund der verbesserten Verwaltung und des Schutzes, den die neu etablierten ausländischen Konsulate boten, nahm ab 1830 auch die jüdische Bevölkerung Jerusalems zu und war ab 1840 mit fünftausend Personen die größte Glaubensgruppe neben 4500 Muslimen und 3500 Christen. 1880 waren bereits 17.000 der 30.000 BewohnerInnen Jerusalems jüdisch. Ihre wirtschaftliche Lage war trist. 1877 lebte ein Fünftel der jüdischen Familienoberhäupter von Almosen, ein Drittel waren Rabbiner, Schächter, Lehrer u. dgl., also auch von öffentlichen Zuwendungen abhängig.³

Das 19. Jahrhundert sah in Westeuropa den phantastischen Aufstieg einzelner Juden bzw. jüdischer Familien wie den Rothschilds zu Reichtum und Ansehen sowie die schrittweise Emanzipation der Juden, die 1791 in Frankreich begonnen hatte. Diese Entwicklungen und der allgemeine Fortschrittsglaube ließen die west- und mitteleuropäischen Juden ihrer Zukunft mit Optimismus entgegensehen und ein Zugehörigkeitsgefühl zu ihren Wohnländern entwickeln. Mit großem Elan machten sie von der Möglichkeit, sich wirtschaftlich, kulturell und politisch zu integrieren, Gebrauch, wobei Bildung die besten Voraussetzungen für Erfolg versprach. Als Zeichen der Loyalität zu ihren Heimatländern begann die jüdische Reformbewegung, Hinweise auf die Erwartung der Rückkehr nach Zion aus der Liturgie zu tilgen und das Judentum zu „konfessionalisieren“.⁴ Das orthodoxe Lager betrachtete dies als Bewegung zur Assimilation, zum Untergang des Judentums. Dennoch entstand auch hier die Neo-Orthodoxie, welche moderne Lebensweise mit strikter Gesetzestreue zu vereinbaren trachtete.⁵ Dass dies durchaus möglich war, bewiesen einzelne Karrieren strenggläubiger Juden. Sir Moses Montefiore (1784–1885), der an der Börse und als Unternehmer zu Reichtum gekommen war, widmete einen erheblichen Teil seines Lebens der jüdischen Philanthropie, aber auch der jüdischen und der englischen Politik. So war er von 1835–1874 Präsident des *Board of Deputies of the British Jews* und wurde 1837 zum *Sheriff*, also zum

³ David Vital, *The Origins of Zionism*, Oxford 1980, S. 17–20.

⁴ Vgl. dazu: Michael A. Meyer, *Antwort auf die Moderne. Geschichte der Reformbewegung im Judentum*, Wien–Köln–Weimar 2000.

⁵ Matthias Morgenstern, *From Frankfurt to Jerusalem. Isaac Breuer and the History of the Secession Dispute in Modern Jewish Orthodoxy* (Studies in European Judaism; 6), Köln 2002.

höchsten Verwaltungsbeamten der *City of London* gewählt, 1838 geadelt und 1846 als erster britischer Jude zum *Baronet* ernannt. Sein erfolgreiches Eintreten für die jüdische Gemeinde von Damaskus, die 1840 des Ritualmords beschuldigt wurde, verhalf ihm zu großem Ansehen in der jüdischen Welt.⁶ Ein besonderes Anliegen war Montefiore, durch Spenden und Sozialprojekte die Lebensbedingungen der Juden in *Erez Israel* und besonders in Jerusalem zu verbessern.⁷ 1855 gründete er *Mischkenot Shaananim*, die erste jüdische Siedlung außerhalb der überfüllten, unhygienischen Jerusalemer Altstadt, die armen Juden durch eine Windmühle und Gärten auch einen Lebensunterhalt bieten sollte.⁸ Ein vermehrter Zuzug von Juden nach *Erez Israel* erschien Montefiore nicht wünschenswert.

Mit dem französischen Rechtsanwalt Adolphe Crémieux (1796–1880) wurde 1842 erstmals ein religiös praktizierender Jude in die französische Abgeordnetenversammlung gewählt; später war er Regierungsmitglied und schließlich Senator auf Lebenszeit. Crémieux, der sich ebenfalls in der Damaskus-Affäre engagiert hatte, wurde 1843 Präsident des *Consistoire central des israélites de France*, des Dachverbandes der französischen Juden, 1863 übernahm er die Präsidentschaft der neu gegründeten *Alliance israélite universelle*, einer internationalen Hilfsorganisation für Juden.⁹

ORTHODOXE VORLÄUFER DES ZIONISMUS

Die ersten zionistischen Denker waren fromme Rabbiner und Schriftgelehrte, die sich von den blendenden Karrieren orthodoxer Juden und den modernen Nationalbewegungen inspirieren ließen. Rabbiner Jehuda Alkalay (1798–1878) war in Sarajevo, Bosnien, als Sohn des dortigen religiösen Oberhauptes geboren und in Jerusalem aufgewachsen, wo er unter den Einfluss der Mystik kam. 1825 wurde er zum Rabbiner von Semlin, der

⁶ Vgl.: Jonathan Frankel, *The Damascus Affair. „Ritual Murder,“ Politics, and the Jews in 1840*, New York 1997.

⁷ Yehoshua Ben-Arieh, *Jerusalem in the 19th Century. The Old City*, Jerusalem – New York 1984, S. 340f.

⁸ Ders., *Jerusalem in the 19th Century. The Emergence of the New City*, Jerusalem – New York 1986, S. 74–79.

⁹ Angeregt von der Damaskus-Affäre und der Zwangstaufe des jüdischen Kindes Edgardo Mortara aus Bologna 1858 gründeten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in Frankreich 1860 die *Alliance israélite universelle*, um Juden in der ganzen Welt zu unterstützen und den Judenhass zu bekämpfen. Sie richteten einen Hilfsfonds ein, schufen zahlreiche Arbeitsmöglichkeiten und setzten sich für die allgemeine Emanzipation der Juden ein. Adolphe Crémieux war bis zu seinem Tod 1887 Präsident der *Alliance*.

Hauptstadt Serbiens (heute ein Bezirk von Belgrad), berufen. Unter dem Eindruck der erfolgreichen Befreiungsbewegung Griechenlands, das 1830 vom Osmanischen Reich unabhängig wurde, und der serbischen Nationalbewegung verband Alkalay in seinem Denken jüdische Mystik mit dem Nationalgedanken. In seiner 1834 publizierte Schrift „Schema Jisrael“ regte er erstmals die Errichtung von Kolonien im Heiligen Land als ersten Schritt zur Selbst-Erlösung an, die er mit dem endzeitlichen Kampf zwischen Gog und Magog¹⁰ argumentierte. In „Derkhei Noam“ (1839) interpretierte er die religiöse Forderung nach *Tschuwa* (Umkehr, Reue) wörtlich als Rückkehr nach *Erez Israel*. Den tieferen Sinn der Damaskus-Affäre sah er darin, die Juden aus ihrer Selbstzufriedenheit aufzurütteln und ihnen ihre Entferntheit von Jerusalem schmerzlich bewusst zu machen.¹¹ Er appellierte an Sir Moses Montefiore und an Adolphe Crémieux, den Türken das Heilige Land abzukaufen. Sein Aufbau sollte mittels einer jüdischen Nationalbank, eines Nationalfonds und einer Besteuerung der jüdischen Diaspora finanziert, ein jüdisches Parlament etabliert und die hebräische Sprache erneuert werden – Bestrebungen, die später zentral für den Zionismus werden sollten. Trotz jahrzehntelanger Reise- und Publikationstätigkeit fand Alkalay keine Resonanz und zog sich 1871 enttäuscht nach Jerusalem zurück.¹²

Etwas erfolgreicher war Rabbiner Zwi Hirsch Kalischer (1795–1874), ein angesehener Talmudgelehrter in Thorn (damals: Preußen, heute: Toruń, Polen), der aufgrund seiner religiösen Studien ebenfalls zu dem Schluss gelangte, dass die Juden in ihre alte Heimat zurückkehren mussten, um das Kommen des Messias vorzubereiten. In seiner Schrift „Drischat Zion“ von 1861 rechtfertigte er das Abweichen von der herkömmlichen religiösen Meinung damit, dass erst die von Gott gegebenen wirtschaftlichen und politischen Fortschritte eine solche Rückkehr möglich gemacht hätten. Daher forderte er die Gründung eines Vereins zur Kolonisation Palästinas, dessen wohlhabende Mitglieder Land in Palästina erwerben und Armen zur Erschließung und Bearbeitung übergeben sollten.¹³ Auf diese Weise wollte Kalischer arme Juden als Ackerbauern in Palästina ansiedeln, womit der jüdischen Pflicht zur Wohltätigkeit Genüge getan würde. Eine Rückkehr auf die palästinensische Scholle bedeutete aber auch, dass die Juden endlich auch jene göttlichen Gesetze einhalten konnten, welche an das Land

¹⁰ Vgl. dazu: Ezechiel (Kapitel 38 und 39).

¹¹ „Minchat Yehuda“, 1843.

¹² Arthur Hertzberg (Hg.), *The Zionist Idea. A Historical Analysis and Reader*, New York 1984, S. 103; *Encyclopaedia Judaica*, 2. Aufl., Bd. 1, S. 663f.

¹³ Hirsch Kalischer, *Drischat Zion oder Zions Herstellung* (1861), in: Julius H. Schoeps (Hg.), *Zionismus. Texte zu seiner Entwicklung*, Wiesbaden 1983, S. 48f.

Israel gebunden sind – ein Argument, das später zentral für den religiösen Zionismus werden sollte. Gleichzeitig warnte Kalischer die Juden davor, „unsere Nationalität, auf die wir stolz zu sein ein Recht haben, ganz und gar zu verleugnen“.¹⁴

1854 gründete Kalischer in Berlin das „Zentralkomitee für die jüdische Kolonisation in Palästina“ und berief 1860 eine Rabbinerkonferenz nach Thorn. Von den Teilnehmern sprach sich nur Rabbiner Esriel Hildesheimer¹⁵ für eine Kolonisation Palästinas aus und Dr. Chajim Lorje (1821–1878) gründete einen Kolonisationsverein in Frankfurt an der Oder, der allerdings wirkungslos blieb. Es gelang Kalischer jedoch, die *Alliance israélite universelle* zu bewegen, 1870 südlich von Jaffa die landwirtschaftliche Schule *Mikve Israel* zu etablieren – allerdings nur mit dem Ziel, die Lage der bereits in *Erez Israel* lebenden Juden zu verbessern, nicht aber neue anzuziehen.

Alkalay und Kalischer scheiterten, weil ihr Denken nicht zeitgemäß war. Obwohl sie anerkannte jüdische Gelehrte waren, waren ihre Gedanken orthodoxen Kreisen suspekt, da sie zu modern und von nichtjüdischen Ideen beeinflusst waren und im Widerspruch zu den traditionellen Messiaserwartungen standen. Die sich modernisierenden Juden wiederum setzten ihre Hoffnung auf die Emanzipation und Integration in die nichtjüdische Umwelt und nicht auf einen religiös geprägten jüdischen Nationalismus.¹⁶

MOSES HESS

Moses Hess (1812–1875) stammte aus einer orthodoxen Familie, die zunächst in Düsseldorf und später in Köln lebte. Von seinem Großvater erhielt er eine gründliche jüdische Erziehung, fühlte sich jedoch bald zur Philosophie hingezogen. So wie Heinrich Heine (1797–1856) und Ludwig Börne (1786–1837) gehörte Hess zu den ersten Juden, die in die europäische Kultur eintauchten. Nach zwei Studienjahren (1837–1838) wurde er wie sie

¹⁴ Ebenda, S. 49.

¹⁵ Esriel Hildesheimer (1820–1899) erhielt neben einer traditionellen religiösen auch eine weltliche Erziehung. Er studierte an der Berliner Friedrich-Wilhelm-Universität semitische Sprachen, Philosophie, Geschichte und Naturwissenschaften und promovierte in Halle. 1851 wurde er Rabbiner in Eisenstadt (damals: Ungarn), 1873 berief ihn die Austrittsgemeinde „*Adass Jisroel*“ nach Berlin. 1872 gründete er einen Palästinaverein, dessen Hauptziel es war, das jüdische Schul- und Erziehungswesen in Jerusalem zu verbessern; 1879 richtete er ein Waisenhaus ein und unterstützte die *Chowewe Zion* beim Landerwerb in Palästina.

¹⁶ Hertzberg, *Zionist Idea*, S. 34f.

Journalist. Hess war Gründer, Herausgeber und ab 1842 Pariser Korrespondent der *Rheinischen Zeitung für Politik, Handel und Gewerbe*, der ersten sozialistischen Zeitung, die von Karl Marx redigiert wurde. Seine 1837 erschienene Studie „Die Heilige Geschichte der Menschheit“ war von der Bibel und von Baruch Spinoza ebenso beeinflusst wie vom Sozialismus. Hess forderte darin die Aufhebung der Klassenunterschiede, die Gleichberechtigung von Männern und Frauen, die „freie Liebe“ als Grundlage der Ehe sowie Kindererziehung, Gesundheitsfürsorge und Wohlfahrt als staatliche Aufgaben. Er zeigte sich überzeugt, dass zusammen mit Armut und Mangel auch Gewalt und Kriminalität verschwinden würden. Ziel war eine vernunftgeleitete Gesellschaft, welche die ihr entsprechenden Herrschaftsformen entwickeln werde. Dass Hess im Gegensatz zu Marx utopischer und nicht materialistischer Sozialist war, führte schließlich zum Bruch. Wegen seiner Beteiligung an linken und revolutionären Gruppierungen von den Behörden verfolgt, musste Hess ein unstetes Wanderleben zwischen Deutschland, Frankreich, der Schweiz und Belgien führen. In den 1850er Jahren glaubte er im Nationalismus das Ordnungsprinzip gefunden haben, das eine friedliche Welt sichern konnte. Das Judentum mit seiner engen Verbindung von Religion und Nation erschien ihm als vorbildlich. Begeistert von den Erfolgen des „Völkerfrühlings“ – 1861 war das Königreich Italien gegründet worden – sagte Hess in seinem 1862 erschienenen Werk „Rom und Jerusalem“ auch ein Erwachen der jüdischen Nation und ihre Rückkehr nach Palästina voraus, denn das Judentum habe in seiner Religion seine Nationalität konserviert „und beide untrennbar verbunden im unveräußerlichen Lande der Väter“.¹⁷ Im orthodoxen Judentum sah Hess den Bewahrer der jüdischen Nation in der Diaspora, da es mit seinen Speisevorschriften und sonstigen Ge- und Verboten weniger religiöse Inhalte, als Erinnerungen an die nationale Vergangenheit tradiere – eine Interpretation, die später von den modernen Zionisten übernommen wurde.

Hess' Ideal war der liberale Nationalismus, der die Gleichberechtigung und Ungleichartigkeit der Nationen akzeptierte. In Gegensatz dazu stellte Hess den konservativen Nationalismus und rassistischen Antisemitismus in Deutschland, die eine Assimilation der Juden unmöglich machten.¹⁸ Dennoch war für ihn die Rückkehr nach Palästina die logische Reaktion auf das Erwachen der Völker und keine Flucht vor dem Antisemitismus. Hess war überzeugt, dass die liberalen Nationen dieses Unternehmen unterstützen würden. Der Aufbau des Landes Israel sollte gemäß sozialistischen Prinzipien erfolgen: Der Boden müsse dem ganzen Volk gehören, die Gesetze sollten vor allem die Arbeit fördern, wobei Hess zum Unterschied

¹⁷ Schoeps (Hg.), *Zionismus*, S. 52.

¹⁸ Vgl. z.B.: Arthur de Gobineau, *Essai sur inégalité des races humaines*, 1853; Richard Wagner, *Das Judentum in der Musik*, 1850.

von den meisten Frühzionisten auch an eine Industrialisierung Palästinas dachte. Ein Sanhedrin solle das jüdische Religionsgesetz den Notwendigkeiten dieses Aufbaus anpassen, was keine größeren Änderungen erfordern würde, da, wie Hess meinte, das mosaische und das sozialistische Gesetz weitgehend identisch seien. Daher blieb er auch nach seiner Hinwendung zum Judentum und zum jüdischen Nationalismus in der sozialistischen Bewegung aktiv. „Rom und Jerusalem“ wurde bei seinem Erscheinen kaum wahrgenommen. Erst die 1899 von Max Bodenheimer herausgegebene Neuauflage fand in der zionistischen Bewegung Resonanz.¹⁹

Chowewe Zion

Zar Alexander II. (1855–1881) hatte erste liberale Reformen in Russland durchgeführt und auch Erwartungen auf eine Emanzipation der Juden erweckt. Die einsetzende Industrialisierung hatte Teile der jüdischen Massen modernisiert, eine dünne Oberschicht war zu Wohlstand und/oder säkularer Bildung gekommen. Die neue jüdische Intelligenz orientierte sich an der russischen und war wie diese politisch und kulturell nach dem Westen ausgerichtet.

Unter dem Einfluss der deutsch-jüdischen Aufklärung entwickelte sich in Russland auch eine jüdische Modernisierungsbewegung, die *Haskalah*. Um ihre Ideen unter den Massen zu verbreiten, bedienten sich die *Maskilim* (Aufklärer) des Hebräischen, womit sie aber wieder nur eine Elite mit fundierter jüdischer Ausbildung erreichten, und des Jiddisch. Obwohl ihr Ziel letztlich die Akkulturation an Europa bzw. Russland war, bewirkten sie damit dreierlei, das später für die Verbreitung des Zionismus wesentlich werden sollte: Sie wandelten Hebräisch von einer toten Sprache des religiösen Kultus zu einer modernen Schrift- und Umgangssprache um. Gleichzeitig entwickelten sie Jiddisch von einer bloßen Umgangs- zu einer vollwertigen Schrift- und Literatursprache. Ermöglicht wurde dies durch eine blühende hebräische und jiddische Presse und Literaturproduktion. Die Presse förderte auch die Verbreitung und Diskussion der frühzionistischen Ideen. Jüdische Zeitungen und Zeitschriften auf Hebräisch, Jiddisch und Russisch berichteten aber auch über jüdisches Leben im Ausland: über die Erfolge des sich assimilierenden westlichen Judentums ebenso wie über den Aufstieg des Antisemitismus in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts.²⁰

¹⁹ Zu Moses Hess siehe: Hertzberg, *Zionist Idea*, S. 19–22, S. 34–38; *Encyclopaedia Judaica*, 2. Aufl., Bd. 21, S. 544.

²⁰ Jonathan Frankel, *Prophecy and Politics. Socialism, Nationalism, and the Russian Jews 1862–1917*, London – New York – New Rochelle – Melbourne – Sydney

Die Ermordung Alexanders II. brachte wieder die Reaktion an die Macht. Die Tatsache, dass unter den Attentätern auch eine junge Jüdin war, diente der Regierung Alexanders III. als Vorwand für eine Verschärfung der antijüdischen Maßnahmen, womit die Hoffnungen auf eine Emanzipation endgültig zerstört wurden. Dazu kam eine Pogromwelle, die Südrussland zwischen 1881 und 1884 erschütterte und 160 Ortschaften erfasste. Es gab Hunderte Tote, vor allem aber ließen die Plünderungen die Mittelschicht völlig verarmen. Dass die Pogrome von den Behörden geduldet, von der Presse angeheizt und selbst von der liberalen Elite gutgeheißen wurden, machte den Juden klar, dass sie in Russland unerwünscht waren. Zwischen 1881 und 1914 verließen 2,6 Millionen Juden Russland und emigrierten in den Westen, mehrheitlich in die USA.²¹ Als Rumänien 1878 seine Unabhängigkeit erhielt, erklärte es die Juden zu rechtlosen Ausländern. Auch hier setzte eine massive Auswanderungswelle ein: Zwischen 1881 und 1910 emigrierten etwa 67.000 der 250.000 rumänischen Juden allein in die USA.²² Bei einer Minderheit der russischen und rumänischen Juden setzte sich jedoch angesichts des zunehmenden Antisemitismus in Westeuropa die Überzeugung durch, dass nur ein eigenes Land den Juden die ersehnte Sicherheit geben könne.

Die erste einflussreiche Analyse in diesem Sinn stammte von Moshe Leib Lilienblum (1843–1910). Lilienblum war ein typischer *Maskil*. In Kaidan (Kediainiai) bei Kovno (Kaunas) in Litauen geboren, erhielt er eine traditionelle jüdische Erziehung und wurde mit 15 verheiratet. Während er sich als junger Gelehrter einen Namen machte, eignete er sich heimlich säkulares Wissen an und begann 1868 kritische Artikel über die starre jüdische Orthodoxie zu veröffentlichen. Ein Jahr später verließ er seine Familie und übersiedelte nach Odessa. Dort hungerte er sich als Hebräischlehrer und Journalist durch und kam zu dem Schluss, dass nur die Gleichberechtigung die nötige Besserung der wirtschaftlichen Lage der Juden bringen konnte. Als die Ermordung Alexanders II. seine Hoffnungen zunichte machte, erschien Lilienblum die Rückkehr ins eigene Land, wo die Juden endlich nicht mehr nur geduldete diskriminierte Fremde sein würden, als einzige Lösung.²³

Diese Idee griff der Arzt Leon Pinsker (1821–1891) auf und entwickelte sie weiter. Pinsker war bereits in einer akkulturierten Familie aufgewach-

1981; Shulamit Volkov, *Jüdisches Leben und Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert*, München 1990, S. 91.

²¹ Encyclopaedia Judaica, 2. Aufl., Bd. 21, S. 545.

²² Vital, *Origins*, S. 89f.

²³ Hertzberg, *Zionist Idea*, S. 111–119. Auf die gleichzeitig stattfindende Entwicklung der frühzionistischen Bewegung in Rumänien kann hier aus Platzgründen nicht eingegangen werden. Siehe dazu: Vital, *Origins*, S. 87–96.

sen. Doch die Pogrome sowie der westliche Antisemitismus überzeugten auch ihn, dass die Juden ein eigenes Land brauchten. Wie Alkalay und Kalischer meinte er, dass dieser Plan nur mit Unterstützung der emanzipierten Westjuden in gehobenen Positionen verwirklicht werden könne. Pinsker nutzte eine Kurreise nach Italien, um bei einflussreichen Juden in verschiedenen mittel- und westeuropäischen Ländern vorzusprechen. Dabei stieß er nur bei Arthur Cohen, dem Präsidenten des *Board of Deputies of the British Jews* auf Verständnis. Auf den Rat Cohens hin publizierte Pinsker im Herbst 1882 in Berlin eine Broschüre mit dem Titel: „Autoemanzipation! Mahnruf an seine Stammesgenossen von einem russischen Juden“.²⁴ Darin bezeichnete er den Antisemitismus als nicht ausrottbar, weil seine Ursache die nationale Anomalie des jüdischen Volkes sei, das keine Heimat, kein eigenes Land besitze. Pinskers Zionismus war völlig säkular und bar jedes Messianismus. Ihm ging es um die Normalisierung der jüdischen Existenz: Die Juden sollten ein Volk wie jedes andere werden. Darin war er zukunftsweisend, denn die Mehrheit der modernen Zionisten strebte und strebt mit der Rückkehr nach Palästina keine spirituelle Erneuerung oder gar Erlösung, sondern die nationale Normalisierung an.

Als überzeugter Säkularist und assimilierter Jude hätte sich Pinsker auch mit einem anderen Territorium als Palästina abgefunden. Die Anhängerschaft, die sich in Russland bald um ihn und Moshe Leib Lilienblum scharte, überzeugte ihn, dass nur *Erez Israel* als Heimat des jüdischen Volkes infrage komme. Die *Chowewe Zion* (Zionsfreunde), die Mitglieder der *Chibat Zion* (Zionsliebe), wie sich die Organisation seit ihrer zweiten Konferenz in Druschkiniki 1887 nannte,²⁵ waren einerseits enttäuschte *Maskilim*, die nun ihr Heil in der nationalen Selbstbefreiung suchten. Andererseits war die Mehrheit der Mitglieder mehr oder weniger jüdisch-traditionell bis strenggläubig. Als sich 1884 die Bewegung in Kattowitz konstituierte, wurde Pinsker zum unumstrittenen Führer gewählt. Ihm zur Seite stand Rabbiner Samuel Mohilever (1824–1898). Die folgenden Jahre waren nicht zuletzt von Streitigkeiten und Misstrauen zwischen *Maskilim* und Orthodoxen überschattet. Als Pinsker 1891 starb, hatten die *Chowewe Zion* erst acht Kolonien in Palästina gegründet, die nur dank der finanziellen Hilfe des Barons Edmond de Rothschild überleben konnten. Der Grund dafür war neben organisatorischen Mängeln die große Armut der russischen und rumänischen Juden. So konnten die etwa hundert *Chowewe Zion*-Vereine lediglich jährlich vierzig- bis fünfzigtausend Rubel aufbringen, während die Ansiedlung einer einzigen Familie dreitausend Rubel

²⁴ Ebenda, S. 126.

²⁵ Encyclopaedia Judaica, 2. Aufl., Bd. 21, S. 544.

kostete.²⁶ In den 1890er Jahren nahm die Auswanderung aus Russland neuerlich sprunghaft zu, sodass auch die Zahl der jüdischen Siedler in Palästina von 2415 im Jahr 1890/91 auf zwanzig- bis dreißigtausend im Jahr 1903 anstieg.²⁷

Zwei Jahre vor dem Ableben Leon Pinskers, im März 1889, erschien in der hebräischen Tageszeitung *Hameliz* ein Artikel mit dem vielsagenden Titel „Dies ist nicht der Weg“. Als Autor zeichnete Achad Haam, „Einer aus dem Volk“. Hinter diesem bisher unbekanntem Namen stand Ascher Ginsberg (1856–1927), der zwar seit 1884 Mitglied der *Chibat Zion* war, bisher jedoch weder publizistisch noch organisatorisch sonderlich hervorgetreten war. Nun wies er auf die Ursachen für das Scheitern der Palästinakolonisation hin. Die Kolonisten seien mit der Erwartung nach *Erez Israel* gekommen, dort ein besseres und leichteres Leben aufbauen zu können. Das Gegenteil sei der Fall. Angesichts der harten Lebensbedingungen in Palästina seien für dessen Aufbau nur Juden geeignet, die bereit waren, für ihr Volk Opfer zu bringen. In der Bereitschaft, nicht für das persönliche, sondern für das Wohl der Gemeinschaft zu leben, sah der Autor das ursprüngliche Wesen des jüdischen Volkes, wie es in den Schriften der Bibel zum Ausdruck komme. Es gelte nicht, die Judennot, sondern die Judentumsnot zu bekämpfen, die jüdische Nation zu erwecken und zu erneuern. Palästina werde nie die Heimat aller Juden sein können, daher sollte es ein geistiges Zentrum werden, das auch den Erhalt der Diaspora verbürgen werde.²⁸

Die Kritik Achad Haams löste in der *Chibat Zion* einen Sturm der Entrüstung aus. Doch die national gesinnte Jugend fühlte sich gerade von seinen hohen moralischen Anforderungen angesprochen. Unter dem Einfluss der russischen hatte sich auch innerhalb der jüdischen Intelligenz ein Selbstverständnis entwickelt, das auf Rebellion gegen das Bestehende, Askese, Hingabe und Idealismus ausgerichtet war.²⁹ Außerdem wies Achad Haam den jungen Intellektuellen ein breites Betätigungsfeld in der Diaspora: Die „Erweckung der Herzen“, die Erneuerung des jüdischen Volks durch Erziehung und seine Vorbereitung auf ein Leben im eigenen Land sowie die Schaffung einer modernen, säkularen, jüdischen Kultur, die europäische und jüdische Werte verschmelzen sollte. Noch im selben Jahr 1889 entstand um Achad Haam in Odessa ein elitärer Orden, die *Bne Mosche* (Söhne Mosis), welche sich als moralische Avantgarde der *Chibat Zion* verstanden und bald den aktivsten Teil der Bewegung darstellten. In den acht Jahren ihres Bestehens gründeten die *Bne Mosche* in Jaffa die erste hebrä-

²⁶ Vital, *Origins*, S. 158f.

²⁷ Ebenda, S. 100.

²⁸ Achad Haam, *Nicht dies ist der Weg*, in: Schoeps (Hg.), *Zionismus*, S. 95–105.

²⁹ Frankel, *Prophecy*, S. 2.

ische Volksschule des Landes sowie Rechowot, eine ausschließlich hebräischsprachige Kolonie. In der Diaspora wirkten sie auf eine Reform der jüdischen Kindererziehung hin und förderten die Renaissance der hebräischen Sprache sowie das jüdische Nationalgefühl durch zahlreiche Publikationen. Eine größere Anzahl *Bne Mosche* studierte im westlichen Ausland und gründete dort *chowewe*-zionistische Vereine. Der bedeutendste war die „Russisch-jüdische wissenschaftliche Vereinigung“, die der Mathematikstudent Leo Motzkin (1867–1933) 1883 in Berlin gründete und aus der eine erhebliche Zahl bedeutender Führer der zionistischen Organisation, deren prominentester der erste Präsident des Staates Israel, Chaim Weizmann, war, hervorging. Dennoch verlor der von Achad Haam vertretene Kulturzionismus nach dem Auftreten Herzls und der Gründung der Zionistischen Weltorganisation seine Bedeutung. Chaim Weizmann und Achad Haam waren jedoch 1917 führend an den Verhandlungen um die Balfour Deklaration beteiligt.³⁰

ÖSTERREICH

Bereits im Dezember 1882 gründeten die beiden Studenten Nathan Birnbaum (1864–1937) und Moritz Schnirer (1861–1941) sowie der Arzt Reuben Bierer (1835–1931) in Wien den „Akademischen Verein *Kadimah*“. Die *Kadimah* bekämpfte die Assimilation und den Antisemitismus, zusätzlich zur bürgerlichen Emanzipation forderte sie die nationale Anerkennung des jüdischen Volkes. Sie war von zwei Persönlichkeiten geprägt: von Leon Pinsker und von Perez Smolenskin (1842–1885). Smolenskin hatte auch den Namen der Vereinigung vorgeschlagen: *Kadimah* bedeutet auf Hebräisch sowohl „ostwärts“ – also zurück nach Palästina und zum eigenen Volk – als auch „vorwärts“ zu einer erneuerten säkularen jüdischen Kultur und Tradition, zu einer „Wiedergeburt“ des jüdischen Volkes.

Perez Smolenskin hatte die Jeschiwa in Shlov besucht, bevor er gegen die Orthodoxie rebellierte und ein Wanderleben begann. Auf seinen Reisen lernte er, der mehrere europäische Sprachen beherrschte, die westliche Kultur kennen. Bei einem Aufenthalt in Rumänien erlangte er die türkische Staatsbürgerschaft, die es ihm ermöglichte, sich 1865 in Wien niederzulassen.³¹ Smolenskin nutzte die im Vergleich zu Russland größere Presse-

³⁰ Vgl. Chaim Weizmann, *Trial and Error: The Autobiography of Chaim Weizmann*, Philadelphia 1949; Jehuda Reinharz, *Chaim Weizmann. The Making of a Zionist Leader*, Oxford University Press, New York 1985.

³¹ Gemäß dem Friedensabkommen von Passarowitz, das 1718 zwischen Österreich und dem Osmanischen Reich unterzeichnet wurde, besaßen Untertanen des Sultans in Wien das Wohnrecht.

freiheit, um hier ab 1868 die hebräische Monatsschrift *Haschachar* (Die Morgenröte) herauszubringen, die vor allem in Russland ein begeistertes Publikum fand und dort bald zu den wichtigsten hebräischen Zeitschriften gehörte. Smolenskin propagierte in *Haschachar* zunächst kulturelle Erneuerung sowie Säkularisierung. Das religiöse Ritual und Gesetz lehnte er ab, das geistige Erbe, wie es sich in der Bibel und anderen jüdischen Schriften darstellte, sollte national, also säkular, umgedeutet werden. Mit *Haschachar* leistete Smolenskin auch einen wichtigen Beitrag zur Erneuerung der hebräischen Sprache.

Auch die *Kadimah* widmete sich dem Studium der jüdischen Geschichte, Literatur und Kultur sowie der hebräischen Sprache, um den nationalen Stolz auf das jüdische Erbe zu erwecken. Den wirklichen Durchbruch zum führenden jüdischen Studentenverein schaffte die *Kadimah* jedoch erst, als sie – entgegen dem Willen von Birnbaum, der sich zurückzog – 1888 zur schlagenden Verbindung wurde. Nun schlossen sich ihr auch assimilierte Wiener Studenten an, die im Duell die passende und vor allem ehrenhafte Antwort auf deutschnationalen Antisemitismus sahen. Die kulturelle Erneuerung des Judentums interessierte sie weniger, da sie sich davon bereits ziemlich weit entfernt hatten. Die *Kadimahner* aus den Kronländern standen der zionistischen Idee näher. In den Ferien gründeten sie in ihren Heimatorten in Mähren, Galizien und der Bukowina neue Vereine.³² Galizien, wo siebzig Prozent der zisleithanischen Juden lebten, hatte bald die stärkste zionistische Bewegung und entwickelte ein entsprechend ausgeprägtes Selbstbewusstsein gegenüber Vormachtsansprüchen aus Wien. Die galizischen Vereine entfalteten eine rege Vortragstätigkeit über jüdische Geschichte, Kultur, aber auch Hebräisch und Jiddisch sowie hebräische und jiddische Literatur und gaben eigene Presseorgane heraus. Die österreichischen Zionisten entzweite bald die Frage, ob das Schwergewicht zionistischer Agitation auf der Stärkung des Nationalgefühls oder der Palästina-kolonisation liegen sollte. Daher entstanden sowohl jüdisch-nationale wie Kolonisationsvereine. 1893 wurde die „Jüdisch-nationale Partei“ gegründet, die in der Diasporaarbeit einen Selbstzweck und nicht nur die Vorbereitung auf die Rückkehr nach Palästina sah, während sich die Kolonisationsvereine zum Verband „Zion“ zusammenschlossen.³³

³² Adolf Gaisbauer, Davidstern und Doppeladler. Zionismus und jüdischer Nationalismus in Österreich 1882–1918, Wien – Köln – Graz 1988, S. 68.

³³ Ebenda, S. 62ff.

THEODOR HERZL

Theodor Herzl wurde 1860 als Kind einer assimilierten Familie in Budapest geboren und kam 1878 zum Jusstudium nach Wien, wo er fortan lebte. Nach der Promotion übte Herzl nur kurz seinen Beruf aus und arbeitete dann als Journalist bei der angesehenen *Neuen Freien Presse*. Daneben verfasste er seichte Gesellschaftskomödien. Herzl war areligiös und dem Judentum weitgehend entfremdet, doch warf ihn der Antisemitismus in Österreich und Frankreich wieder darauf zurück. Als Auslandskorrespondent der *Presse* in Paris verfolgte Herzl im Jänner 1895 den Prozess gegen den jüdischen Artilleriehauptmann im französischen Generalstab Alfred Dreyfus (1859–1935) wegen angeblichen Landesverrats. Die heftigen Debatten um Dreyfus' Schuld oder Unschuld polarisierten mehrere Jahre lang die französische Republik. Dass nicht nur Österreich, sondern auch Frankreich eine erhebliche antisemitische Bewegung hatte, ließ bei Herzl die Überzeugung reifen, dass nur ein Massenexodus der Juden die „Judenfrage“ lösen könne. Noch in Frankreich versuchte er, den jüdischen Philanthropen Baron Maurice de Hirsch für diesen Plan zu gewinnen. Als er scheiterte, wandte er sich an andere führende jüdischen Persönlichkeiten – ebenfalls ohne Erfolg. Daraufhin publizierte er im Februar 1896 die Broschüre „Der Judenstaat. Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage“, wo er zu dem Schluss kam, dass die Assimilation gescheitert sei, weil die Judenfrage keine soziale, sondern eine nationale Frage sei. Um „sie zu lösen, müssen wir sie vor allem zu einer politischen Weltfrage machen, die im Rate der Kulturvölker zu regeln sein wird [...] Der ganze Plan ist unendlich einfach [...] man gebe uns die Souveränität eines für unsere gerechten Volksbedürfnisse genügenden Stückes Erdoberfläche, alles andere werden wir selbst besorgen.“³⁴

Von der bereits existierenden zionistischen Bewegung wusste Herzl nichts, doch die *Kadimah* entdeckten und unterstützten ihn. „Der Judenstaat“ litt zwar unter einem eklatanten Mangel an jüdischem Inhalt, doch wog dies Herzls jüdischer Stolz auf. Als Herzl 1897 den ersten Zionistenkongress einberief, waren die Mitglieder der *Kadimah* seine wichtigsten organisatorischen Stützen. In Russland dauerte der Meinungsbildungsprozess länger. Einerseits entsprach Herzl dem Traum Pinskers von einem westjüdischen Führer, andererseits verärgerte seine Ablehnung der „Infiltration“, der langsamen, halblegalen Palästinakolonisation. Einzelne Stimmen warnten – zu Recht –, dass Herzls offenes Eintreten für die Gründung eines jüdischen Staats das Misstrauen der Türken erwecken werde. Viele Orthodoxe glaubten bei Herzl einen pseudomessianischen und daher gefährlichen Eifer zu entdecken. Vor allem die Mitglieder des führenden

³⁴ Ebenda, S. 83, Anm. 1.

„Odessa-Komitees“ standen dem Neuling, der ihre Bewegung gar nicht wahrzunehmen schien, skeptisch gegenüber, während sich *Chowewe*-Zionisten anderer Orte begeistern ließen. Tatsächlich ließ Herzl erst die ablehnende Haltung der prominenten Juden die Bedeutung der ostjüdischen Massen für die Bewegung erkennen. Der Entschluss, einen Zionistenkongress abzuhalten, resultierte aus dieser Erkenntnis.³⁵

Nach Herzls Vorstellung hatte der Kongress „eine glorreiche Demonstration vor der Welt zu sein, was der Zionismus ist und was er will“.³⁶ Da die Antisemiten den Juden vorwarfen, der Schönheit, Wahrheit und Männlichkeit zu entbehren, achtete Herzl besonders auf das würdige Erscheinungsbild des Kongresses.³⁷ So wie Pinsker in seiner „Autoemanzipation!“ hatte auch Herzl im „Judenstaat“ keineswegs eine Rückkehr nach Palästina vorgeschlagen. Der Kongress hingegen gab sich und der Bewegung ein Programm, das lautete: „Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina.“ Neben der Nennung Palästinas waren die Begriffe „öffentlich-rechtlich“ statt „völkerrechtlich“ und „Heimstätte“ statt „Staat“ ein Zugeständnis an diejenigen, welche vor Problemen mit den Türken warnten.³⁸

Adolf Gaisbauer stellt zu Recht fest, dass Herzl ebenso wie Pinsker ein vom Antisemitismus „Aufgeschreckter“ gewesen sei. Sein Ziel sei die Rettung der Juden, nicht die Wiederherstellung eines geistig-traditionellen Zusammenhangs gewesen.³⁹ Dies erklärt seine hektischen diplomatischen Sondierungen. Nachdem er weder vom deutschen Kaiser noch vom Sultan irgendwelche Zugeständnisse erhalten hatte, wandte er sich England zu, um wegen der möglichen Besiedlung eines Palästina benachbarten unter britischer Vorherrschaft stehenden Territoriums wie Zypern, El Arish oder die Sinai-Halbinsel zu verhandeln. Als sich auch diese Pläne zerschlagen hatten, erfuhr Herzl im Frühjahr 1903 von neuerlichen Pogromen in Kischinow (heute: Chişinău), die von falschen Ritualmordbeschuldigungen ausgelöst worden waren. Die Ausschreitungen forderten 49 Menschenleben, fünfhundert Personen wurden verletzt, der Sachschaden war erheblich. Wie schon 1881/82 hatten die Behörden die Ausschreitungen zumindest geduldet. Angesichts dieser Entwicklungen kam Herzl auf ein Angebot des britischen Kolonialministers, Lord Joseph Chamberlain, zurück, der ihm kurz zuvor Ostafrika als mögliches Siedlungsgebiet angeboten hatte.

³⁵ Siehe dazu ausführlich, Vital, *Origins*, S. 274–278, S. 317ff.

³⁶ Ebenda, S. 332.

³⁷ George L. Mosse, *Confronting the Nation. Jewish and Western Nationalism*, Hanover – London 1993, S. 122–125.

³⁸ Vital, *Origins*, S. 366.

³⁹ Gaisbauer, *Davidstern*, S. 32.

Herzl hatte diesen Vorschlag zunächst abgelehnt, doch angesichts der prekären Situation in Russland kam er darauf zurück. Als Herzl dem Größeren Actions-Comitée (GAC) der Zionistischen Organisation das so genannte „Uganda-Projekt“ vorlegte, herrschte zunächst Befriedigung darüber, dass die Weltmacht England die Zionistische Organisation als eine ernsthafte Verhandlungspartnerin ansah. Doch bald formierte sich die Opposition all jener, die im Uganda-Plan einen Verrat am Baseler Programm sahen, das die Errichtung der Heimstätte *in Palästina* vorsah. Nach hitzigen Debatten beschloss der Kongress eine Forschungsreise nach Uganda, um die Engländer nicht zu brüskieren. Herzl konnte sein Führungsrolle bewahren, dennoch starb er 1904 unter dem Eindruck, gescheitert zu sein. Doch mit der Balfour Deklaration (1917) und dem Palästina-mandat (1922) wurde England tatsächlich zur Schutzmacht des Zionismus.

Literatur

- Ben-Arieh, Yehoshua* (1984): *Jerusalem in the 19th Century. The Old City*, Yad Izhak Ben Zvi Institute/St. Martin's Press, Jerusalem – New York
- Ben-Arieh, Yehoshua* (1986): *Jerusalem in the 19th Century. The Emergence of the New City*, 1986 Jerusalem: Yad Izhak Ben-Zvi; New York: St. Martin's Press, Jerusalem, New York
- Frankel, Jonathan* (1981): *Prophecy and Politics. Socialism, Nationalism, and the Russian Jews 1862–1917*, Cambridge University Press, London – New York – New Rochelle – Melbourne – Sydney
- Frankel Jonathan* (1997): *The Damascus Affair. „Ritual Murder,“ Politics, and the Jews in 1840*, Cambridge University Press, New York
- Gaisbauer, Adolf* (1988): *Davidstern und Doppeladler. Zionismus und jüdischer Nationalismus in Österreich 1882–1918*, Böhlau, Wien – Köln – Graz
- Hertzberg, Arthur* (Hg.) (1984): *The Zionist Idea. A Historical Analysis and Reader*, Atheneum, New York
- Meyer, Michael A.* (2000): *Antwort auf die Moderne. Geschichte der Reformbewegung im Judentum*, Böhlau, Wien – Köln – Weimar
- Morgenstern, Matthias* (2002): *From Frankfurt to Jerusalem. Isaac Breuer and the History of the Secession Dispute in Modern Jewish Orthodoxy (Studies in European Judaism; 6)*, Brill, Leiden – Boston – Köln
- Mosse, George L.* (1993): *Confronting the Nation. Jewish and Western Nationalism*, Brandeis University Press, Hanover – London
- Reinharz, Jehuda* (1985): *Chaim Weizmann. The Making of a Zionist Leader*, Oxford University Press, New York
- Reinharz, Jehuda / Shapira, Anita* (Hg.) (1996): *Essential Papers on Zionism*, Cassell, London

Schoeps, Julius H. (Hg.) (1983): *Zionismus. Texte zu seiner Entwicklung*, Fourier Verlag, Wiesbaden

Vital, David (1980): *The Origins of Zionism*, Oxford University Press

Volkov, Shulamit (1990): *Jüdisches Leben und Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert*, C.H. Beck Verlag, München

Weizmann, Chaim (1949): *Trial and Error: The Autobiography of Chaim Weizmann*, Jewish Publication Society of America, Philadelphia.

Themes in the History of Israel

In examining the sixty-year-long history of Israel, the emphasis is usually put on wars, the Arab-Israeli conflict, and diplomatic negotiations. These things are important but such a focus is completely misleading. It is true that Israel has fought to survive and has sought to make peace. But that is only a matter of the framework, what is the content?

The most important theme of Israel's history is its success in both nation-building and society-building at a time when so many others have either markedly failed, gone out of existence altogether, or would have done so except for the fact that the international order – though this would not have applied in Israel's case – props up existing states no matter what their sins or weaknesses.

Let me thus develop four central but grossly neglected themes:

- First, Israel as an example of successful political, social, and economic development, not only maintaining democracy but also at a remarkably high internal stability given its circumstances. The fact that the country has such a good record is all the more remarkable given its frequent demonization by others.
- Second, Israel has built a fully realized – though this does not mean perfect or completed – society and culture. While this is the further evolution of one of the world's oldest societies and cultures that has not necessarily made the task easier. On the contrary, religion and secularism, multiple languages, different levels of development, vastly different historical experience – not to mention a 2000-year-long interruption of sovereignty, and other factors had made it arguably harder than faced by normal nation-states. Yet on this basis Israel also developed as a pluralist and multicultural society before that concept ever appeared in Europe or North America.
- Third, Israel has a reasonable well-working political system, many of whose limitations are built into it by design. That is, the structure was designed to accommodate to pluralism, giving representation to different communities and viewpoints at the expense of either geographical representation or a strong centralized regime. Necessity, however, has created a strong prime minister position given the need for executive decision-making on matters of national survival.
- Fourth, only at the end and relatively briefly will I address the kind of national security issues that usually dominate such discussions. This is

deliberate, not merely because this is what people have heard and read the most about, but also to emphasize the fact that this is only a portion of the entire story of Israel.

Of course, Israel is a unique country in many ways but it is also a far more normal country than many realize. It is first and foremost a nation that is part of Western civilization, a choice made by the Jews in other places between the mid-nineteenth and mid-twentieth century.

In addition, it is important to understand that in Biblical time and up to the destruction of their country by the Romans in the first century, Jews always functioned as a national people, arguably the first such in history. Religion was only one marker of identity and having different religions was a hallmark of the ancient world. Indeed, the Jewish refusal to abandon such nationhood by accepting Roman religion was the reason for the destruction of their political order and exile in the first place.

After the exile, however, Jews continued to function as closely as possible to a nation. They had local government, a unique calendar, language, worldview, and even occupations. They lived together and had international connections second to none, save possibly the Catholic Church, throughout the long medieval period and into modern times. To provide a personal example, my grandparents lived in a community where Jews functioned as a national people up to their departure from it in 1910, and their siblings continued to do so until the Nazis destroyed their town – two-thirds' Jewish in population – in 1942.

The common perception that Jews were “outsiders” only kept involuntarily from full integration into the larger nations among whom they lived was the creation of the second half of the nineteenth century and was only fulfilled in many places in living memory. Of course, for the Jews of Europe in the face of the Holocaust or for the Jews of Muslim-majority countries, who never integrated and ultimately fled or were expelled in recent times, there was never such an option offered or taken up.

This pre-history of the modern state of Israel is necessary to establish the fact that it is not an arbitrary or accidental creation but the fulfillment of a long historical process. That does not mean the creation of that state was inevitable – far from it – but that it was just as logical historically as that of the establishment of any other modern state, and more so than for many of them.

On top of this longest-term layer was the century-plus-long history of the Yishuv (the reestablished Jewish community in the Land of Israel), the Zionist movement and the build-up of Jewish population in the land of Israel between the 1880s and 1948. Rather than tell this story, the point here is only to say that cultural attributes and political-economic structures were also created in this phase which were then carried over as the founda-

tion of Israel. Among the best-known are the kibbutz and the moshav which could be called a voluntary commune and a cooperative farming community, respectively.

A range of institutions were built up during this period. They included the modernization and daily use of the Hebrew language, the only such successful language revival in modern history. Culture developed from long-term religio-national roots very much shaped by the intellectual ferment of Eastern Europe in the late nineteenth century. Of course, actual experience in the land also became an important factor in this mixture.

One element here was the role of religion. To say that the overwhelming majority of the leaders of the movement, the Yishuv, and of Israel were secular is accurate. But during the first generation, those who predominated from the 1920s to the 1960s, they had youthful religious training in Europe. They had broken with religion but they also respected it. Anyone who believes that Israel has been a predominantly religious state would be mistaken but religion is an important element in its worldview and culture.

Consequently, a compromise was reached in which religion would prevail in certain specific aspects of the society – official institutions observe kashrut; stores closed on the Sabbath; state observance of Jewish religious holidays; marriage, divorce, and burial under rabbinical control; military deferments for full-time yeshiva students. This was also enshrined in the doctrine of the “status quo,” by which the balance was maintained. In most respects, however, a large secular society prevailed.

For a long time, Jewish Israelis thought of themselves as sharply divided into religious and non-religious. By the 1990s, however, there was a greater appreciation of the idea that there was a broad spectrum of views and observance levels, varying often on an almost individual basis.

It is of great importance to understand that the religious parties never thought of themselves as being able to transform the country – in contrast to Islamist parties elsewhere. They had a limited constituency and were factions aiming to serve the interests of their specific community, providing it with jobs and funding while preserving the religious-secular status quo. Their goal, then, was not change but continuity.

The economic system also was developed in regard to specific conditions. Basically, it was recognized early on that the private or corporate capital did not exist to develop industry, agriculture, and employment. The Zionist movement was never wealthy. Collective enterprise was thus necessary, often carried out by parastatal companies controlled by the Histadrut, the trade union federation. Israel thus provided a successful example of socialism.

But as the country outgrew this system, by the 1990s, it was able to make a smooth transformation through privatization. It is noteworthy that class and economic issues – so politically central in other countries – never became a core issue in Israeli politics.

Another issue was the creation of a military force, including the establishment of a doctrine and framework for a people who had lacked virtually any experience of such matters for 2,000 years. During the Yishuv, four such forces – two of them in opposition – were developed that had sharp disagreements though they never clashed physically. The successful dissolution of all such forces at the onset of the state ensured a unity of arms which prevailed ever after.

Ensuring the democratic role of the military, and that it reflected the national ethos, was a major accomplishment that many post-World War Two nations did not achieve. Part of this system was a large reserve structure combining mandatory service with long-term readiness through call-ups. As is well-known, this functioned remarkably well through more wars than any other country in the world had to sustain.

Preceding and following independence in 1948, there was a massive wave of immigration, first mainly from Europe, then largely from the Middle East. The immigrants arrived as refugees, having lost all their property and suffered tremendous personal trauma. Rather than cultivating their grief and anger or maintaining them as refugees to attract pity and funds, the society worked to integrate them and make them productive.

Later on, there was a period of complaint that the integrating forces had been too thoroughgoing, though this passed with generational transition. The Ashkenazic-Sephardic (roughly, European-Middle Eastern origin) which became a sharp political and cultural issue in the 1980s particularly, had largely faded by the turn of the century in a mix of both marriage and blending together.

This is not to neglect the fact that 20 percent of Israel's population is Arab, predominantly Muslim, and there is a small but important Druze population as well. While Israel is defined as a Jewish state, it functions in that way more in a traditional Middle East context than – as is often misunderstood – like a twentieth-century mono-nationalist European state.

Each religious community has control over its own matters of personal status, and there is complete cultural, economic, and political freedom. There is no forcible assimilation. This system is embodied in the existence of five school systems: the regular state schools, national-religious (*datim*, or Modern Orthodox), *haredi* (traditional Orthodox), Arabic-language (for Arabic-speakers), and *Shas* (Sephardic religious and offering some special services for poor families).

Thus, Israel emerged with a variety of networks rather than a single norm and culture. Among the main earlier influences were the Eastern European, Western European, and Middle Eastern. Added onto this over time were more Middle Eastern, North American, Mediterranean, and modern Russian. All of this was blended with a range of political ideologies, Jewish cultural and religious, socialist and capitalist factors.

DEBATES OVER THE CONFLICT

Like many nations, Israel went through a heroic and then an institutionalized phase; unlike them, however, its battle for survival continued throughout its existence, both keeping its wits sharp while using up tremendous resources that could have been applied better.

It is sometimes pointed out that Israel received both foreign aid and remittances from Jewish communities abroad, yet these amounts only covered in effect the high cost of security. It did not explain the country's success, and many cases of countries receiving large amounts of aid – even without a high needed military budget – can be mentioned in which assistance did not produce success or stave off failure.

From the 1930s until 1977, through the pre-state and independence period, Israel was governed by the Labour party. Its vision and institutions had tremendous power. The party never gained a parliamentary majority in its own right but always governed with coalitions, inevitably including the Modern Orthodox party, the National Religious Party.

Nominally, the long – 29-year-long – reign of the Labour party came to an end because of its perceived mishandling of the beginning of the 1973 war, even though the war was eventually won. Nevertheless, there were also systemic changes that led to the transition. One of them was an increasingly assertive Sephardic sector, a majority of which identified with the conservative Likud party against the establishment. Typical of the blending phenomenon of Israeli society, their hero was the arch-Ashkenazic, very much shaped by Eastern Europe, character of Menachem Begin.

For the Labour elite, which included the majority of the cultural establishment, this electoral defeat was nothing less than an earthquake. The transition was accepted with good democratic grace. Still, a lot of the criticism of Israeli society and policies, the cynicism and self-contempt from the intellectual-cultural elite (which also corresponded with developments in Western societies) stems in Israel from this displacement, in which figures the closest thing in Israel to class snobbery. At any rate, a true two-dominant-party system had come to Israel for the next quarter-century.

Another aspect of this political change, however, was the end of the heroic era and the need for transition. Precisely because of the success of Israel as a state and its growth as a society, concepts and institutions formed in the pre-state era no longer sufficed. This was the beginning of the move away from a socialist, statist system though this would be very gradual.

These developments would be interlinked with the great debate that was the most explicit feature of Israeli public life from the late 1960s into the 1990s: how to deal with the Arab-Israeli conflict. Yet it is equally important to note that the debate, notwithstanding the passions aroused, was on a

high level of abstraction. In the 1967 war, Israel captured the Sinai Peninsula, the West Bank, the Gaza Strip, and the Golan Heights.

The left said that one day an Arab and Palestinian side would come forward and when that happened Israel should trade the territories captured in 1967 for peace. The right said that such an offer of a genuine political settlement would never take place and therefore Israel should deal with these territories as part of its patrimony, involving settlement and the concept of a "Greater Israel." It should be noted, however, that no serious force ever proposed annexing the West Bank or Gaza Strip, in contrast to east Jerusalem and the Golan Heights.

Despite this argument, when the first opportunity for peace arose, it was under the prime ministership of Begin and he did trade the Sinai Peninsula for peace with Egypt at the Camp David summit and dismantle the settlements there. The leadership of the right, the National Camp as it called itself, had demonstrated pragmatic flexibility.

This debate continued and was important but really didn't have any material impact until the Oslo accords of 1993. Israel accepted a large element of risk and made big concessions by turning over large parts of the West Bank and Gaza Strip to PLO rule. Tens of thousands of Palestinians were permitted to come into those areas. The PLO, through the Palestinian Authority (PA) was provided with billions of dollars, thousands of weapons, and international legitimacy.

Yet during the seven-year-long peace process, from 1993 till 2000, a new debate began. The left argued that Yasir Arafat – if offered a West Bank/Gaza independent Palestinian state – would make a peace agreement and keep it. The right claimed that Arafat would make a peace agreement and break it. No one guessed right: Arafat would not make an agreement at all. And neither, by the way, would Syria when offered the entire Golan Heights.

During the 1990s, some progress was made. Usually, the PA stopped terrorist attacks, though its punishments were brief and often reversed. Yet also incitement continued and no basis was made among the Palestinian people for a compromise two-state solution.

The ultimate conclusion came in the year 2000 which was the testing point, both at Camp David and at the end of 2000 with Clinton Plan and Israelis found both the PLO and the Syrians were not ready for making an agreement. Arafat preferred to continue the conflict in the hope of ultimate, total victory.

Since everyone in Israel was wrong, once that was clear, the country came together in a new national consensus after 2000. Both the Palestinians and Syria had rejected peace after being offered almost everything they had demanded. Instead, the Palestinians – using the men, money, and guns that Israel had agreed for them to get in hope that this would inspire

moderation – launched a new war of terrorism against Israel, the second intifada, from 2000 to its defeat in 2005.

Moreover, rather than keep its own promise to Israel, the international community – and especially much of Europe – broke it. The pact had been that once Israel took risks and made concessions for peace, if anything went wrong, the world would recognize that Israel had proved its devotion to peace and support that country. On the contrary, criticism rose to all-time highs.

Doubtful of Arab (or at least Palestinian and Syrian) interest in peace, cynical about foreign attitudes, Israelis adopted a new paradigm. It took one idea from the left – readiness to withdraw from territories captured in 1967 and agree to a Palestinian state – and another idea from the right – doubt that anyone on the Palestinian side was really a partner for peace.

The new concept was accepted – at least in private – by Ehud Barak and Ariel Sharon, Benjamin Netanyahu and Tsipi Livni, Shimon Peres and Ehud Olmert. Peace was not at hand; Israel was in a long transition period. It was necessary to cooperate with the Palestinian Authority to limit incitement and ensure that it did not collapse – especially after Hamas seized the Gaza Strip – but without illusions.

THE MATURITY OF NATION-BUILDING

The challenge Israel faced was not only survival, though of course this was first and foremost, but also of Israel's success as a democratic country with a developed economy with high morale and levels of internal peace. This was an extraordinary test, especially for a country whose wealthier and more populous neighbors wanted to wipe it off the map.

There is probably no other country in the world that faces not only the existential threat confronting Israel but any existential threat at all. To comprehend Israel one must understand that the perception of existential threat is very real and serious because of events within living memory, that is the destruction of almost ninety percent of European Jews and the displacement of almost all Jews living in Muslim-majority countries, in both cases with the loss of virtually their entire property and savings.

In addition to the threat to its existence, hostility of all neighbors, and indifference to its survival of most of the rest of the world, the barriers for Israel to become a developed country were enormous.

First of all, it had and has a lack of natural resources with the exception of high quality phosphates on its eastern border; Israel basically has no natural resource. It has always a potential water shortage. It has virtually no oil or natural gas, you can go down the list of minerals and find nothing Israel has.

In addition to that it lacked infrastructure. There was no strong road system, only a minimal railroad system, and no transport connections to neighboring states since their borders were closed.

On top of that, the population lacked practical experience in building and running a developed economy. People think that the Jews who came to Israel, especially from Europe, had university degrees and included many intellectuals and skilled personnel. In fact, most were poor to middle class people, whose skills were not necessarily applicable to the new land. The younger Holocaust survivors had no chance for education; Jews from Middle Eastern countries were also often poor and did not have an especially high level of education.

Yet this is only the beginning. Israel has never had any considerable heavy industry, it must cope with a small internal market. A considerable portion of the population – that of traditional Orthodox Jews (often called “ultra-Orthodox,” though this is factually incorrect and, in Jewish terms, impossible) – has a low productivity level since women have historically been kept off the labor market and many men are engaged in life-long religious studies.

In a world of approximately 180 countries, few of them, especially those established in the post 1945 period, have succeeded in building stable democratic or economically advanced societies. The process may still be under way but it is far from complete.

This happened in Israel basically because the founders of the state hit upon a very successful strategy and were able to move away from that strategy when they had to do so. In Hebrew there is an expression, “the state in the making” or more literally translated as “the state on the road” that is applied to the pre-1948 period. There was a tremendous amount of foresight, planning, and effort.

In agriculture, this involved not only the creation of the kibbutz and moshav, two unique structures, but also a wide range of cooperative marketing and processing enterprises, all on a volunteer basis. Today, these institutions involve a relatively small proportion of the population but they have been disproportionately productive and without them other steps down the line of development would not have been possible.

There was almost a mystical element applied to this movement in the early days. If, as the old slogan put it, the Jewish immigrants were coming to “build and be rebuilt,” significant attitudinal shifts were required. One of these was the emphasis on the nobility of physical labor. Another was the sacrifice of individual interests for group needs. Social engineering doesn’t change human nature but the behavioral effects were enough for the required period of time to produce the necessary effort for change.

During the 1948 War of Independence, Israel lost one percent of its population as being killed. For years afterward there was rationing, hundreds

of thousands of refugees came from Europe, hundreds of thousands of more refugees came from the Middle East and basically arrived with nothing at all. In addition, the defense burden was crushing.

Building on a basis of agriculture, the emphasis was put on innovation and technology, the ability to be flexible, to invent appropriate solutions. For example, in the area of agriculture, the problem was how to grow things in a very low-water environment. A wide variety of things were developed: drip irrigation, plastic coverings for fields, disposable greenhouses, hybridization of plants, and so on that boosted productivity. Markets were found in Europe for fruits and vegetables grown in wintertime.

Democratic socialism was a practical choice given the lack of capital. In the USSR, where there was a form of socialism but no democracy, industrialization was achieved very fast but at a price so high that it cost millions of deaths and still paralyzed the country a half-century later. In Israel, what had to be done would bring no immediate profit. To create jobs and lay a foundation, it was often necessary to incur losses. Thus a wide range of para-state or cooperative institutions were established.

Many countries had tried this kind of state run and semi-state run economy and they have failed very badly. One reason was coercion, another was lack of a proper basis, and a third was rejecting democracy. But a fourth factor involved not knowing when to dispense with the system and move on. This was a process that Israel went through in beginning in the 1980s by shifting to privatization. That effort was accompanied with remarkable political ease and with a minimum of social costs.

When one looks at, for example, Russia where privatization resulted in a small number of insiders to buy up huge companies, without improvements in productivity or consumer supplies the difference is awesome. Interest groups, political parties, and sheer inertia can become powerful forces in preventing needed change. It is a problem that may not be entirely comprehended but is seriously threatening European and American societies today.

It is common today for people in Israel to bemoan the costs of these changes: the loss of a higher-level sense of community, increasing devotion to individual interests, and a growth of income differentials. These are trends in all Western countries but they have happened to a lesser degree in Israel. If a transition had not been made the outcome would have been worse. And many places have suffered the symptoms without enjoying the cure.

Another element of success was flexibility. In the "overdraft" system, every citizen has a revolving line of credit with his bank account, allowing people to live permanently beyond their apparent, at least immediate, means.

A different example is the health care system, superior to that offered in both the United States and United Kingdom. In earlier years, almost everyone had their health insurance through the trade union federation. A small percentage of people opted for a politically conservative-based fund. With

revisions of the law it became possible for two other health funds to develop which deliver very good services at reasonable fees. Moreover, Israel developed a very successful pharmaceutical industry which supplies needed drugs at prices far lower than in other countries.

This leads into the key to the continuing development strategy, the focus on science, medicine, technology, security and agricultural equipment, and sheer entrepreneurial inventiveness through research and development, including start-up companies. Israelis have produced a startling number of successful inventions in a wide range of fields, especially given the small population size of the country. It has been quick to adapt to changing conditions, open new markets, and enter new fields. The Weizmann Institute and Technion, in particular, have played an important role in the education of people capable of such feats. The results include everything from longer-lived flowers to fish farming to the ICQ system that made Internet chatting possible to life-saving medical procedures.

Israel is still a country whose infrastructure needs to be very much upgraded. The need to spend money on security has forced the postponement or reduced spending for many projects. Yet not so long ago, there was one phone company and having a line installed could take weeks. Now there are many options and such a procedure is done in one day. The same goes for the expansion from one to a dozen television stations plus cable. Road and railroad systems have been sharply improved.

In Israel, as in all countries, social classes exist. But the boundaries are neither recognized nor impenetrable. They have no ideological or political existence as such. Except on issues involving the conflict – and, even there, disparity has narrowed in the broad center – there is no clearly defined left and right in the terms that it is understood elsewhere. This doesn't mean there aren't passionate political loyalties and debates, nor does it mean that governments have long-term stability, yet in practice it means that a high level of social peace and cooperation is maintained.

As noted above, the other two points of difference in the Jewish sector are national origin (Sephardic/Ashkenazic) which is a declining factor – about 40 percent of marriages include one member each from these two groups – and religious/secular, which has also declined as a point of active friction (except perhaps in Jerusalem).

What then are the national problems? They are many but first it is necessary to say something about attitudes toward problems and if this is done with humor the point is nonetheless valid. It would not be an exaggeration to say that the national sport of Israel is really self-criticism, just as the national enzyme might be described as adrenalin.

The greatest Israeli humorist, Ephraim Kishon, once wrote of his arrival in Israel in 1949: "As the ship neared the shore it became very hot and everyone began criticizing the government for the weather." The high

level of self-criticism can be useful in encouraging the need to correct ills, but it can also be profoundly misleading about the level of discontent and trouble.

Nevertheless, like many democratic countries, the government has drifted too far from being responsive to the needs of the citizenry. In the emphasis on coalition-building and the time spent on the conflict, not enough resources go into education and civic or social welfare spending. In Ehud Olmert, Israel had its most corrupt prime minister ever, though by the standards of other countries the amounts of money involved were trivial.

Some attribute this to the electoral system: the lack of individual-member districts, the prevalence of small parties, and the perception – though this is not so true in practice – that governments are unstable. During a 32-year period, seven different people were prime minister of Israel, which is not so many considering two left office because of illness and one due to assassination. If there is a lack of superb political leadership in Israel, this is rather the norm in other developed democratic states as well.

There remain, of course, the Israel-Palestinian and Arab-Israeli issue. To begin with, whatever the importance of these questions they should not – as they so often do – be treated as if they are the whole of the picture. At most times, Israel has succeeded in giving its citizens personal and collective security. This is less so, if crime is excluded, than other countries but more so than most foreign observers think. Israel goes about its business usually without being crippled by these matters.

From the point of view of Europe, Israel faces an extremely high level of threat and that has to be dealt with, including of course the whole issue of terrorism, diplomats, but, since Israel has adjusted to this, people in the country are willing to accept and deal with it, a much higher level of threat as a part of their normal routine.

Actually, Israel's strategic position has steadily improved whatever appearances may be. During its first thirty or forty years of existence, Israel faced the daily threat of war with the conventional armies of all its neighbors: Egypt, Syria, Jordan directly and indirectly it also involved Saudi Arabia and Iraq to some extent, along with financing from the whole Arab world and arms from the USSR.

With peace treaties first with Egypt and then with Jordan, Israel removed two of the three main Arab armies facing it. Syria's weakness drops out the third, thus reducing the likelihood of conventional war on Israel's borders to near zero. The dissolution of the USSR, the turning inward of Iraq, and the Saudi preoccupation with the Iranian and revolutionary Islamist threat, all further reduce the danger on that front.

Regarding unconventional warfare, by its full withdrawal from the Gaza Strip and the partial withdrawal from the West Bank, Israeli forces no

longer have to deal daily with operating in highly populated hostile zones. Terrorist attacks from individuals or small groups infiltrating into Israeli territory, the cause of high casualties in the 2000–2004 period, have been largely eliminated. When all these factors are put together, the result is a high level of security enjoyed by Israelis, especially given what they have been used to in the past.

Of course, there remain plenty of threats including small-scale attacks on Jewish settlements and on the roads in the West Bank. There is also the potential high-end threat from Iranian nuclear weapons. The main problem today, however, consists of cross-border mortar and rocket attacks by Hamas in the Gaza Strip along with the potential for the same plus cross-border land attacks by Hizballah on the Lebanese border.

The vast majority of Israelis would be ready to trade the entire Golan Heights for full and lasting peace but they do not believe – with good reason – that Syria would accept and keep such a deal. The vast majority of Israelis would be ready to trade all the Gaza Strip, most of the West Bank, and much of east Jerusalem for a full and lasting peace. But they do not believe – with good reason – that the PA could or would either make or keep such a deal.

They know that radical Islamists – Iran, Hizballah and Hamas – are determined to wipe Israel off the map. And they believe that foreign, including Western, support would provide full backing if huge risks were taken and resulted in a dangerous strategic situation.

They also know that the world will not let them win a total victory over their enemies, and they are not ready to pay the probable price in doing so, not because they fear casualties but because they are unwilling to incur the losses on the other side required to crush Hamas, root out Hizballah, or so thoroughly defeat Syria that it would have to sue for peace.

Thus, while they might not fully admit it to others or themselves, Israelis are reconciled to the conflict going on for decades. That was, in fact, the conclusion they drew from the peace process experience.

Having faced that reality, however, national morale is quite high. In annual polls, the number of people expressing satisfaction with their lives and hope in the future is phenomenally high. The proportion of younger people ready to volunteer for combat units defies all pessimistic predictions about selfishness and hedonism. The nation's culture and economy continues to advance at a rapid pace.

Thus, Israel, a country imperiled and reviled, a nation facing real threats and forced to rely largely on its own resources, is doing quite well. As stated at the outset, the most important fact about Israel is that it is an example of successful political, social, and economic development, not only maintaining democracy but also at a remarkably high internal stability given its circumstances.

Die geistige Krise des Zionismus

In diesem Beitrag soll nochmals auf das Entstehen und die Weiterentwicklung des politischen Zionismus eingegangen werden, dessen Varianten, was davon realisiert wurde und was Utopie blieb und natürlich auf die internen und externen Einflussfaktoren, die den Zionismus bis heute beeinflussen.

Ein wesentlicher *externer Faktor* für die Entstehung des politischen Zionismus war der Antisemitismus. Er ist auch mit Ursache für das, was man als geistige Krise bezeichnet. Nicht nur, dass sich sein Gesicht gewandelt hat, sondern auch im Zionismus selbst bzw. Postzionismus zeigen sich Selbstzweifel von Israelis bzw. Juden, die dem antisemitischen Druck erliegen.

Anlässlich einer Anhörung zum Thema Antisemitismus im Deutschen Bundestag sagte Henryk Broder (5. 6. 2008): „Der Antisemitismus, über den wir immer noch am liebsten reden, stammt aus der Asservatenkammer des letzten und vorletzten Jahrhunderts.“

„Der moderne Antisemit findet den ordinären Antisemitismus schrecklich, bekennt sich aber ganz unbefangen zum Antizionismus, dankbar für die Möglichkeit, seine Ressentiments in einer politisch korrekten Form auszuleben. [...] Der Antizionist hat die gleiche Einstellung zu Israel wie der Antisemit zu den Juden.“

Ähnliche Einstellungen, meist unter dem Titel „Postzionismus“ finden sich auch in Israel selbst. Mit der geistigen Krise des Zionismus befassen sich Edward Alexander und Paul Bogdanor. (Alexander / Bogdanor: *The Jewish Divide over Israel*, 2006)

Selbsthass und Selbstzweifel treten geballt in Teilen der israelischen Gesellschaft, insbesondere im universitären und künstlerischen Milieu auf.

Lustiger gab in einem Feuilleton in der FAZ vom 18. 9. 2008 unter dem Titel „Jüdischer Antisemitismus – Kurzer Lehrgang über den Selbsthass“ einen Überblick über den jüdischen Selbsthass:²

¹ Broder, Henryk (2008): Antisemitismus ohne Antisemiten, http://www.bundestag.de/ausschuesse/a04/anhoerungen/anhoerung14/stellungnahmen_sv/stellungnahme_08.pdf (31. 3. 2009)

² Lustiger, Arno (2008): Kurzer Lehrgang über den Selbsthass, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. 9. 2008, <http://www.faz.net/s/RubCF3A-EB154CE64960822FA5429A182360/Doc~EE3683FD3B4784A4F96BCD6F57DE78243~ATpl~Ecommon~Scontent.html> (31. 3. 2009).

„Das Wortpaar ‚selbst‘ und ‚Hass‘ ist eine *contradictio in adiecto*, denn warum soll man sich selbst hassen, wenn die anderen es sowieso tun. Trotzdem schmerzt die Juden der jüdische Selbsthass am meisten. Die als Juden geborenen christlichen Konvertiten, wie Pablo Christiani, Nicholas Donin und Johannes Pfefferkorn, begründeten schon im Mittelalter die Judenverfolgungen der Kirche als Kronzeugen gegen die Juden. Karl Marx verfasste im Alter von 25 Jahren, die antisemitische Schrift ‚Zur Judenfrage‘.“

Arnold Zweig schrieb 1927, dass der jüdische Selbsthass eine Form der Ich-Entwertung und Verneinung des eigenen Wesens sei.

„Hugo von Hofmannsthal versuchte seine Abstammung vom Hoffaktor Isaak Löw Hofmann zu kaschieren. Auch das Leben des gefeierten Theaterkritikers, Essayisten und Autors der dreibändigen ‚Kulturgeschichte der Neuzeit‘ von 1927 Egon Friedell (eigentlich Friedmann) war von jüdischem Selbsthass geprägt. Nach 1933 erfand er eine eigene Rassentheorie, nach welcher er Arier wäre. Er wollte sich mit den Nazis arrangieren, was jedoch misslang. Als er im März 1938 in Wien verhaftet werden sollte, sprang er aus dem Fenster in den Tod.“

„Für die heutigen jüdischen Selbsthasser stellt der Staat Israel die ideale Projektionsfläche für ihre Probleme dar. Zu den virulentesten jüdischen Selbsthassern gehört der amerikanische Sprachwissenschaftler Noam Chomsky. Zu ihnen zählt auch Moshe Menuhin, Vater von Yehudi Menuhin, der als ständiger Autor für die ‚National-Zeitung‘ schrieb. Gerard Menuhin, Yehudis Sohn, perpetuierte die rechtslastige Veranlagung seines Großvaters und war Autor einer Kolumne ‚Menuhin und wie er die Welt sieht‘ auch in der ‚National-Zeitung‘.“

Was ist (jüdischer) Antisemitismus? Was ist legitime Kritik? Dürfen nicht auch Juden Israel kritisieren?

Kann oder darf der Antizionismus als Antisemitismus betrachtet und definiert werden? Die von der Europäischen Union geschaffene Beobachtungsstelle für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Wien EUMC hat am 13. 3. 2005 die von allen EU-Staaten nach vielen Beratungen verabschiedete Definition, was Antisemitismus sei, veröffentlicht.

In Zusammenhang mit dem Staat Israel werden in dieser Arbeitsdefinition folgende Beispiele genannt:³

- Abstreiten des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung
- Anwendung doppelter Standards, indem man an Israel Verhaltensansprüche stellt, die von keiner anderen demokratischen Nation erwartet werden

³ EUMC: Working Definition of Antisemitism, <http://eumc.eu.int/eumc/material/pub/AS/AS-WorkingDefinition-draft.pdf> (6. 4. 2009).

- Das Verwenden von Symbolen und Bildern, die mit traditionellem Antisemitismus in Verbindung stehen (Christusmord, Ritualmord)
- Vergleiche der aktuellen israelischen Politik mit jener der Nationalsozialisten
- Das Bestreben, alle Juden kollektiv für das Verhalten des Staates Israel verantwortlich zu machen

Der Dissident und langjährige Gulag-Häftling Anatoli Nathan Sharansky (2004) definierte den Antisemitismus wie folgt: „*Doppelte Moral* gegenüber Israel, dem jüdischen Volk oder dem einzelnen Juden, *Dämonisierung* und *Delegitimierung Israels*.“⁴

Der Zionismus als nationale Befreiungsbewegung des jüdischen Volkes entstand ursprünglich als Amalgam aus der religiösen Tradition der Erwartung der Rückkehr ins eigene Land, der Profanierung dieses religiösen Inhaltes und außerjüdischen Einflüssen, seien es die nationalen Einigungsbewegungen in Deutschland, Italien oder Polen bzw. der Pogromantisemitismus in Russland und die antisemitischen Bewegungen in Frankreich von katholischer Seite und in Deutschland von deutschnationaler und christlicher Seite. Das Judentum kam damit in Gegensatz zu internationalistischen Ideen. Die Kritik von der Linken, das Judentum habe damit revolutionären Universalismus zugunsten Partikularismus aufgegeben, wäre auch auf andere Befreiungskämpfe anwendbar, richtet sich jedoch lediglich gegen den Zionismus. Tony Judt spricht vom „*anachronism*“ in „a world that moved on, a world of individual rights, open frontiers, and international law“ (Judt, *Israel, the Alternative*, 2003: zitiert nach Alexander / Bogdanor, 2006). Ignoriert wird, dass der politische Zionismus mehr als 100 Jahre alt ist und ausgerechnet vom jüdischen Volk als erstem – einzigem – Volk verlangt wird, im Sinne eines kosmopolitischen Universalismus auf einen eigenen Staat zu verzichten.

Der profane Zionismus wartet nicht auf die endzeitliche Erlösung, sondern nimmt politisch und aktionistisch das eigene Schicksal in die Hand, wobei Ereignisse wie die Shoah, die Errichtung des Staates Israel und der Sechstagekrieg als „*atchalta ha geula*“ teilweise von religiösen zionistischen Kreisen eschatologisch interpretiert wurden. Umgekehrt haben das jüdische Volk bzw. der Staat Israel eine Vorbildfunktion für die übrigen Völker etwa in Form einer besonderen „Reinheit der Waffen“ und moralischer Standards. Gerade dies spielt auch in der Kritik etwa Achad Haams am politischen Zionismus und bei Kritikern wie Yehuda Leibowitz eine

⁴ Sharansky, Natan: Anti-Semitism in 3D (Demonization and the „New Anti-Semitism“) Jerusalem Post, 24. 2. 2004, online verfügbar auf http://www.ngo-monitor.org/article/_anti_semitism_in_d_demonization_and_the_new_anti_semitism_ (6. 4. 2009).

Rolle. Ist man ja auch eschatologisch auf eine Erlösung der Menschheit in einem messianischen Zeitalter hin ausgerichtet.

Stephan Grigat verfolgt Ansätze des linken, teilweise jüdischen Antisemitismus bis zum Frühsozialismus zurück.⁵ Sowohl in Marx' Schriften als auch Briefen finden sich Klischees antisemitischer Natur, die ein verzerrtes Bild vom Judentum zeigen. Zeit seines Lebens machte sich Marx über jüdische Eigenschaften seiner diversen Gegner lustig

Karl Marx wollte bis zu seinem Lebensende nicht das Bestehen eines jüdischen Proletariats etwa in Osteuropa zur Kenntnis nehmen. Er setzte Judentum mit Kapitalismus gleich und schrieb: „Das Geld ist der eifrige Gott Israels, vor dem kein anderer Gott bestehen darf.“ (Marx, Zur Judenfrage, 1843 in Karl Marx / Friedrich Engels, Werke Bd. 1, 1973: S. 374) Die Juden sollten daher ihr Wesen aufgeben und sich assimilieren, entspricht doch die Partikularität des Judentums nicht dem systemischen marxistischen Universalitätsideal, umgekehrt kann man im marxistischen Messianismus der „endzeitlichen“ kommunistischen Gesellschaft durchaus profaniertes jüdisches Gedankengut sehen. Lenin bejahte in der Folge zwar das Selbstbestimmungsrecht der Völker, weigerte sich aber, den Juden den Status einer Nation zuzugestehen, wohl vielleicht auch deshalb, weil die jüdische Arbeiterorganisation „Der Bund“ zu den Menschewiki tendierte. Das Hauptreferenzwerk der kommunistischen Nationalitätentheorie ist das im Auftrag Lenins von Stalin erstellte Werk „Marxismus und nationale Frage“ von 1913, worin von einer Nation nur gesprochen wird, wenn „eine historisch entstandene, stabile Gemeinschaft basierend auf gemeinsamer Sprache, Territorium, Wirtschaft und gemeinsamem Bewusstsein sich in einer gemeinsamen Kultur manifestiert“. Dies sieht Stalin bei den Juden nicht gegeben.

Leo Trotzki (Trotzki, On the Jewish Problem, 1934, zitiert nach Shatz, Prophets Outcast, 2004: S. 103ff.), hat eine etwas differenziertere Position. Er verschiebt die Entscheidung, ob sich wieder eine „Jüdische Nation“ (auf territorialer Basis) ergeben werde, in die Zukunft nach der proletarischen Revolution.

Diese innerjüdische Diskussion zwischen rechten und linken Assimilanten, Bundisten und Zionisten wurde durch die Shoah auf brutale Weise entschieden. Nichtsdestoweniger wird immer wieder von antisemitischen bzw. antizionistischen Kreisen versucht, diese Diskussion wiederzubeleben.

Der Staat Israel existiert, der Zionismus hat sein Ziel erreicht. Es stellt sich nun die Frage: Soll er ein Staat sein wie jeder andere, ein Staat, in dem

⁵ Grigat, Stephan (2002): Antisemitismus und Antizionismus in der Linken, in: Hagalil, 18. 4. 2002, http://www.hagalil.com/antisemitismus/europa/linker-antisemitismus.htm#_ftn1 (31. 3. 2009).

die Juden endlich leben können wie alle anderen Völker der Welt in ihren Staaten, oder hat er eine spezielle Funktion, eine religiöse Funktion, eine ideologische Funktion, eine Schutzfunktion für die Juden aus aller Welt.

In Wahrheit kam mit der Staatserrichtung nicht das Ende des Antisemitismus, der Antisemitismus existiert weiter, auch in Ländern ohne Juden, und der Staat Israel wurde zum Juden unter den Völkern. Nicht jeder hat die ideologische Stärke, sich dieser Stimmung des Assimilationsdrucks entgegenzustellen.

Gerhard Scheit schreibt: „Schließlich ist auch die Möglichkeit nicht auszuschließen, dass Gruppierungen in der israelischen Gesellschaft entstehen, die [...] die Projektionen der Palästinenser zu den ihren machen. Wer diese Möglichkeit leugnet, unterschätzt den Antisemitismus. Denn was gewöhnlich mit der Phrase vom jüdischen Selbsthass mystifiziert wird, ist für den vom Antisemitismus Betroffenen eine reale Gefahr: dem Antisemitismus im Inneren nachzugeben.“⁶

Tony Judt behauptet, das Ende Israels fordernd: „[...] [they] feel themselves once again exposed to criticism and vulnerable to attack for things they didn't do [...] The behavior of a self-described Jewish state affects the way everyone else looks at Jews [...].“ (Judt, 2003 in Alexander / Bogdanor, 2006, S. XV)

Als ob das subjektive Verhalten von Juden in Vergangenheit oder Gegenwart irgendetwas mit dem tatsächlichen Antisemitismus zu tun gehabt hätte.

Alexander und Bogdanor weisen auf die Problematik des unverhältnismäßigen Einflusses von Juden hin, die Israel gerade als Juden dämonisieren. (Alexander / Bogdanor, 2006)

Aber wie ist das bei Israelis?

Aharon Appelfeld spricht in einem in *Haaretz* 2004 veröffentlichten Interview mit Ari Shavit⁷ von zwei existenziellen Kämpfen des jüdischen Volkes, einerseits dem Krieg gegen die Araber und einem Kampf gegen sich selbst – die Identifizierung des Judentums mit einer Religion eines Volkes, das sich von sich selbst distanziert, schafft ein ernsthaftes Vakuum. Das Ergebnis ist das Fehlen von Identität.

Israelkritik und eigene Identitätsprobleme schaukeln einander gegenseitig auf. Noam Chomsky dankte 2003 Yeshayahu Leibowitz für den Israeli-Nazi-Vergleich.

⁶ Scheit, Gerhard (2001): Es gibt keinen richtigen Ort, in: *Jungle World* 7, 2001, <http://jungle-world.com/artikel/2001/06/26332.html> (31. 3. 2009).

⁷ Shavit, Ari (2004): *A Jewish Soul*. Interview mit Aharon Appelfeld in *Haaretz*, 13. 2. 2004, verfügbar in *Isranet Daily Briefing Archive Volume IV, No. 812, 16. 2. 2004*, <http://www.isranet.org/isranetbriefings/Permanent2004/Permanent-february-2004.htm#812> (31. 3. 2009).

Nicht jeder begreift den Antisemitismus mit seinen religiösen, gesellschaftlichen, ideologischen Wurzeln als etwas vom tatsächlichen Verhalten des Juden völlig Losgelöstes. Mancher Israeli sucht nicht nur individuelle, sondern fordert auch kollektive Anpassung etwa an europäische Gesellschaftsmodelle, wo beispielsweise in der EU nationale Gegensätze und Probleme weitgehend aufgelöst oder verdrängt sind. Sie ähneln europäischen Politikern, die antisemitische (antijüdische) Tendenzen im Islam in ihrer Bedeutung nicht verstehen wollen und herunterspielen und in ihnen lediglich eine Widerspiegelung des Nahost-Konfliktes sehen („zieht euch auf die Linien von 1967 zurück, dann gibt es auch keine Hetze gegen Israel mehr“).

Das geht im Extremfall eben jüdischerseits bis zum so genannten jüdischen Antisemitismus. Die griffige Antisemitismusdefinition von Sharransky oder der EU ist natürlich von der ethnischen Herkunft des Agierenden unabhängig. Alles andere wäre Rassismus.

Es gibt einige Forscher, die vermuten, diesem Selbsthass liege der Wunsch zugrunde, sich aus der Opferrolle und dem Ziel antijüdischer Aggressionen zu befreien. Andere sprechen vom Drang, die eigene gruppeninterne Marginalisierung zu verarbeiten.

Noch viel wichtiger ist aber der instrumentelle Umgang mit solchen Menschen jüdischer Herkunft durch die Mehrheitsgesellschaft. Man muss, so meinen diese Leute, das „progressive“ ideologische Gesamtpaket kaufen. Sonst wird man aus der Gesellschaft ausgeschlossen. Das möchte niemand, und man gibt dem Gruppendruck nach – und ist außerdem „Alibi-jude“.

STRÖMUNGEN IM ZIONISMUS:
THEODOR HERZL, ZEEV JABOTINSKY,
BER BOROCHOV UND RAV KOOK

Nach der Staatsgründung kam es zur Erkenntnis der Unmöglichkeit, eine dieser Varianten des Zionismus vollkommen zu realisieren. Lediglich die nationalreligiöse Strömung gibt kräftige Lebenszeichen. Sie ist das Rüstzeug der so genannten Siedlerbewegung. Allerdings ist auch sie nach der Räumung der jüdischen Siedlungen in Gaza, Gush Katif, die sie als ethnische Säuberung zu Lasten der eigenen Bevölkerung sehen, in einer Krise. Ihre Ideologie ist aber für die intellektuellen Eliten, die umgekehrt wieder vom europäischen geistigen Mainstream beeinflusst sind, wenig attraktiv.

Theodor Herzl

Angesichts der Pogrome und des in Europa im 19. Jahrhundert allgemein aufkeimenden Antisemitismus sieht Theodor Herzl die Notwendigkeit der Errichtung eines jüdischen Staates. (Herzl, *Der Judenstaat*, Allgemeiner Teil, *Die Judenfrage*, 1896, S. 21)⁸

Die Ursache für den wachsenden Antisemitismus sieht er in der mangelnden sozialen Mobilität, die durch die traditionellen christlichen Diskriminierungen der Juden entstanden ist. „Die causa remota ist der im Mittelalter eingetretene Verlust unserer Assimilierbarkeit, die causa proxima unsere Überproduktion an mittleren Intelligenzen, die keinen Abfluss nach unten haben und keinen Aufstieg nach oben.“ (Herzl, S. 25)

Die totale Assimilation eines geschichtsträchtigen Volkes wie das der Juden lehnt Herzl ab.

Probleme mit den Arabern sieht er nicht. „Und fügt es sich, daß Andersgläubige; Andersnationale unter uns wohnen, so werden wir ihnen einen ehrenvollen Schutz und die Rechtsgleichheit gewähren.“ (Herzl, S. 75f.)

Im August 1897 fand in Basel der erste Zionistenkongress statt.

Herzl schrieb ins Tagebuch: „Fasse ich den Basler Kongress in ein Wort zusammen – das ich mich hüten werde, öffentlich auszusprechen – so ist es dieses: In Basel habe ich den Judenstaat gegründet. Wenn ich das heute laut sagte, würde mir ein universales Gelächter antworten. Vielleicht in fünf Jahren, jedenfalls in 50 Jahren wird es jeder einsehen.“

Er versuchte nun dieses Ziel auf diplomatischem Wege zu erreichen, ein Treffen mit Kaiser Wilhelm II. in Palästina verlief enttäuschend, ebenso Bemühungen in Konstantinopel. Der britische Kolonialminister Chamberlain schlug schließlich als vorübergehende Zufluchtsstätte für russische Juden Uganda vor. 1903 lehnte der 6. Zionistenkongress gerade auf Initiative der traditionell denkenden russischen Vertreter diesen Vorschlag ab.

1904 traf er in Italien den König und Papst Pius X, am 3. 7. 1904 starb er in Edlach. Sein eher farbloser Nachfolger wurde David Wolffsohn, der die praktische Aufbauarbeit in Palästina förderte.

Bei Anerkennung aller Visionskraft von Herzl waren seine Einschätzung, dass alle Juden nach Palästina gehen würden, und die Beurteilung der Araberfrage unrealistisch.

Ahad Haam (Asher Hirsch Ginsberg) stand der jüdischen Staatsidee skeptisch gegenüber, für ihn war die geistige jüdische Renaissance durch den Zionismus wichtig, Israel sollte ein geistiges jüdisches Zentrum für die Diaspora sein, einen jüdischen Staat hielt er für unrealistisch. Ähnlich war auch die Position Martin Bubers, er sprach von zwei miteinander kaum

⁸ Diese Ausgabe wurde digitalisiert und ist auf http://de.wikisource.org/wiki/Der_Judenstaat online verfügbar.

vereinbaren Ideen, der geistigen Wiedergeburt basierend auf jüdischen Werten und der Normalisierung des jüdischen Volkes, der Errichtung eines Staatswesens, womit aber quasi durch Sachzwänge gegen das erste Prinzip verstoßen würde.

Die prägenden Zionisten wurden in der Folge der anglophile Chaim Weizmann und der aus der zionistischen Arbeiterpartei kommende David Ben Gurion.

Vladimir Zeev Jabotinsky und Ber Borochov.

Vladimir Zeev Jabotinsky wurde am 18. 10. 1880 in Odessa geboren. Er stammte aus einer bürgerlichen jüdischen Familie und wurde in traditionellem Geist erzogen. Er studierte in Rom Jura und wurde dort von den Ideen des italienischen Politikers Garibaldi beeinflusst.

Ähnlich den Scharen Garibaldi sollten auch jüdische Kämpfer Palästina von der türkischen Herrschaft befreien. Erster Schritt sollte eine Jüdische Legion an der Seite der Briten sein. Als er 1920 die jüdische Altstadt Jerusalems gegen Palästinenser verteidigte, die ein Pogrom begonnen hatten, geriet er in Gegensatz zu den britischen Mandatsbehörden, die Zurückhaltung ausüben wollten. 1923 verließ er enttäuscht die zionistische Führung wegen ihrer Nachgiebigkeit gegenüber England und den Arabern.

Seine Einschätzung war richtig.

Jabotinsky gründete die „Neue Zionistische Bewegung“, die Revisionisten. Sie forderte einen jüdischen Staat gemäß dem ursprünglichen Beschluss des Völkerbundes im gesamten Mandatsgebiet auf beiden Ufern des Jordans. Eine zwischen Jabotinsky und Ben Gurion vereinbarte Wiedervereinigung scheiterte 1934 an der zionistischen Linken.

Im Gegensatz zur eher selektiven Einwanderungspolitik der zionistischen Behörden, die zur Verfügung stehende Einwanderungszertifikate nach politischen Kriterien aufteilte, forderte Jabotinsky eine sofortige Masseneinwanderung nach Palästina.

Jabotinsky suchte in den USA Unterstützung für eine jüdische Armee. 1940 starb er in den USA. Sein Nachfolger wurde wenig später Menachem Begin, der spätere Führer der Heruthpartei bzw. des Likud.

Faszinierend sind bei Jabotinsky die – im Gegensatz zu Herzl – realistische Einschätzung der Palästinenserfrage und die Voraussicht hinsichtlich der Judenvernichtung. Der Anspruch auf ganz Israel zumindest westlich des Jordans wird aus demographischen und demokratiepolitischen Gründen auch innerhalb des Likud, der Nachfolgepartei der Revisionisten, kaum noch aufrechterhalten.

Ber Borochov wurde 1881 in der Ukraine geboren, wo er noch vor der Spaltung in Bolschewiki und Menschewiki der Russischen Sozialdemokra-

tischen Arbeiterpartei beitrug und später wegen seiner zionistischen Ansichten ausgeschlossen wurde. Er erklärte Nationalismus und insbesondere jüdischen Nationalismus mit Begriffen des marxistischen Klassenkampfes und des dialektischen Materialismus.

Die jüdische Gesellschaftsstruktur sei eine umgekehrte Pyramide aufgrund historischer Ursachen. Nur wenige Juden befänden sich in der produktiven Arbeiterklasse. Sie würden jedoch gezwungen, sich früher oder später eine territoriale Basis zu schaffen, wozu sich Palästina anbiete. Klassenkampf würde nicht nur durch ökonomische Faktoren, sondern auch durch andere Faktoren sozialer und geschichtlicher Art bestimmt. In Palästina würden sich die Pyramide umkehren und die Möglichkeiten für einen Klassenkampf gegeben sein. Obwohl er seine Ansichten in der Folge mäßigte, kehrte er 1917 nach Russland zurück, um an der Oktoberrevolution teilzunehmen.

Die Bedeutung der nichtökonomischen gesellschaftlichen ideologischen Faktoren wurde von Borochof unterschätzt. Andererseits trug das zionistische Staatswesen bis etwa in die 70er Jahre des vergangenen Jahrhunderts starke egalitäre sozialistische Züge (Kibbutzim, Histadrut etc.).

Rav Avraham Isaac Kook

Kook war der erste aschkenasische Oberrabbiner im Mandat Palästina und Gründer der nationalorthodoxen „Kaderschmiede“ der Talmudhochschule Yeshiva Merkaz HaRav.

Er wurde 1865 in Lettland geboren und kam 1904 nach Jaffa, wo er Rabbiner wurde, aber auch in Kontakt mit den profanen zionistischen Siedlern trat, die er nicht ausgrenzte.

Er war der Ansicht, dass dem zionistischen Bestreben, wieder ein jüdisches Staatswesen zu errichten, hohe theologische Bedeutung zukomme. Die Zionisten seien Ausführer eines göttlichen Planes, der die messianische Zeit näher bringen würde. Auch durch nichtreligiöse Juden würde somit ein Ende des 2000 Jahre langen Exils (des Galut) herbeigeführt.

Diese Offenheit stieß auf den Widerspruch konservativerer Kreise des religiösen Establishments um den Rabbiner Sonnenfels. Sein Gedankengut wurde von seinem Sohn Rav Zvi Yehuda Kook weiterentwickelt.

Der siegreiche Sechstagekrieg mit der überraschenden Besetzung bzw. Befreiung der Gebiete westlich des Jordans, Jehuda und Shomron, wurde im Sinne seines Vaters religiös interpretiert und dem Prinzip Erez Israel Haschleima ein territorialer Kompromiss als mit der göttlichen Ordnung im Widerspruch stehend angesehen.

Das durch den Zionismus profanierte religiöse Gedankengut wurde wiederum eschatologisch interpretiert. Die Ereignisse in Gush Katif, Gaza – eine quasi ethnische Säuberung zu Lasten der „eigenen“ Bevölkerung – führten zu einer Spaltung der politischen Positionen, zwischen jenen, die daraufhin dem Staat Israel die religiöse Bedeutung absprachen und sich den nichtzionistischen Haredim annäherten, und jenen, die die zionistische Position beibehielten.

EXTERNE EINFLUSSFAKTOREN DER GEISTIGEN KRISE DES ZIONISMUS

Das Image Israels unterliegt seit 1967 und in weiterer Folge seit der 2. Intifada und dem Scheitern der Friedensverhandlungen von Camp David einem schleichenden Erosionsprozess innerhalb des gesellschaftlichen Mainstreams. Dieses einseitige Bild entsteht einerseits durch die Medien, die schablonenhafte Erklärungen statt historischer Analysen bevorzugen. Andererseits gilt Israel als westlich und der palästinensische Revanchismus als Befreiungsbewegung der Dritten Welt.

Weil offener Antisemitismus im liberalen europäischen Mainstream nach der Shoah nicht mehr salonfähig ist, findet zusehends eine Abspaltung der „guten Jüdinnen und Juden“ in der Diaspora von den „bösen Israelinnen und Israelis“ statt.

Postnationaler Antisemitismus kommt kaum in antisemitischen Gewalttaten zum Ausdruck, sondern prägt politische Forderungen gegen Israel. Existenzielle Bedrohungen Israels, ausgehend vom islamischen Antisemitismus etwa apokalyptisch-schiitischer Natur, werden verharmlost. Israels Gegenwehr zur Verteidigung der Bevölkerung wird als unverhältnismäßig in Frage gestellt.

Während in Europa Konflikte auf nichtmilitärische Weise gelöst werden, wird der Dritten Welt aus kolonialistischem schlechten Gewissen eben Militanz bis zum Terror zugestanden.

Die als links und säkular betrachteten Palästinenser boten sich als Projektionsfeld für eigene Träume und Sehnsüchte der studentischen Linken, die nach Vietnam ein neues Engagement suchte, an. Mit der Solidarisierung mit den von den Juden unterdrückten Palästinensern fühlten sich etwa deutsche Linke befreit von ihrer Verantwortung gegenüber Israel und den Juden, der sie sich als Nachkommen einer Täternation stellen mussten. (Strobl, *Das Feld des Vergessens*, 1994, zitiert nach Zuckermann, 2005, S. 65)

Aber schon Marcuse identifizierte sich angesichts der jahrhundertelangen Verfolgung der Juden mit der Notwendigkeit der Existenz Israels als „Bereich, in dem sie vor Verfolgung und Unterdrückung keine Angst mehr

zu haben brauchen“ (Marcuse, Die Studentenbewegung und ihre Folgen, in Nachgelassene Schriften, Bd. 4, 2004)

Nach Hitler konnte man nicht mehr mit gutem Gewissen Antisemit sein und verdrängte dieses Erbe ins Unterbewusstsein. Mit den wenigen sichtbaren Juden konnte man nach wie vor nichts anfangen, jedoch mit den Israelis und ihren Soldaten konnte man sich identifizieren.

Nach 1967 wendete sich das Bild. Israelische Soldaten wurden nun gegenüber palästinensischen Steinwerfern als Täter darstellbar.

Dies gilt besonders für die Linke. Detlev Claussen erklärt dies wie folgt: „Die politischen Kräfte der arabischen Welt blieben meist unanalysiert. Man schwankte zwischen schroffer Ablehnung der reaktionären Regime und Idealisierung der scheinbar progressiven Kräfte. Die Übernahme einer sozialrevolutionären Dritte-Welt-Rhetorik durch eine neue Generation von palästinensischen Politikern nach 1968 ließ die Ahnungslosigkeit der europäischen Linken in Sachen Palästina schnell vergessen. Man hatte sich so sehr daran gewöhnt moralisch immer auf der richtigen Seite zu stehen.“ (Claussen, Vorwort zu Poliakov, Vom Antizionismus zum Antisemitismus, 2006, S. 12ff.)

In genau diese Richtung stieß das palästinensische Narrativ der „Rückkehr“, einer Kopie der jüdischen zionistischen Ideologie, nur dass eben mit der Rückkehr nicht die Besiedlung eines gering bevölkerten Landes aus einer Minderheitsposition heraus, sondern die Liquidierung des jüdischen Staates verbunden wäre.

Der Antizionismus ermöglicht so, sich von Israel als Besatzer zu distanzieren, ohne sich mit der Realität, die sich nicht in Gut und Böse manichäisch auflösen lässt, auseinanderzusetzen. Durch Opfer-Täter-Umkehr wird die eigene Staats- und Familiengeschichte entlastet. (Rensmann, 2007 in Brosch et al. (Hg.), Exklusive Solidarität. Linker Antisemitismus in Deutschland. Vom Idealismus zur Antiglobalisierungsbewegung)

So schrieb etwa Walter Sauer auf der Internetplattform „Gazamussleben“: „Gerade deshalb dürfen wir heute unsere Augen nicht vor dem schleichenden Völkermord verschließen, den Staatsideologie und Staatspraxis des Judentums an den Palästinensern [...] verursachen.“⁹

Der Holocaustleugner David Irving¹⁰ erhält Zustimmung vom linksradikalen israelischen so genannten „Friedensaktivisten“ und Journalisten Shraga Elam, der Zionisten mit den Nazis gleichsetzt.

⁹ Pfeifer, Karl (2008): Sozialdemokrat: Schleichender Völkermord im Gazastreifen, Antidefamation Forum Berlin, 26. 5. 2008 <https://www.adf-berlin.de/wbb2/thread.php?postid=31403> (31. 3. 2009).

¹⁰ Pfeifer, Karl (2004): Die Antiimperialisten, Shraga Elam und David Irving: Die USA und Israel sind schuldig, Hagalil, 11. 7. 2004, <http://www.hagalil.com/archiv/2004/07/aik.htm> (31. 3. 2009).

Wie einst Pfefferkorn bei den Jesuiten, fungieren Israelis und Juden als Alibijuden, die man das sagen lässt, was einen Nichtjuden wohl leichter einem Antisemitismusvorwurf aussetzen würde.

Paul Bogdanor setzt sich mit diesem Problem auseinander.¹¹ Umgekehrt verteidigt der amerikanische Neonaziführer David Duke die jüdischen Israelkritiker wie Alfred Lilienthal, Noam Chomsky, Norman Finkelstein und andere.

Man kann dies alles nicht als Äußerungen politischer Randfiguren abtun, denn dies reicht bis in Teile des israelischen Mainstreams und der Medien. Gideon Levy, früher Assistent des damaligen Außenministers Simon Peres, Journalist der Zeitung *Haaretz*, verglich unlängst in einem Interview mit der deutschen *National- und Soldatenzeitung* Israel mit Südafrika und erinnerte sich an die Herkunft seiner Eltern aus dem Sudetenland.¹²

Der israelischen Soziologin Tal Nitzan wurde vom Shaine Center der Hebräischen Universität Jerusalem für eine Arbeit ein Preis verliehen, in der auf eine ganz perfide angebliche Unterdrückungsstrategie des israelischen Militärs hingewiesen wurde: Israelische Soldaten vergewaltigen nicht palästinensische Frauen und demonstrieren damit erst recht ihren offensichtlichen Rassismus. Denn palästinensische Frauen würden nicht als menschliche Wesen begriffen.

Der bekannte israelische Intellektuelle Gilad Atzmon spricht in der Zeitschrift des freiheitlichen Akademikerbundes *Die Aula* von Israel und seiner „unterstützenden Lobby“, die „alles in ihrer Macht Stehende tun, um uns in einen Dritten Weltkrieg zu verwickeln“. Den Iranern soll ihr „atomares Spielzeug“ überlassen werden. „Wenn die Israelis einmal der klaren Möglichkeit der eigenen Vernichtung gewahr werden, dürften sie sehr schnell eine echte Neigung zum Frieden und zur Aussöhnung entwickeln.“¹³

Im nun wirklich nicht prozionistischen englischen *Guardian* wird Atzmon mit einer Verteidigung der Protokolle der Weisen von Zion zitiert.¹⁴

Wieso kommt es zur geistigen Krise des Zionismus?

In Israel besteht aus innenpolitischen Gründen ein dreigeteiltes Schulsystem: ein ultraorthodoxes, ein nationalreligiöses und ein profanes, in dem kaum jüdische Geschichte und Inhalte unterrichtet werden. Die Bindung

¹¹ Bogdanor, Paul (2006): Jews who hate the Jewish State, The Jewish Press <http://www.paulbogdanor.com/jewishstate.htm> (31. 3. 2009).

¹² Deutsche *National- und Soldatenzeitung* Nr. 32/08, 1. 8. 2008.

¹³ *Die Aula* 7–8/08, S. 38.

¹⁴ <http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2006/nov/30/anewmenacingcurrentisappe>.

an jüdische und zionistische Werte ist daher dort, wo die meisten Jugendlichen unterrichtet werden, gering.

Erst recht wirkt sich das auf den Universitäten aus, die von ultraorthodoxen oder nationalreligiösen Jugendlichen nur in geringem Ausmaß besucht werden.

So entstehen Strukturen, in denen in einem quasi akulturellen Raum Israelis heranwachsen ohne Kenntnis oder Beziehung zu ihrer eigenen jüdischen Geschichte, die sich aber in den europäischen Mainstream integrieren möchten, der aus verschiedenen vorher beleuchteten Gründen Israel kritisch gegenübersteht.

Ohne Kenntnis der eigenen Beziehung zum Land, der eigenen Rechte, spricht man bald bestenfalls von zwei gleichen Ansprüchen, wenn nicht sogar das palästinensische Narrativ überhaupt übernommen wird, das jedoch kurioserweise in gewisser Form eine Adaptierung des zionistischen ist.

DIE „NEUEN HISTORIKER“

Einer der führenden Kritiker der „neuen Historiker“ ist Efraim Karsh. (Karsh, *Fabricating Israeli History*, 2002)

Mentor der „neuen Historiker“ ist Professor Ilan Pappé von der Universität Haifa, derzeit England. Pappé war Knessetkandidat der KP Israels und wurde wegen des Eintretens für die Diplomarbeit eines seiner Schüler von den akademischen Behörden gerügt, nachdem offenkundig worden war, dass das in der Arbeit verwendete Material über ein angebliches Massaker an Palästinensern im israelischen Unabhängigkeitskrieg gefälscht war.

Pappé stellt das „Israelische Narrativ“ dem „Palästinensischen Narrativ“ gegenüber, um dann Ersteres zu verwerfen, sei doch der Zionismus mit einer Ursünde behaftet, nämlich dass er ein Teil des westlichen Kolonialismus sei. „Die Shoah berechtigt nicht die Verwandlung von 750.000 Palästinensern in Flüchtlinge.“ Sie seien die echten Opfer der Shoah.

Pappé sieht die Ursache für den Konflikt nicht in der arabischen Gegnerschaft gegenüber dem Zionismus, sondern im Teilungsbeschluss der UN, der von der arabischen Seite nicht akzeptiert wurde. (Pappé, *The Making of the Arab-Israeli Konflikt, 1947–1951*, 1994)

Er versucht seit langem die Existenz eines Planes D nachzuweisen, nachdem Ben Gurion von Anfang an die Vertreibung der Palästinenser im Unabhängigkeitskrieg geplant gehabt hätte. Dafür lassen sich keine Beweise finden.

In Wahrheit war die arabische Fluchtbewegung aus Palästina vielschichtig und hing auch mit der militärischen Lage zusammen.

Gerade die Entwicklung von Verschwörungstheorien ist ein Kennzeichen der „neuen Historiker“.

Avi Shlaim stellt die Theorie auf, es hätte im Unabhängigkeitskrieg 1948 eine Absprache hinsichtlich Jordanien und Israel gegeben, wonach Jordanien eine zurückhaltende Kriegsführung an den Tag legen sollte. (Shlaim, *Collusion across the Jordan*, 1988)

Die Historiographie der „neuen Historiker“ beschreibt die Palästinenser als unschuldige Opfer von Verschwörungen und Untaten anderer, wobei sie als Ursünde die Errichtung des Staates Israel ansieht und sich mit früheren Stufen des Konfliktes nicht auseinandersetzt.

Benny Morris von der Ben Gurion Universität in Beersheba distanziert sich heute von den „neuen Historikern“.

Es zeigt sich, dass die „neue Historiographie“ entgegen ihrem eigenen Anspruch und entgegen der kritischen Ausrichtung durch ihren Rückzug aus der Forschung hin zum Gedächtnis wieder eine parteigebundene Ideologie geworden ist, wobei sie ausgerechnet das Erscheinungsbild des von ihr verabscheuten Objektes angenommen hat, das der „offiziellen“ zionistischen Historiographie, wie sie bei den „neuen Historikern“ beschrieben wird. (Barbara Schäfer, *Historikerstreit in Israel*, 2000, S. 44)

Der große Anteil von Leuten aus Oxford und Cambridge unter den „neuen Historikern“ wirft die Frage auf, ob nicht die linksliberale, propalästinensische und vielleicht sogar im verfeinerten englischen Stil antisemitisch angehauchte Atmosphäre, die die israelischen und jüdischen Wissenschaftler in den beiden Universitäten umgab, besonders dazu angetan war, diese Absetzbewegung hervorzubringen.

Ihre Bedeutung konnten sie aber nur auf Grund der eingangs angedeuteten Probleme der israelischen Gesellschaft erlangen.

Literatur

Alexander, Edward / Bogdanor, Paul (2006): *The Jewish Divide over Israel, Accusers and Defenders*, New Brunswick, New Jersey

Bogdanor, Paul (2006): *Jews who hate the Jewish State*, The Jewish Press, <http://www.paulbogdanor.com/jewishstate.htm> (31. 3. 2009)

Broder, Henryk (2008): *Antisemitismus ohne Antisemiten*. Anhörung vom 5. 6. 2008. Deutscher Bundestag, Anhörungen, http://www.bundestag.de/ausschuesse/a04/anhoerungen/anhoerung14/stellungnahmen_sv/stellungnahme_08.pdf (31. 3. 2009)

Brosch, Matthias / Elm, Michael / Geißler, Norman / Simbürger, Brigitta Elisa / Wrochem, Oliver von (Hg.) (2007): *Exklusive Solidarität. Linker Antisemitismus in Deutschland. Vom Idealismus zur Antiglobalisierungsbewegung*, Berlin: Metropol Verlag

- Claussen, Detlev* (2006): Vorwort in: Léon Poliakov, Vom Antizionismus zum Antisemitismus, Freiburg
- Grigat, Stephan* (2002): Antisemitismus und Antizionismus in der Linken, in: Hagalil, 18. 4. 2002, http://www.hagalil.com/antisemitismus/europa/linker-antisemitismus.htm#_ftn1 (31. 3. 2009)
- Herzl, Theodor* (1896): Der Judenstaat, Leipzig–Wien: M. Breitenstein's Verlagsbuchhandlung
- Judt, Tony* (2003): Israel, the Alternative, in: The New York Review of Books, Volume 50, Number 16, October 23, 2003, <http://www.nybooks.com/articles/16671> (31. 3. 2009)
- Karsh, Efraim* (2002): Fabricating Israeli History, The New Historians, 2. Aufl., Southgate, London: Frank Cass
- Lustiger, Arno* (2008): Kurzer Lehrgang über den Selbsthass, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. 9. 2008, <http://www.faz.net/s/RubCF3A-EB154CE64960822FA5429A182360/Doc~EE3683FD3B4784A4F96BCD6F57DE78243~ATpl~Ecommon~Scontent.html> (31. 3. 2009)
- Marcuse, Herbert*, Nachgelassene Schriften, Bd. 4: Die Studentenbewegung und ihre Folgen, *Jansen Peter Erwin* (Hg.) (2004), Zu Klampen Verlag, Springer
- Marx, Karl* (1843): Zur Judenfrage, in: *Marx, Karl / Engels, Friedrich*, Werke, Bd.1, Berlin 1973, S. 374
- Pappe, Ilan* (1994): The Making of the Arab-Israeli Conflict 1947–1951, London: I. B. Tauris
- Pfeifer, Karl* (2004): Die Antiimperialisten, Shraga Elam und David Irving: Die USA und Israel sind schuldig, <http://www.hagalil.com/archiv/2004/07/aik.htm> [31. 3. 2009]
- Pfeifer, Karl* (2008): Sozialdemokrat: Schleichender Völkermord im Gazastreifen, Antidefamation Forum Berlin, <https://www.adf-berlin.de/wbb2/thread.php?postid=31403> (31. 3. 2009)
- Schäfer, Barbara* (Hg.) (2000): Historikerstreit in Israel Die neuen Historiker zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit, Frankfurt/Main: Campus
- Scheit, Gerhard* (2001): Es gibt keinen richtigen Ort, in: Jungle World 7, 2001, <http://jungle-world.com/artikel/2001/06/26332.html> (31. 3. 2009)
- Shavit, Ari* (2004): A Jewish Soul. Interview mit Aharon Appelfeld in Haaretz, 13. 2. 2004, verfügbar in Isranet Daily Briefing Archive Volume IV, No. 812, 16. 2. 2004, <http://www.isranet.org/isranetbriefings/Permanent2004/Permanent-february-2004.htm#812> (31. 3. 2009)
- Shlaim, Avi* (1988): Collusion Across the Jordan, New York: Columbia University Press
- Strobl, Ingrid* (1994): Das Feld des Vergessens. Jüdischer Widerstand und deutsche „Vergangenheitsbewältigung“, Berlin–Amsterdam, zitiert in: *Zuckermann, Moshe* (Hg.) (2005): Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte XXXIII, Antisemitismus-Antizionismus-Israelkritik
- Trotzki, Leon* (1934): On The Jewish Problem, in: *Shatz, Adam* (Hg.) (2004): Prophets Outcast: A Century of Dissident Jewish Writing about Zionism & Israel, New York: Nation Books

Die Bedeutung der Shoah im israelischen Kontext

EINIGE STICHWÖRTER ZU EINEM KURZEN VORTRAG

Von Beginn an prägt die Erinnerung an den Massenmord den Staat. Ein eigener Tag, der Yom HaShoah, ist dem Gedenken an die Vernichtung gewidmet. Er findet eine Woche vor dem Unabhängigkeitsfest statt. Der Yom HaShoah ist mittlerweile ein globales jüdisches Trauerdatum, doch in Israel steht am Morgen dieses Tages, steht um zehn Uhr früh das ganze Land still. Der Verkehr ruht. Die Menschen verharren in Schweigen.

Dieses Ritual wurde 1951 eingeführt, und es gab durchaus heftige Debatten über die Frage, ob nicht andere Termine für dieses Gedenken ausgesucht werden sollten. Religiöse Parteien befürworteten, die Trauer für die Opfer der Naziverbrechen mit jener für die Zerstörung des Tempels zu verknüpfen. Der Disput um den rechten Zeitpunkt spiegelte eine ideologische Auseinandersetzung wider. Nicht ohne Bedeutung ist deshalb, welches Datum letztlich gewählt wurde. Die Zeremonien hätten am Jahrestag des Warschauer Ghettoaufstands begangen werden sollen, doch wegen der unmittelbaren Nähe zu Pessach, dem Fest der Befreiung aus ägyptischer Sklaverei, wurde der Gedenktag um zwei Wochen verschoben, sodass er im Vorfeld der Unabhängigkeitsfeiern stattfindet.

Die Zeit der Trauer über die Opfer der Diaspora sollte in die Freude über die neue Souveränität münden. Die Shoah wurde, neben Nationalismus und Religion, einer der drei Eckpfeiler kollektiver Identität.

Nicht von Anfang an setzte sich die israelische Gesellschaft so stark mit der Shoah auseinander. Im Gegenteil, die Beschäftigung mit der Schmach der Verfolgung scheint im neuen Pionierwesen zunächst allzu schmerzhaft gewesen zu sein. Hier sollte Geschichte geschrieben werden, die nur vom Heldenmut und von neuen wehrhaften Juden zu erzählen hatte.

Mittlerweile gehören hingegen Führungen durch Yad Vashem zum Programm der militärischen Grundausbildung wie auch zu jenem von Staatsbesuchen ausländischer Politiker. Israelische Schulklassen unternehmen Gruppenreisen nach Auschwitz. Wen wundert's? Im Staat, der von vielen Überlebenden und ihren Verwandten mitbegründet wurde, ist die Erinnerung an die Vernichtung eine Zivilreligion.

Allgegenwärtig ist die Geschichte, die mit Auschwitz verortet wird. Sie wirkt in den Reden und den Rechtfertigungen der Politik weiter. Während des ersten Libanonkrieges schrieb Menachem Begin in einem Brief an

Ronald Reagan, er habe, als die israelischen Panzer nach Beirut rollten, das Gefühl gehabt, als marschiere er in Berlin ein, um Hitler in seinem Bunker gefangen zu nehmen. Diese Sprache war nicht nur für Begin und den Likud typisch. Abba Eban, einer der moderatesten aller Politiker der Arbeitspartei, bezeichnete die Grenzen vor 1967 als „Auschwitz-Grenzen“.

Gegen eine solche Betonung des jüdischen Leids unter dem Nationalsozialismus wurde seit Jahren innerisraelische Kritik geäußert. Falsch wäre es, diese Form der Auseinandersetzung mit Versuchen in anderen Ländern zu verwechseln, die Erinnerung an den Massenmord insgesamt in Misskredit zu bringen.¹ In Israel wurden nicht Einwände gegen das Gedenken schlechthin laut. Es ging vielmehr um die Frage, welche politischen Folgen aus der Beschäftigung mit dieser Vergangenheit erwachsen. Am 2. 3. 1988 rief etwa der Wissenschaftler Yehuda Elkana in der israelischen Tageszeitung *Haaretz* dazu auf, die Erinnerung, so wichtig und richtig sie in anderen Ländern sei, in Israel einzudämmen. Der Appell zur Erinnerung führe hier allzu leicht zum Hass. Die Politikerin Schulamit Aloni, Bildungsministerin unter Yitzchak Rabin, argumentierte bald darauf ähnlich. Unter ihrer Federführung wurden die organisierten Schulreisen nach Auschwitz eingestellt, um erst nach ihrem Rücktritt wieder fortgesetzt zu werden.

Die Konzentration auf die nationalsozialistischen Verbrechen war und ist keine israelische Einzigartigkeit. Doch stoßen wir in den verschiedenen Ländern auf unterschiedliche Legitimationstheorien gegenüber der nationalsozialistischen Geschichte und auf abweichende, ja, teils entgegengesetzte Fragestellungen. Die DDR etwa sah sich als Fortsetzung des antifaschistischen Kampfes. Die geschichtliche Verantwortung für die jüdische Vernichtung sei, so die staatliche Legitimationstheorie, mit der Überwindung des kapitalistischen Systems abgestreift worden. Die Frage, weshalb Auschwitz geschehen war, sollte so eindeutig beantwortet werden. Der Ursprung des Faschismus lag im Kapitalismus, den die DDR nun überwunden zu haben glaubte.

Ganz anders in der Bundesrepublik Deutschland: Gesucht wird nach der Antwort, wie das Verbrechen mitten in unserer Zivilisation möglich wurde und ob es wieder geschehen könnte. Die öffentlichen Dispute in der Bundesrepublik Deutschland sind von der Auseinandersetzung geprägt, wie zu erklären ist, was eben da geschah, und der Wunsch, universale, allgemeingültige, gleichsam anthropologische Motive, etwa finanzielle Vorteile, anführen zu können, abseits von blankem Antisemitismus oder ideologischer Absicht, ist erkennbar. Nach den Umständen, die in das

¹ Siehe etwa: Burger, Rudolf: Im Namen der Geschichte. Vom Missbrauch der historischen Vernunft, Springe 2007; Finkelstein, Norman: Die Holocaustindustrie. Wie das Leiden der Juden ausgebeutet wird, München 2001.

Verbrechen mündeten, forschen vor allem jene, die sich den Blickwinkel der Täter zu eigen machen. Sie sagen: „Wie konnte es dazu kommen?“²

In Österreich rückt in politischen Disputen neben jenen nach den Umständen und Motiven der Untat eine andere Frage ins Zentrum, die lautet: „Welche Rolle spielte Österreich im Rahmen des Nationalsozialismus und seiner Verbrechen“, oder ein wenig banaler: „Was haben wir eigentlich mit dem Ganzen zu tun?“

Eine andere Form der Wahrnehmung identifiziert sich eher mit der Sicht der Opfer. Hierbei geht es darum zu begreifen, worin die Motive der Mörder lagen, just Juden zu verfolgen, und wieso sie von ihrem Mordplan selbst dort nicht abgingen, wo er sich gegen ihre eigenen Interessen richtete. „Warum konnte dies geschehen?“, wird dann gefragt, oder partikularer: „Warum uns?“

Aus dem Blickwinkel der Täter mögen die persönlichen und sozialen Interessen, die zum Verbrechen führten, im Vordergrund stehen, doch die Opfer wussten nicht, wie ihnen geschah. Warum war es dem „Dritten Reich“ wichtig, im Moment der Niederlage noch die letzten über 70.000 im Getto Lodz verbliebenen Juden zu morden? Weshalb wurden nicht alle Anstrengungen auf den Krieg konzentriert? Wieso kam wirtschaftlichen Erwägungen, bis auf wenige Einzelfälle, keine Priorität vor dem Imperativ der Vernichtung zu?³

Die Frage nach dem Wie, nach den Umständen des verwalteten Massenmords läuft jener nach dem Warum teils zuwider. Bei Angehörigen des Opferkollektivs geht es nicht darum, die Schuld der Täter zu diskutieren; die Absicht steht außer Zweifel. Die heftigsten inneren Auseinandersetzungen in Israel rankten sich um die Frage: „Warum konnte uns dies angetan werden?“ Gestritten wurde etwa über die Reaktion der jüdischen Funktionäre, über die Konsequenz für die jüdische Politik. Die als Juden Verfolgten wurden umgebracht, weil ihre Mörder antisemitisch waren; doch wer nach dem tieferen Grund forscht, wer sich mit dem Warum auseinandersetzt, gerät in die Vorgeschichte des Verbrechens und die Entwicklung des Antisemitismus. Jede Erklärung, die den Massenmord auf triviale Umstände zurückführt, scheint dann nichts als Apologie zu sein. Im deutschen Zusammenhang klingt es eher umgekehrt; jeder Verweis auf kulturelle Kontinuitäten birgt die Gefahr, jene vorgeblich ewigen Mythen zu bestätigen, auf die sich die Täter selbst beriefen.

Für das israelische Selbstverständnis war zentral, dass die Verbrechen nicht „hier“, sondern „dort“ stattgefunden hatten. Sie wurden weithin als

² Vgl.: Diner, Dan: Das Jahrhundert verstehen. Eine universalhistorische Deutung, München 1999, S. 227–233.

³ Siehe dazu: Friedländer, Saul: Kitsch und Tod. Der Widerschein des Nazismus, München – Wien 1984, S. 111.

Resultat der Diaspora gewertet. Die israelische Unabhängigkeitserklärung wusste deshalb bereits zu sagen: „Die Katastrophe, die in unserer Zeit über das jüdische Volk hereinbrach und in Europa Millionen von Juden vernichtete, bewies unwiderleglich aufs Neue, daß das Problem der jüdischen Heimatlosigkeit durch die Wiederherstellung des jüdischen Staates im Lande Israel gelöst werden muß, in einem Staat, dessen Pforten jedem Juden offenstehen, und der dem jüdischen Volk den Rang einer gleichberechtigten Nation in der Völkerfamilie sichert.“

Der hier festgeschriebene Gründungsmythos führte zur Behauptung, Israel sei durch die Leiden der Juden erst entstanden. Eine Sicht, deren Wurzeln bereits in der Zeit vor dem Nationalsozialismus zu suchen sind, da manche frühe Zionisten wie etwa Max Nordau eine Katastrophe vorhersahen, ja, sie erwarteten, da in ihrem Schatten erst der ersehnte Judenstaat entstehen würde. Das Wort Shoah wurde deshalb innerhalb des Zionismus bereits vor Auschwitz verwendet, wobei klar sein muss, dass damals noch nicht erahnt werden konnte, was mit diesem Begriff heute benannt ist. Die Gefahren des Antisemitismus hießen Pogrom, Diskriminierung und Vertreibung, aber nicht organisierte Ausrottung. Der Gedanke, die Shoah sei für die Entstehung Israels notwendig gewesen, findet sich auch bei nicht wenigen neozionistischen Nationalreligiösen, die den tieferen, gleichsam theologischen Sinn des Massenmords als Strafe Gottes gegen die Assimilation zu verklären versuchen.

Die antisemitischen Auschwitzleugner wollen glauben machen, der Holocaust wäre eine jüdische Lüge, um Israel rechtfertigen zu können. Nicht wenige Antizionisten wiederum behaupten, die Teilung Palästinas durch die Staaten der UNO verdanke sich alleinig den Verbrechen der Nazis. Dieser Meinung kann entgegnet werden, dass die Teilung weniger aus Mitleid für die Opfer beschlossen wurde, sondern eher aufgrund geopolitischer Interessen. Die Zustimmung zum Teilungsbeschluss bot etwa Moskau eine willkommene Chance, dem britischen Imperium zu schaden. Gegen die These, Israel existiere nur wegen der Shoah und sei gleichsam als Kompensation für das jüdische Leid begründet worden, lassen sich manche Argumente nennen.

Die Ermordung des europäischen Judentums stärkte nicht das Projekt einer jüdischen Heimstätte. Im Gegenteil: Die osteuropäischen Massen, für die ein neues Gemeinwesen entstehen sollte, waren vernichtet worden.

Hier ist nicht der Platz, die Debatte über diese Frage zu vertiefen. Nur so viel: Die historiographische Auseinandersetzung in Israel über die Shoah zielt auf das Grundverständnis des Staates. Es ist dabei viel zu simpel, die wissenschaftlichen Standpunkte in diesem Disput auf zionistische und postzionistische, auf linke und rechte Positionen aufzuteilen, aber es geht in diesen Disputen zumeist durchaus darum, zu klären, wie eng Israel mit der Shoah verknüpft ist und bleibt.

Besonderes Augenmerk kam dabei dem Verhalten der zionistischen Führung im Land zu. Wie hatte sie sich gegenüber der Vernichtung verhalten? In seinem Buch „Die siebte Million“ befasste sich etwa Tom Segev mit der zionistischen Führung in Palästina zur Zeit des 2. Weltkrieges.⁴ Zentrale These war, dass der Yishuv in Palästina mehr an der Schaffung des eigenen Staates interessiert war als an der Rettung der europäischen Juden. Gegen diese Darstellung wurden heftige Einwände vorgebracht, insbesondere von Yehuda Bauer in seinem Buch „Freikauf von Juden“.⁵

Zum weiteren Fokus der geschichtlichen Diskussionen wurde, ob die Existenz eines Judenstaates vor der nazistischen Bedrohung die Millionen überhaupt retten hätte können. War es womöglich nur Zufall gewesen, dass die Juden Palästinas vor den Mördern bewahrt werden konnten? Was wäre geschehen, wenn die Wehrmacht in El Alamein nicht von den Briten aufgehalten worden wäre?

Im frühen Selbstbild der Pioniergesellschaft war Israel die Antwort des selbstbewussten Judentums auf das Elend der Diaspora. Die Geschichtsbeschreibung schilderte den jüdischen Widerstand als Ergebnis des zionistischen Erwachens. Der Widerstand wurde als Symbol der Abkehr von der Diaspora gewertet. Die jüdischen Partisanenorganisationen wurden in der pädagogischen und musealen Darstellung mit dem Unabhängigkeitskrieg Israels legiert.⁶

Diese Auslegung entsprach durchaus auch biographischen Erfahrungen vieler Überlebender. Als am 19. August 1953 in Jerusalem die offizielle Gedenkstätte für die „Shoah“ eröffnet wurde, erhielt sie deshalb den Namen: „Yad Vashem, Erinnerungsstätte für die *Helden und Märtyrer*.“ Die Ausstellung im Museum selbst führte über drei verschiedene Abschnitte. Der erste Abschnitt ging auf die Geschichte der antisemitischen Verfolgungen, der zweite auf den Massenmord ein. Das Museum endete aber mit einer Darstellung der Befreiung und des Widerstands, die auf die wehrhafte Zukunft in Israel verweisen sollte.⁷

⁴ Segev, Tom: Die siebte Million. Der Holocaust und Israels Politik der Erinnerung, Reinbek 1995.

⁵ Bauer, Yehuda: Freikauf von Juden? Verhandlungen zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und jüdischen Repräsentanten von 1933 bis 1945, Frankfurt am Main 1996.

⁶ Friedländer, Saul: Die Shoah als Element in der Konstruktion israelischer Erinnerung, in: Babylon. Beiträge zur jüdischen Gegenwart, Frankfurt am Main 1987, S. 14ff; Firer, Ruth: Part II: Israel, in: The Treatment of the Holocaust in Textbooks. The Federal Republic of Germany, Israel, the United States of America, Hg.: Randolph L. Braham, New York 1987, S. 187.

⁷ Friedländer: Die Shoah, S. 15.

In Israel wurde die Diskussion über die persönliche Verstrickung in die nationalsozialistische Mordmaschinerie in parteipolitischem Zusammenhang weitergeführt. Zionistischen Persönlichkeiten wurden vom politischen Gegner Vorwürfe gemacht. Rudolf Kasztner, Journalist und Politiker der zionistischen Bewegung, hatte 1943 mit Eichmann verhandelt, um Zeit zu gewinnen und Menschen zu retten. 1953 wurde Kasztner mit dem Vorwurf der Kollaboration konfrontiert. 1955 erkannte ein Gericht in einem Verfahren, das Kasztner angestrengt hatte, einen Teil der Anschuldigungen an. In der Berufung 1958 bekam Kasztner jedoch Recht. Er erlebte seine Rehabilitierung dennoch nicht: 1957 wurde Kasztner in Tel Aviv auf offener Straße erschossen.

Größere Beachtung erfuhr das Thema jedoch durch die öffentliche Aufarbeitung von Geschichte im Zuge des Verfahrens gegen Adolf Eichmann – 1961 in Jerusalem. Unter dem Publikum des Gerichts saß eine Frau, Jüdin, die ursprünglich aus Deutschland, Hannover, stammte und 1941 in die USA geflüchtet war. Hannah Arendt hatte vom Magazin *New Yorker* den Auftrag bekommen, über den Fall zu berichten. Ihre provokante Artikelseerie in fünf Folgen erregte Aufsehen.⁸ Sie veröffentlichte 1963 in den Staaten ihren Essay als Buch. 1964 erschien die deutsche Ausgabe in München: „Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen“.

Für die israelische Geschichtsschreibung – bis Mitte der siebziger Jahre, bis zum Trauma des Yom Kippur-Krieges und dem Wahlsieg des Likud –, für das Selbstverständnis der zionistischen Pioniergesellschaft stand israelischer Heldenmut im Gegensatz zum jüdischen Opferdasein. Der Mut der Sabres gegen das Leiden im Ghetto.

Indem das israelische Gericht Eichmann richtete, richtete es sich auch an und gegen die noch lebenden Nazihenker. Die Welt sollte an die Verbrechen erinnert werden und daran, dass das jüdische Volk nicht vergessen hatte. Ein wesentlicher politischer Grund für den Prozess war aber eine Botschaft an die Juden und Jüdinnen: Das jüdische Volk lebe inmitten einer feindlichen Welt. Erst die Errichtung des jüdischen Staates ermöglichte den jüdischen Widerstand gegen die antisemitischen Feinde.

Gegen dieses Geschichtsbild erhob Hannah Arendt Protest. In einem aber stimmte Arendt der israelischen Auslegung zu. Ob nun der Staatsanwalt im Prozess Eichmann, Gideon Hausner, oder Hannah Arendt, beide waren sie sich in einem Punkt einig: Der jüdische Widerstand nur hätte

⁸ Robinson, Jacob: *And The Crooked Shall Be Made Straight. The Eichmann Trial, the Jewish Catastrophe and Hannah Arendt's Narrative*, Philadelphia 1965, S. VIII.

ruhmreich gehandelt und die Judenräte hätten eine unwürdige Strategie verfolgt.⁹

Der Unterschied: Für Arendt waren die Zionisten, die Verhandlungspartner der Nazis bei der Auswanderung, die Repräsentanten der Strategie des „Judenrats“; für die zionistische Geschichtsauffassung symbolisierten die „Judenräte“ das durch Israel überwundene Opferdasein der Diaspora.

Die Verurteilung der „Judenräte“ wurde im Laufe der Zeit revidiert. Einzelne Forscher, Isaiah Trunk, Leonard Tushnet und Aharon Weiß, strichen hervor, dass die Reaktion der jüdischen Gemeindevertreter äußerst unterschiedlich war. Zudem arbeiteten sie heraus, dass die sozialen und karitativen Einrichtungen der jüdischen Administrationen positiv gewürdigt werden müssten. Mit diesen Anstrengungen hatten die Judenräte versucht, der Vernichtung entgegenzuwirken und jüdisches Leben zu bewahren.¹⁰ Ein Generalurteil über alle jüdischen Funktionäre geht an der Problemlage vorbei. Jede Person und jede Situation muss gesondert betrachtet werden. Eine Palette von abgestuften Reaktionsmustern zeichnet sich ab.

Die historiographische Wende wurde von sozio-politischen Prozessen befördert. In Israel etwa bildete sich in den siebziger Jahren eine Distanz zum Pionierbewusstsein früherer Jahre. Nach 1973, nach dem Schock des Yom Kippur-Krieges, erfolgte eine neue Auseinandersetzung mit der Diaspora. Für den Staatsgründer David Ben Gurion war die „Golah“, die Diaspora, noch eine geschichtslose Zeit für das Judentum gewesen. Jiddish war als Sprache des Ghettos abgelehnt worden. Das Projekt einer neuen Gesellschaft sollte nicht vom Blick zurück gestört werden. In den siebziger Jahren, mit dem Sieg der Likudregierung und dem kulturellen Aufbruch der Sepharden, setzte eine Rückbesinnung auf die eigene Herkunft ein. Die Diaspora, vormals verachtet, wurde nun nostalgisch verklärt. Das Diasporamuseum von Nahum Goldman, Beth-Hatefutsoth, wurde gegründet. In diesem Lichte wurden auch die „Judenräte“ neu diskutiert. Nicht bloß in Israel aber verschob sich der ideologische Hintergrund der Debatte. Mit dem Zusammenbruch der sowjetkommunistischen Regime und dem Ende des Kalten Krieges konnte gelassener über die verschiedenen Formen antifaschistischen Widerstands und über Momente dessen

⁹ Arendt, Hannah: Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen, München 1964, S. 158f.

¹⁰ Etwa: Trunk, Isaiah: Judenrat. The Jewish Councils in Eastern Europe Under Nazi Occupation, New York 1972; Tushnet, Leonard: The pavement of hell. [Three Leaders of the „Judenrat“], New York 1972; Weiß, Aharon: The Relations Between the Judenrat and the Jewish Police, in: Patterns of Jewish Leadership in Nazi Europe 1933–1945. Proceedings of the Third Yad Vashem International Historical Conference. Jerusalem, April 4–7, Jerusalem 1977, S. 201–217.

Scheiterns diskutiert werden. Im Zuge des Friedensprozesses im Nahen Osten wandelten sich auch die ideologischen Auseinandersetzungen innerhalb der Historiographie.

Jenseits der politisch ideologischen Fragestellungen gewann der Blick auf die Ohnmacht der jüdischen Opfer, unabhängig, welcher Fraktion sie angehört hatten, an Bedeutung. Nachdem die spezifischen Unterschiede zwischen den Ghettos und Judenräten in den verschiedenen besetzten Ländern herausgearbeitet worden waren und auf die Charaktere der einzelnen jüdischen Funktionäre verwiesen worden war, musste bei allen Differenzen doch wieder festgestellt werden, dass alle Judenräte in ganz Europa den selben Grundproblemen gegenüberstanden. Ja, wer die Aufzeichnungen und Reden der jüdischen Funktionäre in voneinander entferntesten Gebieten des Kontinents vergleicht, entdeckt die Ähnlichkeit ihrer Gedanken, Hoffnungen und Gefühle. Avihu Ronen und Dan Michman verdeutlichten zudem, dass die „Judenräte“ keine traditionell jüdische Gemeindeorganisation gewesen waren. Es war falsch, sie als souveräne politische Führung zu beurteilen.¹¹

Vor einigen Jahren versammelte sich der Generalstab der israelischen Armee in Yad Vashem. Die Medien waren nicht geladen. Die Veranstaltung war nicht eines der öffentlichen Rituale des Gedenkens. Intern sollte die Bedeutung der Shoah diskutiert werden. An einem Punkt brach Streit aus. Es ging um die Frage, ob die Erinnerung an den Massenmord den israelischen Soldaten im Kampf gegen die zweite Intifada nütze oder schade. Offiziere, die dem Friedenslager zugerechnet werden können, meinten, Auschwitz sollte gedacht werden, um einen zügelnden Einfluss auf die Rekruten auszuüben und um an humanistische Traditionen anzuschließen. Kriegerischere Militärs vertraten hingegen die Ansicht, die Erinnerung an die Vernichtung diene der Stärkung des Verteidigungswillens.

Die hier nur angerissenen historiographischen Debatten stehen im Zentrum israelischer Auseinandersetzung, da die Situation in der Vernichtung immer wieder – auch aufgrund des israelischen Bedrohungsgefühls – mit dem Konflikt im Nahen Osten kurzgeschlossen wird. So sind letztlich die meisten Auseinandersetzungen in Israel über die Shoah erst vor diesem politischen Hintergrund zu verstehen.

¹¹ Michman, Dan: Understanding the Jewish Dimension of the Holocaust, in: The Fate of the European Jews. 1939–1945. Continuity or Contingency?, Hg.: Jonathan Frankel Studies in Contemporary Jewry. An Annual, Hg.: The Avraham Harman Institute of Contemporary Jewry. The Hebrew University of Jerusalem, New York – Oxford 1997, XIII. Bd., S. 225–249; Ronen, Avihu: Institutionen, Politik und Identität der jüdischen Selbstverwaltung im Getto von Zaglembe, in: „Wer zum Leben, wer zum Tod ...“ Strategien jüdischen Überlebens im Ghetto, Hg.: Doron Kiesel, Cilly Kugelmann, Hanno Loewy und Dietrich Neuhauf, Frankfurt am Main – New York 1992, S. 97–113.

Österreich–Israel nach 1945: die Entschädigungsverhandlungen mit dem Committee for Jewish Claims on Austria

DIE AUSGANGSSITUATION

Das Verhältnis der Politiker und Repräsentanten des wieder gegründeten Österreich zu den jüdischen Opfern des NS-Regimes war durch folgende Faktoren bestimmt:

- Österreich sah sich – unter Berufung auf die Moskauer Deklaration von 1943 – selbst als Opfer der nationalsozialistischen Aggressionspolitik, das für die Verbrechen des Regimes nicht zur Verantwortung gezogen werden könne. Die Schuld sei vielmehr ausschließlich bei den „Deutschen“, ab 1949 der neu gegründeten BRD zu suchen, die daher auch für allfällige Entschädigungsleistungen heranzuziehen sei.
- Antisemitische Einstellungen, in Österreich seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert verbreitet, gingen nicht mit dem NS-Regime unter, sondern bestanden weiter. Verschärft wurden die Auswirkungen dieses Antisemitismus durch die 1938–1945 nachhaltig betriebene Ausgrenzung der Jüdinnen und Juden aus der österreichischen Gesellschaft. Vertreibung und Ermordung reduzierten die vor 1938 mehr als 180.000 Mitglieder zählende Israelitische Kultusgemeinde auf wenig mehr als 10.000 Mitglieder 1952.
- Im öffentlichen Bewusstsein fehlte jegliche Sensibilität für die spezifische Situation, Bedürfnisse und oft auch Notlage der überlebenden Jüdinnen und Juden. Die jüdischen RückkehrerInnen und auch jene, die in Wien hatten überleben können, wurden nicht als Teil der österreichischen Nachkriegsgesellschaft begriffen. In den Medien wurde die anonyme unvorstellbar große Zahl der Ermordeten beklagt, die Überlebenden spielten in der Debatte vorerst keine Rolle. Allfällige jüdische Forderungen wurden im Kontext antisemitischer Stereotypen dargestellt, wie ein Memorandum der Staatskanzlei, Auswärtige Angelegenheiten, aus 1945 belegt. (Knight, *Ich bin dafür*, 1988: S. 100ff.) Juden werden darin als weltweites Kollektiv begriffen, dem mächtige Positionen in Wirtschaft und Medien unterstellt werden, dessen Einfluss daher zu berücksichtigen sei. Trotzdem begegneten Politik und Bürokratie konkreten jüdischen Forderungen ablehnend, die von Repräsentanten der Israelitischen Kultusgemeinde bzw. internationaler jüdischer

Organisationen, wie des American Jewish Joint Distribution Committee, abgegebenen Schätzungen verfolgungsbedingter Schäden wurden als überhöht angesehen. (Bailer, Die Entstehung der Rückstellungs- und Entschädigungsgesetzgebung, 2003: S. 204ff., 277; Jabloner et al., Schlussbericht, 2003: S. 371)

ÖSTERREICH UND DIE GRÜNDUNG ISRAELS

Die Gründung des Staates Israel am 15. 5. 1948 erregte in Österreich vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit. (Embacher/Reiter, Gratwanderungen, 1998: S. 44) In der Vorstellung von einem weltweit agierenden, angeblich homogenen jüdischen Kollektiv wurde auch Israel diesem Kollektiv zugeordnet. So argumentierte Innenminister Oskar Helmer (SPÖ) 1948, man müsse den Forderungen des Joint nach einer Anleihe auf das erblose Vermögen nicht zu viel Gewicht geben, denn der Einfluss „der Juden“ sei im Rückgang begriffen, „die Engländer bekämpfen jetzt die Juden; die Amerikaner haben ihre Verpflichtungen nicht eingehalten. Schon die Grausamkeiten der Juden im Palästina-Krieg haben ihr Echo gefunden“. (Zitiert nach Bailer 2003: S. 205; Knight 1988: S. 197) Und hinter Forderungen der USA auf eine Erweiterung der Rückstellungsgesetzgebung¹ vermutete der österreichische Außenminister Karl Gruber (ÖVP) die „österreichischen Emigranten“, während Vizekanzler Adolf Schärf (SPÖ) Einflussnahme durch die „israelitische (sic!) Regierung“ annahm. (Zitiert nach Bailer 2003: S. 270; Knight 1988: S. 239)

Vor allem wurde Israel aber unter dem Aspekt der jüdischen Displaced Persons in Österreich gesehen, deren Ausreise in den neu gegründeten Staat erhofft wurde. (Embacher/Reiter 1998: S. 46f.; zur Situation der jüdischen DPs siehe Albrich, Exodus durch Österreich, 1987; Albrich, Flucht nach Eretz Israel, 1998)

Am 15. 3. 1949 erfolgte die De-facto-Anerkennung Israels durch Österreich, der Sozialdemokrat Karl Hartl wurde als österreichischer Konsul nach Israel entsandt. Hartl hatte als Jugendlicher dem „rechten“ Flügel des VSM angehört (Kuschey, Die Wodaks, 2008: S. 24), später dem Republikanischen Schutzbund und hatte 1934 bis 1938 in den Reihen der Revolutionären Sozialisten Widerstand gegen das Regime Dollfuß-Schuschnigg geleistet. Mit seiner jüdischen Frau, einer Ärztin, flüchtete er nach dem

¹ Zwischen 1946 und 1949 waren sieben Rückstellungsgesetze verabschiedet worden, die sich auf verschiedene Kategorien vom NS-Regime entzogener Vermögen bezogen hatten. Die USA forderten nun ein weiteres, 8. Rückstellungsgesetz zur Rückstellung entzogener Mietrechte, das allerdings nie verabschiedet wurde.

„Anschluss“ nach Frankreich, wo er mit dem französischen Widerstand zusammenarbeitete. (Embacher/Reiter 1998: S. 58) Trotz seines familiären Hintergrundes entwickelte sich Hartl zu einem vehementen Kritiker Israels und dessen Politik, wobei seine Wortwahl in die Nähe antisemitischer Argumentationsmuster geriet.

1950 richtete Israel sein erstes Konsulat in Wien ein, zum Konsul wurde der ursprünglich aus Deutschland stammende Ariel Eshel ernannt. (Embacher/Reiter 1998: S. 62f.)

Das Österreichbild in Israel war von Ambivalenz gekennzeichnet. Geleitet von realpolitischen Überlegungen schloss sich Israel offiziell dem österreichischen Selbstbild als einem vom NS-Regime besetzten Staat – also im Sinne der Opfertheorie – an (Embacher/Reiter 1998: S. 66), wie ja auch die Westalliierten wohl unter dem Eindruck des beginnenden Kalten Kriegs bis Ende 1946 einhellig Österreich als befreites und nicht als ein besiegtes Land zu behandeln sich bereit gefunden hatten. (Bailer 2003: S. 54f.) Die offizielle Haltung Israels spiegelte sich auch in Entscheidungen der Knesset wider. Als 1950 die Beschlagnahme deutschen Eigentums in Israel beschlossen wurde, blieb österreichisches Eigentum davon ausgenommen, obschon Vertreter der orthodoxen Fraktion auch dessen Beschlagnahme gefordert hatten. (Embacher/Reiter 1998: S. 64) Embacher und Reiter verweisen auf die entgegen dieser offiziellen Linie in Israel weit verbreitete Sicht von Österreich als antisemitischem Land (Embacher/Reiter 1998: S. 58), die durch Vorfälle wie z. B. den „Milch-Skandal“ zusätzliche Nahrung erhielt, als in Oberösterreich antisemitisch gefärbte, von der KPÖ unterstützte Demonstrationen gegen die angeblich bessere Lebensmittelversorgung von jüdischen DPs stattfanden. (Knight 1988: S. 177f.)

1952 erfolgte dann die offizielle wechselseitige, also nun auch de jure diplomatische Anerkennung zwischen Österreich und Israel. In der vorangegangenen Diskussion hatte das Bundeskanzleramt betont, „dass die österreichisch-israelischen Beziehungen von seiten Israels ‚aus bekannten und verständlichen Gründen von vornherein einer gewissen psychologischen Vorbelastung ausgesetzt sind, so daß jede auch nur auf einem Missverständnis beruhende Trübung nach Tunlichkeit vermieden werden sollte. [...] Dies auch mit Rücksicht auf einflussreiche Kreise in USA, die im Zweifel leicht der israelischen Ansicht unbesehen beipflichten könnten.““ (Zitiert nach: Embacher/Reiter 1998: S. 45)

ISRAEL UND DIE ENTSCHÄDIGUNG DER HOLOCAUST-ÜBERLEBENDEN

Verhandlungen mit der BRD – der Vertrag von Luxemburg²

Bereits während des Zweiten Weltkriegs hatten jüdische Einzelpersonen und Organisationen Pläne zur Entschädigung der vom Nationalsozialismus verfolgten Juden und Jüdinnen und zur Rückgabe des ihnen geraubten Eigentums entwickelt. Im Oktober 1945 gründeten der World Jewish Congress, die Jewish Agency und die American Jewish Conference ein Komitee zur Erhebung des jüdischen Reparationsanspruchs. (Goschler, Wiedergutmachung, 1992: S. 63f.) Dieses Komitee konnte durchsetzen, dass die Jewish Agency und das American Jewish Joint Distribution Committee als Vertretung der nichtrepatriierbaren jüdischen NS-Opfer anerkannt wurden. (Goschler 1992: S. 67f.) Der jüdische Anspruch wurde aber erst wieder aufgegriffen, als 1949/1950 der Staat Israel begann, Schadenersatzforderungen gegenüber der Bundesrepublik Deutschland zu überlegen. Im April 1951 fand ein erstes, geheimes, Treffen zwischen dem deutschen Kanzler Konrad Adenauer und Vertretern Israels bzw. der jüdischen Organisationen statt. Am 27. 9. 1951 gab Adenauer seine viel beachtete „Regierungserklärung zur Judenfrage“ ab, in der er die Verpflichtung Deutschlands zur „moralischen und materiellen Wiedergutmachung“ anerkannte, nicht ohne zuvor aber zu betonen, dass das „deutsche Volk in seiner überwältigenden Mehrheit“ die Verbrechen an den Juden verabscheut habe. Im Oktober 1951 erfolgte der Zusammenschluss von 23 jüdischen Organisationen zur Conference on Jewish Material Claims against Germany, zu deren Vorsitzenden Nahum Goldmann, Vorsitzender der Jewish Agency, gewählt wurde. Bei einem Treffen mit Goldmann erklärte Adenauer seine Bereitschaft, mit der Claims Conference und Israel Verhandlungen über Entschädigungen für die jüdischen NS-Opfer aufzunehmen. Erst nach stürmischen Protesten in Israel, wo große Bedenken gegen die Annahme von deutschem „Blutgeld“ bestanden, beschloss die Knesset im Jänner 1952, Adenauers Verhandlungsangebot zu akzeptieren. (Goschler 1992: S. 264ff.) Am 21. 3. 1952 wurden schließlich die Verhandlungen zwischen der Claims Conference und Israel auf der einen, einer deutschen Delegation auf der anderen Seite im niederländischen Wassenaar aufgenommen. Die BRD wollte bei der Entschädigung nur jene NS-Opfer berücksichtigen, die zu Beginn ihrer Verfolgung auf dem Gebiet der späteren Bundesrepublik gelebt hatten, während die jüdischen Verhandler auch Verfolgte aus dem Sudetenland, Danzig, dem Memelgebiet und Österreich einbezogen sehen wollten. Der Leiter der deutschen Delegation, der Frankfurter Zivilrechtsprofessor Franz Böhm, merkte zu Österreich an, es ließe sich, „statt seine Mithaftung anzuerken-

² Die nachstehenden Ausführungen folgen Bailer 2003: S. 281ff.

nen“, als „überfallenes Kind hätscheln“. (Zitiert nach Goschler 1992: S. 270) Nach Überwindung vor allem deutscher innenpolitischer Schwierigkeiten unterzeichneten am 10. 9. 1952 der deutsche Kanzler Adenauer, der israelische Außenminister Moshe Sharett und Nahum Goldmann für die Claims Conference den Vertrag von Luxemburg. Darin verpflichtete sich die BRD, eine Pauschalentschädigung von drei Milliarden DM an Israel und eine ebensolche von 450 Millionen DM an die Claims Conference zu bezahlen sowie die bestehende deutsche Wiedergutmachungsgesetzgebung zu verbessern, was in weiterer Folge zur Beschlussfassung des deutschen Bundesentschädigungsgesetzes von 1953 führte. (Goschler 1992: S. 282) Die Forderung der Claims Conference auf Einbeziehung von Verfolgten aus Österreich hatte die deutsche Bundesregierung in ihrer Kabinettsitzung vom 8. 9. 1952 endgültig abgelehnt. (Goschler 1992: S. 278)

DIE ROLLE ISRAELS UND DIE VERHANDLUNGEN DES COMMITTEE FOR JEWISH CLAIMS ON AUSTRIA UM ENTSCHÄDIGUNG AUS ÖSTERREICH

Österreich hatte bis 1952 bereits einige Maßnahmen zugunsten der Opfer des NS-Regimes gesetzt, diese standen jedoch alle unter dem Einfluss der Moskauer Deklaration. Die Republik war bestrebt, um jeden Preis jeglichen Anschein eines Eingeständnisses einer Mitverantwortung an den NS-Verbrechen zu vermeiden. Nur auf diese Weise, meinten die Verantwortlichen, könnte ein Staatsvertrag mit möglichst günstigen Konditionen für Österreich erreicht und könnten allfällige Reparationszahlungen vermieden werden. Allerdings hatten die Alliierten schon 1945 ausgeschlossen, solche Zahlungen von Österreich zu verlangen. (Bailer 2003: S. 24) Nicht zuletzt da die Westalliierten bereits in den ersten Entwürfen zum Staatsvertrag deutlich gemacht hatten, dass Österreich das entzogene jüdische Eigentum zurückzugeben hätte, hatten sich die Regierung Figl und der Nationalrat 1946 entschlossen, dazu eigene Rückstellungsgesetze zu erlassen, die allerdings nur die Rückgabe des noch vorhandenen, identifizierbaren und auffindbaren entzogenen Eigentums vorsahen.³ Eine Entschädigung darüber hinaus lehnte Österreich ab. Damit blieben zahlreiche Verluste vor allem der jüdischen NS-Opfer unberücksichtigt, wie beispielsweise eingezogene Bankkonti, Versicherungspolizzen, Verluste infolge diskriminierender Steuern (vor allem Judenvermögensabgabe, Reichs-

³ Insgesamt wurden 1946–1949 sieben Rückstellungsgesetze verabschiedet, die auf verschiedene Vermögenskategorien bzw. die Art des Entzugs und den gegenwärtigen Eigentümer resp. die gegenwärtige Eigentümerin des Vermögens abstellten.

fluchtsteuer). Aber auch Lücken in der Rückstellungsgesetzgebung, wie das Fehlen eines Rückstellungsgesetzes für Mietwohnungen, führten zu Unzufriedenheit unter den Verfolgten in und aus Österreich.

Die neben den Rückstellungsgesetzen zentrale österreichische Maßnahme, das Opferfürsorgegesetz aus 1947, fokussierte wiederum vor allem auf die Überlebenden des österreichischen Widerstandes, wobei das Gesetz von einem sehr engen Widerstandsbegriff ausging, waren die ehemaligen WiderstandskämpferInnen doch der Nachweis für den in der Moskauer Deklaration geforderten Beitrag Österreichs zu seiner eigenen Befreiung. Verfolgte des NS-Regimes, also vor allem Jüdinnen und Juden, wurden im Opferfürsorgegesetz demgegenüber benachteiligt. Gänzlich ausgeschlossen blieb die überwältigende Mehrheit der Holocaust-Überlebenden aus Österreich, nämlich jene Vertriebenen oder Geflüchteten, die mittlerweile die Staatsangehörigkeit ihres Zufluchtlandes angenommen hatten. Nur jene ehemals Verfolgten, die nach wie vor österreichische StaatsbürgerInnen waren, konnten Anträge nach Opferfürsorgegesetz stellen. Erst 1953 kam es hier aufgrund einer Intervention der westlichen Besatzungsmächte, vor allem der USA, zu einer bescheidenen Änderung: Entschädigung für erlittene Haftzeiten konnten dann auch ehemalige ÖsterreicherInnen erhalten, so wie ab 1961 auch weitere Entschädigungsleistungen diesem Personenkreis zugänglich wurden. (Siehe dazu Bailer, Wiedergutmachung, 1993)

Da bereits vor dem Sommer 1952 abzusehen war, dass die BRD nicht bereit sein würde, auch Geschädigte aus Österreich in ihr Maßnahmenpaket aufzunehmen, setzten große jüdische Organisationen im Mai 1952 erste Schritte, um auch mit Österreich zu einer Verhandlungslösung zu kommen. Anlässlich eines Staatsbesuchs in den USA wurde Bundeskanzler Leopold Figl (ÖVP) ein Memorandum betreffend verschiedene Wünsche und Forderungen jüdischer NS-Opfer überreicht, und es wurde angeregt, die österreichische Regierung solle Besprechungen mit den Vertretern der Jüdinnen und Juden zu diesen Fragen aufnehmen. Indirekte Unterstützung erhielten die jüdischen Organisationen von der US-Besatzungsmacht, die ähnliche Forderungen bei Figl und Außenminister Karl Gruber (ÖVP) deponierte. Figl sagte zu, dass er den Besuch eines Vertreters der jüdischen Organisationen noch vor dem Herbst begrüßen werde. Auf Einwand von SPÖ-Vorsitzenden und Vizekanzler Adolf Schärf (SPÖ) entschied der Ministerrat jedoch, vor Abschluss des Staatsvertrages keine Verhandlungen mit den jüdischen Organisationen aufzunehmen. (Bailer 2003: S. 284f.)

Die Israelitische Kultusgemeinde (IKG), deren führende Funktionäre Präsident Emil Maurer und Amtsdirektor Wilhelm Krell Mitglieder der SPÖ waren, versuchte, Schärf zu einem Umdenken zu bewegen. Doch Schärf forderte vielmehr von den IKG-Vertretern, sie sollten als „Patrioten“ bei einem geplanten Treffen zwischen der IKG und den vier großen jüdischen Organisationen diese auffordern, sich aus den österreichischen Angelegenheiten

herauszuhalten. Weiters warnte er die IKG-Vertreter, sich nicht von US-amerikanischen jüdischen Organisationen instrumentalisieren zu lassen. Dessen ungeachtet beschloss die IKG, weiterhin gemeinsam mit den internationalen jüdischen Organisationen ihre Forderungen zu vertreten.

Schließlich entschied – nicht zuletzt angesichts internationaler Kritik – der Ministerrat am 9. 9. 1952, ein Beamtenkomitee zur Vorbereitung von Verhandlungen mit den jüdischen Organisationen einzusetzen. Zur selben Zeit kommentierten US-amerikanische und israelische Zeitungen kritisch neuerliche österreichische Bemühungen um ein Amnestiegesetz für ehemalige Nationalsozialisten und Versuche zur Verschlechterung der Position der RückstellungswerberInnen. (Bailer 2003: S. 286ff.) Der österreichische Generalkonsul in Israel, Karl Hartl, versuchte in einem Bericht an das Außenamt in Wien allerdings abzuschwächen: Der „Steigerung und Schärfung des Tones“ in israelischen Zeitungsberichten „bezüglich jüdischer Reparationsforderungen“ wäre „nur beschränkte Bedeutung beizulegen, denn selbst die amerikanischen Zionisten, strömten die Spenden einmal schwächer, bekommen von Israel das Ihre zu hören und zu lesen“. (Zitiert nach Bailer 2003: S. 288) Hartl sah die Verhandlungen ohnehin kritisch und schrieb 1953 an Vizekanzler Schärf: „Und Israel sind wir nichts schuldig – keinen Groschen [...] Machen wir's den Deutschen nach? – aber Himmekruzzi – wir sind eben nicht die Deutschen und haben ihnen nichts nachzumachen. Wir sind zu einer Unrechtsgutmachung wie die Deutschen nicht verpflichtet, da wir die Unrechtsnachfolge nicht haben.“ (Zitiert nach Embacher/Reiter 1998: S. 61)

Eine vorzeitige Beendigung der Legislaturperiode Ende 1952 bedeutete auch einen vorläufigen Stillstand allfälliger Verhandlungsvorbereitungen. Außenminister Gruber befürchtete außerdem negative arabische Reaktionen auf österreichische Maßnahmen zugunsten jüdischer Opfer. Da Österreich sich zu dieser Zeit um Unterstützung seines Appells an die UNO für einen raschen Abschluss des Staatsvertrages bemühte, war man darauf bedacht, den arabischen Staatenblock nicht vor den Kopf zu stoßen. (Vgl. Rathkolb, *Washington ruft Wien*, 1997: S. 217; Bailer 2003: S. 289) Zusätzlich wollten die Regierungsparteien so kurz vor den Nationalratswahlen das Wählerreservoir der ehemaligen Nationalsozialisten nicht durch Maßnahmen für NS-Opfer vergrämen.

Während israelische Medien empört auf die österreichische Verzögerung der Verhandlungen reagierten, überlegte man im österreichischen Außenamt, ob mit dieser Entscheidung nicht sogar eine Verbesserung der Handelsbeziehungen mit den arabischen Staaten zu erzielen wäre. So meinte Generalkonsul Hartl, Österreich verfüge nun vor dem Hintergrund des Luxemburger Vertrages der BRD über „ein starkes Atout“ im arabischen Raum, und regte an, es „der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft anheim zu stellen, diese einmalige Chance durch Entsendung

eines Sonderbeauftragten in die arabischen Länder zu nützen“. (Zitiert nach Bailer 2003: S. 290) In wirtschaftlicher Hinsicht dürfte sich die österreichische Position gelohnt haben. Wie die deutsche Zeitung *Der Spiegel* im darauf folgenden Jahr berichtete, gingen zahlreiche Aufträge von deutschen auf österreichische Firmen über, das Handelsvolumen mit Syrien soll von 13,4 Millionen Schilling im Jahr 1950 auf rund 30 Millionen Schilling in den ersten neun Monaten von 1953 gestiegen sein. (Bailer 2003: S. 290)

Israel selbst, das bereits offiziell auf alle Ansprüche gegenüber Österreich verzichtet, aber sein Interesse an den Verhandlungen mit den jüdischen Organisationen deponiert hatte, wollte auf internationaler Ebene Schwierigkeiten mit Österreich vermeiden. Der israelische Konsul in Wien, Ariel Eshel, empfahl seiner Regierung, bei der UNO zugunsten Österreichs zu stimmen. Gleichzeitig kritisierte der israelische Delegierte jedoch die österreichische Haltung in der Frage der Rückstellung und Entschädigung.

Seitens der jüdischen Organisationen wurde zur Jahreswende 1952/53 unter Einbeziehung von Gruppierungen aus Österreich vertriebener bzw. geflüchteter Juden und Jüdinnen sowie der österreichischen Kultusgemeinden eine neue Organisation, das Committee for Jewish Claims on Austria (Claims Committee) gegründet. Um innenpolitische Schwierigkeiten zu vermeiden, beschloss der Bundesverband der Israelitischen Kultusgemeinden, ein für die Verhandlungen gegründeter Zusammenschluss aller österreichischen jüdischen Gemeinden, dem Claims Committee nicht als Vollmitglied beizutreten. Als verhandlungsführendes Organ wurde schließlich am 7. 5. 1953 in Wien der Joint Executive Board gegründet. (Bailer 2003: S. 294)

Die nach der Nationalratswahl Anfang April 1953 konstituierte neue Bundesregierung, nun mit Julius Raab, einem Vertreter des Wirtschaftsflügels der ÖVP, als Bundeskanzler, setzte kurz darauf das schon vor der Wahl besprochene Beamtenkomitee für die Gespräche mit den jüdischen Organisationen ein. Das trotzdem offensichtliche Zögern Österreichs wurde im israelischen Außenamt mit Missfallen registriert. Gegenüber Generalkonsul Hartl versicherte man wohl, dass Israel nicht beabsichtige, Forderungen gegenüber Österreich zu erheben. Solange aber die Republik nicht bereit sei, Verhandlungen zu den jüdischen Forderungen aufzunehmen, könne Israel bedauerlicherweise nicht das in seinem Gebiet sequestrierte österreichische Eigentum freigeben. Dabei handelte es sich um Interessen einiger österreichischer Versicherungsgesellschaften und Privatpersonen, die insgesamt keine großen Beträge ausmachten. Hartl stellte aber zu Recht fest, dass aus der Behandlung dieses Eigentums der israelische „Goodwill“ gegenüber Österreich abgelesen werden könnte. (Bailer 2003: S. 304)

Eine weitere Belastung ergab sich aus Misstimmungen über einen Kredit Österreichs an Israel, in dessen Rahmen Israel der Import

österreichischer Güter hätte ermöglicht werden sollen. Der Kreditvertrag wurde unterzeichnet, doch die ersten beiden Anträge Israels auf Mittelfreigabe wurden im Frühjahr 1953 von Österreich abgelehnt. Der israelische Generalkonsul in Wien, Ariel Eshel, konnte dazu in Erfahrung bringen, dass man im österreichischen Außenministerium und Finanzministerium annahm, Israel wolle die bevorstehenden Verhandlungen dazu nützen, selbst Entschädigungszahlungen zu erhalten, diese gegen den Kredit aufrechnen und sich so seiner Schulden gegenüber Österreich entledigen. Generalkonsul Hartl hatte bereits nach Abschluss des Vertrages im Herbst 1952 eindringlich mit zahlreichen Unterstellungen gegenüber Israel, dessen Bürger er nur als „Israelen“ bezeichnete, gegen diesen Kredit argumentiert. Einleitend hatte er sich zur Prognose veranlasst gesehen, Deutschland werde seine im Vertrag von Luxemburg übernommene Zahlungsverpflichtung vermutlich nicht in dem von Israel erwarteten Umfang einhalten. Nicht zuletzt werde auch der Druck auf Deutschland nachlassen, da er „wohl annehmen“ dürfe, „daß die von den Nazi ermordeten Juden in einem immer gesteigerten Tempo verfaulen und als mahnende Gespenster verschwinden“ würden. Wenige Tage vor dem Beginn der Verhandlungen mit dem Joint Executive Board warnte Hartl unter Berufung auf Gespräche mit ehemaligen ÖsterreicherInnen vor allfälligen Zahlungen Österreichs an die jüdischen Organisationen oder Israel. Solche Beträge würden „in dem Danidenfaß [sic!] des israelischen Budgets – natürlich auf dem Umwege über die jüdischen Organisationen – verschwinden“, und „die wirklich Berechtigten“ würden davon „keinen Groschen“ sehen. (Bailer 2003: S. 307f.)

Seitens der arabischen Staaten wurden die Vorgänge mit Misstrauen beobachtet und unmittelbar vor Beginn der ersten Gesprächsrunde auch mit Interventionen reagiert, da die jüdischen Organisationen als „verlängerter Arm“ Israels angesehen wurden. (Bailer 2003: S. 319)

Die Situation war also zu Beginn der Verhandlungen keineswegs günstig für das Claims Committee. Die Verhandlungen stockten denn auch sehr rasch, besonders an der Frage des erblosen jüdischen Vermögens teilten sich die Standpunkte. Ständig präsent blieb weiters das Misstrauen der österreichischen Seite bezüglich der Rolle Israels. Nahum Goldmanns Vorschlag als Sprecher des Joint Executive Board, ein Teil der geforderten Pauschalzahlung Österreichs könne auch in Warenlieferungen an Israel bestehen, und die Anwesenheit des israelischen Generalkonsuls Eshel vor und nach der Unterredung Raabs mit Goldmann bestärkten die österreichische Seite in der Annahme, dass entgegen der offiziellen Stellungnahmen doch Zahlungen an Israel erreicht werden sollten. (Bailer 2003: S. 323) Eshels Versuche, als Vermittler aufzutreten, hatten also einen nachteiligen Effekt. Die IKG bestand in der Folge auch auf dem vollständigen Rückzug Eshels aus den Verhandlungen.

Eine neue außenpolitische Konstellation erschwerte die Position der jüdischen Verhandler nochmals. Die Position der USA im Rahmen der österreichischen Außenpolitik hatte mit Amtsantritt Raabs im April 1953 in wachsendem Maße an Gewicht verloren. Nach dem Tode des sowjetischen Diktators Josef Stalin im März hatte die Sowjetunion gegenüber Österreich Tauwetter signalisiert und ihr Besatzungsregime erleichtert. Bundeskanzler Raab versuchte daraufhin seinerseits, die Beziehungen Österreichs zur Sowjetunion zu verbessern und die Bedingungen einer sowjetischen Zustimmung zu einem österreichischen Staatsvertrag zu sondieren. (Stourzh, *Um Einheit und Freiheit*, 1998: S. 221ff.) Die Berliner Außenministerkonferenz Ende Jänner 1954 brachte allerdings wiederum nicht den erhofften Durchbruch, vielmehr schien der erhoffte Staatsvertrag in unbestimmte Ferne gerückt. (Stourzh 1998: S. 302–319) Damit gewannen die USA für Österreich wieder an Gewicht. Noch kurz vor Ende der Verhandlungen in Berlin zeigte sich Finanzminister Reinhard Kamitz im Ministerrat kompromissbereit und begründete dies folgendermaßen: „Wir müssen dies machen, umsomehr, als die Amerikaner dahinter sind.“ (Zitiert nach Bailer 2003: S. 339)

In einer neuerlichen Verhandlungsrunde ab Juni 1954 legte das Claims Committee nun unter Berücksichtigung der österreichischen Position mehr Nachdruck auf individuelle Entschädigungszahlungen anstatt auf eine Abgeltung durch eine Pauschalsumme. Das österreichische Außenamt führte dies auf die Kritik zurück, die nach dem Vertrag von Luxemburg an den „jüdischen Weltorganisationen“ wegen der Verteilung der von der BRD erhaltenen Beträge laut geworden sei. Vom außenpolitischen Standpunkt sei jedenfalls von einer Zahlung an das Claims Committee abzuraten, da seitens der arabischen Staaten eine solche als Maßnahme zugunsten Israels gewertet würde. Österreich habe anlässlich des Appells an die UNO 1952 aber den arabischen Staaten, als sie das österreichische Anliegen bei der UNO unterstützten, zugesichert, man werde keine Abmachung mit Israel treffen, solange sich die arabischen Staaten im Krieg mit Israel befänden. Daher sei es sinnvoller, im Wege der „individuellen Schadensbereinigung“ zu einer allseits „unbeanstandeten Totalbereinigung“ zu gelangen. (Zitiert nach Bailer 2003: S. 351f.)

Es kam jedoch weder bei dieser noch bei der im Herbst folgenden Verhandlungsrunde zu einer für beide Seiten akzeptablen Lösung. Auch der Versuch der österreichischen Seite, anstatt mit dem Claims Committee mit den Vertretern einer vergleichsweise unbedeutenden Organisation ehemaliger Österreicher in den USA zu einem möglichst einfachen Ergebnis zu kommen, scheiterte erwartungsgemäß. (Bailer 2003: 362–368, Embacher, *Restitutionsverhandlungen*, 2003: S. 158–174).

Am 15. 3. 1955 beschloss der Ministerrat schließlich, für Mai das Claims Committee, die IKG sowie Vertreter der Allianz der Christen jüdischer

Abstammung „zu einer Aussprache über jüdische Forderungen betr. Wiedergutmachung einzuladen“. (Bailer 2003: S. 370)

Im April 1955 stand der seit zehn Jahren von Österreich angestrebte Staatsvertrag kurz vor dem Abschluss. Eine Rede des sowjetischen Außenministers Molotow am 8. 2. 1955 hatte neue sowjetische Verhandlungsbereitschaft signalisiert. Unter ständigem Kontakt mit den Auslandsvertretungen der Westmächte konnte die österreichische Regierungsdelegation im April in Moskau die letzten Hürden beseitigen und am 15. 5. 1955 wurde der Vertrag bekanntlich in Wien unterzeichnet. Dieser verpflichtete Österreich in Artikel 26 zur Rückstellung entzogenen Eigentums und zur Erfassung des erblosen Vermögens. Die jüdischen Organisationen vermeinten sich bei den folgenden Verhandlungen nun auf sich alleine gestellt, da die Westmächte alles vermeiden wollten, was den bevorstehenden Staatsvertragsabschluss behindern könnte und daher auch für weiterführende jüdische Forderungen keine Unterstützung zu gewähren bereit waren. Das US-State Department forderte jedoch sehr wohl einen raschen, zufriedenstellenden Abschluss der bevorstehenden Verhandlungsrunde und verdeutlichte der österreichischen Bundesregierung, dass ein solcher Abschluss dringend noch vor der Ratifizierung des Staatsvertrages durch den US-Senat notwendig sei.

Am 9. 5. 1955 begannen die neuerlichen Gespräche. Neben Maßnahmen v. a. im sozialrechtlichen Bereich präsentierte Finanzminister Kamitz den Plan zur Konstituierung eines Hilfsfonds, der Einmalzahlungen an ehemalige Verfolgte außerhalb Österreichs leisten sollte. (Bailer 2003: S. 371f.) Um sogar den bloßen Anschein zu vermeiden, Österreich übernehme auch nur in irgendeiner Form Verantwortung für die NS-Verbrechen, sollte ein vereinbarter Gesamtbetrag unter dem Titel der Hilfeleistung und nicht als Entschädigung verwendet werden. Am 6. 7. 1955 konnte auf dieser Basis eine Einigung erzielt werden. Die österreichische Bundesregierung verpflichtete sich zur Errichtung des mit 550 Millionen Schilling dotierten „Fonds zur Hilfeleistung an politisch Verfolgte, die ihren Wohnsitz und ständigen Aufenthalt im Ausland haben“. Dieser sollte nach Alter und Beeinträchtigung der Gesundheit bzw. der Erwerbsfähigkeit der Verfolgungsoffer der Jahre 1933–1945 Einmalzahlungen zwischen 10.000 und 30.000 Schilling leisten. Das erblose Vermögen war durch den Staatsvertrag, Artikel 26, ohnehin geregelt, der Österreich zur Erfassung und Verteilung dieses Vermögens verpflichtete. Österreich sagte zu, die Sammelstellen zur Erfassung des erblosen Vermögens so rasch wie möglich einzurichten und den Erlös für die in Österreich lebenden Juden und Jüdinnen zu verwenden, die beim Hilfsfonds ja leer ausgingen. Am 18. 7. 1955 erklärte Nahum Goldmann gegenüber Bundeskanzler Raab, Vizekanzler Schärf und Finanzminister Kamitz seine Zufriedenheit mit dem Ausgang der Verhandlungen. (Bailer 2003: S. 374f.)

In einer Information an die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland wies das Außenministerium im Hinblick auf allfällige arabische Reaktionen ausdrücklich darauf hin, dass die „Delegierten verschiedener jüdischer Organisationen“ in Wien „nicht als Verhandlungspartner“ empfangen, „sondern lediglich als Vertreter eines Teiles der politisch Verfolgten gehört“ worden wären. Um den trotzdem innerhalb der arabischen Liga kursierenden Gerüchten, Österreich hätte Reparationen an Israel geleistet, entgegenzutreten, wurde dieser Sachverhalt in einer an die Liga gerichteten Note nochmals klargestellt, die dann in arabischen Medien das gewünschte Echo nach sich zog. (Bailer 2003: S. 375f.)

Literatur

- Bailer-Galanda, Brigitte* (2003): Die Entstehung der Rückstellungs- und Entschädigungsgesetzgebung. Die Republik Österreich und das in der NS-Zeit entzogene Vermögen, Wien – München (= Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission, Bd. 3)
- Bailer, Brigitte* (1993): Wiedergutmachung kein Thema. Österreich und die Opfer des Nationalsozialismus, Wien
- Embacher, Helga/Reiter, Margit* (1998): Gratwanderungen. Die Beziehungen zwischen Österreich und Israel im Schatten der Vergangenheit, Wien
- Embacher, Helga* (2003): Restitutionsverhandlungen mit Österreich aus der Sicht jüdischer Organisationen und der Israelitischen Kultusgemeinde, Wien – München (= Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission, Bd. 27)
- Goschler, Constantin* (1992): Wiedergutmachung. Westdeutschland und die Verfolgten des Nationalsozialismus. 1945–1954, München
- Jabloner, Clemens et al.* (2003): Schlussbericht der Historikerkommission der Republik Österreich. Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich, Wien – München (= Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission, Bd. 1)
- Knight, Robert* (1988): „Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen“. Die Wortprotokolle der österreichischen Bundesregierung von 1945–1952 über die Entschädigung der Juden, Frankfurt/M. (2. Aufl. Wien 2000)
- Meissl, Sebastian/Mulley, Klaus-Dieter/Rathkolb, Oliver* (1986): Verdrängte Schuld, verfehlt Sühne. Entnazifizierung in Österreich 1945–1955. Symposium des Instituts für Wissenschaft und Kunst Wien, März 1985, Wien
- Rathkolb, Oliver* (1997): Washington ruft Wien. US-Großmachtspolitik und Österreich 1953–1963. Mit Exkursen zu CIA-Waffenlagern, NATO-Connection, Neutralitätsdebatte, Wien – Köln – Weimar
- Stourzh, Gerald* (1998): Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945–1955. 4., überarbeitete und wesentlich erweiterte Aufl., Wien – Köln – Graz

Der vergessene Exodus – die Vertreibung der Juden aus der arabischen Welt

Im September des Jahres 2008 veröffentlichte die israelische Tageszeitung *Yedioth Achronoth* eine Meldung mit der Überschrift „Libysche Juden fordern Entschädigung“ (Regev, *Libyan Jews demand compensation*, 2008)¹. Adressaten waren nicht etwa die deutsche Regierung, sondern die italienische sowie der libysche Revolutionsführer Muammar al-Gaddafi. Und verfasst war sie von Meir Kahakon, seines Zeichens Vorsitzender der „World Organisation of Libyan Jews“². Vorangegangen war eine Vereinbarung zwischen Rom und Tripolis, in der sich Italien bereit erklärt hatte, an Libyen fünf Milliarden Dollar als Entschädigung für die während der Kolonialzeit in den Jahren zwischen 1911 und dem Ende des Zweiten Weltkrieges begangenen Verbrechen zu bezahlen. „In der Kolonialzeit kooperierten die Italiener mit den Deutschen und deshalb litten libysche Juden aufgrund von Diskriminierungen mitunter mehr als die Araber“, erklärte Meir Kahakon in einem Interview.³ Aber mit dem Sieg der Alliierten in Nordafrika war das Leiden der Juden in Libyen keineswegs beendet. Im Gegenteil: 1945 kam es zu ersten Pogromen, bei denen 133 Menschen starben. Vorangegangen waren Gerüchte, dass Juden den obersten Kadi von Tripolis ermordet und das Scharia-Gericht angezündet hätten. Im Lande stationierte alliierte Soldaten unternahmen nichts, um dem Treiben ein Ende zu setzen. Im Gegenteil: Vor dem Hintergrund der Ereignisse in Palästina zeigten sie sich geradezu verständnisvoll. „Araber beneiden die Juden, weil sie vermögender seien“, hieß es in den britischen Berichten. Außerdem sei „ein Anwachsen des Zionismus“ schuld (Stillman, *The Jews of Arab Lands in Modern Times*, 1991, S. 145). Durch diese Gewalttaten initiiert, begann der Exodus der libyschen Juden. Lebten in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts rund 38.000 Juden in Libyen, so waren es im Jahre 1951 nur noch etwa 4000. Die letzten Juden flohen nach dem Sechstage-Krieg 1967 – über zweitausend Jahre jüdischen Lebens und Geschichte in Libyen waren mit einem Schlag beendet.

Der Fall Libyen steht exemplarisch für das Schicksal aller jüdischen Gemeinschaften in der gesamten arabischen Welt in den Jahren nach 1948. Und er zeigt mit aller Deutlichkeit: Es gibt ein weiteres Flüchtlingsproblem,

¹ <http://www.ynet.co.il/english/articles/0,7340,L-3597826,00.html> (29. 3. 2009).

² <http://www.livluf.org.il/Index.asp?CategoryID=205&ArticleID=746>.

³ <http://www.israelnationalnews.com/News/News.aspx/127636> (29. 3. 2009).

das aber in den meisten Debatten rund um den Nahostkonflikt so gut wie nie Aufmerksamkeit erfährt. Dabei ist es doch gerade immer wieder die Flüchtlingsfrage, an der fast alle Lösungsansätze bis dato gescheitert sind. Denn noch heute leben über drei Millionen Palästinenser, die Nachfahren der rund 700.000 Flüchtlinge des Unabhängigkeitskrieges von 1948 sowie des Sechs-Tage-Krieges von 1967, unter teilweise elenden Bedingungen in Israels Nachbarstaaten. Über 130 UN-Resolutionen beschäftigten sich seither mit ihrem Schicksal. Aber auch 850.000 Juden in den arabischen Staaten wurden damals zu Flüchtlingen. Nicht wenige von ihnen wurden aus genau den Ländern vertrieben, die bis heute den palästinensischen Flüchtlingen auf ihrem Territorium auch nach über fünfzig Jahren die elementarsten Bürgerrechte verweigern. Und im Unterschied zu den Palästinensern war ihr unfreiwilliger Exodus total. In den ersten beiden Jahrzehnten nach der Gründung des Staates Israel verschwanden in der Region zwischen Marokko und dem Irak fast alle jüdischen Gemeinschaften. Von den mehr als 850.000 Juden, die vor 1948 dort lebten, sind zu Beginn des 21. Jahrhunderts weniger als 7700 übrig geblieben – die Mehrheit von ihnen in Marokko (Roumani, *The Jews from Arab Countries*, 1983). Bei dem Thema Vertreibung von Juden aus arabischen Ländern kann man deshalb durchaus von einer „ethnischen Säuberung“ gigantischen Ausmaßes sprechen, die laut Richard Holbrooke, dem ehemaligen UN-Botschafter der USA, einfach „unter den Persischen Teppich gekehrt wurde“ (Prince-Gibson/Hazan/Meisel, *Right of Return in Jerusalem Post*, 2003).

Jewish Population in Arab Countries 1948–2001
(Schildes, in *Jewish Virtual Library*)

	1948	1958	1968	1976	2004
Aden	8000	800	0	0	0
Algeria	140.000	130.000	1500	1000	fewer than 100
Egypt	75.000	40.000	1000	400	fewer than 100
Iraq	135.000	6000	2500	350	approx. 35
Lebanon	5000	6000	3000	400	fewer than 100
Libya	38.000	3750	100	40	0
Morocco	265.000	200.000	50.000	18.000	5500
Syria	30.000	5000	4000	4500	100
Tunisia	105.000	80.000	10.000	7000	1500
Yemen	55.000	3500	500	500	200
TOTAL	856.000	475.050	72.600	32.190	approx.7635

Jüdische Gemeinden, die wie im Falle Bagdads auf über 2600 Jahre Geschichte zurückblicken konnten, existieren heute einfach nicht mehr. 850.000 Juden mussten nach 1948 vor einer tödlichen Mischung aus Gewalt, antisemitischer Propaganda und staatlich sanktionierter Ausgrenzung aus

den arabischen Ländern fliehen. Rund 600.000 von ihnen fanden in Israel eine neue Heimat, die Übrigen konnten in Europa und Nordamerika eine neue Existenz aufbauen. Und weil sie sich dort mehr oder minder erfolgreich integrieren konnten, werden sie schon lange nicht mehr als Flüchtlinge wahrgenommen.

SCHICKSALSJAHR 1948

Die Ereignisse des Jahres 1948 in Palästina blieben nicht ohne Folgen für das Schicksal der Juden in der gesamten arabischen Welt. Doch ein genauerer Blick auf die Geschichte der jüdischen Gemeinschaften in der Region zeigt, dass die immer wieder formulierte Behauptung, in den Ländern Nordafrikas, der Levante oder des Iraks hätten Juden und Araber in Harmonie miteinander gelebt und es seien die Zionisten gewesen, die diese vermeintlich heile Welt durch ihr Projekt eines jüdischen Staates in der Region zerstört hätten, eher ein Mythos ist. Zwar lebten in der Tat die Sephardim oder auch Mizrahim genannten Juden im Nahen und Mittleren Osten seit Jahrhunderten relativ friedlich unter islamischer Herrschaft. Auch war im Vergleich zu den Aschkenasim, also den Juden Mittel- und Osteuropas ihre soziale und rechtliche Situation bis in das 19. Jahrhundert hinein deutlich vorteilhafter. Doch als so genannte „Dhimmi“ waren sie eher das, was man heute Bürger zweiter Klasse nennt. Der Begriff „Dhimmi“ lässt sich am besten mit „Schutzbefohlener“ übersetzen und bezeichnet den juristischen Status der Angehörigen all jener nicht-muslimischen Gemeinschaften, die bereits zu vorislamischen Zeiten im Besitz der ebenfalls für den Islam relevanten Schriften waren (Ye'or, *The Dhimmi Factor in the Exodus of Jews from Arab Countries* 1999, in: Hillel Shulewitz, *Malka: The Forgotten Millions*). In erster Linie traf dies auf Juden und Christen zu. Sie konnten auch weiterhin ihren Glauben praktizieren und unterlagen dem Schutz des jeweiligen islamischen Herrschers.

Diese Diskriminierungen sollten erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts aufhören, als Frankreich den Juden in seinen nordafrikanischen Besitzungen die Bürgerrechte verlieh. De jure erhielten sie damit denselben Status wie die französischen Kolonialherren und zugleich legte dieser Schritt den Grundstein für die bis heute existierende starke kulturelle Affinität vieler marokkanischer, algerischer und tunesischer Juden zu Frankreich. Trotzdem waren gewalttätige Ausschreitungen gegen Juden selbst während der europäischen Herrschaft nichts Unbekanntes – insbesondere in Algerien, wo erst im August 1934 ein Pogrom in der Stadt Constantine 25 Opfer gefordert hatte. Doch eine völlig neue Dimension nahm die Bedrohung in den vierziger Jahren an. Die nationalsozialistische Ausgrenzungs- und Vernichtungspolitik in Europa hatte auch für die Sephardim spürbare

Auswirkungen. So galten die auf Druck der Nazis von Marshall Pétain und Mussolini verordneten antijüdischen Gesetze in Frankreich und Italien ebenso für Marokko, Algerien, Tunesien sowie Libyen und antizipierten für einen kurzen Zeitraum all das, was in den Jahren nach 1948 überall in der arabischen Welt zur grausamen Realität werden sollte. Sephardischen Juden wurden die Bürgerrechte aberkannt und ihr politischer und wirtschaftlicher Handlungsspielraum wurde radikal eingeschränkt. Und im Irak initiierte das kurzlebige deutsch-freundliche Regime Raschid Alis im Sommer 1941 unter reger Mitwirkung der deutschen Botschaft vor Ort in Bagdad einen blutigen Pogrom, der unter der Bezeichnung „Farhud“⁴ in die Geschichte einging. Damals wurden zwischen 150 und 200 Juden ermordet, über 1000 verletzt und jüdisches Eigentum im Wert von mehreren Millionen Dollar zerstört.

ARABISCHE DROHUNGEN VOR DER UN-VOLLVERSAMMLUNG

Die Gründung des Staates Israel bot zahlreichen arabischen Regierungen den Anlass, Juden in ihrem Machtbereich zu enteignen und zu vertreiben. Erste Drohungen wurden bereits im Herbst 1947 öffentlich vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen ausgesprochen, als dort über die Zukunft Palästinas und die Möglichkeit einer Teilung des Landes debattiert wurde. So kündigte Ägyptens UN-Botschafter Heikal Pascha an: „Die Vereinten Nationen sollten nicht aus den Augen verlieren, dass die vorgeschlagene Lösung das Leben von einer Million Juden gefährden könnte, die in islamischen Ländern leben. Eine Teilung Palästinas könnte in diesen Ländern einen Antisemitismus hervorbringen, der sogar noch schwieriger zu beseitigen wäre, als der, den die Alliierten in Deutschland auszurotten versuchen. [...] Wenn die Vereinten Nationen sich für eine Teilung Palästinas entscheiden, so werden sie verantwortlich für das Massaker an einer großen Zahl von Juden.“ (U.N. General Assembly, Second Session, Official Records, Ad Hoc Committee on the Palestinian Question, 1947) Ferner sagte er: „Sollte ein jüdischer Staat gegründet werden, [...] würden in Palästina Unruhen ausbrechen, die sich auch auf die arabischen Staaten ausweiten und zu einem Krieg zwischen beiden Völkern führen könnten.“ Heikal Paschas Ausführungen lassen sich wohl kaum mit seiner Sorge um das Schicksal der Juden in Ägypten begründen. Denn zum Jahrestag der Balfour-Erklärung am 2. 11. war es in Kairo und anderen Städten, angestiftet durch islamistische Gruppen, bereits seit 1945 zu gewaltsamen Ausschreitungen gegenüber Juden gekommen. (Stillman 1991: S. 52). Und die Tatsache, dass er nicht nur von Letzteren sprach, sondern sich generell auf alle

⁴ <http://www.midrash.org/articles/farhud>.

arabischen Länder bezog, lässt auf ein gewisses Maß an Kooperation zwischen den Regierungen schließen. Heikal Pascha war mit seinen Drohungen nicht allein. Auch der damalige irakische Außenminister Fadil Jamali warnte die Vereinten Nationen, dass im Falle einer Teilung des Landes „die Massen in der arabischen Welt nicht zurückgehalten werden würden“ sowie „interreligiöser Schaden und Hass“ entstehe.⁵

DE-KOLONIALISIERUNG UND PAN-ARABISMUS

Die Flucht von Juden aus Nordafrika sowie dem Nahen und Mittleren Osten fand keinesfalls überall zur selben Zeit statt und lässt sich mit den Ereignissen des Jahres 1948 allein nicht erklären. Während die Gründung des Staates Israel eindeutig als auslösender Faktor für die Vertreibung von Juden aus dem Irak, Libyen, Syrien oder dem Jemen auszumachen ist, so waren es für die Juden Ägyptens Ereignisse wie die Sinai-Krise im Jahr 1956 sowie der von Staatschef Gamal Abdel Nasser geprägte Pan-Arabisismus als vorherrschende Ideologie, die ihr Schicksal bestimmen sollten. Die von ihm eingeleitete rigide Arabisierungspolitik sowie die Verstaatlichung der Wirtschaft führten zu einer Vertreibung aller nicht-arabischen Minderheiten aus Ägypten.

Der Prozess der De-Kolonialisierung, die Konstruktion arabischer Nationalismen auf Kosten von ethnischen und religiösen Minoritäten und das Aufkommen islamistischer Bewegungen wie die Muslimbrüder (Küntzel, *Djihad und Judentum*, 2002, S. 34), die bereits in den dreißiger Jahren einen radikalen Antisemitismus predigten, sorgten für einen Exodus von Juden aus allen arabischen Staaten, der sich über zwei Jahrzehnte hinzog. „Eine neue Militanz hatte um sich gegriffen und ließ keinen Platz für andere“ (Lewis, *The Jews of Islam*, 1987, S. 190), kommentiert der renommierte Islamwissenschaftler Bernard Lewis diese Entwicklungen. So war es in Algerien der Rückzug Frankreichs im Jahr 1962 nach fast zehn Jahren Kolonialkrieg, der das Ende der jüdischen Gemeinden dort einleitete. In Marokko und Tunesien war es die Niederlage der arabischen Armeen im Sechs-Tage-Krieg 1967, die zu staatlich sanktionierten Ausschreitungen führte, woraufhin die noch verbliebenen Juden diese beiden Länder fluchtartig verlassen mussten. Ihnen wurden „Sympathien mit dem Feind“ vorgeworfen und ein hysterisierter Mob steckte die große Synagoge in Tunis in Brand.

⁵ http://www.justiceforjews.com/chrono_web.pdf (29. 3. 2009).

FLUCHT UND EMIGRATION NACH ISRAEL

Die Ereignisse des Zweiten Weltkrieges ließen die Juden in den arabischen Ländern verstärkt in den Mittelpunkt der zionistischen Bewegung und ihrer politischen Überlegungen rücken. Denn für die Verwirklichung eines jüdischen Staates war die Stärkung des jüdischen Bevölkerungsanteils in Palästina dringend notwendig. Doch die nationalsozialistische Vernichtungspolitik hatte die Zahl potenzieller Einwanderer dramatisch reduziert. Am Ende des Krieges fanden sich in Europa nur noch 1,2 Millionen Juden, die meisten durch Verfolgung, Flucht und KZ physisch und psychisch geschwächt. Und nicht jeder der Überlebenden zeigte sich motiviert, nach Palästina auszuwandern. Um den bereits 1942 von David Ben Gurion präsentierten Plan einer Masseneinwanderung, den so genannten „Tochnit HaMillion“, zu deutsch Plan für eine Million, realisieren zu können, kam daher den sephardischen Juden fortan eine zentrale Rolle zu.

Das Ziel einer gelenkten Masseneinwanderung von Juden aus arabischen Ländern konnte jedoch erst nach der Staatsgründung verwirklicht werden. Im Falle Libyens fand diese anfangs eher im Verborgenen statt. Emissäre aus Israel mussten in der zweiten Hälfte 1948 über 1000 Juden aus dem Land schmuggeln, weil die britische Militärverwaltung eine Emigration von Juden blockiert hatte. Als diese dann am 2. 2. 1949 aufgehoben wurde, stellten innerhalb weniger Tage über 8000 Juden einen Ausreiseantrag. Die meisten reisten damals via Italien nach Israel weiter. Bis zur Ausrufung der Unabhängigkeit Libyens im Jahr 1951 verließ die Mehrheit aber auf israelischen Schiffen das Land. Geradezu generalstabsmäßig dagegen organisierte Israel die Evakuierung von Juden aus dem Jemen und dem Irak: In der Operation „Fliegender Teppich“ wurden 1949 rund 50.000 Juden aus dem Jemen nach Israel ausgeflogen. Möglich war dies über das damals noch britisch kontrollierte Aden, wohin sie geflohen waren. Zuvor hatte man eigens eine in den USA registrierte Luftfahrtgesellschaft unter dem Namen Near East Air Transport Company gegründet, die daraufhin die Evakuierung mit elf Maschinen aufnahm.

In der Operation „Esra und Nehemia“ waren es 120.000 irakische Juden. Zuvor waren bereits rund 10.000 überwiegend junge irakische Juden über den Iran Richtung Israel geflohen, zumeist mit Hilfe von professionellen Menschenschmugglern. Dort wurden sie in der Regel von der in den USA beheimateten jüdischen Hilfsorganisation Joint Distribution Committee in Empfang genommen und nach Israel ausgeflogen. Im März 1950 eröffnete Iraks Ministerpräsident ihnen die Möglichkeit, das Land legal zu verlassen – vorausgesetzt man gab vorher die irakische Staatsbürgerschaft auf. Für den Zeitraum von genau einem Jahr sollte diese Regelung gelten und die Regierung in Bagdad hoffte so, einige Tausend ärmerer Juden loszuwerden. Wie zuvor im Jemen sollte die Near East Air Transport

Company die Evakuierung organisieren. Doch sehr zur Verblüffung der Machthaber im Irak, aber auch der Verantwortlichen in Israel, wo zuvor Diskussionen stattgefunden hatten, ob man eine größere Zahl jüdischer Flüchtlinge aus dem Irak überhaupt verkraften könne, ließen sich bis Januar 1951 über 85.000 Juden zur Auswanderung registrieren. Eine Bombenexplosion in einer der großen Synagogen Bagdads am 14. 1. 1951 beschleunigte den Wunsch der meisten irakischen Juden nach Auswanderung. Weitere 30.000 wollten den Irak vor dem 9. 3. 1951, der Deadline für die Möglichkeit, das Land auf Basis der Aufgabe der irakischen Staatsbürgerschaft zu verlassen, emigrieren. Zuerst wurden sie via Zypern nach Israel ausgeflogen, später direkt. Und kaum war der 9. 3. 1951 verstrichen, erklärte die irakische Regierung, dass der gesamte Besitz der Juden, die die irakische Staatsbürgerschaft abgegeben hatten, nun an den Staat falle.

Mit über 200.000 Einwanderern stellen die aus Marokko stämmigen Juden quantitativ die größte Gruppe der sephardischen Israelis. Ihre Einwanderung fand über einen längeren Zeitraum statt. Dies hatte ganz konkrete Gründe: Israel war bereits unmittelbar nach seiner Staatsgründung mit dem Problem der Immigration von Juden in vielfacher Hinsicht überfordert. Diejenigen sollten Vorrang haben, deren Leben wie in Libyen, dem Irak oder dem Jemen unmittelbar bedroht war. Genau deshalb ging man bei der Auswahl von potenziellen Einwanderern zuerst recht selektiv vor: Anfänglich erhielten nur die Altersgruppe zwischen 18 und 45 sowie vermögende Familien das Recht auf Einwanderung. Erst 1955 änderte Israel diese Haltung und öffnete sich den auswanderungswilligen marokkanischen Juden und als das Land von Frankreich 1956 in die Unabhängigkeit entlassen wurde, kamen allein in den ersten sechs Monaten 36.000 Juden aus Marokko nach Israel.

Integration in die israelische Gesellschaft

Die überwiegende Mehrheit der Sephardim wählte Israel weniger aus zionistischen Motiven heraus zu seiner neuen Heimat, sondern eher aufgrund einer stark ausgeprägten religiösen Affinität und messianischen Sentiments. Oder einfach nur deshalb, weil sie keine andere Alternative hatten. Einmal dort angekommen, fanden die Juden aus arabischen Ländern ein rein europäisch geprägtes Land vor, das wenig Respekt oder Interesse für ihre Kultur und Traditionen zeigte. Das an sich ist eigentlich wenig bemerkenswert. Denn: „Dabei verhalten sich die zeitlich nacheinander geschichteten Einwanderergruppen und ihre Nachfahren analog einem für Einwanderergesellschaften signifikanten und ständig reproduzierten Verhaltensmuster“ (Diner, Zeitemblematik der Zugehörigkeit, in: Brenner/Weiss (Hg.), *Zionistische Utopie und israelische Realität*, 2002, S. 173–190,

S. 177) – so der Historiker Dan Diner. „Es gilt die Überlegenheit des Eingewachsenen gegenüber dem Neuankömmling.“ Doch im Falle Israels kommen noch einige weitere sehr spezifische Aspekte hinzu. Das beginnt mit den unterschiedlichen Ausprägungen des jüdischen Bewusstseins. Unter den Aschkenasim dominierte ein Selbstverständnis als Angehörige des „Ha’Am Ha’Jehudi“, zu Deutsch des Jüdischen Volkes, das beeinflusst durch die verschiedenen Nationalismen des 19. Jahrhunderts ebenfalls eine zunehmende nationale Bedeutung beinhaltete. Das traf für die Zionisten ebenso zu wie für die überwiegend nichtzionistische Mehrheit der osteuropäischen Juden, die sich eher als eine Ethnie unter vielen zu betrachten begann und entsprechende Forderungen nach Anerkennung und Gleichstellung stellte. Im Kontext des islamischen Orients dagegen waren die Grenzen weniger ethnisch als religiös definiert. „Die sephardischen Juden gehören demnach eher einem stärker religiös konnotierten *Am Israel* an, einem Volk Israel, denn dem jüdischen Volke.“ (Diner 2002: S. 178) Diese unterschiedlichen Grundierungen des jüdischen Selbstverständnisses repräsentieren so etwas wie die Ausgangsbasis für zahlreiche Konfliktlinien innerhalb der israelischen Gesellschaft, die bis heute nachhallen. So empfanden viele sephardische Juden bestimmte säkulare Vorstellungen vom Zusammenleben im jüdischen Staat, die sich vornehmlich an säkularen Kriterien orientierten, als reichlich fremd. Ein gutes Beispiel dafür ist der endlose Streit über die Einführung der Zivilehe in Israel. Abgesehen von der großen Mehrheit der Orthodoxie sind es auch nicht wenige sephardische Israelis, bei denen dieses Modell der Eheschließung auf Ablehnung stößt.

Umso traumatischer wurden für viele Juden aus arabischen Ländern die ersten Monate in Israel. Um einige Beispiele zu nennen: Die aus dem Irak eingeflogenen Juden wurden zur Begrüßung erst einmal mit DDT eingesprayed, eine Tatsache, die bei vielen ein Gefühl tiefer Demütigung hervorrief. Es gab zahlreiche Fälle, bei denen jemenitischen Familien nach ihrer Ankunft in Israel die Kinder weggenommen, für tot erklärt und aschkenasischen Familien zur Adoption übergeben wurden. Alle Einwanderer unterwarf man einem tief greifenden Prozess der Israelisierung. Der arabische Hintergrund der Sephardim stellte im Denken der meisten aschkenasischen Entscheidungsträger der Gründungsjahre in vielerlei Hinsicht ein Risiko dar. Zum einen war es die Wahrnehmung der Sephardim als eine Gruppe, die aus Ländern stammte, die bis dato keinen Anschluss an die Moderne gefunden hatten. Ihre vermeintliche Rückständigkeit wurde im strategischen Denken als Nachteil in der Auseinandersetzung mit den arabischen Staaten gesehen, der mit allen Mitteln korrigiert werden musste. Zum anderen war in den formativen Jahren die Konstruktion einer israelischen Identität eines der primären Ziele des jungen jüdischen Staates. Den Juden aus arabischen Ländern ging es dabei nicht unbedingt anders als den Einwanderern aus Europa. Exemplarisch ist der Druck, der auf alle ausgeübt

wurde, sich als erkennbares Zeichen dafür, dass man die Diaspora nun überwunden hatte, einen hebräischen Namen zuzulegen und so schnell wie möglich die hebräische Sprache zu erlernen. Und ebenso wie gegenüber dem Schicksal der Juden, die der Shoah entkommen waren, verhielt man sich in diesen Jahren gegenüber der Geschichte der sephardischen Juden weitestgehend indifferent.

Die Integrationspolitik der Regierungen der Arbeiterpartei, die bis 1977 die Geschicke des Landes bestimmten, sollte sich als fatal erweisen: Sephardische Juden wurden überwiegend in trostlosen, so genannten Entwicklungsstädten in der Negev-Wüste oder der Jordansenke angesiedelt, wo es kaum Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten gab. In den fruchtbareren und einfacher zu bewirtschaftenden Gebieten wurden bis auf wenige Ausnahmen nur Einwanderer aus Europa angesiedelt. Auf dem vom Gewerkschaftsverband Histadruth dominierten Arbeits- und Ausbildungsmarkt jener Jahre hatten sie zudem wenige Chancen, außerdem besetzten die aus Europa stammenden Juden alle Schlüsselpositionen in Regierung, Wirtschaft und Militär. Zwar bezeichneten sich die aschkenasischen Eliten damals als sozialistisch, aber sie zeigten wenig Bereitschaft, ihre Pfründe zu teilen, und behandelten die Sephardim in einer paternalistischen Art und Weise, die sich bald rächen sollte.

Das gesellschaftliche Leitbild bis weit in die siebziger Jahre hinein war der blonde Kibbuznik mit der Uzi-Maschinenpistole in der Hand, der das Land aufbaute und verteidigte. Doch die große Mehrheit der Israelis war weder blond, noch lebte sie in einem Kibbuz. Und langsam, aber sicher begann sich unter den Sephardim das Bewusstsein auszubilden, dass ihr demographisches Gewicht in politische Münze verwandelt werden konnte. Das Jahr 1967 markierte einen ersten Wendepunkt. Für die überwiegende Mehrheit der sephardischen Israelis jedenfalls bedeutete der Sechs-Tage-Krieg so etwas wie das eigentliche Gründungsdatum des Gemeinwesens. Für sie war es der erste relevante Waffengang, an dem sie einen entscheidenden Anteil hatten. Zudem bediente die Eroberung des so genannten biblischen Kernlandes und die damit einhergehende mythische Legitimation eher ihr Selbstverständnis von dem, was jüdisches Bewusstsein ausmacht. Und 1977 brachen sie die Vormachtstellung der Arbeiterpartei, indem sie den Likud zu ihrer politischen Heimat auserkoren. Obwohl dessen Führungspersonal gleichfalls aschkenasisch dominiert war, sahen sie in der Unterstützung von Politikern wie Menachem Begin und Ariel Scharon die Möglichkeit, an der Wahlurne dem aschkenasischen Establishment alter Prägung einen Denkkzettel zu verpassen.

Die nationalistische Politik des Likud bot ihnen zudem eine neue Identifikationsmöglichkeit abseits der sozialistisch geprägten aschkenasischen Pionierideale. Menachem Begins Populismus schaffte es, die Sephardim an seine Partei zu binden. Sowohl die „Großisrael-Ideologie“ jener Jahre, die

auf eine Okkupation der Westbank abzielte, als auch der verstärkte religiöse Einfluss im Alltagsleben kamen den sephardischen Befindlichkeiten entgegen. Und als die Likud-Regierung den Kibbuzim den Geldhahn zudrehte, verspürten nicht wenige von ihnen ein gehöriges Maß an Genugtuung, weil es die Arbeiterpartei gewesen war, die die kollektivistischen Siedlungen ihrer Klientel zuvor so großzügig alimentiert hatte, die Entwicklungsstädte im Negev aber verkommen ließ.

In den achtziger und neunziger Jahren ließ sich dann eine kontinuierlich stärkere Präsenz von Israelis mit sephardischen Wurzeln in Politik, Militär und Wirtschaft beobachten. Die aus Marokko stammenden Politiker David Levy und Schlomo Ben Ami wie auch der im irakischen Teil Kurdistans geborene ehemalige Verteidigungsminister Jitzchak Mordechai stiegen zu Schlüsselfiguren der israelischen Politik auf, die zudem dafür sorgten, dass die alte Formel „Aschkenasim = Arbeiterpartei und damit pro Friedenspolitik, Sephardim = Likud und damit streng nationalistisch“ langsam an Gültigkeit verlor.

Kompensation und Anerkennung

In den Jahren zwischen 1947 bis 2003 wurden zum Nahostkonflikt über 681 UN-Resolutionen verabschiedet, über 130 davon befassen sich direkt oder indirekt mit der Not der palästinensischen Flüchtlinge. Nicht eine einzige thematisiert explizit das Schicksal jüdischer Flüchtlinge aus den arabischen Ländern. Doch in der UN-Resolution 242 von 1967, gemeinhin als einer der Meilensteine auf dem Weg zu einer politischen Lösung des Nahostkonflikts interpretiert, ist die Rede von „einer gerechten Lösung des Flüchtlingsproblems“. Der sowjetische UN-Botschafter scheiterte damals mit dem Versuch, in diesem Zusammenhang nur von palästinensischen Flüchtlingen zu reden, am Widerstand des Abgesandten der USA, der mit Blick auf die Sephardim diese Formulierung bewusst vage haben wollte. Jüdische Flüchtlinge können sich bei der Artikulierung ihrer Forderungen ebenso wie die palästinensischen auf genau diese UN-Resolution berufen. Auf die politische Tagesordnung kehrten die Juden aus arabischen Ländern und ihr Schicksal während der Friedensverhandlungen von Camp David im Juli 2000 zurück. Der damalige US-Präsident Bill Clinton stellte in den Gesprächen einen direkten Zusammenhang zwischen den palästinensischen Flüchtlingen und den Sephardim her. Dabei schlug er die Einrichtung eines internationalen Fonds vor, der beide Seiten für die entstandenen Verluste kompensieren sollte. Mit dem Hinweis auf das Schicksal der Juden in den arabischen Ländern nach 1948 sollte die palästinensische Seite zur Aufgabe der Forderung nach einem Rückkehrrecht für alle Flüchtlinge nach Israel motiviert werden. Seither gab es Anhörungen zu dem Thema

am 2. 7. 2008 vor dem Europäischen Parlament und im Juni desselben Jahres vor dem House of Lords in Großbritannien.

Ferner haben sich Gruppen wie Justice for Jews from Arab Countries (JJAC) gebildet, die sich in Koordination mit dem World Jewish Congress und rund zwei Dutzend weiteren jüdischen Gruppen sowie dem Justiz- und Außenministerium des Staates Israel zur Aufgabe gemacht haben, die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit auf das Schicksal der jüdischen Flüchtlinge zu lenken. Ihre Vertreibung und ihre viele Jahre andauernde Notsituation sollen stärker in das historische Narrativ eingebunden werden. Für die jüdischen Flüchtlinge ist es unverständlich, dass die Generalversammlung der Vereinten Nationen im Jahr 1977 einen Internationalen Tag der Solidarität mit dem palästinensischen Volk eingeführt hat, zum Thema Vertreibung von Juden aus der arabischen Welt aber beharrlich schweigt.⁶ Ihr Ziel ist daher auch nicht die Rückkehr in die Länder, aus denen sie vertrieben worden sind, vielmehr geht es um eine Bestandsaufnahme des von den Regierungen zwischen Marokko und dem Irak beschlagnahmten Eigentums sowie ihre internationale Anerkennung als Flüchtlinge. Genauso wenig steht die Negierung der palästinensischen Ansprüche auf Entschädigung für sie auf dem Programm.

In Israel selbst gingen die Verantwortlichen mit dem Thema lange sehr zurückhaltend um. Anfang der fünfziger Jahre erklärte Israels damaliger Außenminister Moshe Sharett zwar vor der Knesset, den Wert des vom irakischen Staat beschlagnahmten Eigentums erfassen zu wollen, um diesen mit eventuellen materiellen arabischen Ansprüchen auf dem Territorium Israels zu verrechnen. 1969 initiierte Jerusalem erneut eine Initiative zwecks Bestandsaufnahme des geraubten jüdischen Besitzes in der arabischen Welt. Doch generell haben sich alle israelischen Regierungen mit der Forderung nach einer Kompensation sehr zurückgehalten – bis zum heutigen Tag. Zu groß war die Furcht, dass man dadurch den palästinensischen Forderungen nach einer Rückkehr oder einem finanziellen Ausgleich automatisch zu mehr Aufmerksamkeit verhelfen würde. Selbst in den israelisch-ägyptischen Friedensverhandlungen in den siebziger Jahren wurde das Thema nur am Rande berührt. Außerdem hat sich fast ein Drittel der Juden aus den arabischen Ländern ein anderes Land als Israel zur neuen Heimat ausgesucht. Der Gedanke, dass Israel nun ihr verloren gegangenes Eigentum als Verhandlungsmasse bei der Aufrechnung mit palästinensischen Ansprüchen benutzen könnte, gefällt vielen sephardischen Juden außerhalb Israels überhaupt nicht.

⁶ <http://www.un.org/depts/dhl/palestinian/index.html> (29. 3. 2009).

Literatur

- Diner, Dan* (2002): Zeitemblematik der Zugehörigkeit – Über die Konstruktion von Rang und Geltung im israelischen Selbstverständnis, in: *Brenner, Michael / Weiss, Yfaat* (Hg.), *Zionistische Utopie und israelische Realität – Religion und Nation in Israel*, S. 173–190, Berghahn Books, New York
- Küntzel, Matthias* (2002): *Djihad und Judenhaß – Über den neuen antijüdischen Krieg*, ça ira-Verlag, Freiburg
- Lewis, Bernard* (1987): *The Jews of Islam*, New Jersey Princeton University Press, Princeton
- Prince-Gibson, Eetta / Hazan, Jenny / Meisel, Aylana* (2003): Right of Return, in: *Jerusalem Post*, 8. 8. 2003
- Roumani, Maurice* (1983): *The Jews from Arab Countries: A Neglected Issue*, WOJAC, 1983
- Regev, David* (2008): *Libyan Jews demand compensation*, <http://www.ynet.co.il/english/articles/0,7340,L-3597826,00.html>, 17. 9. 2008 (29. 3. 2009)
- Shields, Jacqueline* (2004): *Jewish Refugees from Arab Countries*, in: *Jewish virtual library*, <http://www.jewishvirtuallibrary.org/jsource/History/jewref.html> (29. 3. 2009)
- Stillman, Norman A.* (1991): *The Jews of Arab Lands in Modern Times*, Jewish Publication Society of America, Philadelphia
- U.N. General Assembly, Second Session, Official Records, Ad Hoc Committee on the Palestinian Question, Summary Record of the Thirteenth Meeting, Lake Success, N.Y., November 24, 1947 (A/AC.14/SR.30)
- Ye'or, Bat* (1999): *The Dhimmi Factor in the Exodus of Jews from Arab Countries*, in: *Hillel Shulevitz, Malka* (Hg.): *The Forgotten Millions – The Modern Jewish Exodus from Arab Countries*, Cassell, London, S. 33–51

Israelkritik, Antizionismus und Antisemitismus

In der öffentlichen Wahrnehmung Europas haben sich in dramatischer Weise die Gewichte bei der Bewertung des Nahost-Konfliktes verschoben. Der Angst um das bedrohte Israel, die 1967 im Sechs-Tage-Krieg die Menschen zu Sympathiekundgebungen für den jüdischen Staat auf die Straße trieb, folgte die pauschale Verurteilung der israelischen Besatzungs- und Siedlungspolitik in den palästinensischen Gebieten. Eine Meinungsumfrage im Herbst 2003, nach der die Mehrheit der Bürger der Europäischen Union Israel auf einer Skala von 12 Ländern als aggressivsten Staat vor den 11 Alternativen genannt hatten, macht die aktuelle Position Israels in der Gefühlswelt der Europäer signifikant. Die Deutschen haben mit 65 Prozent bei der Einschätzung Israels als Aggressorstaat noch einen deutlichen Vorsprung vor den anderen Europäern. Das Ergebnis löste Bestürzung aus und war Gegenstand ausführlicher Interpretation. Methodische Mängel der Umfrage „Eurobarometer“ wurden diskutiert. Warum enthielt die Auswahlliste nur souveräne Staaten wie den Irak, Syrien, Libyen, Nordkorea usw., nicht aber die anders organisierten Palästinenser, ganz zu schweigen von weltweit operierenden Terrororganisationen, die gewiss gute Chancen für den ersten Platz gehabt hätten?¹

Der Befund, dass eine große Zahl europäischer Bürger der Politik Israels verständnislos ablehnend gegenübersteht, ist aber nicht aus der Welt zu schaffen. Zu bemerken ist auch, dass die Juden der Diaspora sich zunehmend mit Israel solidarisch erklären, auch wenn viele, ebenso wie zahlreiche Israeli, die Politik der Stärke nicht für glücklich halten und sich andere Wege für die Sicherheit Israels und den Frieden mit den Palästinensern vorstellen können. Tatsache ist, dass in vielen Ländern Europas die Sympathie des Publikums und in erheblichem Maße ebenso die der Medien sich von Israel abgewendet hat und die Ursachen der Gewaltspirale nicht mehr in das negative Urteil über Israel einbezieht. Tatsache ist, dass die Medien oft nicht objektiv über Israel berichten.

Wenn die Rede davon ist, dass Israel mit dem Abwehrzaun gegen palästinensisches Territorium „das größte KZ der Welt“ errichte, wenn das Schicksal schwangerer Palästinenserinnen beklagt wird, die bei stundenlangen Grenzkontrollen des israelischen Militärs leiden müssen, wenn die Wahrnehmung auf das individuelle Leid palästinensischer Familien

¹ European Commission (Ed.), Flash Eurobarometer No. 151, 8.–16. 10. 2003: Iraq and Peace in the World. Report.

reduziert wird, der Terror palästinensischer Guerillas und Selbstmordattentäter gegen ebenso unschuldige israelische Familien in den Straßen von Tel Aviv oder Jerusalem ausgeblendet wird, dann ist die Vermutung einseitiger Parteinahme wohl berechtigt. Ebenso die Vermutung, dass feindselige Emotionen im Spiel sind.

Selbstverständlich ist es legitim, politische und militärische Handlungen eines Staates zu kritisieren, und das gilt für Israel nicht weniger als beispielsweise für den Krieg der Vereinigten Staaten von Amerika gegen den Irak mit allen seinen höchst unerfreulichen Begleiterscheinungen. Der Unterschied in der Beurteilung ist leicht erkennbar: Beim Irak-Krieg wird zwischen der Regierung Bush, der US-Army einerseits und „den Amerikanern“ durchaus unterschieden. Niemand, der ernst genommen werden will, erklärt die Exzesse im Irak, die einzelnen Soldaten zur Last fallen, oder umstrittene Entscheidungen der Bush-Administration aus dem Nationalcharakter „der Amerikaner“ heraus, um möglicherweise gar die Forderung daran zu knüpfen, die USA müssten von der Landkarte verschwinden. Im Falle Israel ist das anders. Das lehren die monströsen Vergleiche ebenso wie die Bemühungen, „jüdische“ Eigenart zu typologisieren, um alle Juden dieser Welt mit der israelischen Politik zu identifizieren, diese als Ausfluss vermuteter jüdischer Charaktereigenschaften zu erklären. Dazu werden die bekannten Stereotype – „alttestamentarische Rache“, Unversöhnlichkeit, „Arroganz des auserwählten Volkes“ usw. – bemüht.

Das Engagement, das von manchen in die Verurteilung der israelischen Sicherheitspolitik investiert wird, ist von Wut gekennzeichnet, die misstrauisch machen muss. Der Völkermord an 800.000 Menschen in Ruanda, unter den Augen einer untätigen Welt 13 Wochen lang im Jahre 1995 begangen, an Unschuldigen vom Säugling bis zum Greis, hat nicht einen Bruchteil der Aufmerksamkeit erhalten, die Israel für seine militärischen Aktionen – und in der Verallgemeinerung „das Judentum“ in aller Welt – erfährt, und zwar immer als moralische Anklage und oft unter Verweis auf den Holocaust. Letzteres soll suggerieren, die Israeli würden, stellvertretend für die Juden überhaupt, etwas praktizieren, das ihnen selbst widerfahren ist, nämlich Verfolgung als Minderheit bis zur Konsequenz des Völkermords. Und gefordert wird von den Opfern des Holocaust eine besonders hohe Moral.

Wann überschreitet also berechnete und notwendige Kritik an der Politik Israels gegenüber den Palästinensern die Grenzen und ist Judenfeindschaft? Das geschieht spätestens dann, wenn Vorurteile und Stereotype, die mit der zu kritisierenden Angelegenheit nichts zu tun haben, weit über den Anlass hinaus zu Erklärung und Schuldzuweisung benützt werden. Als besondere Form von Antisemitismus hat sich aus solcher Israelkritik als Antizionismus ein Surrogat der Judenfeindschaft etabliert, das eine eigene Funktion hat, nämlich Nebenwege zu öffnen, auf denen mit scheinbar rationalen Argumenten Abneigung gegen Juden transportiert werden kann.

Zionismus, eine im 19. Jahrhundert entstandene Bewegung des Judentums, die als Reaktion auf die katastrophalen Lebensbedingungen der Juden in Osteuropa die Rückkehr zum religiösen Ausgangspunkt, dem „Land Israel“, propagiert, wird oft missverstanden. „Antizionismus“ ist im politischen Vokabular als Parameter der Judenfeindschaft geläufig: Abgelöst von der ursprünglichen Bedeutung wurde Antizionismus zum Schlachtruf gegen Israel, der die Legalität der staatlichen Existenz bestreitet und sie rückgängig machen, die jüdischen Einwohner des Landes vertreiben will.

Dazu gibt es eine besondere deutsche Tradition. Die Definition der Staatssicherheitsbehörden der DDR ließ keinen Zweifel an ihrer politischen feindseligen Absicht gegenüber Israel. Zionistische Organisationen waren nach der Sprachregelung der Staatssicherheit „reaktionäre, nationalistische, rassistische, konterrevolutionäre, antisozialistische und antisowjetische politische Vereinigungen, die auf der Grundlage der zionistischen Ideologie, wie Chauvinismus, Rassismus und Expansion, von reaktionären imperialistischen Kreisen zur Verschärfung der internationalen Lage, zur Schürung des Antisowjetismus und des Antikommunismus und zum Kampf gegen die sozialistischen Staaten und die nationale Befreiungsbewegung genutzt werden“. Der Rundumschlag instrumentalisiert auch das Feindbild vom Weltjudentum und stellt die Zionistische Weltorganisation (WZO), den Zionistischen Weltkongress, die Jewish Agency als Agenturen der Verschwörung und Partner des Israelischen Geheimdienstes dar.²

Die Sprachregelung der DDR ist aber mehr als eine inzwischen historische Grotteske. Israelfeindschaft war Bestandteil der Sozialisation der DDR-Bürger und damit wurde eine Parteinahme eingeübt und verinnerlicht, die sich mit Judenfeindschaft anderer Genese trifft und allgemeine Ressentiments mit Beispielen aus der tagesaktuellen Berichterstattung illustriert und zu „Beweisen“ jüdischen Wesens verdichtet.

Seit der zweiten Intifada und der Eskalation des Nahost-Konfliktes im Herbst 2000 ist die Metapher „Auge um Auge“ inflationär im Gebrauch. Antiisraelische Demonstranten halten Transparente mit dem Bibelzitat in die Kameras und allenthalben dient es als Erklärung, wenn israelische Politik als Ausfluss „jüdischer“ Charaktereigenschaften verurteilt wird. Der *Spiegel*, das wichtigste Nachrichtenmagazin in Deutschland, berichtete über den „blutigen Donnerstag von Ramallah“, bei dem israelische Soldaten, die versehentlich in die palästinensische Stadt gefahren waren, gelyncht worden waren: „Die Fernsehbilder schockierten die Welt und konnten die Israelis, die eine besondere Loyalität gegenüber ihrer Armee und ihren Soldaten pflegen, nicht ruhen lassen. Im Gegenzug habe nun der damalige

² Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (Hg.), *Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen des MfS zur „politisch-operativen Arbeit“*, Berlin 1993, S. 465f.

israelische Premierminister Barak an der Spirale der Gewalt gedreht: „Auge um Auge, Zahn um Zahn ...“³

Die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* hatte in einer Artikelserie zum Nahost-Problem im Dezember 2001 einen türkischen Gastautor, der Nationalökonomie an der Universität Ankara lehrt, unter der Überschrift „Das Problem heißt Israel“ Folgendes schreiben lassen: „Der Islam mag Eigenarten besitzen, die das Zusammenleben mit anderen erschweren. Aber das Judentum verursacht noch größere Probleme, mit anderen auf gleicher ontologischer und moralischer Ebene zusammen zu leben. Jehova ist ein Abkommen speziell mit den Juden eingegangen. Er ist kein universeller Gott, der alle menschlichen Gemeinschaften als seine Herde ansieht. Er ist kein Gott des Friedens, sondern der Rache; Auge um Auge, Zahn um Zahn ... Dieser fundamentale Partikularismus spiegelt sich auch in der rassistischen Begründung des Judentums“. In einem offenen Brief haben 200 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens gegen diese antijüdische und antiisraelische Tendenz der Berichterstattung protestiert. Der Presserat nahm die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* in Schutz. Es habe sich bei den kritisierten Meinungsäußerungen um einen gekennzeichneten Gastkommentar gehandelt, nicht um eigene Positionen des Blattes.⁴

Trotzdem handelt es sich in der Sache nicht nur nach Meinung der Protestierenden um Antisemitismus. Zur Methode judenfeindlicher Agitation gehört nämlich die Verwendung von Stereotypen in suggestiver Absicht und die Stimulierung von negativen Assoziationen wie Rachsucht, Auserwähltsein, religiöse Exklusivität. Das hat einst der *Stürmer* exerziert, der in jeder Nummer die gleiche Botschaft mit Stereotypen illustrierte. Immer wieder findet sich die Metapher unreflektiert und ohne Zusammenhang als Rubrik oder Zwischentitel in der Berichterstattung, oft erscheint sie als Floskel der Bestätigung oder des Übergangs. Als delikaten journalistischen Kunstgriff kann man es deshalb nicht werten, weil die abgegriffene Formel zu verschwenderisch gebraucht wird. Ahnungslosigkeit darf man auch nicht unterstellen, weil der Gebrauch als Chiffre der Verständigung, als Ausgrenzung der Juden zu offensichtlich ist.

Das Beispiel kann als Hinweis dafür dienen, wo Israelkritik in Judenfeindschaft, die mit stereotypen Vorstellungen hantiert, übergeht. Erlaubt und selbstverständlich ist die kritische Bewertung jeder Politik, unerlaubt ist das Bestreiten des Existenzrechts eines Staates, das mit der Diffamierung seiner Bürger argumentiert.

Zur Realität des Staates Israel gehört seit seiner Gründung die Feindschaft seiner Nachbarn, vorgetragen als kulturelles Ressentiment, als poli-

³ Der Spiegel, 42/2000.

⁴ Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 9. 12. 2001 (Yahya Sezai Tezel, „Das Problem heißt Israel“).

tische Verweigerung des Existenzrechts, als militärische und terroristische Bedrohung. Die Fronten im Nahost-Konflikt sind seit langem starr, der Streit ist ideologisiert und als Argumente dienen Vorurteile und Feindbilder, die älter sind als der Konflikt.⁵ Die Suche nach einer dem Islam wesensimmanenten Judenfeindschaft auf der einen Seite sieht alle Muslime als Schurken, die Gewissheit, dass nur „die Juden“ schuldig sind am Unglück der Palästinenser, gibt den anderen die Sicherheit, für die richtige Seite Partei zu ergreifen. In jedem Fall stützt die Überzeugung von der Richtigkeit der jeweils eigenen Position die Argumentation und ermöglicht Schuldzuweisung.

Die Feindschaft von Muslimen gegen Israel ist älter als der Staat, der Objekt ihres Hasses ist, trotzdem ist die Annahme falsch, es gäbe einen aus islamischer Kultur und Religion resultierenden eigenen islamischen Antisemitismus, ähnlich dem christlichen Antijudaismus des Mittelalters, der sich aus Heilsgewissheit, aus missionarischem Streben, aus religiösem Sendungsbewusstsein speiste. Auch der moderne Antisemitismus, der im 19. Jahrhundert der Judenfeindschaft den neuen Begriff und neue — aus der Rassenlehre abgeleitete — Begründungen gab, ist im christlichen Europa entstanden, auf dem Wurzelgrund des älteren Antijudaismus. Man muss als Erstes die Traditionen der Judenfeindschaft in ihrem jeweiligen kulturellen und gesellschaftlichen Umfeld betrachten, um urteilen zu können, aus welchen Wurzeln sich der Hass gegen den Staat Israel nährt.

Die jüdischen Gemeinden in Syrien und im Libanon waren seit Anfang des 19. Jahrhunderts unter dem Einfluss aus Europa kommender christlich-missionarischer Strömungen Gegenstand antijüdischer Polemik, die ihren stärksten Ausdruck in Ritualmordvorwürfen fand. In Damaskus gelangte die Stimmung, geschürt vom französischen Konsul und von griechisch-orthodoxen und katholischen Christen 1840, auf einen ersten Höhepunkt, als das Verschwinden eines Kapuzinermönchs Ritualmordgerüchte auslöste.⁶ Unruhen und Gewalt gegen Juden waren 1847 in Dayr al Qamar, 1848 wieder in Damaskus, 1850 in Aleppo, 1862 in Beirut ausgebrochen. Die Ressentiments der christlichen Bevölkerung, die es gleichzeitig verstand, muslimische Abneigung gegen die Juden zu forcieren, fanden Nahrung in antisemitischen Traktaten, die aus europäischen Sprachen ins Arabische übersetzt wurden. Thematisiert waren dort unter anderem

⁵ Wolfgang Benz/Juliane Wetzel (Hg.), *Antisemitismus und radikaler Islamismus*, Essen 2007.

⁶ Jonathan Franke, *The Damascus Affair. „Ritual Murder“, Politics and the Jews in 1840*, New York 1997; Rainer Erb, *Die „Damaskus-Affäre 1840“ und die Bedeutung des Hauses Rothschild für die Mobilisierung der öffentlichen Meinung*, in: Georg Heuberger (Hg.), *Die Rothschilds. Beiträge zur Geschichte einer europäischen Familie*, Sigmaringen 1994, S. 101–115.

Verschwörungstheorien, die Konstrukte von jüdischem Streben nach Welt-herrschaft propagierten. Einem am panarabischen Nationalismus interessierten Publikum wurde damit „der Jude“ als Feind offeriert. Damit war auch der Weg bereitet für antizionistische Propaganda, die im 20. Jahrhundert in der Zeit des französischen Mandats über Syrien und den Libanon und der britischen Verwaltung Palästinas virulent wurde. Ausschreitungen gegen Juden werden 1925 aus Damaskus berichtet, als Lord Balfour Palästina besuchte.

In Palästina hatte die jüdische Einwanderung im Zeichen des Zionismus in den 1880er Jahren begonnen. Ökonomische Interessen einheimischer Araber, die durch jüdischen Landkauf ihre Existenz bedroht sahen, führten zu Konflikten um Weide- und Anbauflächen, die propagandistisch durch Judenfeindschaft instrumentalisiert wurden. Im Ersten Weltkrieg verstärkten sich im osmanischen Palästina die Gegensätze zwischen der arabisch-palästinensischen Nationalbewegung und zionistischen Einwanderern. Die Spannungen entluden sich in den 1920er Jahren in Übergriffen gegen Juden und lösten sich zunehmend von konkreten Objekten wie zionistischen Siedlungen; sie bezogen die alteingesessene jüdische Bevölkerung mit ein. In der arabischen Revolte gegen die Mandatsverwaltung ab 1936 radikalisierte sich der Protest und richtete sich auch gegen die jüdische Bevölkerung Palästinas insgesamt. Die Erwidern der Gewalt durch britisches Militär und zionistische Organisationen institutionalisierte den Konflikt, dessen politische Dimensionen durch die Anlehnung der arabischen Seite an den deutschen Nationalsozialismus und den italienischen Faschismus bestimmt wurden.⁷

Die Parteinahme des Muftis von Jerusalem, Amin el-Husseini, für Hitler bedeutete eine lange Nachwirkung der Radikalisierung und Ideologisierung der Judenfeindschaft. Amin el-Husseini, 1921 zum Mufti von Jerusalem und 1922 zum Präsidenten des Muslimischen Oberrats gewählt, damit eine religiöse Autorität (später legte er sich den programmatischen Titel „Großmufti von Palästina“ zu), spielte eine wichtige Rolle als Wegbereiter des arabischen Nationalismus und zweifellos gehört er als Rädelsführer und Anstifter von Revolten im Mandatsgebiet Palästina zu den obskuren Figuren der Vorgeschichte des Nahost-Konflikts. 1937 musste der Mufti nach fanatischer Parteinahme für den Nationalsozialismus in den Libanon, dann in den Irak fliehen, wo er gleichermaßen gegen Briten und Juden hetzte. 1941 gelangte er über Teheran nach Berlin. Dort etablierte sich Amin el-Husseini als arabischer Freiheitskämpfer und Protagonist eines unabhängigen Palästinas, biederte sich den Nationalsozialisten mit Judenhass und islamischem Sendungsbewusstsein an. Hitler suchte er im

⁷ René Wildangel, *Zwischen Achse und Mandatsmacht. Palästina und der Nationalsozialismus*, Berlin 2007.

Dezember 1942 davon zu überzeugen, dass die Millionen Muslime der Welt mit Deutschland gemeinsam gegen Juden, Bolschewisten, Angelsachsen den Endsieg erkämpfen könnten.

Bei der Eröffnung eines „Islamischen Zentral-Instituts“ in Berlin zeigte er sich als Festredner als Antisemit den nationalsozialistischen Demagogen ebenbürtig: Die Juden, erklärte er, „werden stets ein zersetzendes Element auf Erden bleiben, denen daran gelegen ist, Ränke zu schmieden, Kriege anzuzetteln und die Völker gegeneinander auszuspielen [...] In England sowohl wie in Amerika herrscht nur der jüdische Einfluss, es ist derselbe jüdische Einfluss, der hinter dem gottlosen Kommunismus steht, welcher allen Religionen und Grundsätzen abhold ist: Er ist es, der die Völker auch in diesem zermürbenden Krieg aufeinandergehetzt hat, deren tragisches Schicksal allein den Juden zugute kommt [...] Dieser Krieg, der von dem Weltjudentum entfesselt worden ist, bietet den Muslimen die beste Gelegenheit, sich von den Verfolgungen und Unterdrückungen zu befreien, falls sie diese Gelegenheit richtig ausnutzen.“⁸

Einfluss und Bedeutung Amin el-Husseinis dürfen nicht überschätzt werden. Er blieb im nationalsozialistischen Deutschland eine marginale Figur, und sein politischer Niedergang nach 1945 in der arabischen Welt war unaufhaltsam. Aber als Agitator und Galionsfigur war der aus einer vornehmen palästinensischen Familie stammende Mufti ein Intrigant, Scharfmacher und Extremist, der Prototyp des hassgesteuerten Politikers, der als arabischer Nationalist Karriere machte, Muslime für eine SS-Einheit anwarb und nach 1945 die Staatsgründung Israels nach Kräften bekämpfte. Er ist 1974 im Libanon gestorben, bis zuletzt von vielen als Symbolgestalt des Kampfes gegen westlichen Imperialismus, gegen Juden und Kommunisten verehrt.

Man sollte auch, wenn man arabische oder im weiteren Sinne islamische Sichtweisen auf Nationalsozialismus und Holocaust beurteilt, nicht vergessen, dass die Glorifizierung Hitlers bei gleichzeitiger Marginalisierung des Judenmords durch islamische Meinungsführer vor allem aus Opfergefühlen resultiert und Ergebnis politischer Propaganda ist, die Emotionen einer Opfergesellschaft wirkungsvoll instrumentalisiert.⁹

Die Gegner Israels werden heute vom iranischen Staatspräsidenten angeführt. Die Revolution, die 1979 den Schah vertrieb, brachte einen Klimawechsel, der sich kaum drastischer denken lässt. Der De-facto-Anerkennung Israels durch den Schah Mohammed Reza Pahlevi, der 1960 die Aufnahme offizieller Beziehungen folgte, war eine westliche Orientierung

⁸ Klaus Gensicke, *Der Mufti von Jerusalem und die Nationalsozialisten. Eine politische Biographie Amin el-Husseinis*, Darmstadt 2007, S. 95f.

⁹ Gerhard Höpp / Peter Wien / René Wildangel, *Blind für die Geschichte? Arabische Begegnungen mit dem Nationalsozialismus*, Berlin 2004.

des Iran vorausgegangen, die der jüdischen Bevölkerung zugutekam. Nach dem ersten Nahostkrieg entkamen Tausende Juden aus dem Irak über den Iran nach Israel. Schon im Zweiten Weltkrieg war das Land Brücke gewesen für jüdische Flüchtlinge aus Polen und der Sowjetunion auf dem Weg nach Palästina. Die wirtschaftliche und militärische Kooperation zwischen Israel und dem Iran florierte bis Ende der 1970er Jahre. Israels Erdölbedarf wurde weitgehend im Iran gedeckt, der Iran war Hauptabnehmer des israelischen Warenexports. Damit hatte aber die islamische Bewegung des Ajatollah Khomeini ein Thema. Ein Vorwurf der Revolutionäre an das Schah-Regime lautete, es verkaufe die Interessen des Landes an die USA und an Israel.

Die Islamische Revolution setzte dann Zeichen, dass Solidarität mit den arabischen Feinden Israels jetzt Programm der iranischen Politik sein würde. Die Hinrichtung des jüdischen Geschäftsmanns Habib Elghanian, der Vorsitzender des Rates der Jüdischen Gemeinden war, bedeutete ein Signal, dem weitere folgten. Begründet war die Judenverfolgung mit „Spionage für Israel“, „zionistischer Propaganda“, Korruption, Verrat, Drogenhandel. In der Folge flohen die meisten Juden aus dem Iran. In Israel leben jetzt 200.000 Juden ehemals iranischer Nationalität, im Iran noch 25.000.

Mit Mahmud Ahmadinedschad ist seit August 2005 ein Exponent des radikalen konservativ-religiösen Flügels Präsident des Iran. Ideologisch gegen den Westen, insbesondere gegen die USA festgelegt setzte sich Ahmadinedschad rhetorisch rasch an die Spitze der Feinde Israels, forderte die Vernichtung des Judenstaats und leugnete den Holocaust. Der iranische Präsident agiert bewusst als Politiker, dessen ideologische Juden- und Israelfeindschaft populistisch mit dem Anspruch vorgetragen wird, für Muslime aller Nationen zu gelten.

Aus der Sicht der Vorurteilsforschung interessiert besonders, dass islamistischer Radikalismus in das Arsenal des europäischen Rassenantisemitismus greift. Denn der Rassismus der Europäer, der im 19. Jahrhundert vor allem in Deutschland und Österreich die Konstrukte des Antisemitismus ergrübelte und sie in Traktaten und Pamphleten propagierte, sie dann zur Ingredienz nationalsozialistischer Vernichtungsideologie machte – dieser Rassismus ist der islamischen Welt ursprünglich wesensfremd.

Die in den „Protokollen der Weisen von Zion“ propagierte Legende von der jüdischen Weltverschwörung ist über hundert Jahre alt und in aller Welt in allen gängigen Sprachen verbreitet. Der Text ist das am weitesten verbreitete antisemitische Pamphlet, dessen Wirkung weder dadurch beeinträchtigt ist, dass die Argumentation in höchstem Grade irrational ist, noch dadurch, dass die Konstruktion des Traktats aus diversen literarischen Vorlagen bis ins Detail aufgeklärt ist. Dass der als „jüdisches Geheimdokument“ gehandelte Text, der die Verschwörungsabsichten der Juden angeblich in allen Details authentisch belegt, gerichtsnotorisch als

Fälschung oder besser als Mystifikation seit Jahrzehnten entlarvt ist, wird als unerheblich abgetan oder gar als Beweis für eine besondere Echtheit des „Dokuments“ angeführt.¹⁰

Heute haben die „Protokolle“ in den islamistischen Strategien gegen Israel die größte Verbreitung und Wirkung. Mit zunehmender Intensität werden sie als „Beweis“ für eine zionistische Weltverschwörung in den Medien der arabischen und weiteren islamischen Welt zitiert, abgedruckt, interpretiert. Verschwörungstheorien finden in muslimischer Umgebung günstige Wachstumsbedingungen, seit sich die Gesellschaften des Orients als vom Westen diskriminiert, unterdrückt, gedemütigt verstehen. In der Tradition bis auf die Kreuzzüge zurückgehend, den Kolonialismus und Imperialismus der Europäer im Blick, das Sendungsbewusstsein der USA mit Argwohn als Aggression rezipierend, kristallisieren sich die Gefühle der Ohnmacht und Wut gegenüber dem „Westen“ an der Existenz des Staates Israel.

In allen Medien sind die „Protokolle“ im islamistischen Kontext zu finden. Besonders aggressiv werden die „Protokolle“ von „Radio Islam“ im Internet gegen Israel instrumentalisiert. „Radio Islam“, im Raum Stockholm stationiert, arbeitet als Rundfunkstation wenig professionell, als Institution rechtsextremer und israelfeindlicher Propaganda mit den Schwerpunkten Holocaustleugnung und Antizionismus ist „Radio Islam“ jedoch ein weltweit operierendes Unternehmen, das sich seit etwa einem Jahrzehnt auf Internet-Auftritte in vielen Sprachen verlegt hat. Ahmed Rami, der Betreiber von „Radio Islam“, hat enge Kontakte zur internationalen Neonazi-Szene und propagiert Holocaustleugnung in Verbindung mit Weltverschwörungsphantasien, nach denen Israel und die Juden mithilfe von „Holocaust-Geschichten“ die Welt kontrollieren.

Die „Protokolle der Weisen von Zion“ haben in der anti-israelischen Agitation zentrale Bedeutung. Ahmed Rami behauptet in einem Artikel „Israels Politik bestätigt die Echtheit der Protokolle der Weisen von Zion“ unter Verwendung der traditionell-stereotypen Anschuldigung, die jüdische Religion gebiete die Untergrabung der Moral nichtjüdischer Gesellschaften: „Viele bedeutende Denker gelangten auch zum Ergebnis, die jüdische Torah sowie der Talmud seien Satans Testament. Die ‚Protokolle der Weisen von Zion‘ verkörpern eine Konkretisierung dieser satanischen Schriften. Sie zeugen von einem genau gesteuerten Plan für unsere Zeit.“¹¹

¹⁰ Béla Rásky, Plagiierte Höllendialoge. Die Fälschungs- und Wirkungsgeschichte der „Protokolle der Weisen von Zion“, in: Die Macht der Bilder. Antisemitische Vorurteile und Mythen, Wien 1995, S. 264–271.

¹¹ Ahmed Rami, Israels Politik bestätigt die Echtheit der Protokolle der Weisen von Zion. Quelle: <http://abbc.com/protocols/d-intro.htm>. Der Artikel findet sich auch auf den revisionistischen Websites Wilhelm Tell und Ostara. Quelle:

Die „Protokolle“ werden als sich selbst bestätigender Beweis zitiert und als Erklärung für den Nahost-Konflikt herangezogen: „Wer diesen Text liest, wird namenloses Erstaunen darüber empfinden, wie alles Gesagte in großen Zügen eingetroffen ist. Oder stimmt es etwa nicht, dass sich die Zionisten Palästina unter den Nagel gerissen und dort einen jüdischen Staat Israel gegründet haben, der unter dem Deckmäntelchen der Demokratie eine äußerst kriegerische und tyrannische Politik betreibt? Trifft es ferner nicht zu, dass das zionistische Israel die Supermacht USA fest im Griff hat, egal ob im Weißen Haus gerade ein Demokrat oder ein Republikaner sitzt? Ist der Einfluss der zionistischen fünften Kolonnen in Europa, auch in Schweden, nicht unerhört stark? Und trifft es schließlich nicht zu, dass Israel Zwist und Feindschaft zwischen verschiedenen nichtjüdischen Staaten nach Kräften schürt, dass es beim Konflikt zwischen dem Irak und dem Iran fleißig Öl ins Feuer goss, dass es den kalten Krieg zwischen den Supermächten ausnutzte, um sich als westlicher Vorposten gegen die angebliche sowjetische Gefahr im Nahen Osten zu profilieren und sich so die bedingungslose Unterstützung der USA zu sichern?“¹² Die Schlussfolgerung lautet, dass seit langem vieles darauf hindeute, „daß der Zionismus auf eine totalitäre Welt diktatur hinarbeitet. Allzu stark und einflußreich ist die Zionistenlobby in den USA und in vielen Ländern der Welt schon geworden!“¹³

Die „Islamische Widerstandsbewegung Hamas“, ursprünglich ein soziales Hilfswerk für palästinensische Flüchtlinge im Gaza-Streifen, ab Ende der 1980er Jahre auch als terroristische Untergrundorganisation aktiv, dann führende politische Kraft im palästinensischen Autonomiegebiet, hat das Ziel der Befreiung Palästinas durch Zerstörung Israels. Im August 1988 gab Hamas sich ein Programm, die „Charta der Islamischen Widerstandsbewegung“. An vielen Stellen werden darin verschwörungsmithische Vorstellungen bekräftigt, die als jüdisches Weltherrschaftsstreben dargestellt sind. „Juden waren die Hintermänner der Französischen und der Kommunistischen Revolution und sie standen hinter den meisten Revolutionen. [...] Sie nutzten das Geld, um geheime Organisationen rund um die Welt zu gründen, um Gesellschaften zu zerstören und zionistische Absichten durchzusetzen. [...] Niemand hat widersprochen, daß die Juden den Ersten Weltkrieg ausgelöst haben, um das Islamische Kalifat auszulöschen. Sie

http://www.ety.com/tell//politik/israel_politik.htm und <http://www.ostara.org/g-books/zion19.htm>; Ahmed Rami, Ein moderner Hexenprozess. 10. Kapitel. Wir brauchen eine geistige Erneuerung, <http://www.abbc.com/historia/zion/process/10.htm>.

¹² Ahmed Rami, Israels Politik bestätigt die Echtheit der Protokolle der Weisen von Zion, <http://abbc.com/protocols/d-intro.htm>.

¹³ Ebenda.

verursachten auch den Zweiten Weltkrieg, an dem sie durch Handel mit Kriegsmaterial ungeheuer verdient und die Gründung ihres Staates vorbereitet haben. Sie haben die Gründung der Vereinten Nationen und des Sicherheitsrats angeregt, um den Völkerbund zu ersetzen, damit sie die Welt unmittelbar regieren können.“¹⁴

In Artikel 32 der Hamas-Charta heißt es, der Welt-Zionismus versuche im Verein mit imperialistischen Mächten durch einen ausgeklügelten Plan und eine intelligente Strategie einen arabischen Staat nach dem anderen aus dem Kreis der Kämpfer gegen den Zionismus auszuschließen, um schließlich nur noch dem palästinensischen Volk gegenüberzustehen. Ägypten sei durch das heimtückische Camp David-Abkommen aus der anti-israelischen Front herausgebrochen worden und mit anderen arabischen Staaten werde das Gleiche versucht. „Der zionistische Plan ist grenzenlos. Nach Palästina streben die Zionisten nach weiteren Eroberungen vom Nil zum Euphrat, wenn sie die übernommene Region verdaut haben, betreiben sie weitere Expansion und so fort. Ihr Plan ist konkretisiert in den ‚Protokollen der Weisen von Zion‘ und ihr gegenwärtiges Verhalten ist der beste Beweis für das, was wir sagen.“¹⁵

Im Fernsehen einiger arabischer Länder (Syrien, Libanon, Ägypten) und des Iran wird Judenfeindschaft, religiös fundamentiert und über stereotype Einstellungen transportiert, im Kampf gegen die Existenz des Staates Israel eingesetzt. Die Strategie beruht auf zwei Angriffslinien, der Leugnung des Holocaust und der Wiederholung von Verschwörungstheorien. Die Grenzen zwischen Antisemitismus und Israelfeindschaft, Anti-Amerikanismus und einer allgemein gegen den Westen gerichteten Einstellung sind fließend. Interviews mit Gelehrten, Hasspredigten geistlicher Führer, tendenziöse Kompilationsfilme mit dem Anspruch dokumentarischer Authentizität und fiktionale Unterhaltung dienen der Einübung und Festigung der Abneigung gegen „die Juden“. Junge Männer auf der Straße erläutern vor der Kamera, dass sie „aus religiösen Gründen“ niemals einem Juden die Hand geben könnten, das dreijährige Mädchen Basmallah wird in einer Sendung des iranischen Frauenfernsehens vorgeführt mit dem Geplapper, für sie als Muslimin seien Juden „Affen und Schweine“ (dieses verbreitete Bild kommt auch in Freitagspredigten frommer Imame vor).¹⁶

¹⁴ The Charter of Allah: The Platform of the Islamic Resistance Movement (HAMAS). Quelle: <http://www.fas.org/irp/world/para/docs/880818.htm>, der gleiche Wortlaut unter <http://www.palestomecenter-prg/cpap/documents/charter.html>.

¹⁵ Ebenda.

¹⁶ The Middle East Media Research Institute TV Monitor Project (MEMRI TV), Antisemitism on Arab and Iranian TV, March–September 2004, Washington, DC 2004 (DVD) Disc B/38 Kid Basmallah on Jews.

Der schiitische libanesische Geistliche Abd Al-Karim Fadhllaha erläutert, dass das materielle Denken in Israel und den USA identisch sei, in beiden Nationen habe man Gott durch Geld ersetzt. Im iranischen Fernsehen erklärt im August 2004 der Professor Shahryar Zarsenas die Technik jüdischer Weltverschwörung, bei der zunächst sowohl die Sowjetunion als auch die USA von den Juden als Instrumente verwendet worden seien. Die neue Ordnung der Welt nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft sei nun die Verwirklichung der jüdischen Weltherrschaft. Der Professor nennt sie den „Neuen Faschismus“. Alle pornographischen Filme der Welt seien von Juden gemacht, wird an anderer Stelle verkündet und die jahrhundertelange Weltverschwörung der Juden, geleitet vom Bankhaus Rothschild, ist ein Topos, der häufig in Sendungen dieses Genres erscheint.¹⁷

Das syrische Fernsehen strahlte im Oktober und November 2003 zum Ramadan eine Serie „Al-Shatat“ (Diaspora) aus, in der alle Stereotype des Judenhasses in Szene gesetzt waren. Eine der 29 Episoden zeigt die grausame Exekution eines Juden, der von einem „Talmud-Gericht“ wegen der Heirat mit einer Nichtjüdin zum Tod verurteilt worden war, eine andere den Ritualmord an einem Christenknaben, ebenso detailfreudig dargestellt als Diffamierung der jüdischen Religion wie die anderen Episoden dieser Unterhaltungsserie.¹⁸

Aber nicht nur die leicht identifizierbaren literarischen Zeugnisse des traditionellen Antisemitismus fördern die Stimmung gegen Israel und keineswegs müssen antizionistische Fanatiker aktiv werden, um Israel als Unrechtsstaat zu diskreditieren und sein Existenzrecht zu negieren. Das zeigt die folgende Probe aus der deutschen Jugendbuchkultur.

Als „einfühlsame Erzählung über die ersten Monate der Intifada“ und als „literarischer Versuch, das Leben palästinensischer Kinder unter israelischer Besatzung für deutsche Kinder vorstellbar zu machen“, hatte ein Jugendbuch anhaltenden Erfolg, das von fixierten Feindbildern lebt und unter dem metaphorischen Titel „Die sprechenden Steine“ Preise erhielt und als Schullektüre propagiert wurde.¹⁹

In der Erzählperspektive eines 11-jährigen Schülers wird ein manichäisches Weltbild gezeichnet, das nur Recht und Unrecht, Gut und Böse kennt, Juden als Täter und Palästinenser als Opfer charakterisiert, die Gründung Israels als Unrecht darstellt: „Die Zionisten haben die Menschen geblendet. Sie haben den Juden eingeredet, dass Palästina ihr Land

¹⁷ Ebenda, Disc B/32 Iranian Professor Shahryar Zarsenas on Jewish global conspiracies.

¹⁸ Ebenda, Disc B/35 Excerpts from Syrian Ramadhan Series „Al-Shatat“.

¹⁹ Ghazi Abdel-Qadir, Die sprechenden Steine, Weinheim – Basel 1992 und zahlreiche Neuauflagen und Übersetzungen.

sei. Und dann sind nicht nur Flüchtlinge gekommen, sondern auch machtgerige und religiöse Fanatiker, die mit Hilfe der Engländer die Palästinenser aus ihrem Land vertrieben haben.“²⁰

Israeli, die als arrogante Polizisten, willkürlich Gewalt anwendende Militärs oder vandalisierende Siedler gezeichnet sind (als Stilmittel jugendgerechter Sprache werden sie durchgehend Hunde- oder Schweinesöhne genannt), verkörpern das Unrecht, gegen das sich die Unterdrückten nur durch Steinewerfen wehren können. Dem heroischen Bild aufgesetzt ist – unter Apostrophierung des indischen Befreiungskampfes unter Ghandi – die Parabel eines palästinensischen Staates, in dem Muslime, Christen und Juden friedlich zusammenleben. Zwei Juden, die Großmutter des Erzählers Kamal und ein aus Frankreich stammender vornehmer alter Herr, sind als Ausnahmen freundlich gezeichnet, für „die Juden“ insgesamt gilt aber das pauschale Verdikt: „ich habe noch keinen einzigen Juden gesehen, der menschlich denkt [...] was ist das bloß für ein herzloses Volk! Sie sind alle herzlos, aber auch alle!“²¹

Die kollektive Zuschreibung von negativen Eigenschaften (in der Verdichtung von Vorurteilen und stereotypen Feindbildern) ist konstitutiv für jeden Antisemitismus. Das ist das Problematische an dem Jugendbuch; nicht Sympathie für die Palästinenser und die Parteinahme für ihre Sache ist bedenklich, aber die undifferenzierte Wahrnehmung der Juden als grundsätzlich böse, die als Botschaft vermittelt wird, die bedingungslose Schuldzuschreibung ausschließlich an Israel. Es ist erstaunlich, dass Pädagogen dies so lange nicht bemerkt haben oder nicht bemerkt haben wollen.²² Der Text ist auf jeden Fall ein bemerkenswertes Dokument für die Schnittmenge von Antisemitismus und Antizionismus, für israelkritische Propaganda, die als Judenfeindschaft agiert und rezipiert wird. Das Jugendbuch, das inzwischen aus dem Programm des Verlages genommen wurde, ist auch ein Dokument für das Vordringen des Antizionismus und die Akzeptanz islamistischer Judenfeindschaft.

²⁰ Ebenda, S. 65.

²¹ Ebenda, S. 83.

²² Hinweise auf den Sachverhalt danke ich Herrn Christof Maihoefer, der im Zusammenhang mit einer geplanten Lesung Ende 2007 auf die Problematik des Buches aufmerksam machte.

Die Geschichte der Hebräischen Universität Jerusalem

DIE HEBRÄISCHE UNIVERSITÄT JERUSALEM HEUTE

Die HUI verfügt über folgende Lehrkörper: Faculty of Humanities, Faculty of Social Sciences, Faculty of Law, Faculty of Science, Faculty of Medicine, Faculty of Dental Medicine und Faculty of Agricultural, Food and the Environmental Quality Sciences. Parallel zu diesen gibt es „Schulen“, die eine gegenüber der Fakultät kleinere Anzahl von Lehrstühlen aufweisen, und zwar für die folgenden Fächer: Business Administration, Education, Engineering and Computer Science, Library, Archive and Information Studies, Medical School, Nursing, Nutritional Sciences, Occupational Therapy, Pharmacy, Public Health and Community Medicine, Public Policy, Social Work und Veterinary Medicine.

Besonders hervorzuheben ist die Rothberg School, an der vor allem ausländische Studenten inskribiert sind. Die Vorlesungen werden dort in englischer, spanischer und auch in deutscher Sprache gehalten.

An die 100 interdisziplinäre Forschungszentren verbinden die einzelnen Wissensgebiete, um gemeinsame sachbezogene Projekte durchzuführen.

Im vergangenen Sommersemester 2008 waren 24.000 Studierende inskribiert, darunter an die 2000 arabischer und annähernd die gleiche Zahl ausländischer Herkunft. 12.000 von diesen StudentInnen waren bestrebt, einen B.A. Titel, 7600 einen M.A. Titel und 2600 einen PhD Titel zu erwerben. Da es Studenten aus minder privilegierten Schichten nicht leicht fällt, die Aufnahmeprüfung zu bestehen, wurde für diese ein einjähriges Vorbereitungsstudium eingerichtet. An die 1000 Jugendliche nehmen an diesem teil. Der Unterricht an der Universität wird von 1200 Lehrkräften bestritten.

An der Universität befindet sich auch die National- und Universitätsbibliothek mit der weltweit größten Sammlung an Hebraica und Judaica. Des Weiteren befindet sich dort eine der bedeutendsten Sammlungen von mittelalterlichen arabischen Handschriften.

Zurzeit werden an die 3800 Forschungsprojekte durchgeführt, wobei jedes Jahr an die 1500 neue Projekte initiiert werden. Diese Anzahl entspricht 40 Prozent aller in Israel im zivilen Sektor durchgeführten Forschungsprojekte.

Sechzehn Prozent der Forschungsergebnisse finden Anwendung in der Hightech-Industrie. Aber auch im Sektor der Nanotechnologie, der

Medizin, der Pharmazie, der Landwirtschaft, der Computer-, der Lebensmittel- und der Umwelttechnologie wurden in den letzten 40 Jahren über 600 Forschungsergebnisse patentiert und diese weltweit verwertet. Produkte, die auf Forschungen der Universität beruhen, erzielen jährlich einen Umsatz von ca. einer Milliarde US Dollar.

In den letzten Jahren erhielten Forscher der HJU fünf Nobelpreise. Dieser Umstand und das internationale Rating zeigen, dass die Universität nicht nur die führende Universität Israels ist, sondern dass sie auch dem Wettbewerb mit den bekannten amerikanischen Universitäten standhalten kann.

Israel weist den höchsten Prozentsatz von Akademikern auf und ist auch führend in der Anzahl der publizierten wissenschaftlichen Veröffentlichungen in Relation zur Einwohnerzahl.

DIE ANFANGSJAHRE

„Wer nicht an Wunder glaubt, ist kein Realist.“ Dieser Spruch, der von David Ben Gurion – Israels erstem Ministerpräsidenten – stammt, bezeichnet am besten den Mann, der die Idee der Gründung einer Universität schon im 19. Jahrhundert im noch unter türkischer Oberhoheit stehenden Palästina das erste Mal konzipiert hat. Es war dies Hermann Schapira, Professor für Mathematik an der Universität Heidelberg, der 1897 in mehreren Schriften forderte, dass diese zu gründende Lehranstalt eine echte Synthese zwischen den allgemeinen Wissenschaften und den jüdischen Studien herbeiführen möge. Im Jahr 1901, am fünften Zionistischen Weltkongress, wurde dieser Plan von einer Gruppe unter der Führung von Prof. Chaim Weizmann, der von 1949 bis zu seinem Ableben im Jahr 1952 der erste Staatspräsident Israels war, unterstützt.

Dr. Theodor Herzl unterbreitete 1902 dem Sultan der Türkei Abdul Hamid den Vorschlag, in Jerusalem eine Jüdische Universität zu gründen. Diese Universität hätte auch nicht-jüdischen Studenten aus dem gesamten Bereich des Osmanischen Reiches offen stehen sollen. Der konservative und kurzsichtige Sultan lehnte es ab, diesem Vorschlag näherzutreten.

Noch im selben Jahr 1902 hat Chaim Weizmann dieses Projekt gemeinsam mit einem Finanzplan und einer Organisationsstruktur, in Zusammenarbeit mit den 1878 in Wien geborenen Religionsphilosophen Martin Buber und Berthold Feiwel, unter dem Titel „Eine jüdische Hochschule“ (Buber/Feiwel/Weizmann, Eine jüdische Hochschule, 1902) veröffentlicht. Auch Achad Haam, der als Philosoph und Schriftsteller die geistigen Grundlagen des kulturellen Zionismus erarbeitet hatte, unterstützte diesen Vorschlag und sah in dieser zu gründenden Universität die Quelle für die Verjüngung des jüdischen Volkes.

Der elfte Zionistische Kongress beschloss im Jahr 1913, dass praktische Schritte zur Gründung der Universität erfolgen sollten.

Schon 1916, als der Erste Weltkrieg tobte und Palästina noch in der Hand der Türken war, kaufte Arthur Ruppin (1876–1943) das Grundstück mit dem Haus der Familie Grey Hill am höchstgelegenen Gebiet des Mount Scopus mit Hilfe namhafter Geldgeber, wie der Familien Rothschild und Warburg. Ruppin war jüdischer Soziologe, Zionist und Wegbereiter der Gründung der Stadt Tel Aviv. Das von ihm erworbene Grundstück hatte schon 1907 Weizmann als Platz für die Universität ausersehen.

Weizmann sah damals eine Parallele zu den Römern, die Grundstücke zu einer Zeit gekauft hatten, als Hannibal im Römischen Reich eingefallen war und diese Grundstücke schon von den Truppen der Punier besetzt waren. (Weizmann, *Trial and Error*, 1949) Er erwirkte auch eine Zusage des damaligen britischen Außenministers, Arthur James Balfour, dass die Grundsteinlegung der Universität am Mount Scopus erfolgen könne, sobald der örtliche militärischer Befehlshaber dem zustimmen würde. Als im Mai des Jahres 1918, nur einige Monate nach der „Balfour-Deklaration“,¹ die Alliierten Streitkräfte den Mount Scopus erobert hatten, suchte Weizmann General Edmund Allenby auf und konfrontierte ihn mit diesem Anliegen. Allenby war erstaunt über diese Bitte, da er meinte, dass jederzeit im Kampfgeschehen eine Rückkehr der türkischen Armee möglich wäre und in diesem Fall müsste man mit dem Verlust des Grundstückes rechnen. Er wies auch darauf hin, dass Weizmann sich die schlechteste Zeit für diesen Gründungsakt ausgesucht hätte, da die Deutschen vor den Toren von Paris stünden. Nach seiner Kontaktaufnahme mit dem Außenministerium in London erfolgte am 24. 7. 1918 die Grundsteinlegung mit 12 Steinen, ein Stein für jeden Stamm der Hebräer, um so die Kontinuität mit der alten Heimat zu dokumentieren.

Bei der Gründungszeremonie, an der 6000 Menschen teilnahmen, dröhnte von der in der Nähe gelegenen Front Kanonendonner. Weizmann dachte während des Festaktes daran, dass dies der Beginn der Rückkehr des jüdischen Volkes in seine Heimat sei. In seiner Ansprache meinte er: „It seems at first paradoxical, that in a land, with so sparse population, where everything still remains to be done, in a land crying out for such simple things as ploughs, roads and harbours, we should begin by creating a centre of spiritual and intellectual development. But it is not paradoxical for those

¹ In der Balfour-Deklaration vom 2. 11. 1917 erklärte die damalige Weltmacht Großbritannien sich einverstanden mit den zionistischen Bestrebungen, in Palästina eine „nationale Heimstätte“ des jüdischen Volkes zu errichten, wobei die Rechte bestehender nicht-jüdischer Gemeinschaften gewahrt bleiben sollten. Zum damaligen Zeitpunkt befand sich Palästina noch im Machtbereich der Osmanen.

who know the soul of the Jew. It is true that great social and political problems still face us and demand the solution from us. We Jews know, however, that when our mind is given full play, when we have a centre for the development of Jewish consciousness, than coincidentally we obtain the fulfilment of our material needs.“

Das erste Gebäude, das auf dem Grundstück errichtet worden war, war die Jüdische National-Bibliothek, die schon 1892 von der damals zahlenmäßig kleinen jüdischen Siedlergruppe gegründet wurde. Da die Bibliothek vor allem eine wertvolle Sammlung orientalischer Werke besaß, die als Schenkungen von Spendern aus aller Welt kamen, erfolgte zuerst die Eröffnung der Schule für Orientalische Studien.

Das Haus der Familie Grey Hill wurde renoviert und dort entstand 1924 das Institut für Mikrobiologie. Die Spenden, mit deren Hilfe die Universitätsgebäude errichtet werden konnten, wurde durch den werbewirksamen Besuch von Chaim Weizmann und Albert Einstein im Jahr 1921 in den USA herbeigeführt.

Das Gründungskomitee in Jerusalem setzte sich zur Aufgabe, ein „Institute for Jewish Studies“ zu gründen. Dafür übernahmen die Oberrabbiner von Paris und London den Ehrenschatz. Im ersten Jahr nahmen 120 Frauen und Männer, aus allen Schichten der Bevölkerung, an den Vorlesungen teil. Diese fanden in einem gemieteten arabischen Haus am Mount Scopus statt.

Magnes, der Kanzler der Universität, sprach bei der Eröffnung des Instituts folgende Worte: „The Institute is open to men and women without distinction of religion, race and nationality. The HU is dedicated to the pursuit of truth without partisanship or without prejudice. What is Judaism is the question, which the established institute has to answer. We want, that the University should be a place, where Judaism in all its phases can be studied, but where at the same time it is possible to study the Humanities and that, which constitutes our modern civilisation.“

Weizmann schrieb in seinen Memoiren, es hätte eine Zeit lang die Gefahr bestanden, dass aus diesem Institut ein Rabbinerseminar würde. Als aber das Institut in die Universitätsstruktur eingegliedert wurde, konnte diese sich anbahnende Fehlentwicklung beseitigt werden und es entstand ein modernes wissenschaftlich orientiertes Forschungsinstitut.

Im Jahr 1923 besuchte Albert Einstein die Universität und hielt dort eine Vorlesung über die Relativitätstheorie. Er vermachte alle seine Schriften, inklusive dem Manuskript über die Relativitätstheorie, der Jüdischen National und Universitätsbibliothek in Jerusalem.

Die Frage der Sprache des Unterrichts beschäftigte die Gründer der Universität von Anfang an. Schon Schapira meinte in seinen Schriften, die er 1897 veröffentlichte, dass Deutsch die Sprache der Wissenschaften sei und in Jerusalem deshalb der Unterricht in deutscher Sprache erfolgen solle, aber es sollte so viel wie möglich, vor allem die jüdischen Fächer, in

hebräischer Sprache gelehrt werden, bis sich Hebräisch als Umgangssprache im Land durchgesetzt habe. Gegen die Ansicht Weizmanns wurde dennoch beschlossen, dass Hebräisch die einzige Unterrichtssprache sein möge, und so wurde sie als „Hebräische Universität“ und nicht als „Jüdische Universität“, wie manche dies begehrt hatten, eröffnet.

Ein weitere Frage war gleichfalls in den Raum gestellt: Soll die Universität eine Forschungsstätte sein oder sich vor allem mit dem Unterricht beschäftigen. Weizmann meinte, dass für den Unterricht noch die geeignete Sprache, nämlich das Modernhebräisch, das geeignete Lehrpersonal und die notwendige Infrastruktur fehlen würden. Die zionistische Konferenz beschloss 1920, dass zuerst mit der Forschungstätigkeit begonnen werden sollte und erst dann, wenn die Zeit dafür reif sei, solle die Unterrichtstätigkeit aufgenommen werden.

Am 1. 4. 1925 fand die feierliche Eröffnung der HUIJ statt. An die 10.000 Zuschauer verfolgten die Eröffnungsansprachen, die von Oberrabbiner Kook, Sir Herbert Samuel, High Commissioner for Palestine, Weizmann und Lord Balfour gehalten wurden. Österreich war durch den Konsul, der in Alexandrien residierte, vertreten. Sein Bericht, der im Österreichischen Staatsarchiv in Wien aufbewahrt ist, beschreibt eindringlich die Bedeutung dieser Festveranstaltung.

Oberrabbiner Zwi Peres Chajes,² der aus Wien anreiste, schilderte in seinen Predigten bei zwei Pessachgottesdiensten, die dem Festakt folgten, seinen Eindruck. Er sagte: „Ich weiß nicht, ob ich die Kraft habe, das wiederzugeben, was ich erleben durfte. Ich meine nicht die physische Kraft, obwohl ich die Strapazen der Eröffnungsfeier und der Rückreise eben erst hinter mir habe und während der letzten Wochen in den jüdischen Kolonien Eindrücke einer ganz neuen Welt in mich aufgenommen habe. Ich meine die geistige Kraft.“

Man hat mich gefragt, ob ich die Bedeutung des Ereignisses durch eine kurze Formel ausdrücken könnte. Ich versuche es hiermit: Nach zweitausend Jahren waren wir Juden zum ersten Mal wieder Gastgeber. Während dieser zweitausend Jahre waren wir stets nur Gäste. Selten erwünschte, meistens nicht erwünschte Gäste.“

² Zwi Perez Chajes wurde 1876 in Brody im damaligen Ostgalizien geboren, er verstarb 1927 in Wien. Er absolvierte 1899 das Rabbinerseminar in Wien. Er war u.a. Dozent für Bibelexegese an der Universität von Florenz, danach wurde er Oberrabbiner in Triest. Im Jahr 1918 nahm er die Stelle als Oberrabbiner in Wien an, die er bis zu seinem Ableben bekleidete. Er war Mitglied des Kuratoriums der Hebräischen Universität und Vorsitzender der Völkerbund-Liga für Österreich und gründete 1919 das erste jüdische Realgymnasium (ab 1927: Chajes-Gymnasium) im 1. Bezirk, Drahtgasse 4. Die heutige Zwi Perez Chajes-Schule im zweiten Wiener Bezirk, Castellezgasse, wurde nach ihm benannt.

Aus der zweiten Predigt Chajes' sollen folgende Worte zitiert werden: „Am ersten Pessachtage habe ich, noch ganz erfüllt von dem Eindruck, den die Eröffnung der Hebräischen Universität auf mich gemacht hatte, mehr stammelnd als sprechend meine Wahrnehmungen wiedergegeben. Ich habe gesagt, dass schon dieser Beginn auf unser Verhältnis zu den Völkern der Welt wirken wird. Es schien, so sagte ich, als sei das Gerechtigkeitsgefühl hervorgetreten. Die prophetische Vision, dass alle Völker nach Zion kommen werden, hatte sich für eine wenn auch kurze Zeit erfüllt und man konnte glauben, das messianische Zeitalter sei angebrochen. [...] Die Eröffnungsfeierlichkeit wurde eingeleitet mit den hier (im Gottesdienst) eben gehörten Worten, auch in der gleichen Vertonung: *ki mizijon teze tora*.“ Es ist der Spruch, den die Universität von Jerusalem in ihrem Wappen führt: „Von Zion soll die Lehre ausgehen“. (Jesaia 2, 3) Anschließend schilderte Chajes seine Erwartung an die HUU, wonach diese vor allem die jüdische Wissenschaft fördern möge.

Bialik³ meinte, dass die Lehrtätigkeit in Palästina mit allen wissenschaftlichen Fächern auch in der hebräischen Sprache fest verwurzelt sein müsste. „Wir brauchen keine übersetzte Wissenschaft, keine mechanische Übersetzung ins Hebräische, in irgendeine mechanische Sprache von 500 Worten. Die Wissenschaft ist Sache der Menschheit. Es gibt keine Sondermathematik oder Sonderchemie für dies oder jenes Volk, aber es gibt große Unterschiede in der sprachlichen Fassung der wissenschaftlichen Terminologien. Und jede Wissenschaft gibt etwas von sich selbst an die besondere Eigenart jedes Volkes ab.“ (Bialik, Die hebräische Universität, 1935)

Thomas Mann (1875–1955) schildert von seiner Palästinareise im Jahre 1930 folgenden Eindruck: „Von der Universität Jerusalem ist vor allem rühmend zu sagen, dass sie durchdrungen ist von einem tatkräftigen wissenschaftlichen Geist, der die Förderung menschlichen Wissens im Allgemeinen mit der geistigen Selbsterforschung und Stärkung des Judentums vereint.“ (Mann, Eine lebende menschliche Wirklichkeit, 1932)

Im Jahr 1931 konnte der erste akademische Grad verliehen werden, da die systematische Lehrtätigkeit, nachdem in den ersten Jahren nur geforscht wurde, gegen Ende der 1920er Jahre aufgenommen wurde.

Mit der Machtergreifung des Nationalsozialismus kam eine Reihe führender Kräfte der Wissenschaften nach Jerusalem und stärkte so die Anzahl und das Niveau der Lehrkräfte. Die vielen in das Land einwandernden Professoren aber hatten Probleme, an der Hebräischen Universität eine Anstellung zu finden. Diese hatte nur ein beschränktes

³ Chaim Nachman Bialik (1873–1934) war einer der einflussreichsten hebräischen Dichter, Autor und Journalist, der auf Hebräisch und Jiddisch schrieb. In Israel wird er als Nationaldichter par excellence angesehen.

Budget zur Verfügung und konnte auch hochrangige Wissenschaftler nicht ohneweiters in ihren Kader aufnehmen.

Wie schwer es damals war, an der weit und breit einzigen Universität mit einer geisteswissenschaftlichen Fakultät im Lande als Forscher oder Dozent unterzukommen, zeigt nicht zuletzt der Streit um die Berufung Martin Bubers an die Hebräische Universität. Dabei spielten nicht nur angebliche Gehaltszusagen eine Rolle, auch Bubers kritische Bemerkung über die Universität missfiel den Kollegen: „Sie sei ein Wasserkopf, das Land brauche sie nicht, das Land brauche Forschungsinstitute, die mit dem Land zusammenhängen und Volkshochschulen.“ (Bergmann, Tagebücher und Briefe, 1985: S. 350, 390, 397f.)

Gerade der Fall Buber macht deutlich, mit welchen Schwierigkeiten selbst etablierte Wissenschaftler (vom wissenschaftlichen Nachwuchs ganz zu schweigen) angesichts der in der geisteswissenschaftlichen Fakultät bestehenden Klientelverhältnisse und der daraus resultierenden Intrigen bei der Arbeitssuche im universitären Bereich zu rechnen hatten. (Jütte, Die Hebräische Universität in Jerusalem, in: Lehmann (Hg.), Nationalsozialismus in den Kulturwissenschaften, Bd. 2, 2004: S. 315f.)

Ein Blick auf die überlieferten Lehr- und Studienpläne bis 1947 verdeutlicht die Grundkonzeption der universitären Ausbildung an der Hebräischen Universität in Jerusalem. Zumindest in den geisteswissenschaftlichen Fächern ging man lange Zeit davon aus, nicht für die Praxis (z.B. den Lehrer- oder Rabbinerberuf), sondern für die Forschung auszubilden.

Im Jahr 1935 hatte die HJU 450 Studenten und 80 Wissenschaftler und Lehrkräfte. Es gab zwei Fakultäten, eine für die Geisteswissenschaften und eine für die Naturwissenschaften. Deren Institut für Hygiene und Bakteriologie erforschte die Methoden der Immunisierung gegen Typhus und Malaria. Die Veterinärmedizin beschäftigte sich mit diversen Rinderseuchen und die Geologie erforschte die Methoden zur Auffindung unterirdischer Wasseradern.

Bis Ende 1937 hatten 112 Studenten den Magistertitel erhalten, davon die Mehrheit (77) in den Geisteswissenschaften.

1939 waren schon an die tausend StudentInnen inskribiert, aber die Finanzreserven der HJU waren, wegen der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre an einen Tiefpunkt gelangt. Als der 2. Weltkrieg ausbrach, waren die Tore Palästinas durch die Mandatmacht auch für Studenten aus den von der Naziherrschaft besetzten Gebieten praktisch geschlossen. 1940 konnten nur 140 Studenten aus 17 Ländern an der HJU inskribieren. Eine Reihe von Studenten meldete sich freiwillig zur Aufnahme in das britische Militär. Die Forschungstätigkeit wurde in die Dienste der Alliierten Streitkräfte gestellt. Das Institut für physikalische Chemie stellte Quarzplättchen für Radiogeräte her und entwickelte chemische Substanzen zur Löschung von

Feuer in Flugzeugen sowie Quecksilberschalter, um nur einige dieser Forschungen zu erwähnen.

Mit Kriegsende 1945 inskribierten 850 Studenten, wobei den Veteranen Vorzug bei der Aufnahme gewährt wurde.

Gleichzeitig begannen Araber in Israel gegen die ansässige Bevölkerung vorzugehen. Professoren und Studenten wurden auf dem Weg zur Universität umgebracht, da der Weg zum Mount Scopus durch das arabische Dorf Sheikh Jarrah führte. Die Studenten und Professoren fuhren dann in von bewaffneten Studenten eskortierten Autobussen zum Mount Scopus. Am 13. 4. 1948 wurde ein Bus auf der Fahrt dorthin durch eine Mine gesprengt und die Überlebenden wurden von Freischärlern angegriffen. Dabei verloren 78 Ärzte, PflegerInnen und Patienten des zur Universität gehörenden Hadassah-Spitals sowie Mitglieder der Universitätsinstitute, darunter weltweit anerkannte Wissenschaftler, ihr Leben. Nach diesem tragischen Zwischenfall wurde die Lehr- und Forschungstätigkeit am Mount Scopus eingestellt. Nur eine geringe Anzahl von Studenten und Personal des Spitals blieben am Mount Scopus, um die verlassenen Gebäude und Laboratorien zu bewachen.

Einen Monat danach brach der Unabhängigkeits-Krieg aus. Nur Stunden, nachdem Ben Gurion am 14. 5. 1948 die Souveränität Israels deklariert hatte, griffen die arabischen Armeen der Nachbarstaaten das junge Israel an. Die HJU am Mount Scopus wurde unaufhörlich von der Arabischen Legion beschossen. Trotzdem haben die Studenten und Professoren, die die HJU bewachten, nicht ihre Stellungen verlassen. Als dann im Juli 1948 der Waffenstillstand ausgerufen wurde, blieb der Mount Scopus eine demilitarisierte Enklave. Dieser Zustand hielt fast zwanzig Jahre an.

Mit der Errichtung des Staates Israel wurden geeignete Personen benötigt, um die Aufgaben einer staatlichen Administration zu bewältigen. Diese Lücke wurde mit Lehrkräften der HJU abgedeckt. Es wurde Ihnen aber zum Teil gestattet, ihre akademischen Pflichten, zwar eingeschränkt, aber dennoch weiterhin zu erfüllen. Zu diesem Zweck wurden in 50 verschiedenen Unterkünften Jerusalems Gebäude gemietet oder notbehelfsartig errichtet.

Um die für einen unabhängigen Staat mit durch die Einwanderung stark zunehmender Bevölkerung entsprechenden Fachkräfte auszubilden, wurden Lehrkräfte angestellt, die zum Teil aus dem Ausland berufen wurden. Bis 1950 wurden zwei neue Fakultäten für Medizin und Rechtswissenschaften eröffnet. In weiterer Folge wurden die Fakultäten und Schulen, die in der Einleitung schon erwähnt wurden, ins Leben gerufen.

Mit der Zeit erwies sich die Unterbringung der Lehr- und Forschungstätigkeit an 50 verschiedenen Orten in Jerusalem angesichts der stets wachsenden Bedürfnisse als untragbar. Mit der Hilfe der Regierung begann 1954 der Ausbau eines Campus in Givat Ram, einem Stadtteil Jerusalems, wo

sich auch die wichtigsten Gebäude des Staatsapparates, wie die Knesset (das Parlament), der Oberste Gerichtshof und die Ministerien befinden. Es wurden 25 größere Gebäudeeinheiten errichtet und die Anzahl der StudentInnen erreichte über 4000. 1961 wurde das Gebäude der Jewish National and University Library am Campus in Givat Ram eröffnet. Am Montag, dem 5. 6. 1967, brach der Sechstage-Krieg zwischen Israel und Syrien, Jordanien und Ägypten aus. Schon am Freitag, dem 9. 6., fuhr eine Delegation der HUJ und des Hadassah-Spitals zum Mount Scopus.

Unterwegs, in Sheikh Jarrah, hielt die Delegation am Ort an, wo sich das tragische Unglück 19 Jahre früher ereignet hatte. Es wurde Kaddisch – das Totengebet – gesprochen, um der damals Umgekommenen zu gedenken.

Weniger als drei Wochen später, am 28. 6., am Jahrestag der Eröffnung der Universität 42 Jahre zuvor, wurde eine akademische Feier abgehalten, in deren Rahmen akademische Grade vergeben wurden. Drei Doktoratdekrete für drei Studenten, die im Krieg umgekommen waren, wurden den Familienangehörigen übergeben. Dem Stabschef der israelischen Streitkräfte, Jitzchak Rabin, wurde das Ehrendoktorat verliehen.

Der Campus am Mount Scopus wurde renoviert und ausgebaut. Er beherbergt heute die geisteswissenschaftliche, sozialwissenschaftliche und rechtswissenschaftliche Fakultät sowie das Institut für jüdische Studien. Die anderen universitären Einrichtungen verblieben am Campus Givat Ram.

ÖSTERREICH UND DIE HUJ⁴

Anfang 1991 übernahm Ellen Landesmann die Präsidentschaft der Österreichischen Freunde der HUJ. Sie trat mit einer Reihe von gut besuchten Veranstaltungen und einem vierteljährlich erscheinenden Mitteilungsblatt öffentlichkeitswirksam in Erscheinung. Wie in den Statuten festgehalten, bezweckt die Gesellschaft „die Förderung der Forschung und Lehre sowie der kulturellen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Personen und Institutionen in Österreich und der Hebräischen Universität Jerusalem sowie anderen Universitäten und Hochschulen in Israel“. Das Ziel war, „Brücken zu bauen, Brücken von Land zu Land, von Religion zu Religion, Brücken zwischen Forschungsbereichen, Brücken zwischen den Künsten, Brücken von Professoren zu Studenten, Brücken von Mensch zu Mensch“.⁵

⁴ Dieses Kapitel beruht im Wesentlichen auf Adunka, Evelyn et al., *Brücken, Beziehungen, Blockaden*, 2007.

⁵ Mitteilungsblatt der Österreichischen Gesellschaft der Freunde der Hebräischen Universität Jerusalem 2/3, September 1992, S. 7.

In einer Phase gespannter diplomatischer Beziehungen trugen die informellen Begegnungen hochrangiger israelischer Politiker mit den Spitzen der österreichischen Politik im Rahmen von Veranstaltungen der Österreichischen Gesellschaft der Freunde der HJU zu einer wesentlichen Verbesserung der zwischenstaatlichen Kontakte bei.

Im März 1991 lud die Österreichische Gesellschaft der Freunde der HJU den ehemaligen israelischen Generalstabschef, Verteidigungsminister und Ministerpräsidenten Jitzchak Rabin und dessen Gattin Lea Rabin nach Wien ein. Beim Sponsoring-Dinner im Hotel Plaza Hilton wies Bundeskanzler Franz Vranitzky in seiner Ansprache auf den hohen wirtschaftlichen Nutzen der gemeinsamen Forschungsprojekte hin und gab seiner Hoffnung Ausdruck, in Wien bald wieder einen israelischen Botschafter begrüßen zu können.⁶

Ellen Landesmanns Beitrag zum Zustandekommen der inoffiziellen Treffen würdigte Walter Schwimmer am 3. 12. 1992 in einer Rede im Österreichischen Nationalrat.

Seit 1991 hat die Gesellschaft der Freunde der HJU gemeinsam mit dem 2002 von Gouverneur Klaus Liebscher gegründeten Verein der Freunde des Austrian Centers Forschungsprojekte zwischen österreichischen Wissenschaftlern und Professoren der HJU initiiert und gefördert. Von diesen über 50 Projekten sollen nur zwei hervorgehoben werden. Eines davon ist die „Übertragung, Konservierung und Restaurierung der Tondokumente der Sammlung Lachmann“. Hierbei handelte es sich um einzigartige, historisch bedeutsame Tondokumente, die 1909 von Robert Lachmann im Nahen und Mittleren Osten bei der jüdischen und arabischen Bevölkerung gesammelt wurden. Diese alten Tonzylinder wurden renoviert und auf moderne Medien überspielt.

Eine weitere Forschungsarbeit widmete sich der Bearbeitung der „Europäischen Genisah“ durch die Auffindung hebräischer Handschriftenfragmente, die zwischen dem 13. und dem 15. Jahrhundert in den europäischen Ländern für Einbände benutzt worden waren. In allen namhaften österreichischen Bibliotheken wurden die Einbände der Manuskripte durchleuchtet und durchsucht, um Pergamente mit hebräischer Beschriftung, die als Material zur Festigung der Buchdeckel verwendet wurden, herauszulösen. Die aufgefundenen Schriften wurden entziffert und hebräischen Schriften zugeordnet. Die Ergebnisse sind auf der Webseite <http://www.ksbm.oeaw.ac.at/hebraica/> dokumentiert.

Die HJU verlieh im Juni 1993 Bundeskanzler Franz Vranitzky die Ehrendoktorwürde, aufgrund seiner Bemühungen um die Bewahrung demokratischer Traditionen und die Bekämpfung des Antisemitismus.

⁶ Mitteilungsblatt der Österreichischen Gesellschaft der Freunde der Hebräischen Universität Jerusalem 1/1, August 1991.

Dessen am Campus der HUI gehaltene Rede, in der er eine kollektive Verantwortung Österreichs für die Verbrechen des Nationalsozialismus einbekannte, fand international ein sehr positives Echo.

Rektor Alfred Ebenbauer und Georg Winckler, der für die Auslandsbeziehungen der Universität zuständig war, unterzeichneten am 3. 6. 1993 das Partnerschaftsabkommen der Universität Wien mit der HUI. Aus dem Partnerschaftsabkommen ergab sich eine intensive wissenschaftliche Zusammenarbeit. Sie bildete die Grundlage für die Gründung des Dr.-Franz-Kardinal-König-Österreich-Lehrstuhls, die Einrichtung einer Österreich-Bibliothek und letztlich für die Gründung des Austrian Centers an der HUI.⁷

Schon im Sommer 2001 kamen mit Hilfe privat finanzierter Stipendien dreizehn Studierende des Center for Austrian Studies nach Österreich und nahmen an Deutschkursen teil, die von der Universität Wien kostenlos angeboten wurden. Im Jahr 2002 wurden zwanzig Studierende aus Israel nach Österreich eingeladen, um auch an den Universitäten Graz, Innsbruck und Klagenfurt an „Sommer Sprachkursen“ teilzunehmen. (*Die Presse*, 14. 3. 2002)

Seither nehmen Studentinnen und Studenten der HUI an Sommer Sprachkursen der wichtigsten Universitäten Österreichs Jahr für Jahr teil. Ebenfalls studieren jährlich StudentInnen der Wiener Universität für einige Semester an der HUI. Die Kosten hierfür werden ebenfalls zum Großteil von den „Freunden des Austrian Centers“ und den „Freunden der HUI“ getragen.

Literatur

- Adunka, Evelyn / Hecht, Dieter / Mayr, Sabine* (2007): *Brücken, Beziehungen, Blockaden. Initiativen und Organisationen in Österreich und Israel seit 1945.* Edition Illustrierte Neue Welt, Wien
- Bergman, Shmuel Hugo / Sambursky, Miriam* (Hg.) (1985): *Tagebücher und Briefe, Königsstein/Ts.* Jüdischer Verlag Athenäum
- Bialik, Chaim Nachman* (1935): *Die hebräische Universität. Reden und Ansprachen.* Hebräische Universität, Jerusalem
- Buber, Martin / Feiwel, Berthold / Weizmann, Chaim* (1902): *Eine jüdische Hochschule.* Jüdischer Verlag Berlin
- Jütte, Robert* (2004): *Die Hebräische Universität in Jerusalem,* in: *Lehmann, Hartmut* (Hg.), *Nationalsozialismus in den Kulturwissenschaften. Leitbegriffe, Deutungs-*

⁷ Mitteilungsblatt der Österreichischen Gesellschaft der Freunde der HUI 5/2, Mai 1995, S. 11.

- muster, Paradigmenkämpfe, Erfahrungen und Transformationen im Exil, Bd. 2, Göttingen, S. 305–318
- Mann, Thomas* (1932): Eine lebende menschliche Wirklichkeit, in: *Mann, Thomas*, Nachträge, Frankfurt am Main 1974, S. 479
- Rosenfeld, Moritz* (1933): Oberrabbiner Hirsch Perez Chajes: sein Leben und Werk, Moritz Rosenfeld: Selbstverlag des Verfassers – XV, Wien
- Scholem, Gershom* (1997): Von Berlin nach Jerusalem. Jugenderinnerungen, aus dem Hebr. von Brocks, Michael / Schatz, Andrea. – Erw. Ausg., 1. Aufl. – Suhrkamp, Frankfurt am Main
- Spiegel, Manka* (Hg.) (1950): The Hebrew University of Jerusalem. 1925–1950, Jerusalem
- Weill, Ascher* (Hg.) (2000): In Pursuit of Excellence, The Story of The Hebrew University of Jerusalem, Jerusalem 2000
- Weizmann, Chaim* (1949): Trial and Error, Hamish Hamilton, London

Postcolonial Ideology and the Arab-Israeli Conflict

In the short Gaza war at the end of 2008, following the resumption of rocket bombardment by Hamas of Israel, anti-Israel demonstrators marched and burned Israeli flags in many European cities. European newspapers published articles and editorial cartoons attacking Israel, and non-government organizations (NGOs) issued condemnations. Allegations included “collective punishment”, “indiscriminate attacks”, “disproportionate force”, “violations of international law”, “war crimes”, etc.¹ European diplomats made similar statements, and academics renewed campaigns calling for a boycott of Israeli universities.

These attacks largely erased Hamas’s aggression and war crimes, including thousands of cross-border rocket attacks designed explicitly to strike civilians, exploitation of human shields, and mass suicide bombings in which hundreds of Israelis were killed. In parallel, little mention was made of Hamas’ declared objectives, including the movement’s charter, which speaks explicitly of killing the Jews and of Jihad as the solution to the “Palestinian question”.²

This obsessive “soft war” directed against Israel follows the pattern set during earlier confrontations, including the 2006 conflict initiated by Hizbollah, Israeli defense against the suicide bombing campaign from 2001 to 2005, the Mohammed al-Dura affair, and elsewhere. In these and numerous other examples, the Palestinian narrative and version of history is dominant, while the Israeli perspective is distorted beyond recognition.

A number of factors can be suggested in explaining this systematic bias. In an international relations framework, realists focus on Arab and

¹ Gerald M. Steinberg (ed.), *The NGO Front in the Gaza War: The Durban Strategy Continues*, NGO Monitor Monograph Series, February 2009. Available at http://www.ngo-monitor.org/article/the_ngo_front_in_the_gaza_war.

² The Hamas Charter states: “The Islamic Resistance Movement aspires to implement Allah’s promise: ‘The Day of Judgment will not come about until ... the Jews hide behind rocks and trees, which will cry: Oh Muslim! Oh Abdullah!, there is a Jew behind me, come on and kill him.’ (article 7) ... There is no solution for the Palestinian question except through jihad. All initiatives, proposals, and international conferences are a waste of time and vain endeavors.” (article 13). <http://middleeast.about.com/od/palestinepalestinians/a/me080106b.htm>; see also David G. Littman, *The Genocidal Hamas Charter*, in *National Review Online*, September 26, 2002, <http://www.nationalreview.com/comment/comment-littman092602.asp>.

Islamic power, including dependence on oil, fear of terror, and European demographics. Other explanations cite antisemitism – both the “old” model rooted in Christian theology, and the newer version which denies the Jewish people the right to sovereign equality. Some theories cite efforts to deny the unique barbarism of the Holocaust by the grotesque comparison of Israeli self-defense to Nazi behavior.

In this article, the case will be presented for considering the role of post-colonialist ideology, which provides a platform for anti-Zionism and antisemitism.³

POST COLONIALISM’S IDEOLOGICAL FOUNDATIONS

Edward Said’s book, “*Orientalism*”⁴, provides the foundation for this ideology. As noted by Divine, “*Orientalism* presumably showed how the West both created the Orient as a proving ground for its own identity and forged a discourse that sustained its domination over a large part of the globe.”⁵ According to Said and his followers, Western approaches to “the East” and non-European peoples and cultures were demeaning and stripped individuals and society of substance. Post-colonialism is based on the empowerment of the victim and the removal of the aggressor as the path to peace and justice.

This framework is consistent with Noam Chomsky’s emphasis on power imbalances, which he claims are the root of war and evil, with American power as the central obstacle to world peace.⁶ Chomsky extends this analysis to Israel, claiming that its power and relationship with the United States transforms the Jewish state into a postcolonial aggressor. In contrast, “weakness” confers the status of postcolonial victims to Arabs.

In a 1974 book, “*Peace in the Middle East*”, Chomsky calls for “independent nationalism and popular forces that might bring about meaningful democracy”, and totalitarian regimes are cast as virtuous pillars of the United Nations and other bodies.⁷

³ Edward H. Kaplan/Charles A. Small, “Anti-Israel Sentiment Predicts Anti-Semitism in Europe,” in *Journal of Conflict Resolution*, 50 (4): p. 548.

⁴ Edward Said, *Orientalism*, New York: Random House, Inc., 1978.

⁵ Donna Robinson Divine, “Introduction,” in Philip Carl Salzman / Donna Robinson Divine (eds.), *Postcolonial Theory and the Arab-Israel Conflict*, Oxford: Routledge, 2008, pp. 4–5.

⁶ Noam Chomsky, *Peace in the Middle East*, New York 1974; Noam Chomsky, *World Orders Old and New*, New York 1994.

⁷ The academic reputations of Said and Chomsky came in fields far removed from politics, international relations, or related disciplines. Said’s position and

Chomsky's "empowerment" of Said's "other" is the basis for the intense political advocacy in the name of "social justice". In contrast to the global values embodied in the Universal Declaration of Human Rights⁸, adopted in 1948 after the Holocaust, postcolonialism provides an apriori distinction between aggressor and oppressor.⁹ Adherents seek to empower groups that are defined as disenfranchised and oppressed (and patronizingly viewed as incapable of moral or ethical choices), and to weaken the "strong colonial parties".¹⁰

The appeal of this ideology is particularly strong in Western Europe during the post Cold War period, which has created an image of itself as having overcome the primitive Hobbesian political philosophy based on hard power, self-defense, and deterrence. Instead, the emphasis from London to Brussels and Berlin, and from Madrid to Paris and Oslo, is on "soft power", based on moral foundations such as human rights norms and international law.¹¹ Projecting their own experience onto other parts of the world, and to the Arab-Israeli conflict in particular, Western Europeans react angrily to images of Israeli "hard power", while they embrace and assist Palestinian victimhood as an expression of soft power.

In parallel, post-colonialism is also inherently opposed to Western nation-state structures and to nationalism, reflecting the lingering appeal of the Marxist goal of promoting the "withering away of the state". In

research was in literature, and Chomsky is a linguist. Their impact on the study of politics resulted from publications outside their areas of expertise. Although such academic cross-over is not unique, Chomsky is essentially an essayist, and his publications and claims are not documented. He chooses his "evidence" to fit his ideology and argument, exploiting his academic position as a linguist to publish scattered thoughts in support of political and ideological positions. And Said's notoriety and influence was enhanced by the myth he created for himself as a Palestinian refugee from the 1948 war, while erasing his true background as a member of the Arab elite residing mostly in Cairo, and with only a distant connection to Jerusalem, which has been carefully documented by Justus Weiner.

⁸ United Nations General Assembly, The Universal Declaration of Human Rights, 10 December 1948. Available at: <http://www.un.org/Overview/rights.html>.

⁹ Noam Chomsky, *Understanding Power: The Indispensable Chomsky*, ed. Peter R. Mitchell and John Schoeffel, New York 2002; Noam Chomsky, *World Orders Old and New*, New York 1994; Edward W. Said, *Low Point of Powerlessness*, in *Al Ahram*, 30 September 2002.

¹⁰ Fredric Jameson, *Postmodernism, or, The Cultural Logic of Late Capitalism*, Durham, NC, 1992.

¹¹ J. S. Nye Jr., *Soft Power: The Means to Success in World Politics*, New York, Public Affairs, 2004; see also id., *The Decline of America's Soft Power*, in "Foreign Affairs" May/June 2004.

Europe, this ideology, which often merges into support for anarchist groups, is particularly appealing, following the extreme nationalist excesses of the 20th century. Europeans often claim to have overcome the limits of petty and destructive nationalism through the progressive structure of the European Union. As will be discussed below, this attempt to extend the European experience to the Middle East has contributed to the intense opposition to Jewish national sovereignty and the existence of the Israeli democratic state.

POST-COLONIALIST JUSTIFICATION FOR PRO-PALESTINIAN BIAS

In the Middle East and the Arab-Israeli conflict, the impacts of these ideological filters and the popularity of post-colonialism are particularly acute. As Divine notes, “on the subject of Israel and the Middle East conflict, postcolonialism’s analytical rigor is particularly compromised by its advocacy function [...]” Adherents demand “that postcolonialism champion the Palestinian cause in an echo of the politics of Edward Said”, and as a result, “the field has been inclined to produce indictments against Israel rather than a full and clear understanding of that country’s history or society or of the Middle East conflict.”¹²

This process includes numerous dimensions of the conflict, beginning with the tendency to reduce the wide radius – from the Arab states of North Africa to the Islamic Republic of Iran – to the limited Israeli–Palestinian component. In this very misleading context, Israel is automatically portrayed as dominant, aggressive, and evil, whereas the Palestinians are depicted as perennially powerless victims of historic injustice. “Said’s post-colonial paradigm has led scholars to escalate his original charges by contending that the Jewish understanding of their past is totally spurious and that Zionism not only transgressed Palestinian national rights, it also invented a tribal history and appropriated an ancient homeland through a politicized reading of the scriptures and a gross distortion of the archaeological evidence.”¹³

The dominance of the ideological bias on academic research has promoted the Palestinian narrative and cause, at the expense of objective scholarship on the history and societies in the region. According to Divine, “this scholarly campaign began at the margins as an intellectual insurgency

¹² Joseph Massad, *The “Post-Colonial” Colony: Time, Space, and Bodies in Palestine/Israel*, in Fawzia Afzal-Khan/Kalpna Seshadri-Crooks (eds.), *The Pre-Occupation of Postcolonial Studies*, Durham, NC, and London, 2000, pp. 311–346, cited by Divine.

¹³ Divine, p. 9.

challenging both the precincts and the standards of the well-established disciplines [...]. It has now moved into the mainstream, marking a trend that ought to raise as many questions in the halls of the academy as on the battlefields of the Middle East.”¹⁴ Facilitated by post-modernism, any pretense or recognition of the importance of comparative analysis, universal standards, or falsifiable research hypotheses has vanished under the march of post-colonialism.

This process is illustrated by the work of Prof. Joseph Massad, an Edward Said acolyte, who furthered the delegitimization of Zionism using the pejorative label of “religio-racial discourse”. As Divine has noted, “Massad gives the impression that Zionist policies grew out of a racist outlook expressed in a language that offered Palestinians nothing but dispossession and subordination.” In this forced ideological discourse, Massad, discards inconvenient facts, such as the Israeli acceptance of partition in 1947, meaning the readiness to accept an Arab state. Divine also refers to “Massad’s static depiction of the Zionist view of Palestinians, culled by cherry picking quotes from disparate texts”, which completely distorts a very complex picture.¹⁵

Mohammed Abu-Nimer, is another Palestinian academic using these themes at University of Notre Dame and other prominent campuses. Promoting the Palestinian cause, his publications reflect postcolonialism’s use of “the other”. Abu-Nimer writes that “the loss of human face and connection is one of several factors which allows [Israeli] soldiers, leaders, as well as people in the streets, to engage in atrocities and violence, and gives credence to the presumption that the larger conflict can eventually be resolved by humiliating and killing Palestinian leaders and people or by killing Israeli children in the streets.”¹⁶ Here again, the history of Palestinian and Arab rejectionism and violence is simply erased. The need to present images of Palestinian powerlessness and Israeli dominance explains the removal of inconsistent facts.

Similarly, Stuart Rees, the head of the Centre for Peace and Conflict Studies (CPACS) at the University of Sydney explains his pro-Palestinian

¹⁴ Ibid.

¹⁵ Joseph Massad, *The Ends of Zionism Racism and The Palestinian Struggle*, in *Interventions*, Vol. 5, No. 3 (2003), pp. 440–451; Joseph Massad, *Palestinians and The Limits of Racialized Discourse*, in *Social Text*, No. 34 (1993), pp. 94–114; Joseph Massad, *Palestinians and Jewish History: Recognition or Submission?*, in *Journal of Palestine Studies*, Vol. 30, No. 1 (2000), pp. 52–67, cited by Divine

¹⁶ Mohammed Abu-Nimer, *Another Voice Against the War*, Peace Studies section of the International Studies Association, Washington, DC, 2001; and Mohammed Abu-Nimer, *Nonviolent Voices in Israel and Palestine*, Policy Brief No. 9, Joan B. Kroc Institute for Peace Studies, 2002, Notre Dame, IN.

bias as support for the “disempowered”. In November 2003, Rees and the Sydney Peace Foundation (which he also heads and which is closely linked to CPACS) awarded its annual peace prize to Dr. Hanan Ashrawi, a member of the PLO hierarchy and a former minister in the Palestinian cabinet. Ashrawi’s main themes are the same: Palestinian powerlessness and overwhelming Israeli dominance.¹⁷

Furthermore, Herzl’s political Zionism, based on sovereign equality for the Jewish nation, is antithetical to the rejection of nation-states in post-colonial ideology. (As designated victims of Western colonialism, in contrast to the Jews, Arab nationalists, in general, and Palestinians, in particular, are exempt from this distrust of nationalism.) As a result, post-colonialists also promote the “one state solution” – under the façade of a multicultural state, which would replace Israel with a majority Palestinian entity, end Jewish sovereignty, and negate the legitimacy of Zionism and Jewish national self determination. In contrast, post-colonial discrimination (and paternalism) often enthusiastically supports the “Islamic republics” among the over 50 members of the Organization of the Islamic Conference. (European post-colonial ideologues like to claim that their countries are “multicultural”, and are oblivious of the dominant Christian culture. This is another example of how Israel is singled out in this ideological framework.)

Post-colonial analyses that use terms such as “apartheid”, and promote campaigns for boycotts, divestment and sanctions (BDS) targeting Israel, also use the case of white South Africa as a paradigmatic example. The clear moral and normative distinctions between the apartheid regime and the Black majority are entirely ignored.¹⁸ In this context, the demonization of Israel becomes part of the conflict, rather than contributing to its management or resolution.

These factors, resulting from postcolonial ideology and postmodernist critical theory are reinforced by the relative lack of systematic investigation and empirical evaluation of the relevant theories and models. Furthermore, the postcolonial framework condemns the state application of military force in self-defense, while violence by favored “victims” is accepted and often justified as “resistance” and heroic “armed struggle”.

¹⁷ See, for example, Hanan Ashrawi’s speech at the University of Michigan, Requirements for a Lasting Peace in Palestine/Israel, Washington Report on Middle East Affairs, 15 October 1999. Available at: <http://www.wrmea.com/backissues/1299/9912117.html>.

¹⁸ Gideon Shimoni, Deconstructing Apartheid Accusations Against Israel, Jerusalem Center for Public Affairs, No. 60, 2 September 2007. Available at: http://www.jcpa.org/JCPA/Templates/ShowPage.asp?DRIT=3&DBID=1&LNGID=1&TMID=111&FID=253&PID=0&IID=1806&TTL=Deconstructing_Apartheid_Accusations_Against_Israel.

In parallel to the designation of Israel, backed by the United States, as all-powerful, the designated “victims”, particularly Arabs and Palestinians, are confined to a paternalistic framework. They are portrayed as being incapable of moral choices or of managing their own affairs, and are perennially in need of external assistance. Ronald Niezen points to the ease with which what he refers to as “postcolonial utopian thought” imagines harmonious communities populated by people without zealous ideologies, or capacity for violence.¹⁹ Thus, according to this narrative of the events of 1947-48, the rejection of the UN Partition resolution and the military invasion of Israel by five Arab armies (that came close to destroying the nascent Jewish state) is erased, or explained as a Western colonialist plot which was designed to cause the Arabs to fail.

Similarly, post-colonial ideologues blame internal violence and civil wars on the external powers, which are seen to be pulling the strings to maintain power. The human rights NGOs pay far less attention to the violence within the Arab and Moslem countries, compared to NGO condemnations of Israel. Despotic regimes in the Middle East, and intra-Palestinian conflict, such as Hamas attacks against members of the rival Fatah factions, receive very little mention. According to Divine, “apart from an occasional critical comment, the politics of the Arab world have rarely been regarded by postcolonial theorists as having anything to do with Palestinian failures to achieve self-determination.”²⁰ And on the issue of violence against women in Arab societies, and the practice of “honor killings”, post-colonial human rights experts, such as Richard Falk, as well as officials from NGOs such as Amnesty and HRW, are generally silent, reflecting the inherent paternalism of post-colonialism.

When post-colonialists do discuss the use of terror, it is often couched in terms that provide a justification for the murder of civilians to achieve political goals. For example, Shannon French writes: “Terror is the tactic of the weaker power, the basis for asymmetric warfare [...]. The Israeli Defense Force (IDF) is an organized, disciplined, and well-funded modern army trained to use advanced technology and weapons, whereas most of those who fight for the Palestinian cause are poorly funded, ill equipped, and under no effective centralized control.”²¹

This assessment is clearly subjective, erasing the history and impact of Palestinian terror and the explicit and continuing threats to Israel’s security

¹⁹ Ronald Niezen, *Postcolonialism and the Utopian Imagination*, in *Postcolonial Theory and the Arab-Israel Conflict*, Oxford: Routledge, 2008, pp. 37–52.

²⁰ Divine, p. 5.

²¹ Shannon French, *Murderers, Not Warriors: The Moral Distinction Between Terrorists and Legitimate Fighters in Asymmetric Conflicts*, in James Sterba (ed.), *Terrorism and International Violence*, London 2003, p. 32.

and survival from the region and the wider Islamic and Arab world. The claims of historic injustice focus on Palestinian refugee claims, Israeli settlements, etc., but these are based entirely on the Palestinian narrative, which ignores responsibility for central historical events. Thus, longstanding Arab rejectionism, beginning with the 1947 UN Partition resolution and the violence that resulted, or the context of the 1967 war, which led to the Israeli “occupation”. In this and in many other cases, historic injustice is a matter of perception and interpretation, often depending on the determination of a particularly starting point, and therefore outside the realm of useful academic analysis.

The methodological limitations of using ideology as an inflexible frame for academic analysis, and applying deconstruction to selected texts in a highly subjective manner is clearly illustrated in the post-colonial literature. Divine argues that the “inclination to turn actions into texts and to read texts as if they were all embodiments of identical power and meaning locks some postcolonial studies into a predictable political narrative where grey is polarized into black and white and ultimately into good and evil.” She cites Massad’s “cherry picking quotes from disparate texts” to delegitimize Zionism “by labeling it with the derogatory terms of ‘religio-racial discourse’.”²²

POST-COLONIALISM, VIRAL ANTI-AMERICANISM AND ISRAEL

The rise of the post-colonial ideology coincided with the Vietnam War and the intense opposition on university campuses and in cities in Europe, North America and elsewhere. Chomsky’s contribution to the ideology was directly linked to and an outgrowth of his role in the anti-war movement, and his writings and speeches spoke of the United States as the anchor of western capitalist neo-colonialism (following the departure of the original European colonial masters). In contrast, America’s communist opponents in Vietnam were portrayed in idealistic terms as freedom fighters. Their flaws, such as the oppressive political system, the absence of personal freedom, and the use of terror tactics, were justified or ignored.

The Vietnamese communists also became the archetype for the oppressed “Third World”, people and nations of color, and designated victims in post-colonial ideology. One of the first examples of the spread of this category to other parts of the world was the adoption of the Palestinian

²² Noam Chomsky, *Understanding Power: The Indispensable Chomsky*, ed. Peter R. Mitchell and John Schoeffel, New York 2002; Noam Chomsky, *World Orders Old and New*, New York 1994; Edward W. Said, *Low Point of Powerlessness*, in *Al Ahram*, 30 September 2002.

movement. This can be traced to the founding of the Palestinian Liberation Organization in 1964, and the impact of the 1967 Middle East war, in which the Egyptian-led Arab armies again failed to defeat Israel. Israel emerged as a major regional power – a central requirement for being labeled as part of the Western dominated post-colonial structure, and gained serious American support for the first time. In the Vietnam era, an alliance with the United States also led directly to being designated as a post-colonial power.

In 1967, Israel used French-supplied weapons to defeat the combined Arab armies and captured the West Bank from Jordan (which occupied this area in the 1948 war), and took control of the Gaza strip which had been in Egyptian hands. The relationship with the US was not close, and until recently, successive American administrations had repeatedly refused Israel requests for military assistance.

But the Arab mythology and dominant conspiracy theory attributed the Israeli accomplishment to secret American assistance. And in parallel, the US had changed its policy to view Israel as a powerful regional ally in the context of the Cold War. In the 1973 war, as Moscow resupplied and supported the Egyptian and Syrian armies that had initiated a successful surprise attack, Washington agreed to resupply Israel with weapons that had been destroyed in the attack.

This increasingly close relationship which tied Israel to the US also fed the post-colonialist ideological framework. As anti-Americanism increased in the 1970s and 1980s, particularly among Europeans, the ideological hostility towards Israel grew. In 1991, following the Iraqi invasion of Kuwait and the American-led Gulf War against Saddam Hussein, anti-war protesters marched against both America and Israel, burning the flags of both.

After the 2003 war that removed Saddam from power and led to an extended American military occupation of Iraq and a high level of internal violence, the identification and vilification of America and Israel intensified. The proponents of this ideology became angry, intolerant of other views, and dominated political discourse on many university campuses, among journalists on the Left (for example, the *Guardian*, the *New York Review of Books*), among officials of powerful non-governmental organizations (see below) and elsewhere. For Israel, the close identification with the US reinforced the post-colonial filter through which the Jewish state is often viewed.

POST-COLONIALS BIAS IN NGO HUMAN RIGHTS CAMPAIGNS

As post-colonial ideology became increasingly important among academics and journalists, its influence has also grown in the powerful network of

non-governmental organizations (NGOs). Ironically, although civil society organizations claim to represent the powerless victims identified in post-colonial theology, these NGOs are very influential and powerful actors.

The major NGOs have annual budgets of tens of millions of dollars, (Amnesty International alone has annual expenditures of over £120 million).²³ These resources allow a small group of officials to place their messages in the media, in the United Nations and with public officials. In many cases they set global political agendas on environmental issues, international law, and on war and peace. NGOs were the main movers behind the creation of the International Criminal Court²⁴ (a dubious body which has fallen far short of the lofty objectives proclaimed by its NGO initiators), and in the Land Mine Convention, which was established in the Ottawa Treaty.

The power of NGOs to set international agendas over the heads of, and frequently against the wishes, of state actors (including the US), results from their ability to operate without accountability or a system of checks and balances. Similarly, the “halo effect” based on the image of altruistic and universalistic morality, shields NGO officials and their actions from scrutiny, particularly by otherwise aggressive journalists.

The centrality of post-colonial ideology in the NGO sphere is reflected in their reports and campaigns, which often demonstrate strong support for the pre-defined “victims” of colonialism and neo-colonialism. In contrast to the claims of “neutral” and a-political objectives, detailed research shows that the activities of NGO superpowers are characterized by consistent double standards and bias.²⁵

In addition to other dimensions of this ideology, as officials of “non-governmental” organizations, NGO leaders reflect an inherent opposition to state structures and nationalism, and look forward to the “withering

²³ Amnesty International Limited and Amnesty International Charity Limited Report and financial statements for the year ended 31 March 2007, <http://www.amnesty.org/sites/impact.amnesty.org/files/PUBLIC/documents/AI-Ltd-and-AI-Charity-Ltd-Report-and-Financial-Statements.pdf>; Amnesty International Report 2004, <http://www.amnestyusa.org/document.php?lang=e&id=A41FBB92A536608380256E7C0062B8AF>.

²⁴ David Davenport, *The New Diplomacy Threatens American Sovereignty and Values, in A Country I Do Not Recognize: The Legal Assault on American Values* 113, 119 (Robert Bork ed., 2005), Available at: http://media.hoover.org/documents/0817946020_113.pdf.

²⁵ Andres Ballesteros/Jorge A. Restrepo/Michael Spagat/Juan F. Vargas, *The Work of Amnesty International and Human Rights Watch: Evidence from Colombia*, Centro de Recursos para el Análisis de Conflictos, 1 February 2007. Available at: http://www.ngomonitor.org/article/_the_work_of_amnesty_international_and_human_rights_watch_evidence_from_colombia_.

away of the state". Israel, as a successful Western democratic post-colonial state, is antithetical to NGO ideological rejection of nation-state structures.

The relationship between post-colonial ideology and NGOs is reflected in the political campaigns of powerful organizations such as War on Want, Oxfam, Christian Aid (based in Britain), FIDH (France), and many others. Asserting a humanitarian objective, War on Want claims to expose the "root causes of global poverty, inequality and injustice."²⁶ Many NGO officials articulate this ideology in their speeches, articles and activities. Pierre Galand, a Socialist senator in Belgium, is a leading member of the NGO network that advocates a radical and post-colonial agenda in Europe and the UN. Galand gained public visibility as head of Oxfam Belgium for three decades.²⁷ Oxfam is one of the most influential (and wealthiest) NGOs using post-colonial rhetoric. Similarly, an FIDH official referred to international justice as "white justice, a justice that serves only to reproduce neo-colonial patterns. What's worse, those fighting nationally or internationally for the recognition of victims' rights to justice are stigmatized and accused of playing into the hands of northern countries."²⁸

The ideological bias is also reflected in the fact that the activities of these NGOs are not universally distributed according to humanitarian needs or specific situations, but reflect political priorities. These organizations frequently attack Israel, while Hizbollah and Palestinian violations of human rights – including terrorism and internal violence – get very little attention from the NGO community.

In 2003, Oxfam Belgium produced a boycott Israel poster based on the theme of the blood libel, which, following intense criticism, was later withdrawn.²⁹ Galand continues to be involved in many different political NGOs, and is the European chairman of the Coordinating Committee for NGOs on the Question of Palestine (ECCP), a Brussels-based association of NGOs cooperating with the UN Committee on the Inalienable Rights of the Palestinian People. He is also president of the Forum des Peuples (People's Forum NGO) and the Belgo-Palestinian Association.

Similarly, the publications of New York-based Human Rights Watch often reflect the post-nationalist and post-colonialist ideology. HRW has

²⁶ War on Want, <http://www.waronwant.org> (accessed 18 January 2009).

²⁷ Pierre Galand (Belgium): Using Political NGOs to Promote Demonization and Anti-Semitism in the UN and EU, NGO Monitor, Available at: <http://www.ngo-monitor.org/editions/v2n11/v2n11-5.htm>.

²⁸ Sidiki Kaba, White Justice?, <http://blog.gardonslesyeuxouverts.org/post/2009/02/04/White-Justice>.

²⁹ NGO Monitor Report, June 2003; Oxfam Belgium Produces Political Poster, <http://www.ngo-monitor.org/editions/v1n09/v1n09-3.htm>.

devoted a highly disproportionate percentage of its resources to condemnations of Israel, reflected in numerous statements and activities in which the context of terrorism is all but erased.³⁰ HRW's Middle East group includes Sarah Leah Whitson (who had been affiliated with MADRE), Joe Stork, former editor of the anti-Israel Middle East Report (MERIP), and Reed Brody, who led the HRW delegation at the Durban conference and was active in the "lawfare" case against Prime Minister Sharon in Belgium.³¹ Lucy Meir, who was hired in 2005 as a researcher for Israel and the West Bank, had previously been affiliated with the radical Electronic Intifada website.³² In 2008, HRW added Nadia Barhoum, a Palestinian campus activist, to its staff.³³ Roth and his colleagues have remained largely silent on the kidnapping by Hamas' in June 2006 of a young Israel soldier – Gilad Shalit – who was denied all basic human rights and as February 2009, has not been released.

NGO post-colonial agendas are particular salient in the use of the language of universal human rights in the demonization of Zionism and the State of Israel. While claiming to adhere to the universality of humanitarian values, analyses show a highly disproportionate emphasis on Israel.³⁴

Ideological NGOs play a major role in promoting anti-Israel boycotts and the broader demonization strategy adopted at the NGO Forum of the 2001 Durban World Conference on Racism. Up to 7000 delegates from 1500 NGOs participated in this event, funded by the Ford Foundation, European governments, Canada, and other sources.³⁵ As is often the case,

³⁰ Report On Human Rights Watch: A Comparative Analysis of Activities in the Middle East – 2002–2004, NGO Monitor, (revised June 2005), and Appendix (documentation), <http://www.ngo-monitor.org/archives/news/HRWReportDocumentation.pdf>.

³¹ Anne Herzberg, NGO "Lawfare": Exploitation of Courts in the Arab-Israeli Conflict, NGO Monitor Monograph Series, September 2008. Available at http://www.ngo-monitor.org/article/ngo_lawfare_exploitation_of_courts_in_the_israeli_arab_conflict.

³² Biographies of HRW officials are found at www.hrw.org/about/info/staff.html. Additional information is available at www.ngo-monitor.org/archives/infofile.htm#hrw.

³³ HRW Hires Another pro-Palestinian Activist, NGO Monitor, 29 October 2008, Available at: http://www.ngo-monitor.org/article/hrw_hires_another_pro_palestinian_activist.

³⁴ Examining Human Rights Watch in 2008: Double Standards and Post-Colonial Ideology, NGO Monitor, 13 January 2009, http://www.ngo-monitor.org/article/hrw_annual_report_.

³⁵ Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights. Statement by Mary Robinson, High Commissioner for Human Rights and Secretary-General of the World Conference Against Racism, Racial Discrimination, Xenopho-

the NGO officials claimed to be “authentic” voices, in contrast to elected representatives in democratic societies, and highlighting the absence of NGO accountability.³⁶

The Durban NGO Forum relaunched the “Zionism is racism” campaign of the 1970s, and, as journalists reported, “[a]n Amnesty press release handed out during the NGO conference cited several examples of racism and human rights abuses around the world, but mentioned only Israel by name.”³⁷ In a preparatory conference, HRW representatives defended “calls for violence”, claiming this clause was “justified if against apartheid or on behalf of the Intifada.”³⁸

Hanan Ashrawi, a prominent Palestinian official who also heads the NGO known as Miftah (a recipient of EU funding), was a main speaker at the NGO Forum: “The Palestinians today continue to be subject to multiple forms and expressions of racism, exclusion, oppression, colonialism, apartheid, and national denial.”³⁹ Marchers through the conference area chanted “What we have done to apartheid in South Africa, must be done to Zionism in Palestine.”⁴⁰

The NGO Forum’s declaration, adopted by consensus, was an indictment directed at Israel’s national existence. This document asserted that

bia, and Related Intolerance, September 4, 2002, <http://www.unhchr.ch/hurricane/hurricane.nsf/0/81BEC2394E67B11141256ABD004D9648?opendocument>; Gerald M. Steinberg, *Soft Powers Play Hardball: NGOs Wage War against Israel*, *Israel Affairs*, XII:4 (October, 2006), 748–768.

³⁶ H. Slim, *By What Authority? The Legitimacy and Accountability of Non-Governmental Organisations*, in *International Meeting on Global Trends and Human Rights Before and After September 11*, Geneva, International Council on Human Rights Policy, January 2002; P. Niggli and A. Rothenbuhler, *Do the NGOs Have a Problem of Legitimacy?*, December 2003, available at <http://www.globalpolicy.org/ngos/credib/2003/1203problem.htm> (November 2006).

³⁷ Michael J. Jordan, *Jewish Activists Stunned by Hostility, Anti-Semitism at Durban Conference*, *Jewish Telegraphic Agency News* September 5, 2001, http://www.ujc.org/content_display.html?ArticleID=15621.

³⁸ Reported by Dr. Shimon Samuels, Director for International Liaison of the Simon Wiesenthal Centre, and Chair of the Jewish Caucus at the World Conference Against Racism, Antisemitism in the Anti-racist Movement: The Road to Durban, Simon Wiesenthal Center August 15, 2001, <http://www.wiesenthal.com/site/apps/nl/content2.asp?c=bhKRI6PDInE&b=296323&ct=350160>.

³⁹ Hanan Ashrawi’s address to World Conference Against Racism, Council for Arab-British Understanding August 28, 2001, <http://i-p-o.org/palestine-ashrawi.htm>.

⁴⁰ Anti-Defamation League, *Dateline Durban: Anti-Semitic Materials/Slogans Proliferate on Opening Day of UN Conference*, August 31, 2001, http://www.adl.org/durban/durban_083101.asp.

the “targeted victims of Israel’s brand of apartheid and ethnic cleansing methods have been in particular children, women, and refugees” and called for “a policy of complete and total isolation of Israel as an apartheid state [...] the imposition of mandatory and comprehensive sanctions and embargoes, the full cessation of all links (diplomatic, economic, social, aid, military cooperation, and training) between all states and Israel.”⁴¹

The NGO declaration also condemned Israel’s “perpetration of racist crimes against humanity including ethnic cleansing, acts of genocide.” It redefined antisemitism to include “anti-Arab racism.” Noticeably absent from the declaration was any reference to Palestinian incitement to genocide and terror, or to the Palestinian policy of deliberately endangering civilians through the use of populated Palestinian areas as launch pads for attacks on Israel. This practice is known as “human shields” and is a core violation of international law.

(The conference took place against the backdrop of intense violence that escalated to major Palestinian mass terror attacks against Israeli civilians, injuring and killing thousands, including hundreds of women and children.)

This NGO Durban Strategy has been implemented in many examples. These include promoting the false claim of the Jenin “massacre” (2002); campaigns against Israel’s West Bank security barrier (2004); the attempt to impose an academic boycott on Israel (2005); the church-based anti-Israel divestment campaigns (2006); the Israel-Hezbollah war (2006); and Gaza (2007–09).⁴² Additionally, the “lawfare” strategy used by NGOs to harass Israeli officials with civil lawsuits and criminal proceedings is part of the Durban Strategy. These cases are designed to amplify the negative image of Israel, and to advance boycotts.⁴³

From late 2007 to March 2009 (the date of completion of this manuscript), the focus of the Durban Strategy was on condemning Israeli responses to attacks from Gaza, which is controlled by Hamas. Over 50 NGOs active in the Arab-Israeli conflict issued reports, press releases, and “urgent calls” in condemnation of Israel (300 statements in 2008, and

⁴¹ NGO Forum Declaration, World Conference Against Racism, September 3, 2001, http://www.unwatch.org/atf/cf/%7B6DEB65DA-BE5B-4CAE-8056-8BF0BEDF4D17%7D/durban_ngo_declaration_2001.pdf.

⁴² Gerald M. Steinberg (ed.), *The NGO Front in the Gaza War: The Durban Strategy Continues*, NGO Monitor Monograph Series, February 2009. Available at http://www.ngo-monitor.org/article/the_ngo_front_in_the_gaza_war.

⁴³ Anne Herzberg, *NGO “Lawfare”: Exploitation of Courts in the Arab-Israeli Conflict*, NGO Monitor Monograph Series, September 2008. Available at http://www.ngo-monitor.org/article/ngo_lawfare_exploitation_of_courts_in_the_israeli_arab_conflict.

another 500 during the three week war that began on 28. 12. 2008). Many misrepresent international humanitarian law by labeling the policy “collective punishment,” and largely parrot a PLO “legal opinion” claiming that Gaza remains “occupied.”⁴⁴ Under the façade of morality, they exploited legal terminology and erased Hamas’ violations of international humanitarian law, such as the extensive use of human shields.

CONCLUSIONS

Postcolonialism is an integral part of the dominant analysis of the Arab-Israel conflict, as is significant in explaining the anti-Israeli bias of some academics, journalists, NGO officials, and diplomats. This ideological bias fuels the conflict, providing additional “soft power” to the Palestinians (as well as to Hezbollah, as seen in the 2006 Lebanon war), and in increasing the Israeli sense of isolation and discrimination, including antisemitism.

As a result, progress towards peace, based on compromise and mutual accommodation is dependent on recognizing and refuting this bias. A political ideology that gives one side support, and justification for mass violence, and which erases the historical record of Arab rejectionism, which began long before the 1967 war, is incompatible with ending the conflict.

Works Cited

- Ashrawi, Hanan* (2001, August): Address to World Conference against Racism, Council for Arab-British Understanding, Durban, South-Africa
- Ashrawi, Hanan* (1999, October): Requirements for a Lasting Peace in Palestine/ Israel. Speech presented at University of Michigan, Ann Arbor, Michigan
- Abu-Nimer, Mohammed* (2002): Nonviolent Voices in Israel and Palestine. Policy Brief No. 9, Joan B. Kroc Institute for Peace Studies, Notre Dame, IN.
- Abu-Nimer, Mohammed* (2001): Another Voice Against the War. Peace Studies section of the International Studies Association, Washington, DC.
- Ballesteros, Andres / Restrepo, Jorge A. / Spagat, Michael / Vargas, Juan F.* (2007): The Work of Amnesty International and Human Rights Watch: Evidence from Colombia. Centro de Recursos para el Análisis de Conflictos
- Bell, Abraham* (2008): Is Israel Bound by International Law to Supply Utilities, Goods, and Services to Gaza? Jerusalem Center for Public Affairs

⁴⁴ Abraham Bell, Is Israel Bound by International Law to Supply Utilities, Goods, and Services to Gaza? Jerusalem Center for Public Affairs, February 2008. Available at <http://www.jcpa.org/JCPA/Templates/ShowPage.asp?DBID=1&TMID=111&LNGID=1&FID=378&PID=0&IID=2037>.

- Chomsky, Noam* (2002): *Understanding Power: The Indispensable Chomsky*, ed. Peter R. Mitchell and John Schoeffel. New York
- Chomsky, Noam* (1994): *Peace in the Middle East*. New York
- Chomsky, Noam* (1994): *World Orders Old and New*. New York
- Davenport, David* (2005): *The New Diplomacy Threatens American Sovereignty and Values*, in "A Country I Do Not Recognize": *The Legal Assault on American Values* 113, 119
- Divine, Donna Robinson / Salzman, Philip Carl* (eds.) (2008): *Postcolonial Theory and the Arab-Israel Conflict*. Oxford: Routledge
- French, Shannon* (2003): *Murderers, Not Warriors: The Moral Distinction Between Terrorists and Legitimate Fighters in Asymmetric Conflicts*, in James Sterba (ed.), *Terrorism and International Violence*, London
- Herzberg, Anne* (2008): *NGO "Lawfare": Exploitation of Courts in the Arab-Israeli Conflict*. *NGO Monitor*, Jerusalem. (*NGO Monitor Monograph Series*)
- Jameson, Fredric* (1992): *Postmodernism, or, The Cultural Logic of Late Capitalism*, Durham, NC.
- Jordan, Michael J.* (2001): *Jewish Activists Stunned by Hostility, Anti-Semitism at Durban Conference*, *Jewish Telegraphic Agency News*
- Kaplan, Edward H. / Small, Charles A.* (2006): *Anti-Israel Sentiment Predicts Anti-Semitism in Europe*, in *Journal of Conflict Resolution*, 50 (4): p. 548
- NGO Monitor* (January 2009): *Examining Human Rights Watch in 2008: Double Standards and Post-Colonial Ideology*, Jerusalem, Israel
- NGO Monitor* (October 2008): *HRW Hires Another pro-Palestinian Activist*, Jerusalem, Israel
- NGO Monitor* (June 2005, revised): *Report on Human Rights Watch: A Comparative Analysis of Activities in the Middle East – 2002–2004, and Appendix* (documentation), Jerusalem, Israel
- NGO Monitor* (July 2004): *Pierre Galand (Belgium): Using Political NGOs to Promote Demonization and Anti-Semitism in the UN and EU*, Jerusalem, Israel
- NGO Monitor* (June 2003): *Oxfam Belgium Produces Political Poster*, Jerusalem, Israel
- Niezen, Ronald* (2008): *Postcolonialism and the Utopian Imagination*, in *Postcolonial Theory and the Arab-Israel Conflict*, Oxford
- Niggli, P. / Rothenbuhler, A.* (2003): *Do the NGOs Have a Problem of Legitimacy?*, available at: <http://www.globalpolicy.org/>
- Nye Jr., J. S.* (2004): *Soft Power: The Means to Success in World Politics*. Public Affairs, New York
- Nye Jr., J. S.* (2004): *The Decline of America's Soft Power*. Foreign Affairs
- Said, Edward W.* (2002): *Low Point of Powerlessness*, in *Al Ahram*
- Said, Edward* (1978): *Orientalism*. New York: Random House, Inc.
- Shimoni, Gideon* (2007): *Deconstructing Apartheid Accusations Against Israel*. Jerusalem Center for Public Affairs

- Slim, H.* (2002, January): By What Authority? The Legitimacy and Accountability of Non-Governmental Organisations, in International Meeting on Global Trends and Human Rights Before and After September 11, International Council on Human Rights Policy, Geneva, Switzerland
- Steinberg, Gerald M.* (2006): Soft Powers Play Hardball: NGOs Wage War against Israel, *Israel Affairs*, XII:4 (October 2006), pp. 748–768
- Steinberg, Gerald M.* (ed.) (2009): The NGO Front in the Gaza War: The Durban Strategy Continues. NGO Monitor, Jerusalem. (NGO Monitor Monograph Series)

Hadassah Medical Organization (HMO): Die Hadassah-Spitäler in Jerusalem, eine Insel des Friedens

Unser Geschichtsbild vom Nahen Osten ist geprägt von Kriegen und Auseinandersetzungen, von Gewalt und Gegengewalt, vom Streit über Ursache und Wirkung. Von den Initiativen, die versuchen diesem Kreislauf ein Ende zu machen, liest man nur wenig. Dafür ist aber gerade die Organisation Hadassah ein herausragendes Beispiel. Frauen und Männer aus der ganzen Welt, aus allen Glaubensrichtungen und vielen Nationalitäten unterstützen die Arbeit der Hadassah-Spitäler in Jerusalem. Von der Verbesserung der hygienischen Bedingungen in Palästina über die Grundversorgung von Müttern und Neugeborenen entwickelten sich die Aufgaben der Hadassah bis heute zu einer umfassenden Krankenbetreuung, die durch die funktionelle Symbiose von breit gefächelter klinischer Praxis mit engagiertem Forschergeist, der Erfahrungen in neue Behandlungsmethoden umzusetzen strebt, auch auf wissenschaftlichem Gebiet Herausragendes leistet. Dabei sind die Philosophie und der Geist der Gründerin Henrietta Szold (Sola Pool, Henrietta Szold, Founder of Hadassah, 1960) bis heute bewahrt worden: Alle Menschen erhalten unabhängig von Nationalität, Religion oder Hautfarbe die gleiche notwendige medizinische Versorgung. Im Jahr 2005 wurde Hadassah für den Friedensnobelpreis nominiert. Tausende Spender auf der ganzen Welt sorgen für die Möglichkeit, dieses Ziel umzusetzen. Damit leistet Hadassah auch einen entscheidenden Anteil an der Integration der vielen Nationalitäten und Religionen, die in Israel und vor allem in Jerusalem zusammenleben. Weder im Stab der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, noch bei Patientinnen und Patienten gibt es auch nur Ansätze von Diskriminierung, alle werden gleich behandelt. Nicht nur die Bürgerinnen und Bürger Israels, seien sie jüdisch, muslimisch oder christlich, sondern auch Angehörige anderer Staaten und Gebiete, Palästinenserinnen und Palästinenser sowie in Jerusalem lebende Ausländerinnen und Ausländer sind im medizinischen und administrativen Personal wie auch unter den Patientinnen und Patienten vertreten. Selbstverständlich erhalten auch ausländische Touristinnen und Touristen bei Bedarf die nötige medizinische Grundversorgung. So leben die Hadassah-Spitäler vor, wie selbstverständlich Gemeinsamkeit umgesetzt werden kann.

HADASSAH, THE WOMEN'S ZIONIST ORGANIZATION OF AMERICA (HWZOA)

Die Hadassah Medical Organization, HMO, ein erfolgreiches Palästina/-Israel Projekt der Hadassah, the Women's Zionist Organization of America, HWZOA, rangiert unter Israels führenden Organisationen mit seinen beiden Spitälern, Hadassah Mount Scopus und Hadassah Ein Karem, sowohl in den Bereichen der Forschung als auch in Pflege und Heilung an erster Stelle.

DIE ANFÄNGE

Die Frauenorganisation Hadassah, the Women's Zionist Organization of America, HWZOA, wurde unter dem Einfluss des Zionismus von Henrietta Szold in New York im Jahr 1912 gegründet. Der Name Hadassah wurde gewählt, weil die Gründung zur Zeit des jüdischen Purimfestes stattfand, wo man sich der Taten der Königin Esther in den Synagogen erinnert. Hadassah war der jüdische Name von Esther. Sie gilt in der jüdischen Tradition als weibliches Vorbild für Mut und Entschlossenheit. Hadassah hat aber auch noch im Hebräischen die botanische Bedeutung für Myrthe, im vorderen Orient auch als Symbol für Frieden, Ruhe und Glück bekannt.

Auf dem zehnten Zionistenkongress 1911 in Basel¹ wurde der Vorschlag angenommen, eine zionistische Frauenorganisation zu gründen. Bald darauf wurde 1912 von Henrietta Szold und einigen Freundinnen das „Hadassah Chapter of the Daughters of Zion“ gegründet, das 1914 zu „Hadassah, the Women's Zionist Organization of America“ (HWZOA), umbenannt wurde. Eine kleine Gruppe von Frauen traf sich regelmäßig nicht nur zum Studium der Schriften, sondern auch um karitative Initiativen zu setzen.

PALÄSTINA ALS NOTSTANDSGEBIET

1909 hatte Henrietta Szold eine Reise nach Palästina unternommen und war erschüttert und beeindruckt von den gesundheitlichen Verhältnissen, die sie dort angetroffen hatte. Die Sozialarbeiterin, Tochter des Rabbiners Benjamin und seiner Frau Sophie Szold aus Baltimore, entschloss sich,

¹ Der Zehnte Zionistische Weltkongress in Basel, 9.–15. 8. 1911, wurde in hebräischer Sprache abgehalten und ist vor allem deswegen als „Friedenskongress“ bekannt geworden, weil die Vertreter des *praktischen Zionismus* (u.a. Chaim Weizmann) und jene des *politischen Zionismus* (u.a. der damals bereits verstorbene Theodor Herzl sowie der Vorsitzende des zehnten Kongresses, Max Nordau) ihren vorangegangenen Konflikt für die nächsten Jahrzehnte beilegen und sich auf eine gemeinsame Vorgangsweise einigen konnten.

moderne Krankenpflege und Medizin zu den damit unterversorgten Menschen in Palästina zu bringen. Das in Palästina Gesehene und Erlebte veranlasste sie, den Lesekreis zum Studium der zionistischen Schriften „Daughters of Zion“, dem sie angehörte, auf einen „praktizierenden Zionismus“ auszurichten. Unter dem Eindruck der in Palästina herrschenden mangelnden hygienischen und sanitären Bedingungen und unzureichender ärztlicher Versorgung reifte in ihr der Entschluss, der Bevölkerung von „Erez Israel“ medizinische Hilfe angedeihen zu lassen.

Erste Hilfsmaßnahmen

Mit der Hilfe des Ehepaares Nathan und Lina Straus und einem Kapital von \$ 2000 ausgestattet, wurden im Jänner 1913 die beiden Krankenschwestern Rose Kaplan und Rachel Landy auf die Reise geschickt. (Levin, *It takes a Dream*, 1997) Sie landeten in Jerusalem, das, wie das restliche Palästina, noch bis zum Ende des Ersten Weltkrieges unter der Herrschaft des Türkischen Reiches unter dem Sultan von Konstantinopel stand.

Die Tätigkeiten der beiden Krankenschwestern bestanden zunächst in Geburtshilfe und in der Verbesserung der hygienischen Verhältnisse. Berühmt wurde auch ihre Aktion „*Tipot Chalav*“, Milchtropfen genannt. Ein Esel diente als Transportmittel, um Muttermilch an bedürftige Mütter zu verteilen, die ihre Säuglinge nicht ausreichend selbst ernähren konnten. (Levin 1997)

DER ERSTE STANDORT

Ihre erste so genannte Klinik kann man heute noch immer besuchen: Ein niedriges Steinhaus nahe *Mea Shearim* mit dem Schild: „American Daughters of Zion Nurses Settlement HADASSAH“. 1913 wurde diese kleine Klinik eröffnet, ebenfalls wieder zur Zeit des Purimfestes. Die Zusammenarbeit mit dem altösterreichisch-jüdischen Arzt Albert Ticho gestaltete sich bei der Behandlung von Trachoma, das unbehandelt unweigerlich zur Erblindung führt, sehr erfolgreich und vielen Menschen konnte das Augenlicht erhalten werden.

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges schnitt die beiden Frauen von den Vereinigten Staaten von Amerika und jedweder Versorgung ab. Die Mittel zur Unterstützung ihrer Arbeit konnten nun nicht mehr oder nur auf obskuren Umwegen an sie geleitet werden. Trotzdem blieben sie und arbeiteten weiter. Jeder, der Hilfe brauchte, wurde behandelt, unabhängig von Herkunft und Religion. Das Elend der Bevölkerung war in diesen Kriegsjahren enorm, viele starben an Unterernährung. (Levin 1997)

DIE ERSTE HADASSAH-KLINIK

1918, nach Ende des Krieges, formierte sich in Amerika eine Truppe freiwilliger Helfer und Helferinnen. Schon im August 1918 kamen Ärzte und Schwestern, als Gruppe „The American Medial Zionist Unit“, AMZU genannt, in Palästina an und übernahmen im Einvernehmen mit der Familie Rothschild das von den Türken vollkommen vernachlässigte und im Zuge der Kriegereignisse aufgegebene Rothschild-Spital als erste moderne Hadassah-Klinik. (Levin 1997)

1920 ließ sich Henrietta Szold in Jerusalem nieder und begann als Präsidentin von HWZOA mit dem Aufbau eines funktionierenden medizinischen Netzwerkes. Ambulanzen wurden im ganzen Land errichtet und der Kampf gegen Typhus, Durchfall und Malaria begann.

DIE ERSTEN HADASSAH-STATIONEN

Hadassah-Stationen wurden in Jaffa, Tel Aviv, Tiberias, Haifa und Safed errichtet, aber auch in entlegenen Dörfern, um die jüdische und arabische Bevölkerung medizinisch zu versorgen und mit den modernen Errungenschaften der Hygiene vertraut zu machen.

Im Jahr 1922 wurde auf dem zwölften Zionistenkongress in Karlsbad² beschlossen, die Hadassah-Spitäler in Palästina HADASSAH MEDICAL ORGANIZATION, HMO, zu nennen. Ein Ausspruch Henrietta Szolds aus dem Jahr 1929 ist überliefert: „The Hadassah Medical Organization came into the country as a war relief organization and remained in the land as a peace organization.“ (Krantz, Daughter of my People, 1987)

KRANKENPFLEGESCHULE

Im Zuge des Aufbaus eines medizinischen Netzwerkes durch Henrietta Szold wurde auch eine Krankenpflegeschule gegründet. Zunächst gab es noch keinen festen Platz dafür; unterrichtet wurde, wo gerade ein Raum frei war. Schon 1921 wurden die ersten Absolventinnen verabschiedet. Zu den Unterstützern von Henrietta Szold zählte der spätere Direktor des Hadassah-Spitals am Mount Scopus, Dr. Chaim Yassky. Szold und Yassky waren Mitglieder der von Rabbiner Judah Magnes gegründeten Friedens-

² Der zwölfte Zionistische Weltkongress tagte unter dem Vorsitz von Nachum Sokolow vom 1.–14. 9. 1922 in Karlsbad. Die zionistische Mandatspolitik wurde ratifiziert, ein großzügiges Kolonisierungsprogramm aufgestellt. U. a. nahm auch Martin Buber teil, der sich kurz darauf aus der aktiven Parteilarbeit zurückzog.

bewegung „*Brith Shalom*“, deren Ziel es war, die Verständigung zwischen Juden und Arabern zu suchen.

Hadassah garantierte bis zum Jahr 1935 als einzige Institution die Ausbildung von Krankenpflegerinnen im Land, dann beteiligte sich auch die schon bestehende jüdische Krankenkasse an dieser Bildungsarbeit. Gerade neben dieser öffentlichen Konkurrenz ist ein Krankenpflegediplom der Hadassah bis zum heutigen Tag eine Garantie für die Exzellenz einer profunden Ausbildung. Der hohe Standard wird auch heute noch anerkannt und bleibt unübertroffen.

Auf dem fünfzehnten Zionistenkongress 1927 in Basel³ ist u. a. Henrietta Szold zum Mitglied der Zionistischen Exekutive in Jerusalem berufen worden. 1929 wurde das *Nathan und Lina Strauss Health Center* in Jerusalem eröffnet, 1931 folgten die Spitäler in Haifa und Tel Aviv. 1939 wurde das *Rothschild Hadassah University Hospital*, RHUH, am Mount Scopus, als erstes Unterricht und Lehre umfassendes medizinisches Zentrum in Palästina anerkannt. Der von Erich Mendelsohn geschaffene Bau zählt zu den Klassikern der Bauhaus-Architektur und steht unter Denkmalschutz. Heute wird es *Hadassah Medical University Mount Scopus* genannt und versorgt vor allem die Bevölkerung Ost-Jerusalems. Im Zuge der nationalsozialistischen Verfolgung aus Deutschland geflüchtete Ärzte und Vertreter der „Österreichischen Schule“ in der Medizin fanden Aufnahme an der Hadassah und haben deren hervorragenden Ruf mit begründet. 1939 wurde der Spitalskomplex um das Gebäude für die Krankenpflegeschule erweitert. Nach Gründung des Staates Israel sind die so geschaffenen medizinischen Einrichtungen Schritt um Schritt den jeweiligen Gemeinden übergeben worden. Die Einrichtungen in Jerusalem selbst blieben allerdings weiter in den Händen der Hadassah-Organisation.

HILFE FÜR JÜDISCHE KINDER

Die Wirren der 1930er Jahre und die Machtergreifung der Nationalsozialisten stellten Henrietta Szold vor das Problem, die aus den Fängen der Nationalsozialisten aus Deutschland geretteten jüdischen Kinder würdig unterzubringen und ihnen eine gute Erziehung zu vermitteln. Sie begann dabei auf Recha Freier aufmerksam zu werden, die in Berlin die „*Jugend-Alijah*“⁴

³ Dem fünfzehnten Zionistischen Weltkongress saß ebenfalls Sokolow vor. Er fand vom 30. 8. bis 11. 9. 1927 statt und wurde als Jubiläumskongress (30 Jahre Kongresszionismus) begangen. Ein Konsolidierungsprogramm wurde dabei aufgelegt.

⁴ Mit „*Alijah*“ (hebr.: Aufstieg; Mz.: *Alijot*) wird die neuzeitliche, jüdisch-zionistische Rückwanderung aus der Diaspora nach Erez Israel bezeichnet. In symbo-

gegründet hatte. Mit ihrer Hilfe wurden Kinderdörfer eingerichtet. (Freier, *Let the Children come*, 1953) Man versuchte die von der britischen Mandatsverwaltung zunehmend restriktiv auferlegten Einwanderungsbestimmungen zu umgehen, um so viele Kinder wie möglich zu retten. Bei jeder Ankunft eines Schiffes ließ es sich Henrietta Szold nicht nehmen, am Pier zu stehen und jedes einzelne Kind mit dessen Namen zu begrüßen, um diesen entwurzelten Jugendlichen wenigstens ein kleines Gefühl der Geborgenheit zu vermitteln.

DER ANSCHLAG

Der seit den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts verstärkt aufkeimende arabische Nationalismus – vor allem vertreten durch den Großmufti von Jerusalem, Haj Amin al-Husseini, verfolgte die jüdische Bevölkerung mit zunehmenden Feindseligkeiten und Anschlägen. So kam es auch am 13. 4. 1948, knapp vor der Staatsgründung Israels und wohl unter dem Aspekt des nur von der jüdischen Seite akzeptierten UN-Teilungsplanes von 1947 zu sehen, zum Angriff auf den medizinischen Konvoi der Hadassah-Belegschaft zum Mount Scopus. Da der Weg zum Mount Scopus durch feindliches arabisches Gebiet führte, wurde jeder Schichtwechsel im gesicherten und bewachten Konvoi ausgeführt. Doch alle diese Sicherheitsmaßnahmen halfen nichts, als die Kolonne in einen Hinterhalt arabischer Aktivisten geriet. Bei diesem Anschlag verloren 78 Mitarbeiter, Ärzte, Krankenpflegerinnen und Wissenschaftler ihr Leben. Daher war ein geordneter Betrieb nicht mehr aufrechtzuerhalten. Unter den Opfern dieses Attentates befand sich auch der Direktor des Hadassah-Spitals, Chaim Yassky. (Weisburgh, *Hadassah Chronology*, 1993; Levin 1997) Die Soldaten der in Reichweite stationierten britischen Garnison griffen nicht ein. Ihre Motivation als „ordnende Kräfte“ war wohl im Hinblick auf den baldigen Abzug nach Auslaufen des Mandates am 15. 5. 1948 nicht mehr vorhanden.

lischer Bedeutung ging man traditionell, im Sinne einer Wallfahrt, „hinauf“ zum Tempel von Jerusalem – u. a. weil Jerusalem auch geografisch hoch oben im jüdischen Bergland liegt. Die zionistisch geprägte Rückwanderung erfolgte bis zur Staatsgründung 1948 in sechs oder auch sieben Wellen: 1.–5./bzw. 6. Alijah 1882–ca. 1939/40 sowie Alijah Bet („sekundärer Aufstieg“), aufgrund des Einwanderungsverbotes der britischen Mandatsmacht in Illegalität, von 1939–1948.

NEUBAU IN EIN KAREM

Auf Beschluss des Hadassah, the Women's Zionist Organization of America (HWZOA)-Vorstandes wurde der Komplex auf dem Mount Scopus aufgegeben. Die Arbeit wurde in vielen kleinen Ambulanzen überall in der Stadt weitergeführt. Der Ministerpräsident des im Mai 1948 neu gegründeten Staates Israel, Ben Gurion, übergab den Hadassah-Frauen ein Stück Felsen oberhalb des Dorfes Ein Karem, außerhalb Jerusalems, für den Neubau eines neuen Krankenhauses. Es sollte 13 Jahre dauern, bis das neue Gebäude eröffnet werden konnte. Im Jahr 1961 war es dann so weit, das *Hadassah Hebrew University Medical Center Ein Karem* öffnete seine Tore. (Weisburgh 1993) Aus allen Teilen der Stadt kamen Patientinnen und Patienten, Ärzte und Krankenpflegerinnen nun in dieses gut ausgestattete zentrale Gebäude. Die Ambulanzen konnten geschlossen werden.

HADASSAH-SPITAL WIEDER AM MOUNT SCOPUS

Seit dem Sechs-Tage-Krieg 1967 ist der Mount Scopus wieder in israelischer Hand. Die Vertreter von Hadassah wurden damals gebeten, das Spital erneut zu übernehmen. (Weisburgh 1993) Hadassah verfügt seither über einen zweiten *hill of healing*. In Ein Karem ist die von Marc Chagall geschaffene Synagoge ein besonderes Juwel. Man erzählt – belegt ist das nicht –, dass die damalige Präsidentin der HWZOA, Dr. Miriam Freund Rosenthal, zu Chagall ging mit der Bitte, für das neu zu schaffende Krankenhaus in Jerusalem eine Synagoge zu bauen und auszugestalten. Die Mittel für dieses Vorhaben seien allerdings sehr bescheiden.

MARC CHAGALL GESTALTET DIE SYNAGOGUE DES SPITALS

Chagall soll darauf geantwortet haben, er habe schon immer auf einen Ruf aus Israel gewartet, und er nahm den Auftrag gerne an.

„This is my modest gift to the Jewish people who have always dreamt of biblical love, friendship and peace among all peoples. This is my gift to that people which lived here thousands of years ago among the other Semitic people.“ Marc Chagall (6. Februar 1962)⁵

In der sechseckigen schlichten Synagoge dominieren die leuchtenden Glasfenster, die die zwölf Stämme Israel darstellen. Sie ist als ein Fixpunkt touristischer Programme bekannt und kann nur mit einer Führung besucht

⁵ Zitiert nach: http://www.hadassah.org.il/English/Eng_MainNavBar/About/Art+at+Hadassah/ (20. 3. 2009).

werden, da sie ein integraler Bestandteil des Spitals ist, den Menschen als Haus Gottes dient und in ihr regelmäßig Gottesdienste abgehalten werden.

HADASSAH ALS ZENTRUM DER HILFE UND DER FORSCHUNG

Die beiden Spitäler am Mount Scopus und in Ein Karem entwickelten sich rasch zur führenden medizinischen Institution im Lande. Mit Hilfe und Unterstützung der Mutterorganisation Hadassah, the Women's Zionist Organization of America (HWZOA) gelang es immer, am Puls der neuesten wissenschaftlichen und technischen Errungenschaften zu sein. Sehr früh nahmen die beiden Spitäler an humanitären Hilfseinsätzen teil und sind dieser Linie bis heute verpflichtet. So waren die Hadassah-Ärzte bei den Erdbeben in Griechenland als Erste zur Stelle, ebenso in den Krisengebieten in Kasachstan und im Kosovo. Ein Team von Psychologen half 2004 nach dem Tsunami in Sri Lanka. In Äthiopien werden Krankenpflegerinnen speziell im Kampf gegen Aids ausgebildet und die Hadassah-Ärzte kommen im Turnus nach Addis Abeba, um Behandlungen vorzunehmen und verbesserte Medikamente zu bringen.

WELTUMSPANNENDE HILFSORGANISATION

1983 gründete die legendäre Präsidentin Berenice Tannenbaum Hadassah International (HI). Ähnlich wie 70 Jahre davor bei den Initiativen der Gründerin Henrietta Szold entwickelte sich die kleine Gruppe schnell zu einem weltumspannenden Netzwerk engagierter Menschen. Die Mitglieder von Hadassah International sind Frauen und Männer jedweder Herkunft und Religion, deren Ziel es ist, mit Hilfe moderner Medizin Grenzen zu überwinden und Brücken zwischen den Nationen zu schlagen. Hadassah International ist keine reine Frauenorganisation mehr. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind ehrenamtlich tätig und kommen aus allen Gesellschaftsschichten. Ihre Tätigkeit dient ausschließlich der Unterstützung der HMO und deren Zielen. Zuerst engagierten sich Israel, England und Frankreich, bald gesellten sich auch das kleine Gibraltar, später Spanien, Holland, Schweiz und Österreich dazu. In Schweden gibt es eine kleine Gruppe engagierter Ärzte, in Norwegen ist eine Gruppe von Christen tätig, Hadassah Luxemburg wurde anfänglich von einem Mitglied des Hauses Romanov, Colette Hartwich, geleitet, die sich für den Aufbau einer Augenklinik in Uganda stark machte. (Jacobson/Penchas, For Life and Health, 1987) Die dafür erforderlichen Fachärzte wurden an der Hadassah-Universität in Jerusalem ausgebildet, Luxemburg stellte die Mittel für die in Uganda zu bauende Klinik zur Verfügung. In Österreich versprach der

Industrielle Karl Kahane nach einem Gespräch mit Berenice Tannenbaum, acht palästinensischen Ärzten eine Facharztausbildung an den Hadassah-Spitälern zu finanzieren. Eine Bedingung wird daran geknüpft: Mit der erworbenen Fachkenntnis sollen die so spezialisierten Ärzte ihre Tätigkeit in den palästinensischen Gebieten ausüben, um ihre Mitbürgerinnen und Mitbürger mit dem erworbenen Wissen zu behandeln und zu heilen. Die Nachfolger von Karl Kahane haben sein Versprechen weiterhin eingehalten. Eine Facharztausbildung dauert meistens 3 bis 4 Jahre, der Arzt erhält ein volles Gehalt, das die Kahane-Stiftung finanziert. Auf diese Weise sind inzwischen schon 42 erstklassig ausgebildete Fachärzte in den palästinensischen Gebieten tätig, deren Beziehung zu Hadassah und ihren Ärzten freundschaftlich und kollegial bleibt.

DIE BLAUEN BABYS DER PALÄSTINENSER

Jenen Krankheiten, die unter den Palästinensern genetisch bedingt öfter vorkommen, gilt die erhöhte Aufmerksamkeit der Hadassah-Ärzte. So operiert ein Team, bestehend aus dem palästinensischen Arzt Marzouqa und seinem israelischen Kollegen Milgalter, so genannte „blaue Babys“ am Herzen, eine unter Palästinensern weit verbreitete Erbkrankheit.⁶ Die finanziellen Mittel für das Operationsteam kommen von Hadassah International (HI) und der Shimon Peres Friedensstiftung. Inzwischen ist es auch gelungen, Einzelpersonen und Organisationen aus Deutschland in diese internationale Gemeinschaft zu integrieren. Darüber hinaus gibt es auch Hadassah-Gruppen in Canada, wo mit WIZO⁷ kooperiert wird, sowie in Panama, Mexiko, Argentinien, Neuseeland und Australien. Die einzelnen Gruppen wählen autonom die medizinischen, humanitären oder friedensstiftenden Projekte aus, die zum Profil der jeweiligen Gruppe passen, und verpflichten sich, die dazu nötigen Mittel aufzustellen. Erreicht werden diese Ziele durch Veranstaltungen, Spendenaufrufe, persönliche Kontakte mit Stiftungen und anderen Organisationen, ganz in der Linie der Hadassah, the Women's Zionist Organization of America (HWZOA). Weiters ist Hadassah International (HI) hilfreich, wenn es darum geht, Kooperationen in der Forschung mit dem jeweiligen Land zu ermöglichen.

⁶ Durch unvollständige Ausbildung der Herzwand vermischt sich arterielles mit venösem Blut, die dadurch unzureichende Sauerstoffversorgung der Babys führt optisch zu einer bläulichen Verfärbung.

⁷ Women's International Zionist Organization.

Im Jahr 2001 erhielt HWZOA als NGO schließlich den „Consultative Status“ bei den Vereinten Nationen. Es gibt seither Vertreter in New York, Genf und Wien.

2004 wurde HWZOA zum Friedensnobelpreis vorgeschlagen.

DIE LEISTUNGEN DER HADASSAH FÜR GESUNDHEIT, FRIEDEN UND INTEGRATION

Hadassah gilt seit seiner Gründung als Insel des Friedens. An den Hadassah-Spitälern arbeiten israelische Juden und palästinensische Muslime miteinander und nebeneinander, Herkunft und Religion haben keinerlei Bedeutung in der guten Zusammenarbeit. Ob Juden, Muslime oder Christen, alle Patientinnen und Patienten finden Heilung und Behandlung. Hadassah bildet jährlich eine Anzahl palästinensischer Ärzte aus, in den Bettenstationen findet man sowohl israelische als auch palästinensische Kranke. Das oberste Ziel ist das Wohlergehen und die Heilung der Erkrankten, getreu dem Motto: „Wer ein Menschenleben rettet, rettet die ganze Welt.“⁸ Das friedliche Zusammenleben an den Hadassah-Spitälern ist beispielgebend, so wird zum Beispiel die Geburtsstation von einer palästinensischen Krankenpflegerin geleitet. Die Hebammen haben für die Ausbildung arabischer Hebammen ein Programm entwickelt, um sie auf dem aktuellen Stand der Technik zu halten. Ein weiteres Programm ist der Gesundenuntersuchung der Frauen in den arabischen Dörfern gewidmet. Es herrscht unter der arabischen Bevölkerung noch immer eine große Scheu vor medizinischen Untersuchungen, weil das als Verletzung der Intimsphäre gesehen wird. Brustkrebserkrankungen sind unter der arabischen Bevölkerung aus ebendiesen Gründen unverhältnismäßig weit verbreitet. Arabisch sprechende Sozialarbeiterinnen und Krankenpflegerinnen der Hadassah gehen in die Dörfer, versuchen den Frauen die Scheu zu nehmen und sie zu Untersuchungen zu bringen.

DIE GENETISCHEN VORAUSSETZUNGEN FÜR KNOCHENMARKSPENDER UNTER DEN PALÄSTINENSERN

Ein bahnbrechendes Friedensprojekt ist die von Prof. Chaim Brautbar gestartete Zentrale für arabische Knochenmarkspender. Knochenmarkspenden können sehr oft Leukämie und andere Blutkrebserkrankungen zum

⁸ Jüdisches Sprichwort, abgeleitet von: Babylonischer Talmud, Sanhedrin 37.

Stillstand bringen. Allerdings ist die Verträglichkeit der Knochenmarkspende sehr von genetischen Faktoren abhängig, die wiederum in clanähnlicher Umgebung leichter zu finden sind, also in Familien und in dörflich engen Umgebungen. Es bedarf einer großen Aufklärungsarbeit unter der arabischen Bevölkerung, um die Menschen zu überzeugen, dass, wenn sie sich verpflichten, etwas von ihrem Körper herzugeben, ein tödlich erkranktes Kind eventuell weiterleben könnte. Auch hier stößt die Vermittlung von Verständnis zunächst auf Abwehr aus religiösen Traditionen. Diese Zentrale für potentielle Knochenmarkspender wird die bislang einzige im arabischen Raum und somit für arabische Patienten lebensrettend sein.

In der Forschung und der Umsetzung der daraus gewonnenen Resultate in die Behandlung der Patientinnen und Patienten ist die HMO führend in Israel und weltweit. Es entwickeln sich Kooperationen mit den bedeutendsten Kliniken, sowohl in den USA als auch in den meisten anderen Staaten der Erde. So wurde zum Beispiel die erste computergesteuerte Hüftersatzoperation in Israel an der Hadassah ausgeführt. Mit Hilfe von Genforschung versucht man Stoffwechselerkrankungen bei Kindern Herr zu werden. Weiters werden Bluttests entwickelt, um mittels DNA-Analysen Kopftumore nachzuweisen und so einen chirurgischen Eingriff für die Erstellung der Diagnose zu vermeiden. Vorsichtige Eingriffe in das Rückgrat können die geschädigte Wirbelsäule stabilisieren und die Schmerzen minimalisieren. Auf der Frauen- und Geburtenstation kann man durch erfolgreiche In-Vitro-Fertilisation Kinderwünsche erfüllen und vieles andere mehr. Am Hadassah Institute of Technology werden in Zusammenarbeit mit den Ärzten Instrumente entwickelt, und ein Berufsberatungsinstitut hilft jungen Menschen bei der Entscheidung, welchen Bildungsweg sie einschlagen wollen.

DIE BEDEUTUNG DER HADASSAH-SPITÄLER FÜR ISRAELS WIRTSCHAFT

Inzwischen ist die HMO der zweitgrößte Arbeitsgeber in Jerusalem. Nur die israelische Regierung beschäftigt noch mehr Menschen. Die HMO ist ein Privatspital, die Behandlungen werden zwar von der Krankenkasse bezahlt, aber in vielen Fällen ist eine zusätzliche Behandlung notwendig. Die Krankenkasse der palästinensischen Patienten ist sehr oft in der Zahlung säumig, manchmal wird ganz auf die Begleichung der Schulden vergessen. Wo immer es möglich ist, greift die amerikanische Mutterorganisation unterstützend ein, immer mit dem Ziel vor Augen, Grenzen mit Hilfe der Medizin zu überwinden. „Wenn ich einen verwundeten Menschen sehe, frage ich nicht nach seiner Herkunft, er kann ein Attentatsopfer sein, aber er kann auch der Attentäter selbst sein. Ich sehe ein Menschenleben

vor mir, das es zu retten gilt.“ Diese Antwort wird Prof. Rivkind auf die Frage von Journalisten nachgesagt, warum er in einer Stunden dauernden Operation einem palästinensischen Attentäter das Leben gerettet habe. Auch ohne Beleg kann dieses Zitat als Motto ganz im Geiste der Hadassah gesehen werden.

Literatur

- Freier, Recha* (1953): Let the Children come. Weidenfeld and Nicolson, London
Jacobson, Charlotte / Penchas, Samuel (1987): For Life and Health. Hadassah House, New York
Krantz, Hazel (1987): Daughter of my People. Henrietta Szold and Hadassah. Lanham, Boulder, New York
Levin, Marlin (1997): It takes a Dream. Gefen, Jerusalem – New York, 1997
Sola Pool, Tamar de (1960): Henrietta Szold, Founder of Hadassah, Colonial Press
Weisburgh, Aleen H. (1993): Hadassah Chronology, Hadassah House New York

Weitere Quellen:

Archives of Hadassah, New York

Website Hadassah: http://www.hadassah.org.il/English/Eng_MainNavBar/About/Art+at+Hadassah/ (28. 3. 2009)

Rudolf Orthofer

Wassernutzung im Jordantal

ZUSAMMENFASSUNG

Der obere Jordan sammelt einen Großteil der Niederschläge über den Bergen im Südlibanon, in Westsyrien und Nordisrael und speichert dieses Wasser im See Tiberias (arab. Tabariyya, hebr. Kinneret, dt. Genezareth). Aus dem See fließt der untere Jordan durch ein trockenes und heißes Tal bis zum etwa 100 km entfernten Toten Meer. Die zweite große Wasserquelle für das untere Jordantal ist der Yarmoukfluss, der kurz unterhalb des Sees in den Jordan mündet und der die Niederschläge über dem westsyrischen Hochland einbringt.

Die Wassernutzung in der Region hat sich in den letzten 60 Jahren stark verändert: Während früher aus dem Tiberias und dem Yarmouk jährlich etwa je 600 Mio. m³ Wasser in den unteren Jordan geflossen sind, wurden diese Zuflüsse immer mehr blockiert. Außerdem wurden durch Brunnen-tiefbohrungen in den Hügeln entlang des Tals viele Trinkwasserquellen im Jordantal beeinträchtigt. Dadurch ist die Natur im früher sehr wasserreichen Jordantal verarmt; der untere Jordan ist nur mehr ein Schmutzwassergerinne mit knapp 20% seiner ursprünglichen Wasserführung. Diese Entwicklung hat auch zum Absinken des Toten Meeres geführt, was große ökologische und infrastrukturelle Probleme zur Folge hatte.

Das wenige verfügbare Wasser wird derzeit unökologisch, unökonomisch und ungerecht genutzt. Eine Lösung des Problems ist möglich, wenn die Wassernutzung anders geregelt wird. Dabei muss auch die Sinnhaftigkeit einer intensiv bewässerten Landwirtschaft in trockenen Gebieten hinterfragt werden, wenn gleichzeitig viele Menschen ihre Grundbedürfnisse nach Wasser nicht decken können.

1. EINLEITUNG

Diese Analyse befasst sich mit dem Jordanbecken, das den Raum vom Südlibanon bis zum Sinai sowie vom Mittelmeer bis etwa 200 km östlich davon umfasst. Es gibt viele umfassende Studien aus verschiedensten Disziplinen über das Wasseraufkommen und die Wassernutzung in der Region (Soslund, *Cooperating Rivals: The Riparian Politics of the Jordan River Basin*, 2007; Dombrowsky, *Die Wasserkrise im Nahen Osten*, 2001; Shapland,

Rivers of Discord: International Water Disputes in the Middle East, 1997; Murakami, Managing Water for Peace in the Middle East – Alternative Strategies, 1995; Hillel, Rivers of Eden, The River Jordan, 1994). Der vorliegende Artikel beruht auf einer systemischen Sichtweise, die vor allem auf die räumliche Dimension der Wasserverfügbarkeit eingeht. Dabei werden diejenigen Prozesse, die das System bestimmen, in den Vordergrund gestellt und dafür andere Facetten notwendigerweise vereinfacht. Soziale, wirtschaftliche und politische Fragestellungen werden hier aus Kapazitätsgründen nicht behandelt.

2. RÄUMLICHE DIMENSION DER WASSERVERFÜGBARKEIT

Im Norden liegt das 2800 m hohe Hermongebirge, das in den tiefen Jordangraben abfällt. Dieser durchzieht die Region in nordsüdlicher Richtung und endet auf etwa –400 m im abflusslosen Toten Meer. Westlich des Jordangrabens liegt ein fruchtbares Hügelland auf etwa 400–700 m Höhe, das steil zum Jordangraben abfällt. Im Osten gibt es ebenfalls ein dicht besiedeltes Hügelland, das auf etwa 600–800 m Höhe liegt. Die Talsohle des Jordangrabens ist nur etwa 10–20 km breit, der Jordan fließt in einem tiefen und schlecht zugänglichen Bett.

2.1. Räumlich und zeitlich unterschiedliche Niederschläge

Die Regenmengen hängen stark mit der Seehöhe zusammen, wobei sie jedoch generell von Nord nach Süd und von West nach Ost stark abnehmen. Rund um das Hermongebirge erreichen die Niederschlagssummen bis zu 1000 mm, im westlichen Hügelland etwa 400–600 mm und im östlichen Hügelland etwa 300–500 mm. Im südlichen Teil des Jordangrabens gibt es dagegen kaum noch Regen. Fast der gesamte Niederschlag fällt im Winter. Ein Teil der Niederschläge verdunstet (v.a. in heißen Jahreszeiten in heißen Regionen), ein größerer Teil versickert und bildet Grundwasser, und der Rest fließt – als sichtbarste Form des verfügbaren Wassers – als Oberflächenwasser ab.

2.2. Zwei große Flüsse und ein See

Die Oberflächengewässer sind wegen ihrer Sichtbarkeit und leichten Beherrschbarkeit die primären Ziele der Wassernutzung durch die Anrainer. Die zwei großen Flüsse Jordan und Yarmouk (und deren Zubringer) entspringen in der Umgebung des Hermongebirges (vgl. Abbildung 1).

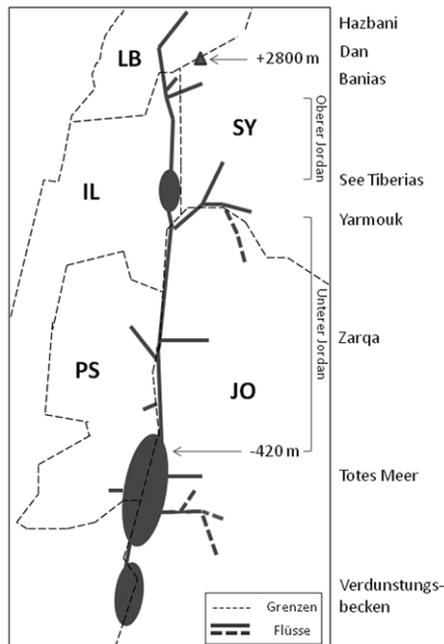


Abbildung 1: Die Oberflächengewässer des Jordanbeckens.

Der obere Jordan

Die Quellflüsse des oberen Jordan sind der Hazbani aus dem südlichen Libanon, der Banias aus dem syrischen Golan und der kurze Dan, der in Israel entspringt. Die drei Flüsse fließen nach Israel und bilden dort den oberen Jordan.

Der See Tiberias

Der obere Jordan mündet in den 165 km² großen See Tiberias (Tabariyya, Kinneret, Genezareth), der etwa 210 m unter dem Meeresspiegel liegt und das größte Süßwassersammelbecken der gesamten Region bildet. Der See befindet sich in der Grenzregion zwischen Israel, Syrien und Jordanien, liegt aber zur Gänze auf israelischem Staatsgebiet, da die völkerrechtlich festgelegte Grenze knapp hinter dem östlichen Ufer zu Syrien verläuft. Grund für die damalige Grenzziehung war, dass bei der Gründung des Staates Israel das Wasser des Tiberias zur ganzjährig gleichmäßigen Wasserversorgung sichergestellt werden sollte.

Der untere Jordan und der Yarmouk

Der Abfluss des Tiberias bildet den unteren Jordan, der die gesammelten Niederschläge des Nordens in die trockenen Regionen entlang des Jordantales transportierte. Knapp unterhalb des Tiberias mündet der Yarmouk in den Jordan. Der Yarmouk wird von kleineren Flüssen im Grenzgebiet zwischen Jordanien und Syrien sowie vom syrischen Golan gespeist und hat eine jahreszeitlich unterschiedliche Wasserführung mit den größten Mengen im Winter.

Zuflüsse von beiden Talseiten

Die kleineren Flüsse von den Hügeln auf beiden Seiten des Jordangrabens sind viel weniger ergiebig als die beiden Hauptflüsse. Auf der Ostseite fließt der Zarqa in den unteren Jordan und der Mujib in das Tote Meer. Auf der Westseite fließt der Faraa in den unteren Jordan sowie die Abflüsse einiger lokaler Quellen (Ein Gedi, Ein Fashka) in das Tote Meer.

Das Tote Meer

Das Tote Meer liegt etwa 400 m unter dem Meeresspiegel und ist der Endpunkt für das Oberflächenwasser der ganzen Region. Das Tote Meer verliert Wasser nur durch Verdunstung. Dadurch werden die gelösten Stoffe der Zubringerflüsse und der lokalen salzhaltigen Quellen aufkonzentriert. Das Wasser des Toten Meeres enthält etwa 300–400 g gelöste Salze pro Liter.

2.3. Grundwasserkörper

Ein großer Teil der Niederschläge sammelt sich in den Poren und Klüften des Bodens und wird mit langsamen Grundwasserströmen weitertransportiert, bis das gesammelte Wasser in Quellen an die Oberflächen tritt. Jede künstliche Entnahme von Wasser über Brunnen beeinträchtigt die natürlichen Quellen.

Die räumliche Verteilung der Grundwasserströme ist wesentlich komplizierter als beim Oberflächenwasser. Auch die Frage: „Wem gehört das dadurch verfügbare Wasser? (Dem, auf dessen Gebiet der Regen fällt? Dem, bei dem es als Quelle entspringt? Dem, der es durch Bohrungen ‚erntet‘?)“ ist noch schwieriger zu beantworten als beim Oberflächenwasser. Grundwasser ist für die Wasserversorgung besonders wichtig, da die

verfügbaren Mengen viel größer sind als in den Oberflächengewässern. Außerdem können Grundwasserströme größere Regionen außerhalb der Niederschlagsgebiete und -zeiten versorgen, weil sie viel breiter und langsamer fließen als die Oberflächengewässer.

Trotz vieler Studien sind die Grundwasserkörper im Jordantal und an den Hügeln nur unpräzise charakterisierbar. Besonders interessant ist das Grundwasser unter dem Hügelland der West Bank. Hier fließen die eingesickerten Niederschläge in drei verschiedene Richtungen: in den israelischen Norden, in den israelischen Westen und in den palästinensischen Osten. Ein Friedensschluss zwischen Israel und den Palästinensern wird die Frage der jeweiligen „Rechte“ an diesem Grundwasser berücksichtigen müssen.

3. WASSERVERTEILUNG UND WASSERNUTZUNG

Die Wassernutzung im Jordantal hat sich in den letzten 60 Jahren stark verändert. Die stärkste Nachfrage nach Wasser kam immer von der Landwirtschaft, die weitgehend von einer hohen Bewässerung abhängt. Der Wasserbedarf für die Bewässerung ist im heißen und trockenen Jordantal besonders hoch: Für 1 ha offenes Land sind dort etwa 10.000–20.000 m³ Wasser notwendig, bei moderneren Gewächshäusern und Folientunnels etwas weniger.

Um die Wasserversorgung für die Landwirtschaft zu sichern, hat Israel 1951 mit dem Bau des „National Water Carrier“ begonnen, durch den Wasser aus dem Tiberias abgezogen und über den Küstenstreifen bis zum Negev transportiert werden sollte. Dadurch wurde aber der Abfluss aus dem Tiberias in den unteren Jordan nahezu vollständig blockiert. Die Nachbarländer haben daraufhin mit eigenen Wasserableitungsplänen begonnen, um die Zuflüsse zum oberen Jordan und zum Tiberias abzugraben: Auf libanesischer Seite sollte der Hazbani umgeleitet und auf syrischer Seite sollten die Zuflüsse des Baniyas abgeleitet werden (Murakami 1995). Jordanien hat außerdem ab etwa 1960 mit der Wasserableitung aus dem Yarmouk über den „East Ghor Canal“ begonnen, um den Ausbau der eigenen Landwirtschaft im unteren Jordantal vorantreiben zu können. Seit 1965 ist dadurch der Zufluss des Yarmouk zum unteren Jordan weitgehend blockiert.

Der folgende schematische Überblick über die Wasserbilanzen im oberen und unteren Jordansystem beruht auf Daten aus einem von der EU geförderten Forschungsprojekt (Orthofer et al., *Developing Sustainable Water Management in the Jordan Valley*, 2001).

3.1. Das Wassersystem im Jahr 1950

Bis zum Jahr 1950 war das Wassernutzungssystem noch weitgehend „natürlich“, also ähnlich wie in den Jahrhunderten davor, als die lokale Bevölkerung nur wenig Wasser aus den Oberflächengewässern, aus den natürlichen Quellen sowie aus kleinen Brunnen genutzt hat (Abbildung 2).

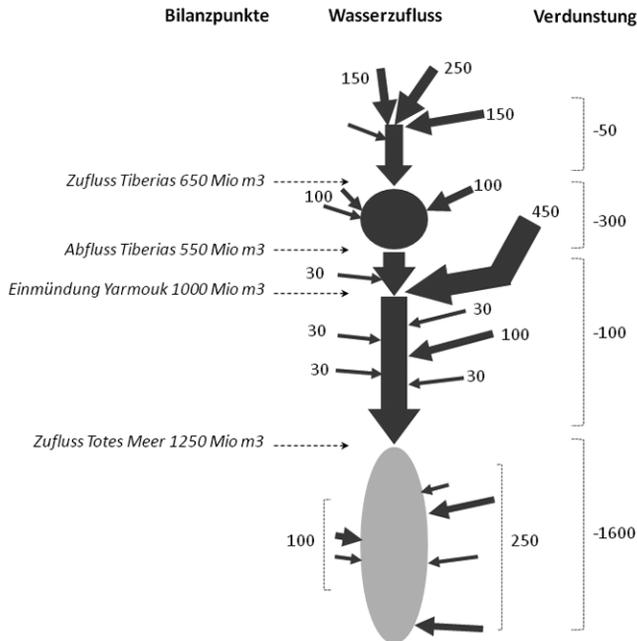


Abbildung 2: Wasserbilanzen der Oberflächengewässer im Jahr 1950.
Zahlenangaben in Millionen Kubikmeter pro Jahr.

Hazbani, Banias und Dan brachten etwa 550 Millionen Kubikmeter pro Jahr (im Folgenden mit „MCM“ abgekürzt) Wasser zum oberen Jordan. Im Hula-Gebiet wurden etwa 30–50 MCM für die Landwirtschaft genutzt; ebenso viel ist in den dortigen Sumpfgebieten verdunstet. Mit örtlichen Niederschlägen und über Beiträge lokaler Flüsse gelangten jährlich etwa 650 MCM Wasser in den Tiberias. Die Verdunstung aus der Seeoberfläche und der Ufervegetation dürfte etwa 300 MCM betragen haben.

Der „natürliche“ Abfluss aus dem Tiberias lag bei etwa 550 MCM. Ein Teil dieses Abflusses stammte aus salzigen Quellen am Südenende des Sees. Dadurch wurde das Wasser des unteren Jordan zwar etwas salzhaltiger, aber es blieb für die Bewässerung geeignet.

Etwa 20 km unterhalb des Sees brachte der Yarmouk etwa 450 MCM klares Wasser aus dem Golangebiet und dem syrisch-jordanischen Hochland in den unteren Jordan, den größten Teil davon im Winterhalbjahr. Mit dem Yarmouk verdoppelte sich die Wasserführung des unteren Jordan im Jahresschnitt auf etwa 1000 MCM Wasser in sauberer Qualität. Von den Seitentälern her gab es weitere Wasserbeiträge, z.B. durch den Zarqa auf der Ostseite etwa 100 MCM. Mit seinem Volumen konnte der Jordan in diesem trockenen Gebiet eine dichte natürliche Vegetation erhalten und das Gleichgewicht mit dem Wasserspiegel des Bodengrundwassers sichern.

Mit allen Zuflüssen ergibt sich ein „natürlicher“ Zufluss des Jordans in das Tote Meer von jährlich etwa 1250 m³. Als der Jordan in das Tote Meer floss, war das gute und nahezu trinkbare Wasser plötzlich in seinem Nutzwert „verloren“, da es ab dem Moment der Vermischung weder für landwirtschaftliche Bewässerung noch für andere Zwecke genützt werden konnte.

In das Tote Meer mündeten noch einige kleinere Flüsse: im Osten brachten Mujib und Hasa etwa 250 MCM Wasser, auf der Westseite waren es kleinere Mengen aus kurzfristigen Einträgen nach Hochlandregenfällen und aus Abflüssen lokaler Wasserquellen. Im langjährigen Durchschnitt lag der gesamte Eintrag bei ca. 1600 MCM Wasser pro Jahr, etwa ähnlich hoch wie die Verdunstung. In verschiedenen Zeitperioden hat es immer wieder Eintragsüberschüsse oder -defizite gegeben; in diesen Fällen hat der seichte südliche Teil des Toten Meeres die Funktion eines Verdunstungs-Ausgleichsbehälters übernommen.

3.2. Das Wassersystem im Jahr 2000

Die Zuflüsse vom Hazbani, Dan und Baniyas sind weitgehend unverändert; auch der Gesamtzufluss in den Tiberias dürfte unverändert etwa 650 MCM betragen.

Seit 1959 werden jedoch aus dem Tiberias jährlich etwa 450 MCM Trinkwasser für den israelischen NWC abgezogen. Da dafür das Wasser von -210 m auf +50 m gepumpt werden muss, bevor es durch Schwerkraft in das Verteilungssystem fließen kann, ist diese Nutzung sehr energieaufwendig. Durch diese Entnahme ist der Abfluss aus dem See blockiert. Zum unteren Jordan gelangen nur mehr etwa 120 MCM Wasser aus Haushaltsabwasser und aus salzhaltigen Quellen am südlichen Ende des Sees, die in den Jordan abgeleitet werden, damit die Wasserqualität des Seewassers nicht beeinträchtigt wird.

Auch der Zufluss des Yarmouk zum Jordan ist seit 1964 nahezu völlig blockiert. Bereits im Oberlauf des Yarmouk wird Wasser abgeleitet, das restliche Wasser wird dann kurz vor der Mündung in den „East Ghor Canal“ umgeleitet, der parallel zum unteren Jordan verläuft. Dieses Wasser

dient vorwiegend für die lokale Landwirtschaft; seit Mitte der 1980er Jahre wird ein Teil dieses Wassers sehr energieaufwendig vom Jordantal (-300 m) nach Amman (+800 m) für die Versorgung der dortigen Bevölkerung hochgepumpt.

Im Jahr 2000 hat sich das Wassersystem völlig geändert (Abbildung 3).

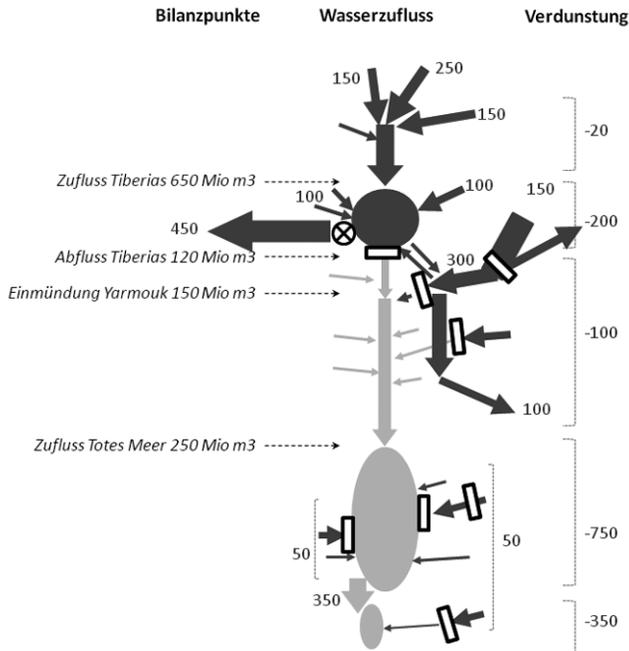


Abbildung 3: Wasserbilanzen der Oberflächengewässer im Jahr 2000. Zahlenangaben in Millionen Kubikmeter pro Jahr.

Im israelisch-jordanischen Friedensvertrag von 1994 ist in komplizierten Bestimmungen ein saisonaler Wasseraustausch zwischen Yarmouk und Tiberias im Ausmaß von etwa 20 MCM geregelt: ein Teil des überschüssigen „jordanischen“ Winterflutwassers des Yarmouk wird in den „israelischen“ Tiberias geleitet; dafür wird im Sommer die gleiche Menge Wasser vom Tiberias an den „East Ghor Canal“ zurückgegeben.

Die Zuflüsse in den unteren Jordan aus den Seitentälern sind bis auf einige offene Abwasserströme und Einträge aus überschüssigem Bewässerungswasser nahezu völlig versiegt. Die mächtigen Quellen im Westen des Jordantales bei Beit Shean, Tubas und Jericho werden vollständig für Landwirtschaft und (zu einem geringeren Teil) für Bevölkerung genutzt; die Zuflüsse im Osten sind mit Dämmen verbaut.

Die Wasserführung, mit der der Jordan das Tote Meer erreicht, ist sowohl jahreszeitlich als auch von Jahr zu Jahr sehr verschieden: Im Durchschnitt ist von etwa 250 MCM stark verschmutztem und versalztem Wasser auszugehen, was etwa nur einem Fünftel der „natürlichen“ Wasserführung entspricht.

Die kleineren Zuflüsse zum Toten Meer sind ebenfalls weitgehend blockiert. Die Quellen an der Westseite werden vor Ort für Landwirtschaft genützt, die größeren Zuflüsse an der Ostseite sind durch Dämme blockiert und deren Wasser wird für andere Nutzungen abgeleitet. Anstelle der früheren 1600 MCM fließen im Jahr 2000 nur mehr etwa jährlich 350 MCM Wasser ins Tote Meer. Die Wasserverdunstung ist wegen der geringeren Oberfläche und des gestiegenen Salzgehalts mit 1100 MCM pro Jahr ebenfalls geringer als früher. Ein Drittel dieser Verdunstung ist industriell erzeugt: Seit den 1950er Jahren werden sowohl auf jordanischer als auch auf israelischer Seite im südlichen seichten Teil durch Verdunstung Kalium- und Bromsalze gewonnen. Dazu werden jährlich etwa 350 MCM aus dem Toten Meer in die südlichen Verdunstungsbecken gepumpt. Die Diskrepanz zwischen Zufluss und Verdunstung beträgt in Durchschnitt jährlich etwa 750 MCM.

3.3. Konsequenzen der Übernutzung

Wasserverfügbarkeit für die lokale Bevölkerung

Trotz der gewaltigen Ableitungen der Oberflächengewässer gibt es für die lokale Bevölkerung des unteren Jordantals insgesamt ausreichend Wasser aus Quellen und Brunnen. Das aktuelle Nutzungssystem lässt sich dadurch charakterisieren, dass umso mehr Wasser genützt wird, je mehr verfügbar ist. Zumeist wird das ganze vor Ort verfügbare Wasser genutzt, und zwar vor allem für die Landwirtschaft: Im Jahr 2000 wurden im unteren Jordantal etwa 94% des gesamten verfügbaren Wassers für landwirtschaftliche Zwecke genutzt, wobei ein Großteil dieses Wassers Trinkwasserqualität hatte.

Ungleicher Zugang zu Wasser

Die Verfügbarkeit von Wasser ist sehr ungleich verteilt, und zwar sowohl nach räumlichen Zugriffsmöglichkeiten als auch nach politischen und sozialen Machtverhältnissen. Im eher wasserreicheren Westen des Jordantals stehen z.B. für israelische Siedler im Raum Jericho durchschnittlich etwa 22.000 m³ pro Kopf in Trinkwasserqualität für Landwirtschaft zur Verfü-

gung, während auf der anderen Seite des Flusses im südöstlichen Jordantal die Bauern überhaupt kein Trinkwasser zur Verfügung haben. Auf lokaler Ebene innerhalb von Regionen wird Wasser von den jeweils Besitzenden – sei es durch historischen Rechtstitel oder durch physischen Zugang – genutzt, auch wenn sie es gar nicht brauchen würden.

Diese Nutzungsmuster zeigen, dass es im Jordantal keine primäre Wasserknappheit – nämlich eine Knappheit an der physischen Ressource „Wasser“ – gibt, wohl aber eine sekundäre Wasserknappheit – nämlich eine Knappheit an Wollen und Können, das verfügbare Wasser bestmöglich zu nutzen (vgl. Trottier, *Hydropolitics in the West Bank and Gaza Strip*, 1999).

Wettbewerb um Kontrolle der Oberläufe

Die Ängste um die Sicherheit der Wasserverfügbarkeit waren einer der Gründe für die Spannungen vor dem Sechstagekrieg im Jahr 1967 (Murakami 1995) und sind möglicherweise auch ein Grund für die fortgesetzte Besetzung des Hermongebirges und der Golanhöhen durch Israel, das sich damit die physische Kontrolle über die Ursprünge des Banias und kleinerer Zuflüsse zum Tiberias und zum Yarmouk sichert.

Jordanien, das von allen Anrainerstaaten die geringste eigene Wasserverfügbarkeit hat, versucht seinerseits, den Yarmouk soweit wie möglich unter Kontrolle zu halten und das Wasser dort möglichst vollständig zu nutzen, bevor es in den unteren Jordan gelangt.

Syrien kontrolliert einige Zuflüsse des Yarmouk und nutzt diese ebenfalls soweit als möglich für eigene Zwecke (v.a. Bewässerungen).

Die einzigen Anrainer, die weder physischen Zugang zu lokalen Oberflächengewässern noch politische Möglichkeiten zu deren Sicherung haben, sind die Palästinenser. Die einzige Oberflächenwasserquelle, die für die Palästinenser nach deren angestrebten Unabhängigkeit gemäß internationalem Völkerrecht zugänglich wäre, ist der untere Jordan – dieser ist jedoch wegen der Blockade der Zubringerflüsse durch Israel und Jordanien und der daraus resultierenden massiven Verschmutzung nicht mehr nutzbar.

Das schrumpfende Tote Meer

Wegen der Verringerung des Wasserzuflusses ist der Wasserspiegel des Toten Meeres seit den 1950er Jahren um mehr als 30 m gesunken (Abbildung 4). Dadurch ist die Oberfläche um etwa ein Drittel zurückgegangen. Mit dem Unterschreiten des 400 m-Niveaus in den 1970er Jahren wurde die Verbindung zwischen dem tiefen nördlichen und dem seichten südlichen

Teil unterbrochen, was eine Trennung des Toten Meeres in zwei Teile zur Folge hatte. Der südliche Teil, der mittlerweile nur mehr aus künstlichen Verdunstungsbecken zur Salzgewinnung besteht, liegt wegen des Rückgangs des nördlichen Wasserspiegels und des ständigen Ansteigens des Bodenniveaus der Verdunstungsbecken bereits etwa 20 m höher als das Tote Meer. Von Seiten der israelischen Betreiber gibt es Überlegungen, den Salzabbau aus ökonomischen Gründen einzustellen – aber inzwischen fürchten Umweltexperten, dass ohne wasserbedeckte Verdunstungsbecken die ganze Gegend zu einer unbewohnbaren Salzstaubfläche wird. Damit ist die Bewohnbarkeit des südlichen Beckens von der Fortsetzung einer der Ursachen des Problems abhängig.

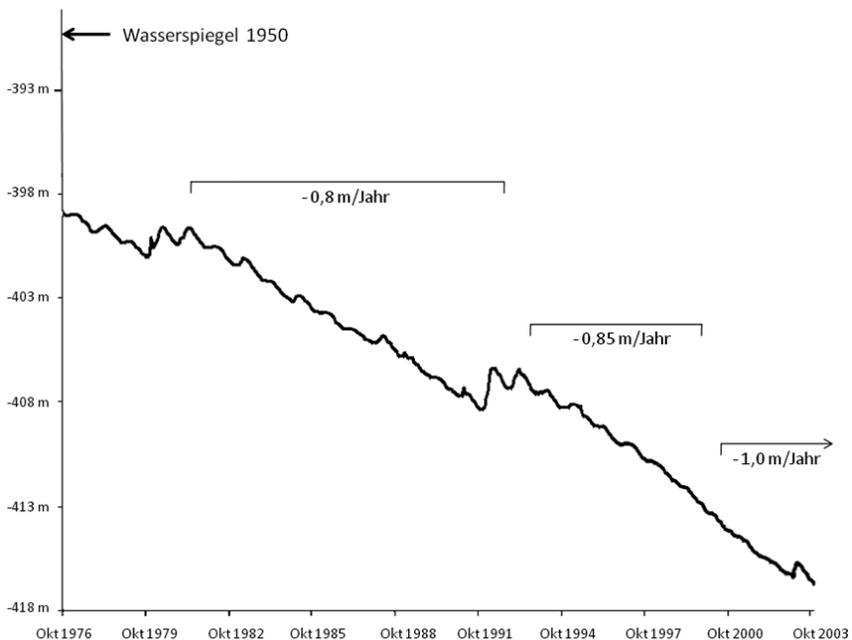


Abbildung 4: Verlauf des Wasserspiegels des Toten Meeres.

Mit dem Rückgang des Wasserspiegels ist auch der Grundwasserspiegel der Umgebung zurückgegangen. Dadurch kam es zu plötzlichen Einbrüchen des Bodens entlang des westlichen und südöstlichen Ufers („Sinkholes“), welche zu großen Schäden an der lokalen Infrastruktur (z.B. an Straßen) geführt haben. Das Phänomen der Sinkholes blockiert derzeit viele Investitionsentscheidungen über die Entwicklung der touristischen Infrastruktur.

4. LÖSUNGSMÖGLICHKEITEN

Die Wasserentnahme aus dem Jordan und dessen Zuflüssen zur (land-)wirtschaftlichen Entwicklung der Länder ist zu einer Hypothek für die zukünftige Entwicklung der Region geworden.

Viele vorgeschlagene Lösungsmöglichkeiten gehen davon aus, mehr Wasser von außerhalb in die Region zu bringen. Das bekannteste Beispiel eines solchen Wasserimports für Jordanien ist die projektierte Druckleitung zwischen dem Roten Meer bei Aqaba und dem südlichen Ende des Toten Meeres („Red-Dead-Conduit“, vgl. HARZA, Jordan Rift Valley Integrated Development Study: Prefeasibility Studies for Selected Projects, 1997), mit welcher der Höhenunterschied von etwa 400 m genutzt und 800 MCM Trinkwasser gewonnen werden sollen. Die nach der Entsalzung verbleibenden weiteren etwa 800 MCM Abwasser sollten in das Tote Meer geleitet werden und dort die Absenkung des Wasserspiegels vermindern. Der Erfolg einer solchen „Supply“-Lösung ist zweifelhaft: Solange nämlich die Randbedingungen gleich bleiben, stimuliert eine zusätzliche Wasserverfügbarkeit lediglich eine stärkere Wassernutzung und führt letztlich zu wiederum mehr Wassermangel.

Wir schlagen eine alternative Strategie für eine „nachhaltigere“ Wassernutzung vor (Orthofer et al., Options for a More Sustainable Water Management in the Lower Jordan Valley, 2007), die auf eine Veränderung der Nutzungsmuster abzielt. Diese Lösungsmöglichkeiten hängen jedoch von einer Entwicklung und Stärkung der jeweiligen nationalen Institutionen in allen drei beteiligten Ländern des Jordantales und von einem Willen zur gleichberechtigten Kooperation der Länder ab.

4.1. Natur ist ein legitimer Wassernutzer

Auch die Natur soll ein „Recht“ zur Wassernutzung haben, damit zumindest die Basisfunktionen der Ökosysteme erhalten werden können. Für den unteren Jordan würden wahrscheinlich etwa 30% der ursprünglichen Wasserführung und -qualität – das wären etwa 400 MCM pro Jahr – für die Regeneration der Habitate reichen. Der lokale ökonomische Wert des Wassers für einen solcherart halbwegs wiederhergestellten unteren Jordan liegt bei etwa 100–200 Millionen US Dollar. Wenn es den beteiligten Ländern aber gelingt, die Region aus einem militärischen Sperrgebiet in einer permanenten Krise zu einem für Touristen attraktiven Ort der Begegnung zu machen, werden die Nettokosten für die Renaturierung des Jordans schnell sinken.

4.2. Wasserqualität bestimmt Nutzungsprioritäten

Wasser soll je nach dessen Qualität genutzt werden: Fischfarmen können mit Brackwasser betrieben werden, landwirtschaftliche Produkte können sogar mit behandeltem Abwasser bewässert werden, Trinkwasser muss aber prioritär für die Versorgung von Menschen genutzt werden. Erst wenn der Bedarf der Menschen nach Trinkwasser gestillt ist, kann die verfügbare Wasserqualität jeweils nach größtmöglicher Effizienz für andere Sektoren eingesetzt werden.

Kein Trinkwasser für Landwirtschaft

Trinkwasser ist jedenfalls nur für essentielle Sektoren einzusetzen: Haushalte, Kommunen, Natur, allenfalls auch Lebensmittelverarbeitung und wassereffiziente Dienstleistungen wie z.B. Tourismus. Nur dasjenige Wasser, das nicht als Trinkwasser nutzbar ist, soll für weniger produktive Nutzungen herangezogen werden, z.B. Viehzucht, landwirtschaftliche Bewässerung und Industrie, aber auch für die Verbesserung der menschlichen Lebensqualität (z.B. Parks und Gartenanlagen).

In Israel, wo es eine starke staatliche Kontrolle der Wassernutzung gibt, ist eine derartige Priorisierung bereits im Gange: Für die Landwirtschaft wird zu einem großen Teil aufbereitetes Abwasser bzw. nicht als Trinkwasser nutzbares Wasser verwendet (Shevah und Waldman, *Treatment and Reuse of Wastewater – The Israeli Experience*, 2001).

Maximaler Nutzen

Bei den Nutzungsprioritäten sollte auch die grundsätzliche ökonomische Sinnhaftigkeit der Wassernutzung berücksichtigt werden. Anstelle zur Produktion von landwirtschaftlichen Produkten viel Wasser einzusetzen, wäre zu überlegen, ob nicht diese Produkte problemlos (und möglicherweise sogar billiger) importiert werden könnten, statt sie selbst zu produzieren. Das dadurch „eingesparte“ Wasser kann für effizientere regionale Entwicklungen genutzt werden (vgl. Allan, *Virtual Water: A Long Term Solution for Water Short Middle Eastern Economies*, 1997). In der Landwirtschaft wird aus jedem m³ Wasser im Durchschnitt ein wirtschaftlicher Nutzen von etwa USD 0,7–1,5 produziert. In der Industrie kann aus derselben Menge bereits der beinahe hundertfache Nutzen (etwa USD 50–100) generiert werden und bei Dienstleistungen und im Tourismus sind es sogar USD 500–1000.

Kostenwahrheit

Teil einer neuen Politik der Nutzungsprioritäten ist auch eine stärkere Kostenwahrheit bei den Wasserpreisen. Israel hat in den letzten Jahren bereits begonnen, die Verwendung verschiedener Wasserqualitäten über die Preise zu steuern. In Jordanien werden allerdings die Wasserpreise nach wie vor nach den Bedürfnissen der politisch und wirtschaftlich starken Schichten gestaltet. In Jordanien und Palästina läuft außerdem ein großer Teil der Wassernutzung informell, also ohne staatliche Kontrolle ab.

Soweit es überhaupt staatliche Kontrolle über die Wassernutzung gibt, sind die Wasserpreise für Nutzung in der Landwirtschaft in allen drei Ländern viel niedriger (oft sogar subventioniert niedrig) als für die anderen Sektoren. Das hat damit zu tun, dass sich die Bewässerungslandwirtschaft nicht mehr rechnen würde, wenn ein mit anderen Nutzungen kompetitiver Wasserpreis angewandt würde. Eine landwirtschaftliche Produktion ist nämlich zumeist nur dann kostendeckend, wenn der Wasserpreis unterhalb USD 0,15/m³ liegt.

4.3. Wasser mehrfach nutzen

Wasser kann mehrfach genutzt werden. Bei der Nutzung für die menschliche Ernährung und Hygiene bleibt ein Großteil des Wassers im Abwasser erhalten. Dagegen wird beim Einsatz in der landwirtschaftlichen Bewässerung nur ein kleiner Anteil des Wassers in die Ernteprodukte aufgenommen, während der Großteil verdunstet. Insofern sollte Wasser zuerst für diejenigen Sektoren eingesetzt werden, nach denen eine Nutzung der Abwässer möglich ist: Dazu gehört z.B. die Basisversorgung der Bevölkerung oder die industrielle Nutzung von Wasser zu Kühl- oder Hygienezwecken. Die Bewässerungslandwirtschaft wäre jedenfalls immer nur der letztmögliche Einsatzbereich, da ja dabei das Wasser fast vollständig verdunstet.

4.4. Regionaler Wasseraustausch

Durch regionalen Wasseraustausch können die Nutzungsprioritäten kombiniert werden. Auf regionaler Ebene ist ein Wasseraustausch zwischen dem Jordantal und den angrenzenden Hügeln sinnvoll. Im wenig bevölkerten Jordantal gibt es Trinkwasser, das allerdings derzeit zum Großteil für die lokale Landwirtschaft eingesetzt wird. In den westlichen und östlichen Hügeln leben dagegen viele Menschen, die momentan nur ungenügend Zugang zu Trinkwasser haben. Wenn Trinkwasser in die Städte auf den

Hügeln geliefert wird, kann von dort Abwasser zurückgeliefert werden, das nach entsprechender Aufbereitung durchaus noch immer für die landwirtschaftliche Bewässerung eingesetzt werden kann.

Auf großräumiger Ebene könnte das gesamte Jordantal von einer Kooperation profitieren: Derzeit pumpt Israel mit erheblichen Kosten Wasser aus dem Tiberias und bringt es zu den dicht besiedelten Gebieten an der Küste des Mittelmeeres. Viel sinnvoller wäre es, wenn die Versorgung der Küstenstädte durch lokale Meerwasserentsalzungsanlagen erfolgt, denn die Kosten der Entsalzung sind nämlich mit etwa USD 0,70/m³ durchaus vergleichbar mit den Kosten für den Transport des Tiberias-Wassers. Das mit dieser Lösung eingesparte Tiberias-Wasser könnte für das untere Jordantal erhalten bleiben, um damit sowohl der Natur als auch der jordanischen und palästinensischen Bevölkerung in den Städten (die keine Möglichkeiten zur Vor-Ort-Meerwasserentsalzung hat) Wasser zurückzugeben.

5. SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die derzeitige Wassernutzung im Jordantal ist nicht nachhaltig. In den letzten 60 Jahren wurde der untere Jordan zu einem Abwasserkanal reduziert. Mit „Supply-Management“ allein ist keine nachhaltige Lösung möglich, vielmehr muss auch das Nutzungssystem hinterfragt und geändert werden („Demand-Management“).

Zu einem nachhaltigen Nutzungssystem gehört einerseits, dass Natur (im Sinne des natürlichen Ökosystems des unteren Jordans) als legitimer Wassernutzer anerkannt wird, und andererseits, dass das verfügbare Wasser bestmöglich genutzt wird – nämlich zuerst für die Sicherung der menschlichen Lebensqualität und dann für jeweils die bestmögliche wirtschaftliche Entwicklung. Die Umsetzbarkeit eines derartigen alternativen Nutzungssystems hängt in erster Linie von der Akzeptanz der Bevölkerung und vom Willen der Regierungen zur regionalen Kooperation ab. Außerdem müssen politische und soziale Faktoren berücksichtigt werden: Kontrolle über Wasser bedeutet Macht; nach Machtkriterien ist für den Oberlieger immer besser, das verfügbare Wasser auch dann zu verwenden, wenn er es nicht braucht, und es jedenfalls nicht dem Unterlieger zukommen zu lassen.

Die Rolle der Bewässerungslandwirtschaft in Trockengebieten ist zu hinterfragen, wenn sie auf Kosten der natürlichen Ökosysteme erfolgt. Die kleinräumige Landwirtschaft in Trockengebieten war historisch ein wichtiger Faktor beim Aufbau von geordneten Zivilisationen und Gesetzen zum Schutz von Gemeingütern. Derzeit allerdings entnimmt die Landwirtschaft im trockenen Jordantal so viel Wasser, dass sie zu einer Bedrohung für die weitere Wohnbarkeit der Region geworden ist. „Technische Effizienzkon-

zepte“ allein sind allerdings zur Bewertung der Rolle der Landwirtschaft nicht sinnvoll; die Landwirtschaft hat eine große Bedeutung für Kultur und sozialen Zusammenhalt in den sich entwickelnden Regionen und Gesellschaften und muss daher auch nach entsprechenden sozialen Kriterien bewertet werden.

Literatur

- Allan, J. Anthony* (1997): *Virtual Water: A Long Term Solution for Water Short Middle Eastern Economies?* Occasional Paper No. 3, University of London, School of Oriental & African Studies (SOAS) Water Issues Group, London
- Dombrowsky, Ines* (2001): *Die Wasserkrise im Nahen Osten*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Serie B (Band 48–49), S. 30–38
- HARZA* (1997): *Jordan Rift Valley Integrated Development Study: Prefeasibility Studies for Selected Projects*, The HARZA JRV Group, Amman
- Hillel, Daniel* (1994): *Rivers of Eden* (Chapter 7: The River Jordan). Oxford University Press, Oxford, S. 143–176
- Murakami, Masahiro* (1995): *Managing Water for Peace in the Middle East: Alternative Strategies*. United Nations University Publications UNUP-858, Tokyo
- Orthofer, Rudolf / Daoud, Ra'ed / Isaac, Jad / Shuval, Hillel* (2007): *Options for a more Sustainable Water Management in the Lower Jordan Valley*, in: *Shuval, Hillel / Dweik, Hasan* (Hg.): *Water Resources in the Middle East. Israel-Palestinian Water Issues – From Conflict to Cooperation*. Springer, Berlin – Heidelberg – New York, S. 69–78
- Orthofer, Rudolf / Daoud, Ra'ed / Fattal, Badri / Ghanayem, Muhammad / Isaac, Jad / Kupfersberger, Hans / Safar, A. / Salameh, Elias / Shuval, Hillel / Wollman, Stuart* (2001): *Developing Sustainable Water Management in the Jordan Valley*. Final Project Report ERBIC18CT970161, Europäische Kommission, Brüssel
- Shapland, Greg* (1997): *Rivers of Discord: International Water Disputes in the Middle East*. C. Hurst & Co, London
- Shevah, Y. / Waldman, Miriam* (2001): *Treatment and Reuse of Wastewater – The Israeli Experience*, in: *Preserving the Quality of our Water Resources*. Proceedings 4th Austrian-Israeli Technical Symposium, Wien 23–25 Apr 2001
- Sosland, Jeffrey K.* (2007): *Cooperating Rivals: The Riparian Politics of the Jordan River Basin*. SUNY Press, New York
- Trottier, Julie* (1999): *Hydropolitics in the West Bank and Gaza Strip*. Palestinian Academic Society for the Study of International Affairs, Jerusalem

Archaeology and Politics in Israel: A Different Perspective

Archaeology is important for the creation and maintenance of identities, and is therefore heavily involved with politics. This is true for most parts of the world, and the Middle East and Israel are no exceptions.

After briefly addressing the broader issue of archaeology and nationalism, the first part of the paper will address a number of previous studies on Israeli archaeology, which accused it of being Orientalist and racist, of paying attention only to “Jewish” remains and consequently of destroying “Arab” sites. The final part of the paper will critically examine those accusations and the evidence used in establishing them, and will examine the place of the various criticisms within wider academic discourse. Due to space limitations, this article does not aim to cover the issues discussed, but rather to present the reader with a very brief précis of the topic.

ARCHAEOLOGY AND POLITICS: A VERY BRIEF INTRODUCTION

Archaeology is used in the construction of identities all over the world (for general discussion, see, e.g., Trigger 1984; *ibid.* 1995; Diaz-Andreu/Champion 1996; Kohl 1998; Kohl/Fawcett 1995; Meskell 1998). Archaeology is most often used in the construction of national identities, but also serves in the maintenance of the identity of smaller groups which might even be subversive toward the state, and even in the creation of supra-national identities (Dietler 1994; see also Ligi 1993). A good example, for instance, is the role played by archaeology in the creation of the Norwegian identity in the late 19th and early 20th centuries. According to Scott (1996), the inhabitants of what is today Norway needed an identity, separate from that of the Danes and, mainly, of the Swedes, and archaeology played a major role in the creation of that detached identity. Viking monuments and finds, for example, were a favorable topic of research and were used to create a unique Norwegian history. Archaeology continues to play a role in the maintenance of this Norwegian identity ever since. In 1979, for example, during its 150th anniversary celebrations, the Universitetets Oldsaksamling in Oslo celebrated with the motto: “No Norwegian identity without Norwegian Archaeology” (Scott 1996: p. 335).

Archaeology is also prominent today in what may perhaps be described as the biggest experiment in the creation of a new identity, i.e., the attempt to create a European identity and heritage (for European identity and

archaeology, see, e.g., Kristiansen 1990; Ashworth/Larkham 1994; Dietler 1994).

ARCHAEOLOGY AND POLITICS IN ISRAEL

The above is true regarding most countries, and in Israel, too, archaeology has been used in the shaping of modern Israeli identity. Thus, for example, during the British Mandate period the Hebrew University initiated a project of salvaging ancient Jewish synagogues, hence connecting the Jewish population with its ancient heritage. The university assumed responsibility for a number of such ancient structures, and a few of them were actually excavated (Fein 2008). In 1936 money was donated for a museum for the antiquities of the Jews, and it was founded in the Hebrew University in Jerusalem (Ben Arieh 2008: pp. 32–33). And Massada is just another well-known example in which archaeology and national identity are closely intertwined (e.g., Silberman 1989: pp. 87–101). In all those examples (and others) archaeology had an important role in helping to shape modern Jewish ties to the past and the land, and many of the ancient symbols uncovered by archaeology were (re)used.

Clearly, archaeology played a role in the development of the Israeli identity, similar to the role other archaeologies played in the development and shaping of other identities, and sometimes even in the invention of new identities. As far as Israeli archaeology is concerned, however, the discussion is far more heated, and Israeli archaeology is widely condemned and is accused of various “crimes” – some “archaeological” – and some even more serious. The following are a few examples:

Israeli archaeology, along with Biblical archaeology in general, are accused by many as being not-scientific, and furthermore, of being an “Orientalist” and racist undertaking.

The inherent bias of biblical archaeology is regarded as responsible for the focus on political and military history, and for the lack of interest in daily life, and in anthropological questions in general (e.g., Abu el-Haj 2001: pp. 140–142). Abu el-Haj writes (2001: pp. 141–142): “[T]here is a glaring absence of anthropological or social historical questions asked about the economy, culture, and practice of everyday life [...] Such questions were extraneous to the historical and methodological paradigms that framed archaeological inquiry. According to an American biblical archaeologist who has long worked in Palestine/Israel, the one striking thing about Israeli archaeology (even in the 1990’s) is the general lack of interest in daily life – in the places where *most* people lived and *how* they lived” (note, by the way, that no name for this archaeologist is provided). Biblical archaeology

and Israeli archaeology are therefore accused of neglecting various aspects of history, i.e., they do not excavate villages (compare the more general statement of Ahlstrom 1982: p. 25; see more below).

And others, for example, suggested that because of modern political bias, archaeologists are interested in identifying differences, instead of commonalities. As Anfinset (2003) phrased it, we have “a passion for cultural difference”.

Furthermore, biblical archaeology, along with Israeli archaeology, are accused by many as being “Orientalist” and racist. Both are accused of being biased because of political, mainly Zionist, ideology. The title of a book by one of the biblical minimalists shows what he regards as one of the end results of this bias: “*the invention of ancient Israel*”, and the subtitle is even more revealing: “*the silencing of the Palestinian history*” (Whitelam 1996). Thus archaeology is accused of inventing “ancient Israel” of the Iron Age, and of depriving the Palestinians of their ancient past and cultural heritage (although there was no Palestinian Identity before the 20th century). And the very same scholar, for example, accused the American archaeologist and philologist, William Foxwell Albright – who died in 1971 – of being racist (e.g., p. 84), not because of his treatment or views of Jews or Arabs, but because he viewed Joshua’s conquest, as described in the book of Joshua in the Bible, as historical, and since he did not condemn the genocide of the Canaanites (ibid., pp. 82–88).¹ Thus Whitelam writes (p. 82): “[...] what is most striking, and frightening, is that Albright not only does not raise the question of the rights of the indigenous population to the land but follows on with a remarkable attempt at justification for the extinction of this indigenous population”.

And he adds: “[T]his justification ... of the slaughter of the indigenous Palestinian population is remarkable” (note the invention of Palestinians in the context of the Late Bronze Age ...).

And to a few more “serious” accusations: Another Norwegian archaeologist, Ostigard, wrote an article in which Israeli archaeology was explicitly equated with Nazi archaeology, with the author concluding that what is done in Israel today is done “for the same reasons as the Nazis archaeologically legitimised the extermination of the Jews” (Ostigard 2003: p. 312). I cannot quote any specific accusations, because none are supplied. Sentences like “Israel claims that the nation’s population is superior to other on the basis of past achievements” (ibid., p. 302) appears with no references, and the only

¹ Albright, as a religious Christian, even justified those acts of God (ibid.). Note, however, that his book was first published in 1940 and related to events that were supposed to have taken place some 3300 years ago.

references to groups which view themselves as “superior” are general, and do not relate to the situation in Israel (e.g., in pp. 306, 307, 308).

Excavating only Biblical and Jewish Sites

Israeli archaeology is accused of excavating mainly biblical sites, and focusing interest on places important for the Jews, and mainly sites with biblical history or Jewish presence, e.g., Massada, the Bar Kochva caves, synagogues, and biblical sites such as Hazor, Megiddo, etc. Furthermore, this common “accusation” suggests that Israeli archaeology also ignored remains from later periods. The following descriptions from Abu el-Haj, pertaining to the excavations in Jerusalem after 1967, can serve as a good example: “Following in the tradition of digs such as Hazor, Massada, and the Bar Kochva caves, these Jerusalem excavations focused on biblical through Second Temple times, eras that not only had long constituted the center of the disciplinary debate and practice and the basis for successful archaeological careers but had also formed the very core of the Israeli colonial-national imagination” (El Haj 1998: p. 168). And elsewhere she writes: “The major excavations were concerned primarily with the history of Jerusalem during what is most often referred to under the temporal rubric of the First Temple period and the Second Temple period ... In effect, excavating Jerusalem produced a *particular* archaeological record, one dominated by ancient Israelite and Jewish remains” (El Haj 2003: p. 153). Indeed, Israel was condemned by international bodies (UNESCO) for conducting those excavations (e.g., Berkovitz 2000: pp. 64–81).

Destroying Arab and Muslim Sites and Levels

And this led to even more serious allegations. Not only that Israeli archaeologists do not pay attention to Arab and Muslim sites, but that in many cases it is claimed that those are simply destroyed. Nadia Abu el-Haj accuses Israeli archaeologists of using bulldozers in excavations, for example, in Jerusalem and Jezreel, and writes: “Among Palestinian officials [...] as well as many other archaeologists – Palestinian and European or American (trained) – the use of bulldozers has become the ultimate sign of ‘bad science’ and of nationalist politics guiding research agendas.² Critics situ-

² This is very ironic, since bulldozers were used, without archaeological supervision, for the removal of hundreds of truck-loads of soil, in the Temple Mount (for the destruction, see, e.g., Ami-El 2002, Seligmann 2007). The “responsible” archaeologists who condemn Israel for scientific excavations in Jerusalem did

ate this practice squarely within (a specific understanding of) the politics of a nationalist tradition of archaeological research. In other words, bulldozers are used in order to get down to the earlier strata, which are saturated with national significance, as quickly as possible (Iron Age through early-Roman)” (el Haj 2001: p. 148).

Discussion

Those are only examples of course, and the list is long. Notably, the entire discussion is extremely one-sided. Not only is archaeology involved with politics all over the world, and Israel is simply singled out, but many of the accusations, while relating to a core of factual truth are, as we shall see below, problematic and in most cases simply false. Before proceeding, however, I would like to address the reaction to the charges, or, strangely, its relative absence.

The Reaction (or its absence)

Interestingly, the above-mentioned accusations were usually not answered. This is to a large extent a result of the fact that Israeli archaeology in particular and biblical archaeology (Near Eastern archaeology) in general, is very positivistic. This sub-discipline developed in a different manner from most other branches of archaeology (but along similar lines to Classical and Mesopotamian archaeology), and the influences of post-modernism – post-processualism in archaeology – are hardly felt (Bunimovitz 2000; Bunimovitz/Faust forthcoming). This sub-discipline is to large extent still carried out under the notion that sciences and scientists are objective and that politics is defilement. And since the accusations against Israeli archaeology are viewed as political (as they definitely are), answering them is outside the scope of scientific work.

As far as mainstream Israeli archaeology is concerned, only recently did scholars begin to address the criticism (e.g., Rosen 2005; Feige/Shiloni 2007; more below), mainly as a result of some of the charges that addressed the practice of archaeology itself, e.g., the use of bulldozers and the destruction of sites or levels (see various responses and reviews of el-Haj’s work, e.g., Maeir 2004).

not condemn this archaeological atrocity, conducted on one of the most culturally important places in the world (which is also the holiest site for Judaism).

There is, of course, a core of factual truth on which *some* of the “accusations” are relying, but as a whole they are simply wrong and at best, they are misrepresentations.

Bad Science, “Orientalism” and Racism

As just noted, the Archaeology of the ancient Near East (just like Classical archaeology) developed differently from the archaeology of most other regions. This is a result of the historical development of the discipline in the shadow of texts. For better or worse, archaeology in those regions developed by people who knew the relevant texts, and were interested mainly in them. For many years archaeology was therefore viewed as hand-maiden of historical, classical and biblical studies. Why was biblical or Israeli archaeology singled out? Is the situation elsewhere in the region better as far as the research agenda is concerned? Do archaeologists elsewhere in the Near East go and randomly excavate small villages and hamlets (not during salvage projects)?³ Does singling out Israeli and biblical archaeology as a place where there is bias result from scientific considerations?

Not only do many of the critics ignore the context in which biblical archaeology was operating, but the criticism itself is based on poor standards of scholarship and in many cases it is completely ignorant not only of the context of the research subject, but also of the context in which the critics themselves are working. They are completely oblivious to their biases and even to the monetary system which directs their research agenda. As a result, they are, very naively, projecting their point of view on their research subject. Thus for example Anfinset, as we have seen, is surprised by the interest of archaeologists in cultural differences, and he tries to look for the reasons for it in modern Middle Eastern politics. But archaeology concentrated, at least since the 19th century, on studying cultural differences. This was always one of the main tenants of archaeology, and stood at the heart of the culture history school which dominated (world) archaeology for most of the 20th century. Even if a result of modern politics, this is not unique to the Middle East. Whether it is good or bad, what is unique is archaeology which is looking for similarities and “unity”. This is unique to the last few decades in Europe, as a result of the will to unify the continent (and research money is directed toward this goal).⁴ While this might be a noble cause, this is politics. What pretends to be “critical analysis” is therefore naïve scholarship. Furthermore, as can be seen in the works of many, it is not only that many authors are not

³ The present discussion is not referring to Prehistoric archaeology of course.

⁴ This should be differentiated from the attempt to arrive at “general laws of human behavior”, as advocated by the New Archaeology (Trigger 2006).

critical about their background, but their treatment of the data itself is amateurish at best. Thus a statement that “settlement movement such as Gush Emunim also played an important role in excavating archaeological sites presumed to be important Israelite sites from the Iron Age” (Anfinset 2003: p. 48) is completely ignorant of the Israeli society at the time discussed. Gush Emunim did not play any role in Israeli archaeology, and the scientific excavations at Shiloh – to which Anfinset alludes – were carried out by secular academic archaeologists, led by Israel Finkelstein.⁵ Actually, orthodox Jews were not involved in archaeology then, and connecting Gush Emunim with archaeology shows a real lack of knowledge of Israeli society at the time (in addition, one is intrigued by Anfinset’s words “presumed to be important Israelite sites from the Iron Age” – wasn’t Shiloh an important Israelite site? And if Shiloh was not, than which site was an Israelite site? Unless, of course, there were no Israelites ...).

Some others have no limits whatsoever on what they write. Thus Ostigard (2003: p. 303), begins his article with the following statement:

“Sir Mortimer Wheeler said that Palestine is the country ‘where more sins have probably been committed in the name of archaeology than any other commensurate portion of earth’s surface’”. And after this harsh quote from a leading figure, he goes on (very ignorantly, see also above), to describe Jewish views of themselves as “chosen people” and on their “promised land” (e.g., Ostigard 2003: p. 303). Anyone who reads Ostigard’s paper is led to the understanding that the horrible sins referred to by Wheeler had something to do with modern politics.

This however, is not the case. Ostigard clearly did not read Wheeler (as he does not even quote him directly, and only refers to Laughlin 2003: 3).⁶ But the “sins” Wheeler is referring to are ALL related to the methods of archaeological digging, and Wheeler writes that “[T]here is [...] no real understanding of the primary principles of all excavations, that no shovelful of earth shall be cut save under direct and skilled supervision”. And he adds: “And those who have witnessed Palestinian⁷ excavation with a critical eye know all too well how widespread and enduring has been the technical irresponsibility of much of its direction throughout an active half-century” (both quotes from Wheeler 1956: p. 32). And of course Wheeler did not refer to Israeli archaeology, which hardly existed when he wrote his book,

⁵ Anyone who is familiar with modern Israeli politics can understand what misled Anfinset – the first group of civilians who settled in the military base at Shiloh (later to become the settlement of Shiloh) were defined as „archaeological workers“, but this had nothing to do with the famous excavations at the Tel.

⁶ The quote is from Wheeler 1956: p. 30.

⁷ The term refers of course to the region known in the traditional European usage as Palestine, and not to a group by this name.

but to the European and American expeditions that were active in the region during the first half of the 20th century.

The above is only a brief tour, intended to show that the accusation of racism is practically a mirage, which is based on misunderstanding and misrepresentations. It appears that if one is attacking Israel, not much is required in academic terms – everything is published.

Excavating only Biblical Sites

It is true that most archaeologists, mainly in the past, were more interested in some eras, and mainly the biblical period, the Second Temple period, and the period of the Mishnah and the Talmud.

This, however, is expected and legitimate, as long as the remains from other periods are treated as well, and the data from those periods is not distorted. One should note, however, that other research topics also did not receive their share in the planned archaeological research, e.g., villages, including those from the biblical period. Such sites were not excavated in initiated digs, because of the urban bias of biblical or Syro-Palestinian archaeology, discussed above (such sites, however, were excavated in salvage excavations, which compensate for the bias of academic interests).

But not only is being interested in some issues legitimate, but Israeli archaeology had always been interested in other periods as well. Prehistory had always a significant share of the archaeological activity in Israel (Ben-Yosef/Mazar 1982, especially pp. 318–320) and the Islamic and Crusader periods were also always studied, and advances in these sub-fields were actually made after the establishment of the state of Israel, in comparison with the earlier periods (e.g., Rosen-Ayalon 1981: p. 112; Praver 1981: p. 117). Furthermore, already in 1925, when the Hebrew University was founded, LA Maeir was appointed as a part-time lecturer in Moslem art and Moslem archaeology (Ben Arie 2008: p. 24). In 1932 Maeir received a full-time position. Just to compare, Eliezer Sukenik was the first field archaeologist in the Hebrew University, but not as a lecturer but as a scientific assistant (*ibid.*, p. 26). Only in 1934 did he become a lecturer at the university (*ibid.*, p. 31). This shows that despite the natural interest in Jewish history, other fields were not ignored.

And this is certainly true for the last decades, when “Muslim” sites are being excavated all over the country, and the period has its full share in the archaeological research (below). At any event, “central” Moslem sites always received more interest than biblical villages, and this is sufficient to put the criticism on the research interest in its proper context.

Destruction of "Arab" Sites or Layers

This is a much more serious accusation of course. But it is a false accusation. Sites from all periods are excavated, and archaeologists do not destroy "Arab" sites or levels. There are dozens of sites in Israel from the "Muslim" periods that were excavated. It is true that according to the Mandatory law (i.e., from the period of the British Mandate), artifacts manufactured after 1700 are not considered antiques, and hence in many cases, especially in the past, sites later than 1700 were not excavated. But one should acknowledge that anything earlier is excavated, and not destroyed. Interestingly, in an article dealing with the "collaboration" of archaeology with the Israeli administration's scheme for the destruction of deserted Arab villages (Shai 2006), the author noted that archaeologists surveyed the sites, and if early remains were unearthed, the sites were not destroyed. This is not the place to discuss (and refute the allegations expressed in) the article, but what was surprising and new was that even when conducting what was viewed as an important and urgent national enterprise, the antiquity laws were kept, and sites protected by the law, for example, many "Muslim" sites, were saved! In any event, before one comes to the conclusion that destroying structures from 1850, for example, is proof of archaeological neglect resulting from Israel's wishes to destroy the Arab heritage, it should be remembered that the law is part of the British Mandate heritage (Avi-Yonah/Yeivin 1955: p. 32), and, moreover, Jordan has, or at least had, a similar law (Pritchard 1969: p. 15). And in Norway, until 1980, it appears that remains that were dated to later than 1537 were not protected by law (Scott 1996: p. 335). And in the UK even today many archaeological sites belong to the land-owner, who can simply ravage the sites, and sell the finds (e.g., Addyman 2001).

In any event, these days even remains later than 1700 are often archaeologically excavated (e.g., Nagar 2007). And this was, for example, one of the themes of the 2009 annual archaeological congress in Israel.

And what about the accusation of using bulldozers to destroy later remains? This allegation received much attention, and as we have seen, it is practically the only accusation that drew many replies from many Israeli scholars. This accusation, however, is also misleading.

First of all one should differentiate between salvage or rescue digs and planned, scientific excavations. As far as the latter are concerned, bulldozers were not, to the best of my knowledge, used in any archaeological excavations in Israel. In some past cases a JCB (or other, smaller, mechanical equipment) was used, under archaeological supervision, usually to remove a section of the topsoil in order to reveal the extent of features (in some cases it was used to provide a section, e.g., in Ashdod; Dothan 1971: p. 191) and this is how the mechanical equipment was used in Jezreel (also

Ussishkin 2006).⁸ As far as the use of mechanical equipment in the Jewish Quarter of Jerusalem, this was a result of the fact that the later debris that resulted from the destruction of the Jewish quarter (in 1948) had to be moved (e.g., Avigad 1983: p. 20). Moreover, using mechanical equipment in salvage excavations is common, and Barker (1993: p. 141) wrote: “[O]ne of the greatest difficulties in assessing the viability and strategy of rescue excavations is the difficulty of knowing beforehand how complex the site may be and how much time should be spent on each phase of occupation. This is particularly the case with urban sites. A machine-cut trench may show that there is a complex of Roman and sub-Roman banks and ditches 3m (10ft) below the surface, with prehistoric occupation beneath, and many undatable layers above, heavily mutilated by post-medieval pits.”

Barker claims that while it would be easy to strip off the first metre or so by machine and then to deal with the comparatively undisturbed features below, this carries the danger of losing valuable data. On the other hand, he asserts that if there is no time to do everything – as is usually the case with salvage excavations – then “painful decision must be made”, and he adds: “[T]hese decisions should be based on an assessment of the nationally considered academic priorities” (ibid., for the entire discussion, see pp. 141–142). The rescue excavations in the Jewish Quarter in Jerusalem lasted for 10 years, with each field season lasting some 8 months (Avigad 1983: p. 21)! So painful decisions had to be made, and were carried out based on an assessment of not even national – but international – considered academic priorities.⁹

It should be noted that even scholars with anti-Israeli sentiments were aware that hardly ever was mechanical equipment used in digs in Israel. Scham (2001: p. 204) for example, wrote that physical destruction of sites was rare.

⁸ Notably, Abu el-Haj admits that she did not witness the use of bulldozers, and it happened only after she left the dig (Abu el-Haj 2001: p. 306, note 12).

⁹ The size of Iron Age Jerusalem was at the center of a world-wide academic debate; for a short survey and references, see, e.g., Geva 2003: pp. 505–506. Notably, Jerusalem was a capital city during much of the Iron Age-Byzantine period time-span (and even when it was not a capital, it was still usually a central city), and hence the great academic (and popular) interests in the city’s history at the time. Medieval Jerusalem was not a capital (only for a short period of time during the Crusaders period), and hence it drew far less academic (and popular) interest. This has nothing to do with modern politics, only with the fact that Jerusalem was a small and remote town at these eras (and studies of those eras concentrate, therefore, on other “centers”).

Disproving the last two accusations

Just to illustrate how absurd and far from truth are the last two accusations, we can examine a well-known example, from the excavations south of the Temple Mount. Israel was repeatedly condemned by UNESCO for conducting those excavations at the heart of Jerusalem (e.g., Berkovits 2000: pp. 64–81). Interestingly, the largest building that was found in the dig was an unknown large Ummayyad (Early Moslem) palace (e.g., B. Mazar 1975: pp. 267–271; see also E. Mazar 2002). Not only was the palace excavated and not bulldozed, despite the fact that it covered earlier remains, but it was even preserved, and the archaeologists did not excavate below it, to find the “interesting”, “Jewish” remains. Biblical, Iron Age remains, for example, were found mostly at the edge of the excavated areas, and mainly in a later season conducted after the main part of the excavations ended (B. Mazar/E. Mazar 1989; also E. Mazar 2002). Despite the accusations that the project was part of a plan to Judaize Jerusalem, the larger single building that was unearthed in the excavations was a Moslem one, and biblical, Iron Age remains were practically not exposed – to a large extent because the later remains were preserved.

It seems to me that the accusations were wrong because most of them were not scientific and derived from a political agenda.

But there is more to it than that. Studying the political usage of archaeology in Israeli society requires a good knowledge of this society – something which most of the critics lack.

Before discussing what seems like a major problem that undermines much of the criticism, I would like to present another “anomaly” which will, I hope, help us understanding Israeli society and some of its underlining ideology.

The Israel Museum as the Sacred Temple of Jewish History?

In many countries in which archaeology is used in the creation and maintenance of national identities (i.e., most of the world), the national museum becomes a sacred temple of nationalism. The museum is telling the story of the nation, exhibiting the most important and “sacred” artifacts, which are arranged in a special way as to unfold the story of the people (cf., Steiner 1995; Corsane 2005). There is no doubt that this is true in many countries. But while this is expected also in Israel (e.g., Silberman 1989: p. 102), since archaeology did play a major role in the maintenance of Israeli identity, the Israel Museum does not easily fall into this category.

Nowhere in the Israel Museum is the story of the Jewish people told. As Dor-Shav (1998) noted there are four wings to the Israel Museum, but none

is devoted for the history of the Jewish people. Thus Dor Shav (1998: pp. 81–81): “In the whole museum not a single gallery presents the history of the Jewish people as its guiding narrative. Virtually the entire emphasis is on the presentation of alternate stories, from the development of the alphabet to comparison of the artistry found Jewish and Christian oil lamps. In the process, the museum discards the national context in favor of a universal typology of its various artifacts, and blurs the national connectedness within and among the displays”.

Not only does the Israel Museum not fulfill its “task” as a shrine of Jewish identity or nationalism, but even the archaeological wing does not follow the expected pattern.

The archaeological wing is devoted only to the finds unearthed locally, in the Land of Israel (Palestine in the European tradition), and not to the Jewish people. Furthermore, the finds are arranged chronologically, with Paleolithic remains at the beginning. Jewish or Israelite remains are reached only in the inner rooms, but they do not tell a story by themselves. They are just part of the history of the LAND and its various peoples and cultures.¹⁰

The Israel museum, therefore, does not exhibit the expected pattern – quite to the contrary. So perhaps archaeology in Israel is not as expected?

The Concept of the LAND, or Why the Critics are Wrong

This is, in my view, one of the MAJOR points that was overlooked, or more precisely, misunderstood by the critics. In the main, Israeli society and the groups interested in *yediat haaretz* (“knowing the land”) adopted the LAND, with all its peoples, and not only the Jews and Jewish history. This is the concept of HAARETZ, as in Haaretz Museum, the departments of Land of Israel Studies and the concept of *Yediat Haaretz* itself. The following quotation from a journalistic report on the 1953 annual meeting of the Israel Exploration society in Beer-Sheva encapsulates the spirit of the meeting: “[...] the meeting intends to merge the past in the present. From here – to a series of lectures on the Negev in antiquity, in the biblical period, in the time of the Nabateans, the Romans, the Byzantines and the Arabs. And from here, to the geography of the Negev, its climate, vegetation, waters and treasure” (Feige 2007: p. 70).¹¹

¹⁰ Much of the Israel Museum is now closed for renovations, and it is possible that some changes will take place after it is re-open.

¹¹ Feige quotes a report by S. Abramsky, published in the daily newspaper Davar, on September 25, 1953.

This approach, which was no doubt Zionist, embraced all facets of the history of the country, and this explains why the Byzantine and the Moslem periods WERE studied, and were not ignored. Even if not the main focus of interest, they were seen as part of the Land's heritage.¹² Contrary to many claims, Arab settlements and culture were studied, for many reasons, and were of interest (e.g., Meyouhas 1937; see also Bar-Gal/Bar-Gal 2008: p. 54)

All aspects of history were studied, because all were part of the history of the Land of Israel. As Safrai (2006: p. 275) wrote “[O]ur love of the country includes all the ethnic components that built the land’s mosaic. The Mamluks are “ours” just like the Crusaders and the Jews”. This is why the Israel Museum could have presented the history of the Land for so many years, without devoting anything to the history of the Jewish people, and without anybody “noticing”.¹³

It seems as if the “critical” scholars took their own perspective, expecting, on the basis of their own cultural experience, that the history of the non-Jews should be suppressed, and assumed that it must have happened in Israel. But reality is more complex. To reiterate, the Moslem period, just like the Byzantine, was not the main focus of scholarly interest, but not only weren't sites destroyed, but the periods did get their share of archaeological and historical research, even as presented to the public.

Endnote

It seems as if the above brief tour indicates that although some of the accusations against Israeli archaeology are based to a very limited extent on factual basis, as a whole they are false and to a very large extent result from modern politics on the one hand and poor scholarship on the other. It seems as if despite the biases, and no one denies that there were biases, Israeli (and biblical) archaeologists in the past did a professional and good work.

Furthermore, as noted by many (e.g., Rosen 2005), even the part of the accusations which is seemingly based on some factual basis is a thing of the

¹² Interestingly, the content of many of the professional lectures at those *yediat haaretz* meetings “contradicted” the “grand narrative” of the meetings, but this apparently did not disturb the participants (Feige 2007: p. 69). This, however, shows that the archaeologists themselves presented their scientific results, and did not falsify their conclusions in order to accord with the spirit of the meetings (more below).

¹³ The relations between “Israel and the Diaspora” are also related to the role of the Land of Israel, but this is beyond the scope of the present article.

past, and relates to things that happened decades ago. For better or worse, Zionism, has, at best, a very minor role in the academic discourse in Israel today, and the archaeological discourse clearly reflects this attitude (see also Safrai 2006: p. 274).

Just as an example how the relations of archaeology and politics are far from straightforward. Yohanan Aharoni, a leading Israeli archaeologist who died in 1974 was one of the signatories of the “call”, organized by the poet Nathan Alterman, for keeping the Land of Israel “intact” after the Six Day War. Still, he was, before and after 1967, one of the leading advocates, on the international arena of archaeological and biblical scholarship, of the view that Joshua’s conquest, as described in the Bible, never took place, and that the Israelite settlement in Canaan was a long and mainly peaceful process (e.g., Aharoni 1979; *ibid.* 1982). Had Aharoni been a simple and straightforward Zionist who aimed to manipulate the data in order to further the Zionist cause, he should have opposed those views wholeheartedly (see also Broshi 2007). That he did not do so, shows that life is much more complicated than some of the “critical” scholars would have us believe. The problems are, in most cases, in the eyes of the beholders, and they teach more about those who criticize than about those being criticized.

As Trigger (1995: p. 278) wrote “[B]efore archaeologists pass a final judgment on their discipline’s role in specific nationalistic ventures, they must take account of their own biases”!

Acknowledgements: I would like to thank Prof. Joshua Schwartz for reading and commenting on this article.

Bibliography

- Abu el-Haj, Nadia* (1998): Archaeology, and the Remaking of Past and Present in Contemporary Jerusalem, in *American Ethnologist* 25, pp. 166–188
- Abu el-Haj, Nadia* (2001): *Facts on the Ground: Archaeological Practice and Territorial Self-Fashioning in Israeli Society*, Chicago
- Abu el-Haj, Nadia* (2003): Reflections on Archaeology and Israeli Settler-Nationhood, in *Radical History Review* 86, pp. 149–163
- Adyman, Peter V.* (2001): Antiquities without Archaeology in the United Kingdom, in: Brodie, N. Doole, J./Renfrew, C. (eds.), *Trade in Illicit Antiquities: The Destruction of the World’s Archaeological Heritage*, Cambridge, pp. 141–144
- Aharoni, Yohanan* (1979): *The Land of the Bible, A Historical Geography*, Philadelphia
- Aharoni, Yohanan* (1982): *The Archaeology of the Land of Israel*, Philadelphia
- Ahlstrom, Gusta W.* (1982): *Royal Administration and National Religion in Ancient Palestine*, Leiden

- Albright, William F.* (1940): *From Stone Age to Christianity: Monotheism and Historical Process*, Baltimore
- Ami-El, Mark* (2002): The Destruction of the Temple Mount Antiquities, in Jerusalem Center for Public Affairs, no. 483
- Anfinset, Nils* (2003): A Passion for Cultural Difference: Archaeology and Ethnicity in the Southern Levant, in *Norwegian Archaeological Review* 36, pp. 45–63
- Ashworth, Gregory J./Larkham, Peter J.* (1994): A Heritage for Europe: The Need, The Task, The Contribution, in Ashworth, G. J./Larkham, P. J. (eds.), *Building A New Heritage: Tourism, Culture and Identity in the New Europe*, London – New York, pp. 1–9
- Avi-Yonah, Michael/ Yeivin, Shmuel* (1955): *The Antiquities of Israel*, Tel-Aviv (Hebrew)
- Bar-Gal, Yoram/ Bar-Gal, Bruria* (2008): “To Tie the Cords Between the People and Its Land”: Geography Education in Israel, in *Israel Studies* 13/1, pp. 44–67
- Barker, Philip* (1993): *Techniques of Archaeological Excavations*, London
- Ben-Arie, Yehoshua* (2007): Developments in the Study of Yediat Ha’aretz at the Hebrew University, 1925–1949, in Lavski, H. (ed.), *The History of the Hebrew University of Jerusalem: A Period of Consolidation and Growth*, Jerusalem, pp. 347–409 (Hebrew)
- Ben-Arie, Yehoshua* (2008): Jewish or General Archaeology: The Study of the Land of Israel Before 1948, in Feige, Michael/Shiloni, Zvi (eds.), *Archaeology and Nationalism in Eretz-Israel*, Beer Sheva, pp. 19–41 (Hebrew)
- Ben-Yosef, Ofer and Mazar, Amihai* (1982): Israeli Archaeology, *World Archaeology* 13/3, pp. 210–325
- Berkovits, Shmuel* (2000): *The Battle for the Holy Places: The Struggle over Jerusalem and Holy Sites in Israel, Judea, Samaria and the Gaza District*, Jerusalem
- Broshi, Magen* (2007): True Biases and False Biases, in Feige, M./Shiloni, Z. (eds.), *Archaeology and Nationalism in Eretz-Israel*, Beer Sheva, pp. 43–53 (Hebrew)
- Bunimovitz, Shlomo* (2000): Cultural Interpretation and the Bible: Biblical Archaeology in the Postmodern Era, in *Cathedra* 100, pp. 27–46 (Hebrew)
- Bunimovitz, Shlomo/ Faust, Avraham* (forthcoming): Reconstructing Biblical Archaeology: Toward an Integration of Archaeology and the Bible, in Levy, Thomas E. (ed.), *Historical Biblical Archaeology and the Future – The New Pragmatism*, London
- Corsane, Gerard* (ed.) (2005): *Heritage, Museums and Galleries: An Introductory Reader*, Routledge
- Diaz-Andreu, Margarita/ Champion, Timothy* (eds.) (1996): *Nationalism and Archaeology in Europe*, Boulder
- Dietler, Michael* (1994): “Our Ancestors the Gauls”: Archaeology, Ethnic Nationalism and the Manipulation of Celtic Identity in Modern Europe, in *American Anthropologist* 96, pp. 584–605
- Dor-Shav, Eitan* (1998): The Israel Museum and the Loss of Jewish Memory, in *Azure* 5, pp. 77–91

- Feige, Michael/Shiloni, Zvi* (2007): *Archaeology and Nationalism in Eretz-Israel*, Beer Sheva (Hebrew)
- Feige, Michael* (2007): *Archaeology and the Construction of Israeli Space: The Meetings of the Israeli Exploration Society*, in Feige, M./Shiloni, Z. (eds.), *Archaeology and Nationalism in Eretz-Israel*, Beer Sheva, pp. 65–77 (Hebrew)
- Fein, Shimon* (2008): *American Jews and the Redemption of Synagogues*, in Feige, M./Shiloni, Z. (eds.), *Archaeology and Nationalism in Eretz-Israel*, Beer Sheva, pp. 55–63 (Hebrew)
- Geva, Hillel* (2003): *Summary and Discussion of Findings from Areas A, W and X-2*, in Geva, H. (ed.), *Jewish Quarter Excavations in the Old City of Jerusalem Conducted by Nahman Avigad, 1969–1982, Volume 2*, Jerusalem, pp. 501–552
- Hallote, Rachel/Joffe, Alexander H.* (2002): *The Politics of Israeli Archaeology: Between Nationalism and Science in the Age of the Second Republic*, in *Israel Studies*, 7/3, pp. 84–116
- Kohl, Philip, L./Fawcett, Clare* (eds.) (1995): *Nationalism, Politics and the Practice of Archaeology*, Cambridge
- Kohl, Philip L.* (1998): *Nationalism and Archaeology: On the Construction of Nations and the Reconstructions of the Remote Past*, in *Annual Review of Anthropology* 27, pp. 223–246
- Kristiansen, Kristian* (1990): *National Archaeology in the Age of European Integration*, in *Antiquity* 64, pp. 825–828
- Laughlin, John C. H.* (2000): *Archaeology and the Bible*, Routledge
- Ligi, Priit* (1993): *National Romanticism in Archaeology: The Paradigm of Slavonic Colonization in North-West Russia*, in *Fennoscandia Archaeologica* 10, pp. 31–39
- Maeir, Aren M.* (2004): *Review of Nadia abu el-Haj, Facts on the Ground*, in *Isis* 95/3, pp. 523–524
- Mazar, Benjamin* (1975): *The Mountain of the Lord: Excavating in Jerusalem*, New York
- Mazar, Benjamin/Mazar, Eilat* (1989): *Excavations in the South of the Temple Mount: The Ophel of Biblical Jerusalem (Qedem 29)*, Jerusalem
- Mazar, Eilat* (2002): *The Complete guide to the Temple Mount Excavations*, Jerusalem
- Meskel, Lynn* (ed.) (1998): *Archaeology Under Fire: Nationalism, Politics and Heritage in the Eastern Mediterranean and Middle East*, London
- Meyouhas, Josef* (1937): *The Fallahs: the Life of the Fallahs in Comparison to the Life of the Jews in the Period of the Bible and the Talmud*, Jerusalem (Hebrew)
- Nagar, Annette* (2007): *Modern Archaeology in Kikar Zahal, Jerusalem*, in Patrich, J./Amit, D. (eds.), *New Studies in the Archaeology of Jerusalem and its Region: Collected Papers, Jerusalem*, pp. 135–136 (Hebrew)
- Ostigard, Terje* (2003): *The Bible and Believers, the Power of the Past*, in Bergstol, J. (ed.), *Scandinavian Archaeological Practice – in Theory, Proceedings from the 6th Nordic TAG, Oslo 2001*, Oslo, pp. 302–314

- Prawer, Joshua* (1981): *Archaeological Research on the Period of the Crusaders*, in *Thirty Years of Archaeology in Eretz-Israel, 1948–1978*, Jerusalem, pp. 117–128 (Hebrew)
- Pritchard, James B.* (1969): *Gibeon, Where the Sun Stood Still*, Princeton
- Rosen, Steve A.* (2005): *Coming of Age: The Decline of Archaeology in Israeli Identity*, in *BGU Review* 1, pp. 43–58
- Rosen-Ayalon, Miriam* (1981): *Archaeological Research on the Muslim Period*, in *Thirty Years of Archaeology in Eretz-Israel, 1948–1978*, Jerusalem, pp. 112–116 (Hebrew)
- Safrai, Zeev* (2006): *Study of the Land of Israel as an Academic Study: The History of the Department of Land of Israel Studies*, in Schwartz, D. (ed.), Bar-Ilan University, *From Concept to Enterprise: Volume 1, Milestones and History of Departments*, Ramat-Gan, pp. 257–278 (Hebrew)
- Scham, Sandra A.* (2001): *The Archaeology of the Disenfranchised*, in *Journal of Archaeological Method and Theory* 18, pp. 183–213
- Scott, Barbara G.* (1996): *Archaeology and National Identity: The Norwegian Example*, in *Scandinavian Studies* 68, pp. 321–342
- Seligman, Jon* (2007): *Solomon's Stables, The Temple Mount, Jerusalem: The Events Concerning the Destruction of Antiquities 1999–2001*, in *Atiqot* 56, pp. 33–53
- Shai, Aron* (2006): *The Fate of Abandoned Arab Villages in Israel, 1965–1969*, in *History and Memory* 18.2, pp. 86–106
- Silberman, Neil Asher* (1989): *Between Past and Present: Archaeology, Ideology, and Nationalism in the Modern Middle East*, New York
- Steiner, Christopher, B.* (1995): *Museums and the Politics of Nationalism*, in *Museum Anthropology* 19/2, pp. 3–6
- Trigger, B. G.* (1984): *Alternative Archaeologies: Nationalist, Colonialist, Imperialist* in *Man* 19, pp. 355–370 (republished in: Preucel, R. W./Hodder, I. (eds.), *Contemporary Archaeology in Theory: A Reader*, Oxford: Blackwell, pp. 615–631
- Trigger, B.G.* (1995): *Romanticism, Nationalism, and Archaeology*, in Kohl, P. L./Fawcett, C. (eds.), *Nationalism, Politics and the Practice of Archaeology*, Cambridge: Cambridge UP, pp. 263–279
- Trigger, B. G.* (2006): *A History of Archaeological Thought*, Cambridge
- Ussishkin, David* (2006): *Archaeologist David Ussishkin Responds to El Haj Accusations*, in *Solomonica*, December 5, 2006 (<http://www.solomonica.com/blog/archives/009649.shtml>)
- Wheeler, Mortimer* (1956): *Archaeology from the Earth*, Harmondsworth
- Whitelam, Keith W.* (1996): *The Invention of Ancient Israel: the Silencing of Palestinian History*, London

Autoren und Autorinnen

Brigitte Bailer, Mag.^a, Dr.ⁱⁿ, Univ.-Doz.ⁱⁿ für Zeitgeschichte, geb. 1952 in Wien, 1998–2003 Mitglied und Stellvertretende Vorsitzende der Historikerkommission der Republik Österreich, seit Dezember 2004 wissenschaftliche Leiterin des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes. Arbeitsschwerpunkte: Widerstand und Verfolgung 1938–1945, Rechtsextremismus nach 1945, insbesondere NS-Apologik und Holocaust-Leugnung, Umgang Österreichs mit der NS-Vergangenheit, insbesondere mit den Opfern des Nationalsozialismus.

Ralf Balke, Dr., geb. 1962, Historiker sowie freier Autor u. a. für das „Handelsblatt“, die „taz“, den „Tagesspiegel“, die „Jüdische Zeitung“ und die „Financial Times“. Arbeitsschwerpunkte: Antisemitismus, islamische Lebenswelt und Geschichte, Geschichte und Politik Israels.

Wolfgang Benz, Dr., Prof., geb. 1941 in Ellwangen/Jagst, Historiker, seit 1990 Professor an der Technischen Universität Berlin und Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung an dieser Universität. Mitbegründer und Mitherausgeber der „Dachauer Hefte – Studien und Dokumente zur Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager“ sowie Herausgeber mehrerer Buchreihen. Arbeitsschwerpunkte: Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert, insbesondere Antisemitismus, Holocaust, NS-Terror.

Ruth Contreras, Dr., geboren 1942 in Bogota, Zoologin, ehemalige Abteilungsdirektorin des Naturhistorischen Museums in Wien, Vorsitzende von Scholars for Peace in the Middle East, Austria, seit 2002 Mitglied des Board of Directors von Scholars for Peace in the Middle East.

Raimund Fastenbauer, Mag., geb. 1950 in Wien, Studium der Judaistik und der Politikwissenschaft an der Universität Wien sowie der Betriebswirtschaft an der Wirtschaftsuniversität Wien. Generalsekretär des Bundesverbandes der Israelitischen Kultusgemeinden in Österreich und Generalsekretär für jüdische Angelegenheiten der Israelitischen Kultusgemeinde Wien.

Avraham Faust, Dr., Prof., Direktor des Instituts für Archäologie im Martin (Szusz) Department of Land of Israel Studies and Archaeology an der Bar Ilan Universität, Ramat Gan. Publikationen: *Israelite Society in the Period of the Monarchy: An Archaeological Perspective* (2005, Jerusalem [Hebräisch]), *Israel's Ethnogenesis: Settlement, Interaction, Expansion and Resistance* (2006, London) u. a.

Peter Landesmann, Dipl.-Ing., DDDr., Hon.-Prof., geb. 1929 in Wien, Studien an der Hochschule für Bodenkultur und an der Universität Wien (Judaistik, evangelische und katholische Theologie). Seit Dezember 2006 Hon.-Prof. für Judaistik an der Universität Wien. Publikationen: *Die Juden und ihre Widersacher* (1989, München), *Rabbiner aus Wien* (1996, Wien), *Die Juden und ihr Glaube. Geschichte, Gegenwart und Erkenntnis* (2. aktual. Ausgabe 2003, München) u. a.

Lappin, Eleonore, Dr.ⁱⁿ, geb. 1951 in Wien, seit 1989 Mitarbeiterin am Institut für Geschichte der Juden in Österreich, St. Pölten, seit 1995 Lehrbeauftragte für Zeitgeschichte an der Karl-Franzens-Universität Graz. Forschungsschwerpunkte: jüdische Geschichte des deutschsprachigen Raums, insbesondere des Zionismus und der Judenverfolgung in Österreich, österreichische Gedenk- und Erinnerungskultur, insbesondere NS-Verbrechen betreffend.

Rudolf Orthofer, Dipl.-Ing., Mag., Dr., geb. 1955, Studium der technischen Chemie an der TU Wien sowie Lehramt Chemie und Physik an der Universität Wien. Wissenschaftler im Austrian Institute of Technology (früher Austrian Research Centers). 1991–1993 Mitarbeiter im UN-Umweltprogramm Nairobi. 1997–2007 Koordinator zweier EU-Forschungsprogramme im Jordanbecken gemeinsam mit israelischen, jordanischen und palästinensischen Partnern.

Anton Pelinka, Dr., Univ.-Prof., geb. 1941 in Wien, 1975–2006 Professor für Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck, seit 1990 Wissenschaftlicher Leiter des Instituts für Konfliktforschung in Wien, seit 2006 Professor of Nationalism Studies and Political Science an der Central European University, Budapest.

Doron Rabinovici, Dr., geb. 1961 in Tel Aviv, lebt seit 1964 in Wien. Schriftsteller, Essayist und Historiker, Mitglied der Grazer Autorenversammlung, historische Studien zur neuesten Geschichte Österreichs.

Barry Rubin, Dr., Prof., Direktor des Global Research in International Affairs (GLORIA) Center in Herzliya und Herausgeber des „Middle East Review of International Affairs Journal“. Gemeinsam mit Walter Laqueur veröffentlichte er das historische Standardwerk „The Israel-Arab Reader“, das nunmehr in der 7. aktualisierten Auflage vorliegt. Seit 2007 Mitglied des Board of Directors von Scholars for Peace in the Middle East. Arbeitsschwerpunkte: Nahostpolitik, Terrorismus.

Richard Schmitz, Dr., geb. 1940 in Wien, Studium der Rechtswissenschaft, österreichischer Politiker (ÖVP), 1987–2001 Bezirksvorsteher des 1. Wiener Gemeindebezirks, 2. Präsident der Österreichisch-Israelischen Gesellschaft.

Susanne Shaked, geb. 1940, Studium der Romanistik und Anglistik, 1963–1965 Lehrtätigkeit in Frankreich und an der Universität von Miami (Coral Gables), Florida. Initiatorin und seit 1993 Präsidentin von Hadassah-Austria, ab 1996 als Beobachterin und seit 2002 als Repräsentantin von Hadassah, the Women's Zionist Organization of America bei den Vereinten Nationen. Seit 2007 Generalsekretärin der Österreichisch-Israelischen Gesellschaft.

Gerald M. Steinberg, Dr., Prof., Politikwissenschaftler und Direktor des Programms für Konfliktmanagement an der Bar Ilan Universität, Ramat Gan, sowie Gründer und Direktor des NGO Monitor. Kolumnist der „Jerusalem Post“. 2002–2007 Mitglied des Board of Directors von Scholars for Peace in the Middle East. Arbeitsschwerpunkte: Nahostdiplomatie, israelische Außen- und Sicherheitspolitik, Politik von Nichtregierungsorganisationen (NGOs).

Bei Braumüller erschienen



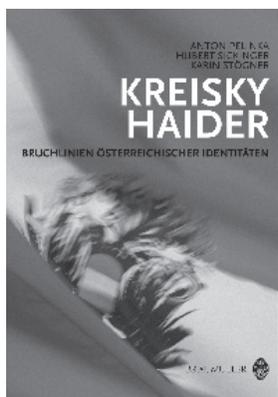
Erich Fröschl, Helmut Kramer, Eva Kreisky (Hg.)

Politikberatung

Zwischen Affirmation und Kritik

Wie wirkt Politik in ihrer Form von Beratung auf die Gestaltung der Politikwissenschaft selbst zurück? Führt diese womöglich zu einer thematischen Selbstzensur in der Politikwissenschaft?

ISBN: 978-3-7003-1619-0. Kart., 268 Seiten. € 24,90



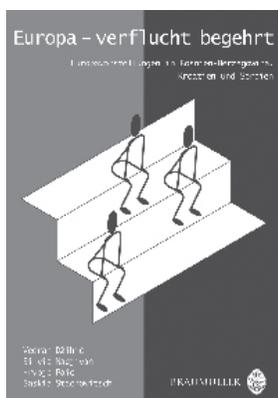
Anton Pelinka, Hubert Sicking, Karin Stögner

Kreisky – Haider

Bruchlinien österreichischer Identitäten

Was haben Bruno Kreisky, Jörg Haider und die österreichische Identität miteinander zu tun? In ihren Biografien repräsentieren Kreisky und Haider die wohl entgegengesetztesten Pole österreichischer Zeitgeschichte. Anhand dieser Fallstudien machen sich die AutorInnen auf die Suche nach dem österreichisch-jüdischen Verhältnis mit seinen oft gebrochenen Identitäten.

ISBN: 978-3-7003-1644-2. Kart., 256 Seiten. € 24,90



*Vedran Džihic, Silvia Nadjivan,
Hrvoje Paić, Saskia Stachowitsch*

Europa – verflucht begehrt

**Europavorstellungen in Bosnien-Herzegowina,
Kroatien und Serbien**

Vorwort von Wolfgang Petritsch und Christine von Kohl

(Alb-)Traum Europa: Aktuelle Europadiskurse der drei Balkan-Länder im Wandel zwischen nationaler Selbstbestimmung und EU-Integration.

ISBN: 978-3-7003-1574-2. Kart., 312 Seiten € 26,90